



BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



### Schwerpunkt:

Fachkräftegewinnung  
und Kindertagespflege

### Themen:

Sozialstrategie  
im Landkreis Lörrach

EU-Strukturförderung EFRE  
ab 2014

Vorbereitung auf die  
nachberufliche Lebensphase

### Nachrichten:

BildungsRegion Ostalb

Enzkreis:  
Europäische Energie- und  
Klimaschutzkommune

Deutsche Bodensee  
Tourismus GmbH gegründet

Spatenstich für  
erstes Bioenergiedorf  
im Neckar-Odenwald-Kreis

Erstaunliches  
Ostwürttemberg

VON NEW YORK AUS  
GESEHEN IST SILIKON VALLEY  
AUCH PROVINZ

Allianz für Fachkräfte  
Baden-Württemberg

GRÜNERE WIESEN.  
BLAUERER HIMMEL.  
GRAUERE ZELLEN.



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

## **HERAUSGEBER:**

Landkreistag Baden-Württemberg  
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart  
Telefon 0711 / 22 46 20  
Telefax 0711 / 2 24 62-23  
www.landkreistag-bw.de  
posteingang@landkreistag-bw.de

## **REDAKTION:**

Hauptgeschäftsführer  
Prof. Eberhard Trumpp  
Jan-Ole Langemack

## **STÄNDIGE MITARBEIT:**

Pressestellen der Landratsämter  
in Baden-Württemberg

## **EMPFÄNGER:**

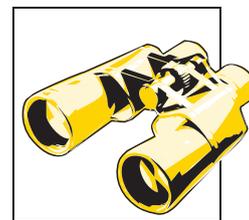
Die Mitglieder der Kreistage,  
des Landtags und des Bundestags,  
Landes- und Kommunalbehörden,  
Verbände und kommunalpolitisch  
interessierte Persönlichkeiten.  
Artikel, die mit dem Namen des Verfas-  
sers gekennzeichnet sind, geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,  
nur mit Zustimmung der Redaktion.

## **SATZ UND DRUCK:**

Offizin Scheufele  
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

## **BILDNACHWEIS:**

Titel: Landratsämter; S. 5: Landkreistag; S. 7–9, 35,  
36, 43, 62, 68: LRA Ostalbkreis; S. 10: LRA Esslingen;  
S. 12, 13: LRA Calw; S. 14, 59 o., 63, Rückseite: LRA Lör-  
rach; S. 17, 18: Fachschule Sozialpädagogik Bruch-  
sal, S. 19–24: Halter, S. 30, 59 u., 73 u.: LRA Tübin-  
gen; S. 39: LRA Enzkreis; S. 40: KEA; S. 42, 52 o.: LRA  
Bodenseekreis; S. 46: LRA Neckar-Odenwald-Kreis;  
S. 47, 88 o.: LRA Rastatt; S. 52 u., 65, 71: LRA Hohen-  
lohekreis; S. 54, 83, 89 u., 92, 93: LRA Sigmaringen;  
S. 55: LRA Tuttlingen; S. 56, 79, 86, 91: LRA Karlsruhe;  
S. 57, 84: LRA Main-Tauber-Kreis; S. 58: LRA Lud-  
wigsburg; S. 61, 85, 96, 97: LRA Rems-Murr-Kreis;  
S. 66 o., 76, 95: LRA Biberach; S. 66 u.: Galerie  
Bodenseekreis; S. 73 o.: Pressebüro des Landtags-  
präsidenten; S. 75: Peter Frischmuth; S. 77, 98: LRA  
Böblingen; S. 78, 90: LRA Göppingen; S. 80: LRA  
Schwäbisch Hall; S. 88 u., 89 o.: Hochschule Kehl



# INHALT

## THEMEN

- Editorial  
**Von Hauptgeschäftsführer Prof. Eberhard Trumpp** Seite 5
- Standortmarketing und Fachkräftegewinnung für die Wirtschaftsregion Ostwürttemberg  
**Von Dr. Ursula Bilger, Schwäbisch Gmünd** Seite 6
- Fachkräftesicherung im Landkreis Esslingen  
**Von Markus Grupp, Esslingen** Seite 9
- Qualifizierung von Tagespflegepersonen im Rhein-Neckar-Kreis  
**Von Susanne Keppler, Heidelberg** Seite 11
- Kindertagespflege heute – wertgeschätzt und finanziell gefördert  
**Von Michèle Maisenbacher und Silvia Murphy, Calw** Seite 12
- Sozialstrategie im Landkreis Lörrach – eine erste positive Bilanz  
**Interview mit Frau Landrätin Marion Dammann** Seite 14
- PIA – Die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung – ein neues Ausbildungsmodell  
**Von Regina Strobel-Koop, Bruchsal** Seite 16
- Gemeinsamer Unterricht in Kooperationsklassen – ein Erfahrungsbericht  
**Von Berthold Halter, Leonberg** Seite 19
- EFRE-Förderung ab 2014 in Baden-Württemberg – Wettbewerb zur zukunftsfähigen Entwicklung von funktionalen Räumen und Kommunalverbänden eröffnet  
**Von Florian Domansky, Brüssel** Seite 24
- Vorbereitung auf die nachberufliche Lebensphase – ein Thema für Personalentwicklung und Unternehmenskultur  
**Von Martina Guizetti und Hansjürgen Stiller, Tübingen** Seite 29
- Aktuelle kommunalrelevante Entwicklungen im EU-Beihilferecht  
**Von Florian Domansky, Brüssel** Seite 32

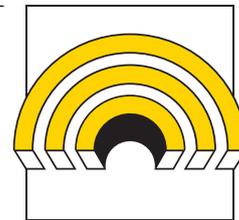
## NACHRICHTEN

- BildungsRegion Ostalb bündelt Bildungsangebote im Landkreis künftig auf einer zentralen Plattform Seite 35
- Bahntag Ostalb – DB-Vorstandsvorsitzender Dr. Rüdiger Grube stellt sich der Diskussion vor großem Publikum im Ostalbkreishaus Seite 37
- Bundespräsident: Mut statt Zweifel im Umgang mit demografischen Herausforderungen Seite 38
- Deutscher Landkreistag weist Kritik der BA an Hartz IV-Reformen zurück und fordert mehr kommunale Jobcenter Seite 39
- Bund erleichtert Umsetzung des Bildungspaketes – Initiative des Deutschen Landkreistages aufgegriffen Seite 39

- „Eine wirklich inspirierende Erfahrung!“ – Erzieherinnen aus sechs Ländern zu Gast im Enzkreis – EU-Projekt erforscht Kreativität in der Vorschulpädagogik Seite 40
- „Europäische Energie- und Klimaschutzkommune“ Seite 41
- Kindeswohlgefährdung gemeinsam im Blick – Eine gemeinsame Verantwortung von Schule und Jugendhilfe Seite 42
- Deutsche Bodensee Tourismus GmbH gegründet Seite 42
- EUROPoint Ostalb bewirbt sich erfolgreich Seite 44
- Die Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs sprechen sich gegen vorgesehene Verschlechterungen im Beamtenbereich aus Seite 45
- Neue Rundfunkbeiträge belasten auch die Landkreise in Baden-Württemberg außerordentlich stark – Jahresbeiträge der Landratsämter steigen teilweise um bis zu 400 % Seite 45
- Kommunen sprechen sich für ein modernes und unbürokratisches Mitbestimmungsrecht für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus Seite 46
- Zumeldung: Liga Stichtagserhebung ohne wirkliche Aussagekraft Seite 47
- Kommissar Günther H. Oettinger als prominenter Gast beim Spatenstich des ersten Bioenergiedorfes im Neckar-Odenwald-Kreis Seite 47
- Landratsamt Rastatt schickt Wander-Ausstellung auf Tour Seite 48
- Kommunales Konversions-Entwicklungskonzept kommt Seite 49

### **SPEKTRUM**

Seite 51



## EDITORIAL

# Die politische Gesprächskultur lebt nicht vom Zuhören allein

Die grün-rote Landesregierung ist nunmehr 2 Jahre im Amt. Anlass für eine Zwischenbilanz auch aus kreiskommunaler Sicht. Leider zeigt sich, dass die Landesregierung auf einigen Politikfeldern den selbst gesetzten Ansprüchen noch nicht gerecht wird. Ich nenne exemplarisch die Bildungspolitik. Hier geht einiges leider nur schleppend voran. So warten die Landkreise immer noch auf die schon lange von uns eingeforderte Schulentwicklungsplanung. Vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen ist diese unerlässlich, um ein attraktives, bedarfsgerechtes Bildungsangebot flächendeckend im Land zu erhalten.

Es gibt auch Lichtblicke – so soll auch nicht verschwiegen werden, dass mit der Vereinbarung zwischen kommunaler Seite und Land vom Herbst 2012 hinsichtlich der Ausgestaltung der Kommunalfinanzen durchaus ein tragfähiger Kompromiss gefunden werden konnte.

Anderswo hapert es aber noch. So hatte die grün-rote Landesregierung mit dem Amtsantritt bekanntlich angekündigt, dass eine Politik des Gehörtwerdens Einzug halten werde. Mit dem Zuhören alleine ist es allerdings nicht getan. Die politische Gesprächskultur lebt eben auch von der anschließenden Bereitschaft zum Diskurs. Leider häufen sich Erfahrungen, dass wir auf Anliegen, die an die Landesministerien herangetragen wurden – durchaus auch an die Ministerienebene – teilweise gar keine Antwort erhielten, unsere Anregungen und Forderungen kategorisch abgelehnt oder mit



Kanzleitrost beschieden wurden. Dies ist bedauerlich.

Sorgenfalten auf der Stirn treibt uns auch die Tendenz zum Zentralismus in etlichen Fachressorts, indem dort Überlegungen angestellt werden, Aufgaben und Zuständigkeiten der Landratsämter auf Regierungspräsidien, Landesbetriebe, Sonderbehörden und Landesgesellschaften (rückzu-)übertragen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Schaffung eines Landesbetriebs Straßen, die Einrichtung einer Beratungsgesellschaft AgroBW für die Landwirtschaft sowie die Zentralisierung der Marktüberwachung. So drängt sich der Eindruck auf, dass die Ministerialbürokratie in den Fachressorts gerne die Verwaltungsreform von 2005 in weiten Teilen stückchenweise revidie-

ren würde. Wir halten dieses rückwärts-gewandte Vorgehen für inhaltlich nicht nachvollziehbar und kontraproduktiv für die Aufgabenerledigung. Zumal der 2005 reformierten Verwaltung in Baden-Württemberg bekanntlich Bestnoten erteilt werden. Es gibt also keinerlei Veranlassung, eine veraltungsorganisatorische Kehrtwende einzuleiten.

Ich bin deshalb dankbar, dass Herr Ministerpräsident Kretschmann den rückwärtsgerichteten Überlegungen erst einmal einen Riegel vorgeschoben hat und Herr Staatssekretär Murawski zuletzt versichert hat, dem Staatsministerium sei daran gelegen, die Diskussion um Optimierungen der Verwaltungsorganisation in einen strukturierten, dialoggeprägten Rahmen zu überführen.

Wir würden uns insgesamt wünschen, dass die Beteiligung der Kommunalen Landesverbände nicht als notwendiges Übel verstanden wird, sondern als frühzeitige, ergebnisoffene Einbindung wichtiger Partner auf vielen Politikfeldern. Hierdurch ließe sich auch manche Dissonanz beziehungsweise mancher politische Streit schon im Vorfeld abmildern oder verhindern.

---

Prof. Eberhard Trumpp,  
Hauptgeschäftsführer,  
Landkreistag Baden-Württemberg



## THEMEN

# Standortmarketing und Fachkräftegewinnung für die Wirtschaftsregion Ostwürttemberg

Von Dr. Ursula Bilger, Schwäbisch Gmünd

Ostwürttemberg ist mit den beiden Landkreisen Ostalbkreis und Landkreis Heidenheim eine starke Wirtschaftsregion. Sie ist industriell geprägt von wichtigen Leit- und Wachstumsbranchen wie dem Maschinen-, Anlagen- und Werkzeugbau, der Automobilzulieferindustrie, dem Holz- und Papiersektor, dem Optik- und Photonik-Bereich oder der Oberflächentechnologie, hat aber auch bei wissensintensiven Dienstleistungen beachtliche Zuwächse zu verzeichnen. Ein leistungsstarker Mittelstand, zahlreiche weltweit führende Unternehmen und die Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft führen zu einer überdurchschnittlich hohen Innovationskraft. Dadurch nimmt Ostwürttemberg einen der vordersten Plätze in der deutschen Patentstatistik ein und landete 2012 auf Platz 2 der innovationsstärksten baden-württembergischen Regionen. Dies ist aber fast ausschließlich den Unternehmen geschuldet, da in Ostwürttemberg Forschungseinrichtungen fehlen, wie sie im Umfeld von Universitätsstandorten zu finden sind.

Andererseits ist Ostwürttemberg abseits der Entwicklungsachsen und Großen Kreisstädte eher ländlich geprägt mit viel Naturraum und damit auch einem hohen Freizeitwert. Pluspunkte im Vergleich mit Agglomerationen sind günstiger Wohnraum, hohe Umweltqualität und größere Freiräume, vor allem für Familien. In den letzten Jahren zeigen sich vor allem bei der jüngeren Bevölkerung Abwanderungstendenzen. Sie zieht es in die urbanen Zentren und oft in die Universitätsstädte. Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung zeichnet sich damit auch in Ostwürttemberg ein Sinken der Erwerbsbevölkerung ab.

Laut Fachkräftemonitor der IHK werden in Ostwürttemberg kurzfristig rund 10 000 akademische und nicht-akademische Fachkräfte fehlen. Es wird von einem zusätzlichen Bedarf von ca. 1000 Ingenieuren, ca. 1700 Nichtakademikern im Metall-, Maschinen- und Werkzeugbau und ca. 1500 Personen für die Gesundheits- und Pflegeberufe ausgegangen. Ein flächendeckender Fachkräftemangel ist dabei noch nicht gegeben, aber es zeichnen sich Engpässe in einigen Bereichen ab.

wie muss sich das künftige regionale Standortmarketing ausrichten? Hier positioniert sich Ostwürttemberg seit Jahren als der „Raum für Talente und Patente“. Raum haben und Raum geben zielt dabei nicht nur auf Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen ab, sondern ist zunehmend auch ein geeigneter Ansatz im Kampf um die besten Köpfe.

### Sensibilisierung für das Mega-Thema Fachkräftesicherung

In einer gemeinsamen Anstrengung zahlreicher regionaler Akteure nimmt man sich in Ostwürttemberg dieser Herausforderung an. Die besondere Bedeutung lässt sich schon dadurch erahnen, dass die Fachkräftesicherung als besonders wichtiges Projekt Aufnahme in die *Zukunftsinitiative Ostwürttemberg 2015* gefunden hat, mit der man den Standort fit für die Zukunft halten will. Vielen Unternehmen, vor allem den kleinen und mittleren Betrieben, ist noch zu wenig bewusst, welche Herausforderungen der Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte mit sich bringt. Gleichzeitig sind die vielfältigen Instrumente und Unterstützungsmöglichkeiten, die bereits bestehen, zu wenig bekannt. Ein wichtiger Baustein des ostwürttembergischen Fachkräfte-Konzeptes muss es also sein, die Firmen, aber auch die Multiplikatoren zu sensibilisieren, Unterstützungsmöglichkeiten aufzuzeigen

### Die Verfügbarkeit von Fachkräften wird zum Standortfaktor der Zukunft

Was bedeutet dies nun für die Entwicklungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsraumes? Die Verfügbarkeit

benötigter Fachkräfte, um die Produktions- und Innovationstätigkeit in Unternehmen zu sichern und den Anforderungen im Dienstleistungsbereich gerecht zu werden, wird zu einem zentralen Standortfaktor. Wie können die Entscheidungsträger gegensteuern und



Bundesministerin Dr. von der Leyen beim Fachkräfteforum am 5. Oktober 2011

und gemeinsam neue Wege in der Fachkräftesicherung zu gehen.

Der öffentlichkeitswirksame Auftakt fand im Oktober 2011 mit dem *Fachkräfteforum Ostwürttemberg* auf Schloss Kapfenburg statt. In einem „Fachkräftedialog“ diskutierten Unternehmer aus der Region über das sich abzeichnende Szenario des Fachkräftemangels – negativer Wanderungssaldo, Konkurrenz um Arbeitskräfte usw. – und die daraus resultierenden Folgen und Herausforderungen. Besonderes Augenmerk lenkte die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, als Gastrednerin auf die Aspekte der Rente mit 67, der qualifizierten Zuwanderung von Ausländern und der besseren Nutzung des Potenzials von Frauen. Insgesamt zeichneten sich zwei Hauptansatzpunkte ab: Entwicklung von Fachkräften durch verbesserte Rahmenbedingungen und Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Bindung und Akquirierung von Fachkräften in und für die Region. Bekräftigt wurde der enge Schulterschluss zwischen Unternehmen und kommunaler Ebene, insbesondere mit der Wirtschaftsförderung.

## Gründung der Fachkräfteallianz Ostwürttemberg

Ein folgerichtiger nächster Schritt war die Gründung der Fachkräfteallianz Ostwürttemberg, um alle verfügbaren Kräfte zu bündeln. Die Landkreise und Kommunen, Wirtschaftsorganisationen, Agentur für Arbeit, Gewerkschaften und Hochschulen – insgesamt 19 Partner –

haben am 4. Oktober 2012 in Heidenheim die *Fachkräfteallianz Ostwürttemberg* offiziell gegründet. Die regionalen Partner unterzeichneten eine Vereinbarung mit fünf Handlungsfeldern, in denen sie Themen und Projekte aufgreifen, um die Fachkräftebasis in Ostwürttemberg auch für die Zukunft zu sichern.

Ansatzpunkte für konkrete Projekte ergeben sich dabei in den Bereichen „Ausbildung“, „Übergang Schule zu Beruf“, „Berufsorientierung“ und „Gewinnung stiller Reserven am Arbeitsmarkt“ (Frauen, ältere Arbeitnehmer, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Handicap) oder der „Verminderung der Berufsaussteiger- und Studienabbrecherquote“. Die „Stärkung der Weiterbildungsbereitschaft“ in Unternehmen und bei den Beschäftigten ist neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine „bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ ein weiteres Ziel. Die Partner der Fachkräfteallianz sind sich einig, dass bei allen Maßnahmen eine große Betriebsnähe notwendig ist. Da es in vielen Bereichen bereits Instrumente und Projekte in der Region gibt, muss das Augenmerk auf die Bündelung von Aktivitäten, die Verzahnung von Initiativen und die Sicherung dauerhafter Finanzierungen gelegt werden.



Gründung der Fachkräfteallianz mit Vertretern der Allianzpartner – v. l.: Landrat Thomas Reinhardt, Hochschulrektor Prof. Manfred Träger, Handwerkspräsident Anton Gindele, Gewerkschaftsvertreter Ralf Willeck, Arbeitsamtschef Peter Baur, IHK-Präsident Helmut Althammer, Landrat und Aufsichtsratsvorsitzender der WiRO Klaus Pavel

### Verbesserung der Willkommenskultur

Neben der Aktivierung des endogenen Potenzials kommt es aber auch darauf an, bei externen Zielgruppen auf die Region Ostwürttemberg aufmerksam zu machen und damit die Unternehmen in ihren Personalrekrutierungsaktivitäten zu unterstützen. Für die Wirtschaftsförderung ist dies neben der Werbung für den Standort vor allem die Verbesserung der Willkommenskultur. Hierzu gibt es auf kommunaler Ebene viele gute Beispiele, wie Neubürger aufgenommen und unterstützt werden. Unter dem Stichwort „Standortcoaching“ werden Fachkräfte von außerhalb mit den Besonderheiten des Umfeldes vertraut gemacht. Wichtig ist, dass sich Partner und Familie für die Region Ostwürttemberg als Lebensmittelpunkt entscheiden und sich wohl fühlen. Unter der Federführung der IHK wurde das Netzwerkprojekt „Job<sup>FÜR2</sup>“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, die Umzugsentscheidung nach Ostwürttemberg zu erleichtern, wenn bei einem geplanten Jobwechsel eines Partners auch der andere Partner schnell eine adäquate Anstellung finden möchte. Neben Personalverantwortlichen in Unternehmen sind die Agentur für Arbeit, Südwestmetall und die Wirtschaftsförderer der Kreise und Kommunen eingebunden. Das regionale Fachkräfteportal mit aktuell 120 Firmen, die sich mit Karriereseiten im Internet präsentieren, bietet durch komprimierte Informationen zu attraktiven Arbeitgebern mit mehreren Hundert aktuellen Stellenangeboten in Ostwürttemberg hierbei Unterstützung.

### Fachkräftekampagne „Erstaunliches Ostwürttemberg“

Ostwürttemberg steht wirtschaftlich gut da, hat attraktive Arbeitgeber und als Lebensstandort mehr zu bieten als viele denken. Es halten sich aber manche Vorurteile, die es abzubauen gilt, wenn



man sich im Kampf um die benötigten Fachkräfte gegenüber anderen Regionen behaupten will. Unter der Federführung der WiRO und der IHK Ostwürttemberg und unter Beteiligung von Unternehmen, den Hochschulen und den Wirtschaftsförderern auf kommunaler und Landkreis-Ebene hat die renommierte Agentur „Die Crew“ aus Stuttgart die Kampagne „Erstaunliches Ostwürttemberg“ entwickelt.

Mit der Kampagne sollen Hochschulabsolventen, Fach- und Führungskräfte und deren Partner und Familien für Ostwürttemberg begeistert werden. Diejenigen, die eine neue berufliche Perspektive suchen, sollen für einen Umzug nach Ostwürttemberg motiviert werden. Zugleich soll die Kampagne auch nach innen wirken, um Nachwuchskräfte an die Region zu binden und die Bevölkerung als Botschafter für ein attraktives Lebens- und Arbeitsumfeld zu gewinnen. Kern der Kampagne „Erstaunliches Ostwürttemberg“ sind Fakten, die gegen Vorurteile in Stellung gebracht werden – dies nicht trocken und bierernst, sondern humorvoll und mit einem kräftigen

Schuss Selbstironie. Mit den ersten Motiven werden die zentralen Aussagen untermauert und ...

- ... in der Online-Welt (Fachkräfteportal Ostwürttemberg, Online-Werbung, Social Media, Jobbörsen etc.),
- ... in der Offline-Werbung (Plakate, Messen, Hochschulaktivitäten, Zielgruppen-Aktionen, Broschüren, Anzeigen etc.) und
- ... durch begleitende Pressearbeit beworben.

Die Kampagne wird mit Internet- und erster Plakatwerbung in der Region im Mai 2013 starten, und im Juni 2013 ist der erste Messeauftritt beim Absolventenkongress Baden-Württemberg im Kongresszentrum Liederhalle in Stuttgart geplant. Dieser ist eine der zentralen Job-Messen im Land, wenn es darum geht, examensnahe Studenten und Absolventen als Fachkräfte von morgen anzusprechen.

„Wir wollen, dass sich Menschen und Unternehmen auch in Zukunft bei uns wohlfühlen“, betonen die beiden Landräte Klaus Pavel und Thomas Reinhardt. Die Herausforderungen der Zukunft annehmen und gemeinsam an einem Strang und in die gleiche Richtung ziehen – dies war und ist das Erfolgsgeheimnis der Zusammenarbeit in Ostwürttemberg.





**Info:**

Die WiRO – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Region Ostwürttemberg – mit Sitz in Schwäbisch Gmünd wurde 1996 gegründet. Gesellschafter sind der Ostalbkreis und der Landkreis Heidenheim. Aufsichtsratsvorsitzender ist Landrat Klaus Pavel, Geschäftsführerin ist Dr. Ursula Bilger. Die WiRO bündelt die regionalen Wirtschaftsförderungsaktivitäten und kooperiert bei ihrer Aufgabenerfüllung eng mit dem Regionalverband, den Wirtschaftsorganisationen sowie den Städten und Gemeinden der Region Ostwürttemberg.

Frau Dr. Ursula Bilger ist Geschäftsführerin der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Region Ostwürttemberg

## Fachkräftesicherung im Landkreis Esslingen

Von Markus Grupp, Esslingen

Unter Schirmherrschaft von Landrat Heinz Eininger wurde für den Landkreis Esslingen im Frühjahr 2012 ein „Bündnis zur Fachkräftesicherung“ gegründet. Partner des Bündnisses, das im Landratsamt federführend bei der Kreiswirtschaftsförderung angesiedelt ist, sind die IHK Esslingen-Nürtingen, die Kreishandwerkerschaft, die Agentur für Arbeit und die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS).

„Angesichts des drohenden Fachkräftemangels ist es notwendig, alle Kräfte innerhalb des Landkreises zu bündeln“, so Landrat Heinz Eininger. „Der Bedarf an Fachkräften wird in den nächsten Jahren eine ständige Herausforderung für unseren Wirtschaftsstandort sein. Daher ist das Bündnis auch langfristig angelegt. Wir setzen bewusst auf eine nachhaltige Kooperation und nicht auf ein Feuerwerk von Maßnahmen, das schnell wieder verpufft. Unser oberstes Ziel ist es, heute die Fachkräfte von morgen zu finden und zu binden“, so Heinz Eininger weiter.

Drei zentrale Handlungsfelder stellen die Bündnispartner in den Vordergrund:

- den Übergang von der Schule in den Beruf
- die Werbung für Engpassberufe – also Berufe, in denen nicht genügend Bewerber für die offenen Stellen zur Verfügung stehen
- die bessere Nutzung von Arbeitskräften wie z.B. Frauen, ältere Arbeit-

nehmer und Menschen mit Migrationshintergrund.

Zentrales Arbeitsinstrument und Marketingmittel ist ein internetbasiertes Fachkräfteportal, in dem verschiedene Aktionen gesammelt und zielgruppenspezifisch aufbereitet werden. Bei einer Bestandsaufnahme der Agentur für Arbeit, der Jugendagenturen, des Kreisjugendrings, der beruflichen Schulen, der

IHK sowie der WRS wurden 150 Maßnahmen und Projekte in den genannten Handlungsfeldern erhoben. Diese wurden in den letzten Monaten aufbereitet und im Internet zur Verfügung gestellt. Ziel des Portals ist es, Transparenz über die Angebote, Projekte und Maßnahmen herzustellen, die in den genannten Handlungsfeldern angeboten werden. Die Informationen sollen zum einen zeitnah den Experten zur Verfügung stehen, zum anderen aber auch den Zielgruppen und somit der Öffentlichkeit zugänglich sein. Die Netzwerkpartner schreiben quartalsweise die Angebote fort, analysieren die Arbeitsmarkttendenzen und planen Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften langfristig.

Ein wichtiges Handlungsfeld des „Bündnisses zur Fachkräftesicherung“ ist das Bewerben von Berufen in Branchen, die in besonderem Maße vom Mangel an qualifizierten Arbeitskräften betroffen sind. Hierzu zählen das Handwerk,

die Pflege und die Ingenieursberufe. Vor diesem Hintergrund fand im September 2012 ein Aktionstag des Handwerks im Freilichtmuseum Beuren statt. Dieses Projekt war eingebettet in den bundesweiten Tag des Handwerks. Die Aktion in Beuren war die zentrale Veranstaltung der Kreishandwerkerschaft im Landkreis und wurde vom „Bündnis zur Fachkräftesicherung“ mitorganisiert. Neben historischen Handwerksberufen wurden auch innovative und moderne Techniken im Handwerk auf dem Museumsgelände vorgestellt. Den Besuchern wurde aufgezeigt, wie sich die Handwerkswelt gewandelt hat und durchaus attraktiv ist. „Handwerk hat goldenen Boden – diese Weisheit gilt auch heute noch! Eine Ausbildung im Handwerk bietet einen guten Grundstein für eine interessante Laufbahn. Ob Facharbeiter, Meister, ein Hochschulstudium oder der eigene Betrieb – eine Ausbildung im Handwerk ist immer eine solide Grundlage. Deshalb möchten wir den Tag des Handwerks nutzen, um den Wandel im Handwerk darzustellen. Denn in einer Wirtschaft, in der sich Technologien, die Wünsche der Kunden und die Rahmenbedingungen immer schneller ändern, sind es die Handwerker, die am schnellsten und flexibelsten darauf reagieren können“, so damals Karl Boßler, Kreishandwerksmeister.



Zur Bewerbung der Berufe in der Kranken- und Altenpflege fand im März 2013 eine Pflegemesse im Kongresszentrum K3N in Nürtingen statt. Diese Pflegemesse war bis dahin einzigartig, denn es war ein Zusammenspiel des Landkreises Esslingen, der Stadt Nürtingen und der AG der stationären und teilstationären Heimleitungen. Das statistische Landesamt hat bis 2030 einen Mehrbedarf an Pflegekräften in Höhe von 54 % allein bei der stationären Pflege errechnet. Ziel der Messe war es, sowohl junge Menschen vor der Ausbildungswahl als auch Umsteiger und Wiedereinsteiger sowie Migranten aus dem Landkreis Esslingen die Möglichkeit zu bieten, sich über Berufsperspektiven im pflegerischen Bereich umfassend zu informieren. 30 Aussteller stellten sich als potenzielle Arbeitgeber vor und präsentierten die Vielseitigkeit der Pflegeberufe. Das Berufsfeld der Pflege bietet Karrierechancen, eine gesicherte Zukunft und viele verschiedene Arbeitszeitmodelle, die es ermöglichen, Familie und Beruf zu vereinen. Kooperationspartner und Unterstützer waren das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, die AOK sowie das „Bündnis zur Fachkräftesicherung“. Auch auf die Ingenieursberufe setzt das Bündnis seinen Fokus. Im Zuge des doppelten Abiturjahrgangs wurden im April 2012 40 Abiturienten aus dem Landkreis zu einem Messerundgang, einem sogenannten „Career Walk“, auf die Hannover Messe eingeladen. Bei dem von der Wirtschafts-

förderung Region Stuttgart GmbH (WRS) ausgearbeiteten Rundgang lernten die Jugendlichen Unternehmen aus dem Landkreis Esslingen kennen. Personalverantwortliche stellten ihre Firma vor und informierten über deren Produkte und Aktivitäten, über Einstiegsvoraussetzungen und Entwicklungsmöglichkeiten. Kleine und mittlere Unternehmen stehen besonders im Wettbewerb um Fachkräfte. Mit Hilfe des „Career Walks“ können sie frühzeitig Kontakt zu potenziellen Mitarbeitern aufbauen und sich als attraktive Arbeitgeber präsentieren. Für technologieorientierte Firmen bietet dabei die Hannover Messe besonders gute Voraussetzungen. Als nächstes ist geplant, im Schulabschluss mit den Bündnispartnern die duale Ausbildung noch mehr in den Vordergrund zu rücken. Das Fachkräfteportal soll durch die Integration in Social Media Plattformen, u.a. Facebook, noch besser auf die vor allem jugendliche Zielgruppe ausgerichtet werden.

Weitere Informationen und Kontakt  
Landratsamt Esslingen  
Kreiwirtschaftsförderung  
Telefon 0711/39 02-20 90,  
E-Mail: [grupp.markus@lra-es.de](mailto:grupp.markus@lra-es.de)  
[www.perspektive-es.de](http://www.perspektive-es.de)  
[www.pflegemesse-es.de](http://www.pflegemesse-es.de)

Markus Grupp ist Kreiwirtschaftsförderer im Landkreis Esslingen

# Qualifizierung von Tagespflegepersonen im Rhein-Neckar-Kreis

Von Susanne Keppler, Heidelberg

Ebenso wie die Kindertagesstätten hat die Kindertagespflege einen Auftrag zur Bildung, Förderung und Erziehung der betreuten Kinder. Insbesondere für die Altersgruppe der Kinder unter drei Jahren stellt die Kindertagespflege ein gleichrangiges Betreuungsangebot neben der Betreuung in einer Krippe dar, bei dem die Eltern unter den vorhandenen Angeboten ein Wunsch- und Wahlrecht haben. Nachvollziehbar ist deshalb, dass auch für die Tätigkeit in der Kindertagespflege eine Qualifizierung nachgewiesen werden muss.

Wer als Tagesmutter oder Tagesvater Kinder betreuen möchte, hat im Rhein-Neckar-Kreis die Möglichkeit die hierfür erforderliche Qualifizierung bei der Volkshochschule Badische Bergstraße oder beim Jugendamt in Kooperation mit dem Deutschen Kinderschutzbund in Wiesloch zu erlangen. Der Rhein-Neckar-Kreis und der Deutsche Kinderschutzbund in Wiesloch bieten hierzu Qualifizierungskurse an, die aus Grund- und Aufbauqualifizierung bestehen und auf der Grundlage des Lehrplans des Deutschen Jugendinstitutes erfolgen. Die Volkshochschule Badische Bergstraße in Weinheim, die ebenfalls Kooperationspartner des Rhein-Neckar-Kreises ist, bietet das vollständige Curriculum des Deutschen Jugendinstitutes an.

An diesem Qualifizierungskurs teilgenommen zu haben, ist neben weiteren Anforderungen eine wichtige Voraussetzung dafür, dass das Jugendamt die Erlaubnis zur Kindertagespflege erteilt und Tagespflegekinder vermittelt. Die Qualifizierung umfasst 160 Unterrichtseinheiten zu je 45 Minuten und den Kurs „Erste-Hilfe-am-Kind“.

„Damit erfüllen wir die bundesweit empfohlenen Standards“, weiß Heinrich Knester vom Jugendamt im Rhein-Neckar-

Kreis. Im Rhein-Neckar-Kreis gibt es derzeit 900 Plätze in der Kindertagespflege. „Es geht uns aber nicht allein um die Zahl der Plätze, sondern auch um die Qualität der Kindertagespflege“, erläutert er weiter. Deshalb erhält auch jede Person, die den Qualifizierungskurs erfolgreich absolviert hat, ein Zertifikat, das Förderungen durch den Rhein-Neckar-Kreis ermöglicht. Beispielsweise werden die Beiträge zur Unfallversicherung oder nachgewiesene Aufwendungen für angemessene Alterssicherung der Tageseltern zum Teil bezuschusst.

Nachdem 30 Unterrichtseinheiten absolviert sind, können die Tagespflegepersonen ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Grundqualifizierung beim Rhein-Neckar-Kreis ist kostenlos. Die vorbereitende Grundqualifizierung der Kindertagespflege wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes durchgeführt. Die weiteren 130 Unterrichtseinheiten werden praxisbegleitend beim Deutschen Kinderschutzbund in Wiesloch absolviert. So ist es den Kursteilnehmerinnen und -teilnehmern möglich, Theorie und Praxis bereits während der Qualifizierung miteinander zu verknüpfen. Für das Jahr 2013 sind drei Qualifizierungen im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Jugendamt und dem Deutschen Kinderschutzbund geplant. Für die im März sowie im Mai beginnenden Kurse liegen bereits erste Anmeldungen vor. Ein weiterer Kurs ist ab September 2013 geplant. In der Grundqualifizierung geht es um pädagogische und rechtliche Aspekte der Kindertagespflege. Über Themen wie Erwartungen und Motivationsklärung, Hygiene, rechtliche Grundlagen, Schweigepflicht und Schutzauftrag sowie Elternabend und Sicherheit.

Bewerber mit einer pädagogischen Fachausbildung wie Erzieher und Erzieherinnen benötigen lediglich die 30 Unterrichtsein-

heiten der Grundqualifizierung und erfüllen damit die Voraussetzungen, die Erlaubnis zur Kindertagespflege zu bekommen.

Nach Aufnahme der Tätigkeit als Tagespflegeperson sind jährlich mindestens 15 Unterrichtseinheiten an Weiterbildung zu absolvieren. Diese wird beim Deutschen Kinderschutzbund in Wiesloch und beim Kreisjugendamt angeboten. Hiermit soll die fachliche Weiterqualifizierung der Tagesmütter und Tagesväter sichergestellt werden und diesen einen fachlichen Austausch über ihre Arbeit ermöglichen.

Wer sich für die Tätigkeit als Tagesmutter oder Tagesvater interessiert, kann zuvor an einer der Informationsveranstaltungen teilnehmen, die viermal im Jahr angeboten werden. In der Einführungsveranstaltung erhalten Interessenten einen Überblick über die Tätigkeit in der Kindertagespflege sowie die rechtlichen, finanziellen und pädagogischen Rahmenbedingungen. Wichtig ist hierbei, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Informationen über diese – in der Regel selbständige – Tätigkeit an die Hand zu geben, als Grundlage für eine Entscheidung, ob diese berufliche Perspektive für sie überhaupt in Frage kommt. Die Teilnahme an der Informationsveranstaltung ist Voraussetzung für die Teilnahme an einer Qualifizierung. Die Einführungsveranstaltungen sind kostenlos und ohne Anmeldung möglich.

Weiterführende Informationen gibt es unter [www.rhein-neckar-kreis.de](http://www.rhein-neckar-kreis.de) (Rubrik: Bürgerservice → Formulare und Online-service → Kinderbetreuung). Hier steht auch das aktuelle Qualifizierungsprogramm als Download zur Verfügung.

Susanne Keppler ist stellvertretende Leiterin des Referats Pflegekinder, Adoptionen und Kindertagespflege im Jugendamt, Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis.

# Kindertagespflege heute – wertgeschätzt und finanziell gefördert

Das Landkreisfinanzierungsmodell im Landkreis Calw

Von Michèle Maisenbacher und Silvia Murphy, Calw

In den letzten Jahren hat die Kindertagespflege als Betreuungsform an Bedeutung gewonnen. Durch die Tagespflege sollen Kinder gefördert und die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützt und ergänzt werden. Kindertagespflege bietet mit ihren individuellen Angeboten den Eltern unter anderem die Möglichkeit, eine passgenaue Kinderbetreuung zu wechselnden Schichtdiensten, als Randzeit zur institutionellen Betreuung oder auch mit Hol- und Bringdiensten zu nutzen. Gerade auch für jüngere Kinder kann dabei die liebevolle Betreuung im familiären Umfeld der Tagespflegefamilie eine wertvolle Alternative oder Ergänzung zur Betreuung in der Kindertageseinrichtung sein.

Bekanntlich wird Eltern von Kindern unter drei Jahren zum 1.8.2013 ein Rechtsanspruch für deren Betreuung eingeräumt. Der Gesetzgeber unterstellt eine Betreuungsquote von 34 %. Davon sollen im Rahmen der Kindertagespflege 30 % betreut werden.

Die Kindertagespflege ist für den ländlichen Flächenlandkreis Calw und seine Struktur die nahezu ideale Betreuungsform. Gerade in Städten und Gemeinden mit mehreren kleinen Teilorten sind Kindertageseinrichtungen oft überdimensioniert und finanziell deshalb nicht darstellbar. Hier kann Kindertagespflege im Haushalt der Tagespflegeperson oder aber die Tagespflege in anderen geeigneten Räumen eine optimale Alternative darstellen.

Die Anforderungen an Tageseltern, welche in der Regel im Rahmen einer nebenberuflichen Selbständigkeit Betreuung

anbieten, sind hoch. Sie müssen in ihrer Persönlichkeit die Anforderungen der Kindertagespflege in einer kindgerechten Umgebung erfüllen können. Nach Novellierungen des Sozialgesetzbuches VIII haben sie den gleichen Förderungsauftrag wie Kindertageseinrichtungen. Tageseltern müssen sich fachlich mit 160 Unterrichtseinheiten qualifizieren und jährlich fortbilden.

Ein ausreichendes Einkommen ist für eine Tagesmutter in ihrer Selbständigkeit im Landkreis Calw nicht einfach zu erwirtschaften. Das Honorar für ihre Tätigkeit legt sie zwar selbst fest, dabei muss sie sich aber an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern orientieren. Zum anderen muss auch die Betreuungsnachfrage zum Angebot der Tagespflegeperson vor Ort passen. Tageseltern im Landkreis Calw betreuen durchschnittlich zwei Tageskinder. Die meist in der Pflegeerlaubnis gewährten fünf Betreu-

ungsplätze, werden von den Tageseltern nur selten ausgeschöpft.

Eine Attraktivierung der Kindertagespflege erschien im Landkreis Calw unumgänglich.

Seit 2012 werden die Tageseltern im Landkreis Calw durch das „Landkreisfinanzierungsmodell im Landkreis Calw“ bezuschusst. Der Landkreis Calw fördert deshalb mit Mitteln aus dem Finanzausgleich Tageseltern, welche im Landkreis Kindertagesbetreuung anbieten. Die Kommunen des Kreises schließen sich dieser Förderung an und ergänzen die Förderbeträge des Landkreises in gleicher Höhe. Gefördert werden Tageseltern, die neben einem aktuellen Betreuungsangebot, eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII haben, die Qualifizierung mit insgesamt 160 Unterrichtseinheiten innerhalb 1,5 Jahren absolviert haben und die Verpflichtung zu jährlichen Fortbildungen mit 15 Unterrichts-



Landrat Helmut Riegger (r.), Sozialdezernent Norbert Weiser, Fachdienst Kindertagespflege (Silvia Murphy, Michèle Maisenbacher, Gabriele Bünger, Ute Rentschler), Tagesmütter der Einführungsphase (Kurs I) im Januar 2013

einheiten (incl. Auffrischen des Erste-Hilfe-Kurses am Kind alle zwei Jahre) erfüllen.

Grundsätzlich wird im Modell zwischen der Tagespflege im Haushalt der Tagespflegeperson und Tagespflege in anderen geeigneten Räumen unterschieden. Tageseltern, die in ihrem eigenen Haushalt tätig sind, erhalten einen Pauschalbetrag von 40 € je Kind und Monat. Für Tageskinder unter drei Jahren werden zusätzlich die tatsächlich geleisteten Betreuungsstunden bezuschusst. Pro Stunde werden dann 1,00 €, 1,40 € oder 1,80 € ausbezahlt. Die Staffelung orientiert sich an der wöchentlichen Betreuungszeit. Werden, aufgrund fehlender Anfragen, keine Kinder in Tagespflege betreut, so wird eine Anerkennungspauschale von 30 € je Monat gewährt (maximal für die Dauer von sechs Monaten am Stück).

Tageseltern in Tagespflegestellen in anderen geeigneten Räumen erhalten eine monatliche Betreuungspauschale von 400 €. Diese Pauschale wird für jede in der Tagespflegestelle arbeitende Tagespflegeperson zuzüglich der Vertretungspersonen, jedoch für maximal 2,4 Personen, gewährt. Der maximale Pauschalbetrag für eine Tagespflegestelle in anderen geeigneten Räumen beläuft sich somit auf 960 € pro Monat. Analog zum Zuschussmodell Tagespflege im eigenen Haushalt, werden auch in anderen geeigneten Räumen die tatsächlich geleisteten Betreuungsstunden von Kindern unter drei Jahren zusätzlich bezuschusst.



**V. l. n. r.: Sozialdezernent Norbert Weiser, Fachdienst Kindertagespflege: Ute Rentschler, Michèle Maisenbacher, Gabriele Bünger, Silvia Murphy, Landrat Helmut Riegger**

Die Ausbezahlung der Fördergelder des Landkreisfinanzierungsmodells im Landkreis Calw erfolgt über die Wohnortkommune der Tageseltern. Ein interkommunaler Kostenausgleich ist nicht vorgesehen. Die Städte und Gemeinden haben durch die Ausbezahlung der Fördergelder regelmäßigen Kontakt mit ihren Tageseltern vor Ort. Tageseltern als wichtige Betreuungsressource fühlen sich wertgeschätzt.

Eltern, welche ihr Kind auf Grund von Berufstätigkeit in Betreuung geben, haben zusätzlich die Möglichkeit einen Antrag auf laufende Geldleistung nach § 23 SGB VIII zu stellen. Die laufende Geldleistung beläuft sich auf 5,50 € pro Betreuungsstunde und Kind unter drei Jahren. Für Kinder über drei Jahren wird pro Betreuungsstunde 4,50 €, direkt an die Tageseltern, ausbezahlt.

Der Landkreis Calw betrat mit dem Landkreisfinanzierungsmodell Neuland. Es würdigt die Leistung der Tageseltern und trägt zu deren Existenzsicherung bei. Hinsichtlich der Professionalisierung der Kindertagespflege unterstützt das Landkreisfinanzierungsmodell im Landkreis Calw die Akquirierung neuer Tageseltern und damit verbunden die Schaffung qualitativ hochwertiger neuer Betreuungsplätze für Kinder. Das Landkreisfinanzierungsmodell im Landkreis Calw bietet die Chance, der hohen Fluktuationsrate in der Kindertagespflege entgegenzuwirken.

Der Fachdienst Kindertagespflege im Landkreis Calw hat es sich zur Aufgabe gemacht alle Handlungsfelder der Kindertagespflege weiterhin gut zu versorgen und die neuen positiven Strukturen der Kindertagespflege im Landkreis Calw weiterzuentwickeln.

Eine erste Evaluation des Landkreisfinanzierungsmodells und die erneute Anpassung der Fördergelder aus dem Finanzausgleich wird Ende 2013 stattfinden.

Eine positive Entwicklung der Kindertagespflege im Landkreis Calw ist zum jetzigen Zeitpunkt bereits erkennbar.

Für Rückfragen zum Landkreisfinanzierungsmodell können Sie sich gerne an den Fachdienst Kindertagespflege im Landratsamt Calw Tel.: 07051/160-146 wenden.

Michèle Maisenbacher und Silvia Murphy sind im Fachbereich Jugendhilfe im Landratsamt Calw tätig

## Sozialstrategie im Landkreis Lörrach – eine erste positive Bilanz

Interview mit Frau Landrätin Marion Dammann

*Frau Landrätin Dammann, was ist das Besondere an der Sozialstrategie des Landkreises Lörrach?*

Der Landkreis Lörrach hat im Vergleich zu anderen Landkreisen in Baden-Württemberg sehr hohe Sozialausgaben. Gleichzeitig ist die wirtschaftliche Lage im Landkreis gut, wir haben eine niedrige Arbeitslosigkeit und jeder vierte Erwerbstätige arbeitet in unserem Nachbarland Schweiz, wo vor allem hochqualifizierte Fachkräfte gefragt sind. Das hat die Frage aufgeworfen, welche Hintergründe es für die hohen Sozialausgaben gibt und vor allem, was wir als Landkreis dagegen tun können. Deshalb haben wir im April 2012 die Prognos AG beauftragt, eine Sozialstrategie für den Landkreis Lörrach zu erarbeiten. Dabei stand neben einer eingehenden Analyse der Ursachen die Entwicklung von ganz konkreten Handlungsansätzen im Mittelpunkt. Ziel ist, mittelfristig den sozialen Zuschussbedarf auf den Landesschnitt in Baden-Württemberg zu senken.

Nach der Analyse von Prognos sind die hohen Sozialausgaben unter anderem auf die sozialstrukturellen Rahmenbedingungen im Landkreis Lörrach zurückzuführen. Deshalb wurde im Vergleich mit anderen, ähnlich strukturierten Landkreisen über eine differenzierte Abweichungsanalyse herausgearbeitet, welche Handlungsfelder und Lösungsansätze es für den Landkreis Lörrach gibt. Das Neue oder Besondere an dem Prozess war, dass bei der Entwicklung der insgesamt 25 Maßnahmen für die einzelnen Leistungsbereiche stets die übergreifende strategische Ausrichtung im Blick war. So haben wir nun eine Sozialstrategie aus „einem Guss“. Sehr positiv war auch die enge Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern des Kreistags,



die in einer Steuerungsgruppe den Prozess eng begleitet haben.

*Können Sie aus Ihrer Sicht hierzu bereits Erfolge aus Ihrem Landkreis vermelden?*

Mit der Umsetzung der Maßnahmen werden wir ab 2013 beginnen. Aber im Vorfeld der Sozialstrategie hat sich im Jahr 2011 eine Arbeitsgruppe aus dem Sozialdezernat schon intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und eine große Anzahl von Daten zusammengetragen, welche Prognos zur Verfügung gestellt werden konnten. Ansonsten wäre es kaum möglich gewesen, nach einem halben Jahr Arbeit Ende Oktober 2012 schon die Ergebnisse im Kreistag zu verabschieden. Bei der Datenerhebung und -analyse hat die Arbeitsgruppe insbesondere für den Bereich des SGB II eine Reihe konkrete Handlungsansätze entwickelt, die 2012 bereits umgesetzt wurden. Dadurch konnte die SGB II-Quote des Landkreises – 2011 noch die höchste

unter allen Landkreisen in Baden-Württemberg – im Laufe des Jahres 2012 nahezu auf den Landesschnitt gesenkt werden.

*Mit welchen Partnern stimmen Sie Ihre Konzepte im Landkreis ab?*

Immer wenn es um die Umsetzung von strategischen Zielsetzungen im Sozialbereich geht, ist die Liga der freien Wohlfahrtspflege ein wichtiger und enger Kooperationspartner. So beziehen wir die Verbände z.B. mit ein, wenn es um die Entwicklung von Konzeptionen von Maßnahmen geht. Aber auch die Kreistagspolitiker sind bereits auf der fachlichen Ebene miteinbezogen. Dafür gibt es im Landkreis eine Vielzahl von Arbeitsgruppen, u.a. zu verschiedenen sozialen Themen, wie z.B. Sucht, Behindertenhilfe, Migration & Integration, Psychiatrie. Neben den Kreistagsmitgliedern und Fachleuten aus dem Sozialdezernat sind in diesen Arbeitsgruppen auch die Leistungserbringer vertreten.

*Wo sehen Sie die Haupthandlungsfelder in den kommenden Jahren?*

Das wichtigste Handlungsfeld ist aus meiner Sicht der Ausbau von präventiven und ambulanten Angeboten für Kinder und Familien. Verschiedene Ansätze aus der Sozialstrategie von niedrigschwelligen Elterntreffs über den Ausbau der Familienpaten bis zur ambulanten Intensivbetreuung von jungen Menschen mit hohen sozialen Belastungen werden sich mittel- bis langfristig positiv auswirken. Aber auch der Bildungsbereich steht im Fokus, vor allem, weil dort nach den Ergebnissen von Prognos Defizite vorhanden sind. Insbesondere dem Übergang Schule – Beruf kommt eine wichtige Bedeutung zu – kein Jugendlicher darf uns verloren gehen! Und das sehe

ich nicht nur vor dem Hintergrund eines späteren Transferleistungsbezugs, sondern auch im Hinblick auf die Fachkräfte, die wir in Zukunft dringend brauchen – gerade hier in der Grenzregion zur Schweiz.

Mit Blick auf die Auswirkungen des demografischen Wandels ist der Bereich Pflege ein weiterer zentraler Ansatzpunkt. Hier gilt es, durch geeignete Maßnahmen frühzeitig anzusetzen, um eine spätere Heimaufnahme soweit als

möglich hinauszuzögern. Dazu braucht es neben bedarfsgerechten ambulanten Angeboten auch den Aufbau einer „Geh-Struktur“, da herkömmliche Beratungsangebote viele Betroffene nicht erreichen.

## Jobcenter holt auf – Hilfebedürftigkeit im Landkreis Lörrach deutlich zurückgegangen

Bereits vor zwei Jahren hat im Kreistag eine Diskussion eingesetzt, weshalb im Landkreis Lörrach, im Vergleich zu anderen Landkreisen, so viele Haushalte auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind.

Damit verbunden war auch eine hohe Kostenbelastung für den Landkreis, weil die Kosten der Unterkunft für die Leistungsempfänger durch den Landkreis zu tragen sind.

Der Anteil von Arbeitslosengeld II-Empfängern an der Bevölkerung wird durch die sogenannte SGB II-Quote abgebildet. Noch im Herbst 2011 lag die Quote mit 5,7 Prozent deutlich über dem Landesdurchschnitt. Mit einer gemeinsamen Strategie zwi-

schen Landkreis und Jobcenter wurde als Ziel festgelegt, die Quote binnen zwei Jahren auf den Landesdurchschnitt zurückzuführen.

Diesem Ziel ist man aktuell sehr nahegekommen. Derzeit liegt die Zahl der Haushalte, die auf die Grundsicherungsleistungen angewiesen sind, nur noch ganz geringfügig über dem gesetzten Ziel. Mit aktuell 4626 Bedarfsgemeinschaften ist die Hilfebedürftigkeit um 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft sind im Jahr 2012 um rund 1,58 Millionen Euro (-8,9 Prozent) gesenkt worden.

Dieses erfreuliche Ergebnis ist zum einen dem robusten Arbeitsmarkt zu verdanken, von dem auch Bezieher von Arbeitslosengeld II deutlich profitieren konnten. Rund 1700 Personen fanden den Weg zurück in eine Beschäftigung. Einen wesentlichen Beitrag hat auch das Jobcenter mit seiner neuen strategischen Ausrichtung und mit verschiedenen Maßnahmen geleistet. Verstärkte Aktivierung von Kunden und Qualifizierungen stehen dabei im Vordergrund. Trotz der sich etwas eintrübenden konjunkturellen Lage sieht man im Jobcenter optimistisch in die Zukunft. Ziel bleibt, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften noch weiter zu reduzieren.

# PIA – Die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung – ein neues Ausbildungsmodell

Von Regina Strobel-Koop, Bruchsal

Mit der Einführung des Schulversuches zur sogenannten Praxisintegrierten Erzieherinnen- und Erzieherausbildung (PIA) in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2012/2013 gehen das Land, die Träger der Beruflichen Schulen und die Träger von Kindertagesstätten neue Wege. Ziel des neuen Ausbildungsgangs ist es, schulische und praxisorientierte Ausbildungsphasen noch enger zu verknüpfen, einen erweiterten Personenkreis für die Erzieherausbildung zu interessieren und den steigenden Personalbedarf in Kindertagesstätten nachhaltig erfüllen zu können. Das im Sommer 2012 zwischen Land, kommunalen Spitzenverbänden und Trägerverbänden der Kindertagesstätten abgestimmte und von allen Beteiligten mitgetragene Eckpunktepapier stellt den Startpunkt der neuen Ausbildung dar. Der Landkreis Karlsruhe hat als Schulträger der Beruflichen Schulen rasch reagiert und diese neue Schulart an drei Standorten im Landkreisgebiet zum Schuljahr 2012/2013 – parallel zum ‚klassischen‘ Ausbildungsgang – an den Fachschulen für Sozialpädagogik eingerichtet: an der Käthe-Kollwitz-Schule in Bruchsal, an den Beruflichen Schulen Bretten und an der Bertha-von-Suttner-Schule in Ettlingen.

Die Nachfrage von Ausbildungsinteressierten im ersten Jahr war zögerlich, was sicherlich auch auf die kurzfristige Einführung des neuen Ausbildungsmodells zurückzuführen war. PIA-Klassen konnten deshalb nicht gebildet werden. Zwischenzeitlich liegen für das kommende Ausbildungsjahr zahlreiche Anfragen an allen drei Schulstandorten vor. Die Schulen berichten Anfang März 2013 von 20 bis 50 teilweise hoch qualifizierten Bewerbern je Standort, von denen jedoch lediglich 10 bis 20 Prozent über einen Ausbildungsvertrag mit einem Kita-Träger verfügen. Aus heutiger Sicht können damit auch im kommenden Schuljahr keine Klassen gebildet werden. Der Landkreis wirbt deshalb erneut bei den Trägern der Kindertagesstätten im Kreis, diese Chance einer qualifizierten, praxisorientierten Ausbildung im Interesse der zahlreichen Bewerber und einer nachhaltigen Fachkräftegewinnung zu nutzen und vermehrt Ausbildungsverträge für die neue PIA-Ausbildung anzubieten. Der folgende Text stellt das PIA-Angebot exemplarisch für die Bruchsaler Käthe-Kollwitz-Schule dar.

Seit dem Schuljahr 2012/13 gibt es in Baden-Württemberg einen neuen Ausbildungsweg, der zum Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers führt: Die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung (PIA).

Knapp 600 angehende Erzieherinnen und Erzieher haben bereits mit dieser neuen Form der Erzieherausbildung begonnen. Das Ziel der baden-württembergischen Landesregierung mit der Ein-

führung dieser neuen Ausbildungsform neue Zielgruppen für den Ausbildungsberuf zu erreichen, ging auf. Von den Auszubildenden, die in diesem Schuljahr mit PIA begonnen haben, besitzen 55 Prozent das Abitur oder die Fachhochschulreife, rund 21 Prozent haben bereits eine andere Berufsausbildung abgeschlossen und der Männeranteil konnte ebenfalls um 15 Prozent gesteigert werden.<sup>1</sup>

## Die Ausbildung

Die praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher an der Fachschule für Sozialpädagogik dauert drei Jahre und beinhaltet theoretische und praktische Ausbildungsziele. Die theoretischen Ausbildungsinhalte entsprechen denen der klassischen Erzieherausbildung am 2-jährigen Berufskolleg für Sozialpädagogik, so dass hier eine Gleichwertigkeit gegeben ist. Das Berufspraktikum entfällt bei PIA.

Die theoretische Ausbildung findet über die Gesamtausbildungsdauer von drei Jahren im Umfang von durchschnittlich 20 Wochenstunden pro Schuljahr an einer Fachschule für Sozialpädagogik statt. Dies entspricht in der Regel drei Unterrichtstagen. Manche Fachschulen für Sozialpädagogik organisieren den Unterricht in Blockmodellen, wobei Mischformen ebenfalls möglich sind. Für Schüler/innen, die die Fachhochschulreife erwerben wollen, erhöht sich der Unterricht um wöchentlich zwei Unterrichtsstunden pro Schuljahr.

Die praktische Ausbildung umfasst einen Stundenanteil von 2000 Praxisstunden. Die Schulferien entfallen, den Auszubildenden stehen die üblichen 26 Tage Erholungsurlaub (meist in den Schließzeiten der Einrichtung) zu.

## Die Zugangsvoraussetzungen

Voraussetzungen für die Aufnahme im 3BKSPIT (Dreijähriges Berufskolleg für Sozialpädagogik praxisintegriert) sind der mittlere Bildungsabschluss und der erfolgreiche Abschluss des einjährigen Berufskollegs für Praktikantinnen/Praktikanten (1BKPR) oder das Abitur oder die



Fachhochschulreife sowie jeweils ein sechswöchiges Praktikum in einer sozialpädagogischen Einrichtung. Um das Ziel der Erweiterung des Spektrums der Bewerber für diese neue Ausbildungsform zu erreichen, hat das baden-württembergische Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Zugangsvoraussetzungen um berufliche Vorerfahrungen wie zum Beispiel eine abgeschlossene Berufsausbildung, die Tätigkeit als Tagesmutter oder die Führung eines Familienhaushaltes erweitert.

## Die Praxisstelle

Im ersten Ausbildungsjahr beträgt die Vergütung ca. 750 Euro und steigert sich auf bis zu 850 Euro im dritten Ausbildungsjahr (je nach Träger). Das Gehalt orientiert sich an der Ausbildungsvergütung der Verwaltungsfachangestellten. Absolventen des klassischen Ausbildungsweges erhalten hingegen erst im Anerkennungsjahr, also nach der dreijährigen schulischen Ausbildung, um die 1000 Euro. Somit handelt es sich bei der Vergütung der praxisintegrierten Erzieherausbildung um einen nicht unwe-

sentlichen Anreiz für die Bewerber. Jedoch beinhaltet gerade dieser Anreiz auch die größte Hürde für diese neue Ausbildung, da die Bewerber eine Praxisstelle finden müssen, die diese Vergütung und die Arbeitgeberanteile übernimmt. Die Rahmenvereinbarung sieht vor, dass „eine Anrechnung von bis zu 0,4 Stellenanteil [...] in jedem Ausbildungsjahr möglich [ist].“<sup>2</sup> Diese Hürde wurde teilweise durch Investitionen der öffentlichen Hand abgemildert, indem zum Beispiel die Stadt Karlsruhe die Voll-

finanzierung der PIA-Stellen im ersten Schuljahr weitgehend übernimmt, unabhängig davon, welcher Träger im Stadtgebiet die PIA-Stelle eingerichtet hat. Eine weitere Hürde für einige Einrichtungen ist die Verpflichtung, dass den Auszubildenden der PIA Einblick in die unterschiedlichen Arbeitsfelder der staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erzieher (Krippe, Elementarbereich, Heim- und Hort) zu gewährleisten ist. Kann eine Einrichtung den Einsatz in diesen drei Arbeitsfeldern nicht gewährleisten, muss der Auszubildende für mindestens 6-wöchige Fremdpraktika freigestellt werden.

## Die Auszubildenden

Die Bewerber sind sehr interessiert, motiviert und häufig überdurchschnittlich vorqualifiziert, so dass sich die oben genannten Hürden für die Einrichtungen und deren Träger – so die Rückmeldungen der Einrichtungen und Fachschulen, die bereits nach PIA ausbilden – sehr schnell aufheben würden. Denn die neue Klientel, die sich für PIA interessiert, ist zwischen 20 und 50 Jahren alt und sehr motiviert, da sich für viele Bewerber durch PIA eine ernsthafte Chance eröffnet, doch noch den Traumberuf zu erlernen. Die älteren Bewerber bringen viel Lebens- und Berufserfahrung mit und sind in ihrem Arbeitsalltag gut organisiert.





## Die Vorteile für die Praxisstellen und Träger

Eine häufig positive Rückmeldung der PIA-Schüler ist deren besonders starke Identifikation mit der auszubildenden Einrichtung durch den hohen Anteil des Praxisbezuges. Die ausbildenden Einrichtungen wiederum berichten von einer noch stärkeren Identifikation mit der Aufgabe künftige Fachkräfte auszubilden. Da die PIA-Auszubildenden hoch motiviert seien und durch den Ausbildungsvertrag sowie die Ausbildungsvergütung stärker an die Einrichtungen gebunden seien als die Schüler der herkömmlichen Erzieherausbildung, zeigten sich die PIA-Azubis in den Einrichtungen sehr engagiert.

## Die Fachschule für Sozialpädagogik der Käthe-Kollwitz-Schule (Bruchsal)

Die Käthe-Kollwitz-Schule hat sich unverzüglich mit der Einführung des neuen Ausbildungsmodells durch die baden-

württembergische Landesregierung im letzten Jahr, der Aufgabe der Umsetzung und der Implementierung von PIA, gemeinsam mit den Trägern und den Praxisstellen, gewidmet. Es fanden bereits drei Informationsveranstaltungen für die Träger und deren Einrichtungen statt. Mittlerweile konnte eine Vielzahl von Kooperationsvereinbarungen mit Trägern geschlossen werden. Diese Vereinbarungen legen den Grundstein der Zusammenarbeit zwischen der Fachschule für Sozialpädagogik der Käthe-Kollwitz-Schule und den Trägern. In dieser engen Zusammenarbeit liegt ein weiterer Vorteil in der PIA begründet. Im gemeinsam zu erstellenden Ausbildungsplan liegt eine große Chance, die Bedürfnisse und Rahmenbedingungen der Einrichtungen und Träger zu berücksichtigen.

Die organisatorische Umsetzung an der Fachschule für Sozialpädagogik an der Käthe-Kollwitz-Schule ist wie folgt geplant: Der Unterricht am 3BKSPIT soll an 2,5 Tagen (wöchentlich) von Mittwochnachmittag bis Freitagnachmittag er-

gänzt durch zusätzliche Unterrichts- und Praxisblöcke angeboten werden.

Mit einem attraktiven Angebot an Wahlpflichtfächern:

- Betreuung unter Drei
- Heim- und Hortpädagogik
- Musik- und Rhythmik
- Sport- und Bewegungspädagogik mit der Zertifizierung als Motorikzentrum
- Ernährungslehre (unter der Schirmherrschaft der Sarah-Wiener-Stiftung)
- Forschen und Experimentieren (geplant)

wird das qualitative und abwechslungsreiche Unterrichtsangebot für die PIA-Ausbildung der Fachschule für Sozialpädagogik an der Käthe-Kollwitz-Schule abgerundet.

Durch den Einsatz der wissenschaftlichen Lehrkräfte, die neben der Fachschule auch am sozialwissenschaftlichen Gymnasium unterrichten, wird ein Unterricht auf hohem theoretischem Niveau mit einem hohen Praxisbezug gewährleistet.

<sup>1</sup> Vgl.: <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1380446/index.html> (Zugriff: 10.3.2013)

<sup>2</sup> [http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/show/1365556/Eckpunkte\\_Erzieherausbildung\\_praxisintegriert\\_Endfassung%2005-03-2012.pdf](http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/show/1365556/Eckpunkte_Erzieherausbildung_praxisintegriert_Endfassung%2005-03-2012.pdf), S. 4. (Zugriff: 10.3.2013).

Regina Strobel-Koop ist Abteilungsleiterin an der Fachschule für Sozialpädagogik der Käthe-Kollwitz-Schule (Bruchsal); [regina.strobel-koop@kks-bruchsal.de](mailto:regina.strobel-koop@kks-bruchsal.de)

# Gemeinsamer Unterricht in Kooperationsklassen – ein Erfahrungsbericht

Von Berthold Halter, Leonberg

Die Karl-Georg-Haldenwang-Schule ist eine Schule für individuelle Förderung (offiziell Schule für Geistigbehinderte). Diese Bezeichnung resultiert aus der Leitidee der Schule „Wir verstehen uns als Schule für individuelle Förderung“, die im Leitbild gemeinsam mit den Eltern und auf deren ausdrücklichen Wunsch so formuliert wurde. Der Einzugsbereich ergibt sich aus dem Überschneidungsbereich der Landkreise Böblingen und Ludwigsburg (Altkreis Leonberg); er umfasst rund 180 000 Einwohner. Träger der Schule ist der Landkreis Böblingen, der insgesamt sieben Sonderschulen und sechs Schulkindergärten im Landkreis Böblingen betreibt. Die Einrichtung besteht aus einer Haupt- und einer Außenstelle. Die Hauptstelle liegt in der Stadtmitte und ist eingebettet in das gesellschaftliche Leben der großen Kreisstadt Leonberg. Die Außenstelle liegt im Norden der Stadt, in der Nähe des Beruflichen Schulzentrums, und die dort untergebrachte Berufsvorbereitende Einrichtung pflegt eine enge Kooperation mit diesem.

Im Schuljahr 2012/13 besuchen 153 Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 6 und 20 Jahren in 24 Klassen die Schule. Der Schule angegliedert ist ein Verbund Sonderpädagogischer Frühberatungsstellen für Eltern behinderter oder entwicklungsverzögerter Kinder. Dort werden 80 bis 90 Kinder pro Jahr im Alter von 0 bis 6 Jahren mobil und ambulant gefördert und begleitet. In der direkten Nachbarschaft zur Schule gibt es einen 3-gruppigen Kindergarten „Rasselbande“ (Kinder mit Handicap) mit 18 Kindern.

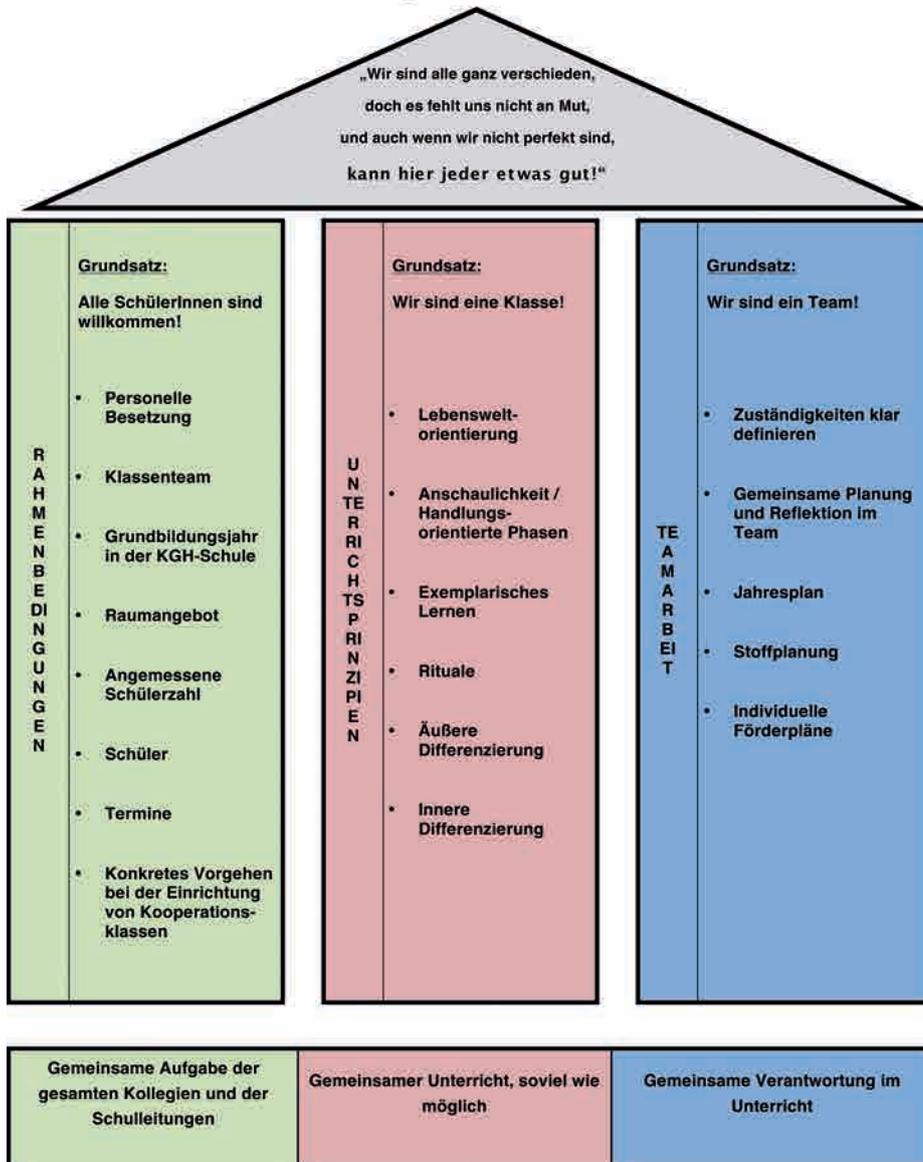


Begünstigt durch den zentralen Standort der Schule wird der Leitsatz „Selbstverwirklichung in sozialer Integration“ zur praktizierten Selbstverständlichkeit. Daraus erwächst das Ziel, Kinder und Jugendliche mit Handicap auf ein so selbstständig wie möglich zu führendes Leben als erwachsene Menschen vorzubereiten. Dabei geht es auch um die Verwirklichung der gleichberechtigten Teilhabe dieser Menschen an allen Bereichen unserer Gesellschaft. Dies erfordert eine breit angelegte schulische Bildung und Erziehung zur Vorbereitung auf nahezu alle Lebensbereiche, um die Wahlmöglichkeit und die Teilhabe für Menschen mit Lernschwierigkeiten zur selbständigen Gestaltung des Lebens in der Gesellschaft zu gewährleisten.

Die Lehrerinnen und Lehrer der Karl-Georg-Haldenwang-Schule und ihrer Partnerschulen, die in den aktuellen Kooperationsklassen eingesetzt sind, haben die folgenden Arbeitsgrundlagen in gemeinsamen Sitzungen über einen zweijährigen Zeitraum hinweg erstellt. Sie sollen der Sicherung unserer Erfahrungen, der Orientierungshilfe für neue Kolleginnen und Kollegen sowie als Gesprächsgrundlage für das Errichten neuer Kooperationsklassen dienen. In der Schule wird die Bezeichnung „Kooperationsklasse“ statt „Außenklasse“ verwendet, weil sich die Partner „mitten-drin“ bewegen, sich auf Augenhöhe begegnen und man sich mit der Partnerklasse als „eine Klasse“ sieht.

Es geht im Wesentlichen darum, langjährige Erfahrungen zu sammeln, auszuwerten, und festzuhalten, welche Rahmenbedingungen, welche Teamstrukturen und welche Unterrichtsmethoden optimale Voraussetzungen für gemeinsamen Unterricht in einer Kooperationsklasse bietet.

## Haus des gemeinsamen Lernens



### Rahmenbedingungen

**Grundsatz:**

**Alle Schüler/innen sind willkommen!**

**Personelle Besetzung**

Die grundsätzliche, aktive Bereitschaft aller Beteiligten trägt zum bestmöglichen Gelingen der Kooperation bei. Dabei entspricht die Arbeit dem Leitsatz 9 des Leitbildes der Karl-Georg-Haldenwang-Schule:

„Vereine, Partnerschulen und -betriebe begleiten und unterstützen uns

*bei der Umsetzung unseres integrativen Ansatzes.“*

Dementsprechend ist es die gemeinsame Aufgabe der gesamten Kollegien und der Schulleitungen.

Die Klasse der KGH-Schule bringt die in der Sonderschule üblichen Lehrerstunden mit ein. Damit ist zumindest garantiert, dass immer eine Doppelbesetzung in der Klasse vorhanden ist. Das Lehrerteam setzt sich aus einer Lehrkraft der allgemeinen Schule und einer Lehrkraft mit sonderpädagogischer Kompetenz zusammen.

### Klassenteam

Die Fachlichkeit sollte in möglichst wenigen Händen liegen, um die Effektivität des gemeinsamen Arbeitens im Team zu steigern.

Zum Klassenteam gehören die notwendigen Betreuungspersonen (Schulbegleitungen, Zivildienstleistende, Praktikanten, ...) dazu.

### Grundbildungsjahr in der Karl-Georg-Haldenwang-Schule

Das erste Schuljahr verbringen die Schüler der KGH-Schule in der Stammschule. Die Kooperation beginnt dann im zweiten Schuljahr gemeinsam mit der ersten Klasse der Partnerschule. Diese Vorgehensweise bewährte sich in den vergangenen Durchgängen, da es einige Vorteile mit sich bringt. Die Schüler der KGH-Schule können sich wichtige Grundvoraussetzungen für das schulische Lernen aneignen sowie sich an den Schulalltag gewöhnen. Außerdem bietet sich für die kooperierenden Grundschullehrer die Möglichkeit die Schüler kennen zu lernen und mit den Kollegen die Grundlage für die zukünftige, gemeinsame Arbeit aufzubauen. Dazu gehören u.a. der Abbau von Ängsten, Einblick in Methodik und Didaktik der Partnerklasse, sowie gegenseitige Hospitationen.

### Raumangebot

Besonders geeignet sind Schulen, die als Ganztagschulen eingerichtet sind und somit ein ganzheitliches Lernen in der Schule als Lebensraum ermöglichen. Um den Bedürfnissen aller Schüler gerecht werden zu können, werden zwei geeignete, benachbarte Unterrichtsräume mit der notwendigen Grundausstattung benötigt. Die gesamte Schule sollte barrierefrei sein.

### Angemessene Schülerzahl

Die Anzahl der Schüler sollte rund 20 nicht überschreiten, damit differenziertes Arbeiten möglich ist. Dabei hat

sich ein Verhältnis von KGHS-Schüler zu Grund- bzw. Hauptschulschüler von 1:3 bewährt.

## Schüler

Die Schülerinnen und Schüler der KGHS und der kooperierenden Schulen werden nicht besonders ausgesucht oder zusammengestellt. Dem Wunsch- und Wahlrecht der Eltern wird Rechnung getragen. In den Parallelklassen der kooperierenden Grund- und Hauptschulen sollten durch die Kooperation keine übergroßen Klassen entstehen.

## Termine

Zentrale Termine wie Elternabend und Schulfeste sollten vor Beginn des Schuljahres zwischen den Schulleitungen abgeglichen werden.

## Konkretes Vorgehen bei der Einrichtung von Kooperationsklassen

Das Amt für Schule und Bildung koordiniert die Suche nach einer geeigneten Partnerschule und genehmigt die Einrichtung der Kooperationsklasse. Die Eltern der Partnerklasse und der Klasse der KGHS, die Schulleiter, die Schulkonferenzen und die Lehrerkonferenzen beider Schulen erklären ihr Einverständnis mit der Einrichtung der Kooperationsklasse. Die Schulträger beider Schulen sind mit der Einrichtung einer Kooperationsklasse einverstanden und tragen evtl. entstehende zusätzliche Kosten.

## Zusammenarbeit mit den Eltern

Voraussetzung bei der Einrichtung von Kooperationsklassen ist die frühzeitige Zusammenarbeit mit dem Elternhaus der Schülerinnen und Schüler beider Schularten. Schon vor der Schulanmeldung findet ein Elternabend statt, in dem Organisation und Umsetzung sowie Perspektiven des gemeinsamen Lernens thematisiert werden. Um mit den Eltern während des Schuljahres konstruktiv und kontinuierlich zusammenzuarbeiten,



ten, werden regelmäßige Treffen mit Lehrkräften und bei Bedarf Schulleitungen beider Schularten durchgeführt. Als „Expertinnen und Experten für ihr Kind“ haben Eltern beratende und unterstützende Funktion.

## Teamarbeit

### Grundsatz: Wir sind ein Team!

### Zuständigkeiten

Die Kompetenzen der Lehrkräfte werden im Team gebündelt (Allgemeine Pädagogik – Sonderpädagogik). Das Team ist grundsätzlich für die gesamte Klasse zuständig. Zur Steigerung der Effektivität sollten die Zuständigkeiten in folgenden drei Punkten klar definiert werden:

- Die Ziele der beiden Bildungspläne und die daraus resultierende Verantwortung (z.B. Notengebung) sind auf Basis der Rechtsvorschriften einzuhalten.
- Bei der Zuordnung der fachlichen Zuständigkeiten sollten die Ausbildung, Erfahrung und Stärken der einzelnen Lehrkräfte berücksichtigt werden, wobei diese Zuständigkeiten auch federführend geregelt sein können.
- Die Ansprechpartner für den regelmäßigen Austausch mit den Erzie-

hungsberechtigten sollten klar festgelegt werden.

## Gemeinsame Planung und Reflektion im Team

Das Team schafft sich eine eigene, kooperative Arbeitsstruktur. Dazu gehört die gemeinsame Planung und Ausgestaltung der Unterrichtsinhalte sowie ein kontinuierlicher (wöchentlicher) Austausch über Schüler, Inhalte, Methodik, Didaktik, Lehrerrolle und -aufgabe. Zur Unterstützung der Reflektion der Teamarbeit entscheiden die Mitglieder des jeweiligen Teams über die Möglichkeit der Supervision. Folgende planerische Aufgaben sind im Team zu realisieren:

### Jahresplan

Der Jahresplan beinhaltet die zeitliche und inhaltliche Struktur des Schuljahres und sollte gemeinsam im Team festgelegt werden. Der Jahresplan dient der Transparenz für Schüler, Eltern und Kollegen.

### Stoffplanung

Auf Basis der fachlichen Kompetenzen wird der Stoffplan gemeinsam in den Klassenteams erarbeitet. Die sachliche Auseinandersetzung orientiert sich an dem unterschiedlichen Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler.

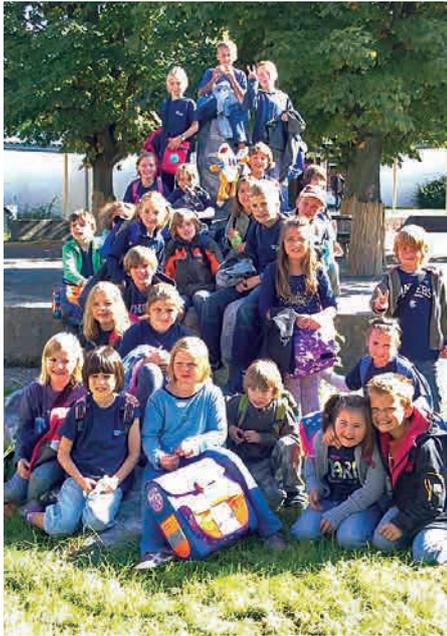
### Individuelle Förderpläne

Es werden *übergeordnete* Schwerpunkte für jeden Schüler im Team festgelegt und gemeinsam mit dem Schüler und seinen Erziehungsberechtigten für einen bestimmten Zeitraum erörtert und abgestimmt.

## Unterrichtsprinzipien

### Grundsatz: Wir sind eine Klasse!

Wir erachten *Kommunikation* als zentrale Grundlage für Unterricht, da ohne kommunikative Kompetenzen Unterricht nicht möglich ist. Dabei muss je nach Schüler das gesamte Spektrum der



Kommunikationsmöglichkeiten beachtet werden: erweiterter Lesebegriff vom Situationslesen bis zum Lesen von Schrift, Unterstützte Kommunikation, Gestützte Kommunikation, Gebärden und andere Dinge mehr.

Getreu der Leitidee „*Wir verstehen uns als Schule für individuelle Förderung*“ (Leitbild der KGHS) ist für uns die *individuelle Förderung* aller Schüler einer Kooperationsklasse besonders wichtig. Beim Umgang mit unseren Schülern ist es wichtig die persönlichen Lebensumstände zu kennen und zu berücksichtigen, um sie in ihrer Persönlichkeit annehmen und fördern zu können. Dazu ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Eltern unumgänglich.

Die individuelle Förderung darf nicht zu einer generellen Vereinzelung führen, sondern fordert die entsprechenden inneren Differenzierungsformen im *gemeinsamen* Lernprozess einer Klasse.

Die Erfahrung zeigt, dass mit zunehmender Klassenstufe die Zielniveaus bei abstrakten Lerninhalten immer weiter auseinanderdriften. Die Entscheidung für äußere und innere Differenzierungsmaßnahmen müssen deshalb sowohl im Bezug auf das gemeinsame als auch auf das individuelle Lernen sehr sorgfältig abgewogen werden.

Die folgenden Unterrichtsprinzipien resultieren aus der jahrelangen Praxis der Arbeit in Außenklassen. Sie stellen eine vielfältige Sammlung dar und sind wichtig für erfolgreichen gemeinsamen Unterricht.

### **Lebensweltorientierung**

Die Lebenswelten der Schüler sollten bei der Unterrichtsgestaltung angemessen berücksichtigt werden. Dies bedeutet auch das Lernen in realen gesellschaftlichen Zusammenhängen, z.B. Betriebserkundungen, Praktika, Mobilität, Wohnen, Freizeit, Vereine, Lerngänge. Voraussetzung dafür ist der Aufbau eines Netzwerks mit Kommunen, Vereinen, Betrieben, Institutionen. Grundlage hierfür ist Leitsatz 3 des Leitbildes der KGHS:

*„Unserer Schülerschaft mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen bieten wir eine lebensweltorientierte Bildung, die sich im Alltag bewährt.“*

### **Anschaulichkeit / Handlungsorientierte Phasen**

Unter „Anschaulichkeit“ verstehen wir die Aufbereitung eines Themas mit Bildern, Symbolen, Piktogrammen, konkretem Material und szenischem Spiel. Alle Schüler profitieren davon, wenn beim Lernen alle Sinne angesprochen werden. Die in diesem Sinne verstandene Anschaulichkeit trägt zur Ermöglichung des gemeinsamen Lernens bei. Im Zusammenhang damit sollten sich alle Schüler durch konkret handelndes Lernen im Sinne von „begreifen“ Wissen auf unterschiedlichen kognitiven Ebenen aneignen können.

### **Exemplarisches Lernen**

Bei der Dosierung des Lernstoffes ist darauf zu achten, dass die Vielfalt der Themen nach dem Prinzip des exemplarischen Lernens begrenzt wird, um dadurch den Zeitdruck und die Überforderung von Lehrern und Schülern zu vermeiden. Damit gilt das Motto: „weniger ist mehr“.

### **Rituale**

Rituale im Unterricht stärken das Gemeinschaftsgefühl der Klasse. Sie können außerdem für die Schüler eine Orientierung bieten und den Schulalltag strukturieren.

### **Äußere Differenzierung**

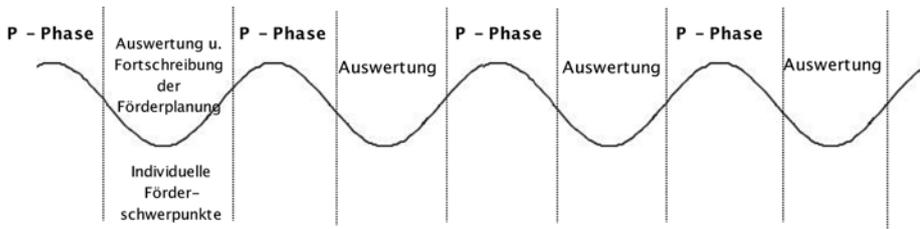
Unterschiedliche Lernorganisationsformen haben das Ziel, dem einzelnen Schüler und Schülergruppen gerecht zu werden, um Inhalte weiter zu vertiefen, aufzuarbeiten und nachzubereiten, sowie auch Rückzugsmöglichkeiten zu bieten.

Unterricht in *Gruppen* und *Teilklassen* bietet die Möglichkeit dem gemeinsamen Lernaspekt mehr Raum zu geben, auch im Sinne des gegenseitigen Unterstützens. *Trennstunden* ermöglichen das Lernen in homogeneren Lerngruppen.

### **Innere Differenzierung**

Grundlegende Voraussetzung für eine angemessene innere Differenzierung ist die Anwendung *offener Unterrichtsformen*: beispielsweise Wochenplan, Stationen, Werkstattarbeit, Partnerarbeit, Gruppenarbeit, Freiarbeit. Sie bieten die Möglichkeit unterschiedliche Lernvoraussetzungen zu berücksichtigen und selbstständiges Arbeiten mit unterschiedlichen Lerntempi zu forcieren.

Der gemeinsame Unterricht benötigt ein differenziertes Unterrichtsmaterial für alle Schüler unter Berücksichtigung von unterstützter Kommunikation. Für besonders zentral erachten wir *projektorientierte Phasen* im Unterricht, weil sie gemeinsame Erfahrungen und Erlebnisse durch die wechselseitige Abstimmung der Tätigkeiten und Ziele schaffen und kooperatives Lernen ermöglichen. Projektorientierung beinhaltet auch das gemeinsame Planen der Phasen und eine abschließende Auswertung und Reflexion. Eine angemessene Förderplanung macht es zudem notwendig, einen entsprechenden Wechsel von Projektorien-



tierung und Fachunterricht anzubieten. Jeder Projektphase folgt eine entsprechende Auswertung auch bezüglich des individuellen Förderbedarfs und der daraus resultierenden Erarbeitung der Förderschwerpunkte. Dieser Prozess setzt sich in den nachfolgenden Projekten fort. Die oben stehende Grafik soll dies verdeutlichen.

Ein integrativer Unterricht muss demnach sowohl dem Anspruch des Einzelnen als auch den sozialen Zielen der Gemeinschaft Rechnung tragen.

## Gemeinsame Aktivitäten im Schulleben

Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit der Klasse der KGHS und der Partnerklasse steht der gemeinsame Unterricht. Das Zusammenwachsen der Kooperationsklasse wird darüber hinaus durch möglichst vielfältige Erfahrungen im außerunterrichtlichen Bereich intensiviert. Diese Aktivitäten finden im gemeinsam gestalteten Schulleben (Feste, Feiern, Ausflüge, Schullandaufenthalte) sowie im Rahmen von Betreuungs- und Freizeitangeboten (gemeinsame Mahlzeiten, Arbeitsgemeinschaften) statt. Die Kooperationsklasse als aktiver und vollwertiger Teil des Schullebens der Partnerschule trägt zu deren positiven Schulkultur bei und wirkt beispielhaft für den Umgang mit Individualität.

## Fazit nach 16 Jahren Zusammenarbeit in Kooperationsklassen

Welche Schlüsse können aus Sicht der Lehrerinnen und Lehrer gezogen werden?

- Kooperationsklassen sind eine Bereicherung der pädagogischen Arbeit

durch eine konsequente Teamarbeit auf Augenhöhe.

- Sie verwirklichen eine individuelle Bildung und Förderung von Schüler/innen mit unterschiedlichsten Lernvoraussetzungen durch den Einsatz vielfältiger Differenzierungsmöglichkeiten, unterstützt durch eine durchgängige Doppelbesetzung in Kombination mit einem Sonderpädagogen.
- Damit können alle Beteiligten von den unterschiedlichen (sonder-)pädagogischen Fachkenntnissen im Rahmen gemeinsamer Planung und Reflektion profitieren (kein Einzelkämpfertum)
- In GHWRs findet eine inhaltliche Entlastung durch exemplarisches Lernen im Sinne des „weniger ist mehr“ statt.
- „Falsche Schonräume“ für Schüler/innen mit Handicap können vermieden werden.
- Die notwendige Organisation der Teamarbeit führt zu einer Entlastung der Lehrkräfte durch Arbeitsteilung



und zu einer Erhöhung der Arbeitszufriedenheit durch eine gute Unterrichtsqualität trotz Mehrarbeit im Rahmen zusätzlicher gemeinsamer Vorbereitungszeiten im Team.

Wie sieht nun das Resümee aus Sicht der Schülerinnen und Schüler aus?

- Die Schüler/innen mit Handicap können für ihr zukünftiges Leben wertvolle Erfahrungen in einem Umfeld ohne „Schonräume“ machen.
- Ein frühzeitiger Abbau von Berührungsängsten und Vorurteilen ist ein wichtiges Ziel des gemeinsamen Unterrichts und dient der Entwicklung grundsätzlicher Wertschätzung für Verschiedenheit als gesellschaftlich nachhaltige präventive Dimension.
- Für alle Schüler/innen kann die Entfaltung von „ungeahnten“ Lernfortschritten sowohl im sozial-emotionalen Bereich als auch im schulischen Lernen allgemein beobachtet werden.
- Im Laufe der gemeinsamen Schulzeit können soziale Kompetenzen zur Vorbereitung auf die berufliche Ausbildung durch das Lernen in heterogen zusammengesetzten Schülerteams entwickelt werden.

Aus Sicht der Schulleitung sind folgende Gelingensfaktoren von entscheidender Bedeutung:

- Insbesondere die dargestellten personellen (Zweilehrersystem) und räumlichen (Differenzierungsräume) Bedingungen müssen gewährleistet sein, damit die *passgenaue Bildung aller Schüler/innen* mit unterschiedlichem Förderbedarf umgesetzt und somit dem differenzierten Bildungsanspruch Rechnung getragen werden kann.
- Inklusive Beschulung darf nicht zum Sparmodell verkommen!
- Schulbegleitung ist kein Ersatz für fehlende Lehrerstunden. Diese werden dringend zusätzlich für Schüler/innen mit Autismusspektrumsstörung oder bei zusätzlichen schweren



körperlichen Beeinträchtigungen benötigt.

- Bei allen bisher umgesetzten Kooperationen wird ersichtlich, dass die gemeinsame Beschulung dann besonders gut und reibungslos gelingt, wenn diese Aufgabe als gemeinsame Verantwortung und Grundhaltung der beteiligten Schulen (Schulleitungen, Eltern, Lehrerkollegien) gesehen wird.
- Bei der Weiterentwicklung inklusiver Strukturen darf es nicht um Einheitslösungen gehen; vielmehr sollte den jeweiligen gewachsenen Bedingungen vor Ort Rechnung getragen werden.

Berthold Halter ist Schulleiter der Karl-Georg-Haldenwang-Schule

## **EFRE-Förderung ab 2014 in Baden-Württemberg – Wettbewerb zur zukunftsfähigen Entwicklung von funktionalen Räumen und Kommunalverbänden eröffnet**

Von Florian Domansky, Brüssel

Während sich die aktuelle Förderperiode für den sog. Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) 2007–2013 langsam ihrem Ende entgegenneigt, biegen die Verhandlungen über die rechtlichen Grundlagen zur Ausgestaltung der nächsten sieben Förderjahre gegenwärtig in die Zielgerade auf EU-Ebene ein und sollen weitestgehend bis zum Sommer dieses Jahres abgeschlossen sein. Unabhängig davon sollten kommunale Akteure mit Interesse an künftigen EFRE-Fördermöglichkeiten in Baden-Württemberg allerdings nicht bis dahin mit ersten konzeptionellen Überlegungen vor Ort zuwarten. Vielmehr besteht bereits jetzt im Rahmen des Ende Februar eröffneten landesweiten Wettbewerbs zur zukunftsfähigen Regionalentwicklung von funktionalen Räumen und Kommunalverbänden (Einreichfrist: 31. Oktober 2013, 16.00 Uhr) die Möglichkeit, sich mit Leuchtturmprojekten für eine potentielle EFRE-Förderung nach 2013 zu qualifizieren. Mit Blick auf den ambitioniert gesetzten Zeitplan möchte daher der nachfolgende Artikel einen Beitrag zur frühzeitigen Sensibilisierung bzgl. der EU-förderpolitischen Hintergründe sowie der konkreten Teilnahmevoraussetzungen leisten.

Zum Hintergrundverständnis: Einzuordnen ist der kürzlich erfolgte, gemeinsame Wettbewerbsaufruf verschiedener Landesministerien in die Ankündigung seitens des Landes von Ende letzten Jahres, in der künftigen EFRE-Förderperiode 2014–2020 verstärkt auf kompetitive Auswahlverfahren bzgl. der Mittelvergabe zu setzen. Nicht zuletzt auf Grund der kontinuierlichen Begleitung des dahinterstehenden politischen Prozesses durch die Kommunalen Landesverbände als Träger des Brüsseler Europabüros der baden-württembergischen Kommunen hatten die landesinternen Überlegungen zur Ausgestaltung der künftigen EU-

Strukturfondsförderung in Baden-Württemberg bereits über den Sommer 2012 immer präzisere Konturen angenommen<sup>1</sup>.

Vorläufiger Höhepunkt stellte infolgedessen die Vorlage eines ersten, 164-seitigen Entwurfs für ein sog. Operationelles Programm für den EFRE 2014–2020 in Baden-Württemberg mit dem Titel „Innovation und Energiewende“ dar. Hinsichtlich der Mittelvergabe enthielt diese Entwurfsversion bereits eine zweigleisige Grundstruktur, wie Abbildung 1 verdeutlicht. Demnach zählen hierzu einerseits der nachfolgend näher dargestellte sog. „Regionalansatz“, andererseits bestimmte Fachpolitiken mit vorab entwickelten Förderinstrumenten von Seiten des Landes, die innerhalb der Prioritätsachsen über die beteiligten Fachressorts umgesetzt werden (sog. „Fachansatz“). Ein schon aus der gegenwärtigen Förderperiode bekanntes Beispiel stellen bzgl. letzterem u. a. die landesweiten Cluster-Wettbewerbe dar, denen in der Vergangenheit bereits immer wieder kommunale Förderrelevanz zukam, wobei die konkreten Voraussetzungen für die Mitteleinwerbung ab 2014 gegenwärtig auf Landesebene noch erarbeitet werden.

## Regionaler Ansatz zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mit starkem Bottom-up-Charakter

Hingegen in diesem Ausmaß im aktuellen Förderzeitraum nicht vorgesehen und damit einhergehend von notwendigerweise längeren Vorlaufzeiten geprägt sind Maßnahmen, die im Rahmen des zweiten, dezentralen Regionalansatzes zur „zukunftsfähigen Regionalentwicklung in funktionalen Räumen“ (sog. „Regionalansatz“) arbeiten werden sollen. Folglich hat das federführende Ministerium für Finanzen und Wirtschaft in Kooperation mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz in Baden-Würt-

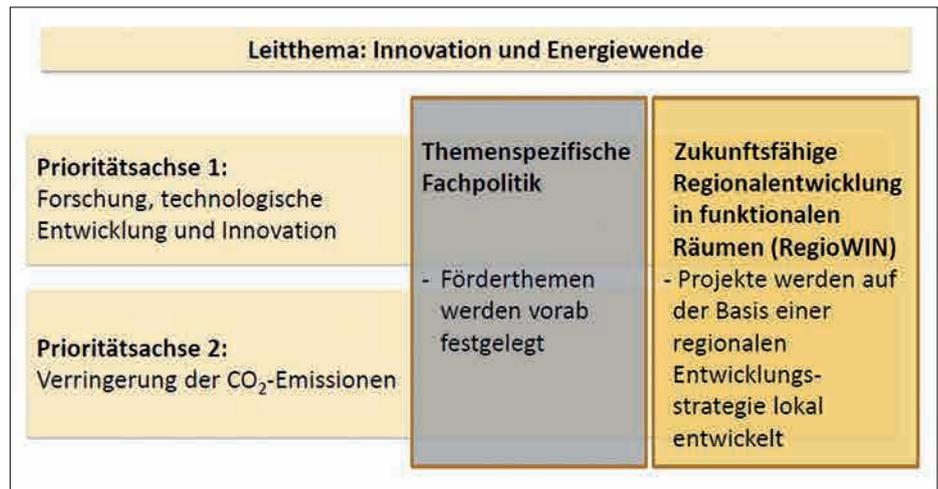


Abbildung 1: Grundstruktur der Strategie des Operationellen Programms

(Quelle: Präsentation im Rahmen der RegioWin-Informationsveranstaltungen, Folie 7, [http://regiowin.eu/wp-content/uploads/2013/01/Power-Point-RegioWIN\\_Informationsveranstaltungen.pdf](http://regiowin.eu/wp-content/uploads/2013/01/Power-Point-RegioWIN_Informationsveranstaltungen.pdf))

temberg jüngst den Wettbewerb „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit – RegioWIN –“ aufgelegt.

So soll mit diesem vorgeschlagenen Regionalansatz ein Beitrag zur integrierten territorialen Entwicklung und zur Förderung der städtischen Dimension im Lande geleistet werden, wobei dem Vernehmen nach geplant ist, hierfür rund ein Drittel, mindestens aber 50 Mio. € der baden-württembergischen EFRE-Programmmittel zu verausgaben, deren absolute Höhe allerdings bislang noch nicht feststeht. Die von einer Jury ausgewählten WINregionen erhalten eine Option auf Förderung von prämierten Leuchtturmprojekten zur Umsetzung ihrer Zukunftsstrategie über den EFRE in der Förderperiode 2014–2020.

Aus Sicht des Landes stellen langfristige technologische, ökologische und demografische Veränderungen die Gemeinden, Städte und Landkreise Baden-Württembergs vor neue Herausforderungen. Zu ihrer Bewältigung sollen neue Ideen und strategische Konzepte für die Gestaltung der Zukunft entwickelt werden. Daher werden diese aufgefordert, sich mit den relevanten Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Verwaltung mit den Stärken und Schwächen ihres funktionalen Raumes

im Hinblick auf Innovation, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung auseinanderzusetzen, Zukunftschancen zu identifizieren und eine gemeinsame Zukunftsstrategie mit dem Ziel der intelligenten Spezialisierung für ihren funktionalen Raum zu erarbeiten.

Der Wettbewerb RegioWIN soll dazu beitragen, dass die Verbesserung der Standortfaktoren in den funktionalen Räumen des Landes als struktur- und regionalpolitische Daueraufgabe systematisch verfolgt wird. Erhofft wird, dass die beteiligten Räume so zu einer zielgeführten und bedarfsorientierten materiellen Stärkung von innovations- und zukunftsrelevanten, nachhaltig wirksamen harten und weichen Standortfaktoren beitragen können. Zusammen mit den wirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen und der internationalen Verflechtung bestimmen diese aus Landessicht ganz maßgeblich die Wettbewerbsfähigkeit der Standorte.

RegioWIN soll die Chance bieten, kontinuierliche Verbesserungsprozesse als „regional governance“ in den regionalen Netzwerken voranzubringen. Von Seiten des Landes wird erwartet, dass sich aus diesem Strategieprozess Maßnahmen, Aktionen, Programme und Leuchtturmprojekte mit einer großen Hebelwirkung für die regionale Entwicklung ergeben,

die dauerhaft zur Verbesserung der gesamtheregionalen und damit auch der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Damit sollen sowohl der Prozess zur Strategieentwicklung als auch die einzelnen Projekte, die mit Mitteln des EFRE umgesetzt werden, zur Gleichstellung von Männern und Frauen, zur Umsetzung des Diskriminierungsverbots sowie zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Außerdem soll dadurch ein Beitrag zur Ressourceneffizienz im Land geleistet werden.

### Thematische Förderschwerpunkte des Wettbewerbs

Vorbehaltlich von Modifikationen im laufenden Abstimmungsprozess auf EU-Ebene sollen dabei Leuchtturmprojekte mit europäischem Mehrwert gefördert werden, die unter den folgenden zwei Zielen zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum in Baden-Württemberg beitragen:

- Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation – konsequent auf die von der Landesregierung identifizierten Wachstumsfelder „Nachhaltige Mobilität“, „Umwelttechnologien, Erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz“, „Gesundheit und Pflege“ sowie „Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Green IT und intelligente Produkte“ ausgerichtet.
- Stärkung der Bestrebungen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in allen Bereichen der Wirtschaft – verknüpft mit der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg, dem Biomasse-Aktionsplan und dem Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept des Landes und ausgerichtet auf Energieeffizienz, die Nutzung von erneuerbaren Energien sowie Strategien zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes insbesondere für städtische Gebiete.

Dabei ist aus Sicht der beteiligten Ministerien Innovation in ihrer ganzen Breite eine der wesentlichen Grundlagen des wirtschaftlichen Erfolgs Baden-Württembergs und seiner Entwicklung zur innovationsfähigsten Region der Europäischen Union. Demnach findet Innovation dann statt, wenn Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft Neuerungen hervorbringen, adoptieren und erfolgreich nutzen. Innovation ist folglich als komplexer, gesamtgesellschaftlicher Prozess zu verstehen, der sich nicht ausschließlich auf technologische Neuerung konzentriert, sondern z. B. auch organisatorische, soziale, logistische, finanz- und personalwirtschaftliche, vermarktungsrelevante und designorientierte Neuerungen umfasst.

Das Land legt daher bei der EFRE-Förderung von Innovationen einen umfassenden, systemischen Innovationsbegriff zugrunde. Zudem wird aus dem Prinzip der Nachhaltigkeit die Verpflichtung abgeleitet, das Handeln auf Ressourceneffizienz und -sparsamkeit, Dauerhaftigkeit und Generationengerechtigkeit auszurichten. Zudem wird Energiewende aus Sicht des Landes gleichzeitig als eine Herausforderung und als eine große Chance verstanden, da die spezifischen Stärken Baden-Württembergs in Forschung und Entwicklung Innovationen ermöglichen

können, die die Energiewende maßgeblich unterstützen sollen.

### Grund-Architektur und konkreter Ablauf der unterschiedlichen Wettbewerbsphasen

RegioWIN gliedert sich wie Abbildung 2 zeigt in zwei Phasen. In der ersten Phase des Wettbewerbsaufrufs sind die regionalen Akteure aufgefordert, für ihre selbst definierten funktionalen Räume auf der Grundlage einer gezielten sozioökonomischen Analyse in einem umfassenden bottom-up-Prozess ihre regionalen Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken (SWOT) zu identifizieren und im regionalen Konsens zu bewerten.

Die Regionalen Strategiekonzepte fassen die regionalen Analysen und Konzeptionen zusammen. Sie sollen Ziele, Strategien, Maßnahmen und Projekte zur Stärkung der zukunftsfähigen Regionalentwicklung enthalten. Darunter sollen sich Leuchtturmprojekte befinden, die der o.g. Zielsetzung des Operationellen Programms des EFRE entsprechen.

Konzeptionelle Anforderungen an das Regionale Strategiekonzept sind:

- Regionale Leitidee: Zielvorstellung, Alleinstellungsmerkmale, komparative Potenziale o. ä.



Abbildung 2: Übersicht über den Wettbewerbsablauf

(Quelle: Präsentation im Rahmen der RegioWin-Informationsveranstaltungen, Folie 14, [http://regiowin.eu/wp-content/uploads/2013/01/Power-Point-RegioWIN\\_Informationsveranstaltungen.pdf](http://regiowin.eu/wp-content/uploads/2013/01/Power-Point-RegioWIN_Informationsveranstaltungen.pdf))

- Ableitung von Zielen für die entsprechende Raumschaft aus übergeordneten Trends, Potenzialanalysen, Defizitlagen, „versteckten“ Chancen, endogenen Potenzialen o. ä.
- Ableitung der Strategien aus den Zielen und den regionalen Beratungsprozessen
- Ableitung von Maßnahmen mit Projekten unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten und Beratungen sowie weiterer Impulse
- Vereinbarkeit wichtiger Maßnahmenbündel mit den EU 2020-Zielen, den landespolitischen und den regionalpolitischen Zielen
- Darstellung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der beteiligten Akteure für die Strategie und deren Umsetzung
- Darstellung, wie das Regionale Strategiekonzept in den regionalen Konsens gebracht ist
- Zuordnung von grob geschätzten, aber fundierten Budgets für die Maßnahmen und Projekte

Vorgesehen ist, dass die Regionalen Strategiekonzepte von einer unabhängigen Jury nach einem transparenten Kriterienkatalog bewertet werden, der sich an Folgendem orientiert:

- Erfüllung der formalen Vorgaben hinsichtlich Inhalt, Gliederung, Form und Umfang
- zu erwartender nachhaltiger Mehrwert des Konzeptes und seiner Maßnahmen für den jeweiligen Standort bzw. funktionalen Raum
- Passfähigkeit des integrierten Konzeptes und der damit verbundenen Maßnahmen mit den Zielen der Region, des Landes und der EU
- Leuchtturm- und Modellwirkung der EFRE-relevanten und anderen investiven oder nicht-investiven Maßnahmen. (Keine Prämierung ohne ein mögliches EFRE-relevantes Leuchtturmprojekt)<sup>2</sup>

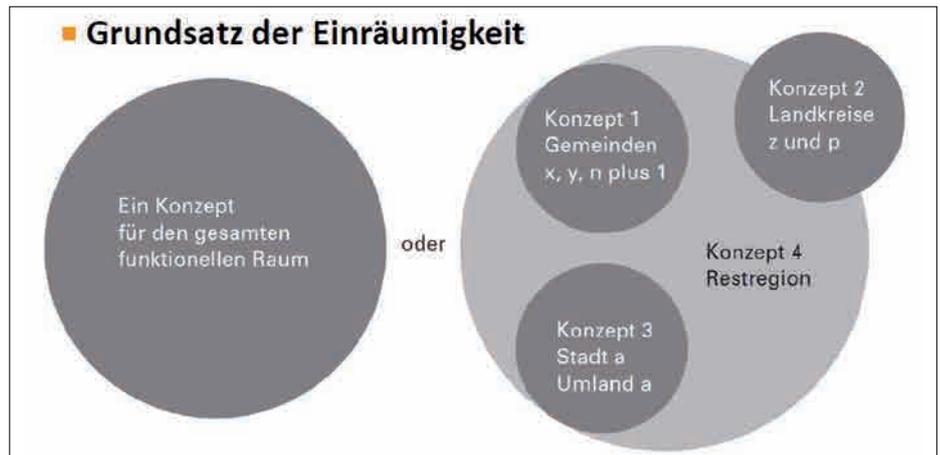


Abbildung 3: Prinzip der Einräumigkeit

(Quelle: Präsentation im Rahmen der RegioWin-Informationsveranstaltungen, Folie 23, [http://regiowin.eu/wp-content/uploads/2013/01/Power-Point-RegioWIN\\_Informationsveranstaltungen.pdf](http://regiowin.eu/wp-content/uploads/2013/01/Power-Point-RegioWIN_Informationsveranstaltungen.pdf))

### Vom regionalen Strategiekonzept zum Regionalen Entwicklungskonzept

In der zweiten Wettbewerbsphase sollen die in der ersten Phase prämierten Regionalen Strategiekonzepte zu umsetzungsorientierten Regionalen Entwicklungskonzepten in allen relevanten Zusammenhängen vertieft und weiterentwickelt werden. Hier sind eine Zielwirkungsabschätzung und eine Konkretisierung der vorgesehenen Projekte aus dem Regionalen Strategiekonzept inklusive eines fundierten Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplans für die Umsetzung vorgesehen. Außerdem wird eine Beschreibung der vorgesehenen Prozess- und Umsetzungsorganisation verlangt, die die Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzeptes mit seinen Projekten sicherstellen kann. Diese ist zu unterlegen durch entsprechende Kooperationsvereinbarungen. Die Regionalen Entwicklungskonzepte sollen ebenfalls mithilfe eines transparenten Kriterienkatalogs durch eine Jury bewertet werden. Die prämierte Raumschaft erhält sodann das Prädikat WINregion. Ferner werden die EFRE-Leuchtturmprojekte ausgewählt. Als zusätzlichen Anreiz erhalten die Wettbewerbsteilnehmenden zudem eine Rückmeldung zu potenziellen Fördermöglichkeiten für die übrigen Projekte und Maßnahmen.

### Antragsberechtigte Raumschaften und Zielgruppen des Wettbewerbs

Als förderfähige Gebietskulisse im Sinne des Wettbewerbs gilt ein von den Akteuren selbst definierter, funktionaler Raum mit Schwerpunkt in Baden-Württemberg, der in der Regel in einem interkommunalen Kontext steht: z.B. ein kommunaler Verbund, ein Landkreis oder zwei Landkreise, Stadt und Umland oder eine Region. Stadtteile und Konversionsgebiete können nur berücksichtigt werden, wenn sie in einem funktionalen räumlichen Organismus integriert sind. Der funktionale Raum kann Gebiets- und Bundeslandgrenzen überschreitend angelegt sein, er kann sich beispielsweise an Pendlerströmen oder anderen Verflechtungsbeziehungen orientieren. Dabei gilt, wie Abbildung 3 verdeutlicht, das Prinzip der sog. Einräumigkeit, d.h. ein Raum kann nur Teil eines Konzeptes sein. So kann, z.B. ein Landkreis nicht gleichzeitig ein Konzept für seinen Kreis einreichen und Teil eines Strategiekonzeptes der Region sein. Gebietsüberschneidungen mit anderen regionalen Konzepten (z.B. Konversion, LEADER) in Baden-Württemberg sind unschädlich, wenn bezüglich der Ziele, Maßnahmen und Projekte keine Konflikte bestehen. Zielgruppe des Wettbewerbs sind jene Akteure, die die konzeptionelle und

strategische Entwicklung des jeweiligen funktionalen Raumes und deren spätere Umsetzung mitgestalten. Dazu gehören grundsätzlich alle relevanten Akteure aus Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Verwaltung in den Regionen, die Ideen zur Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation sowie im Sinne einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft in allen Bereichen einbringen können. Konkret können dies beispielsweise Städte, Gemeinden, Kreise, Verbände, Kammern, Wirtschaftsförderungsgesellschaften, Unternehmen, Gewerkschaften, Cluster-Initiativen, Regionalverbände, Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstitute oder deren Verbände und weitere relevante gesellschaftliche Gruppen sein. Die Wettbewerbsbeiträge werden von federführenden Lead-Partnern eingereicht, die Personengemeinschaften oder juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts sind.

## Fördermodalitäten

Der Wettbewerbsaufruf ist im Februar 2013 gestartet und endet mit der Prämierung der Regionalen Entwicklungskonzepte durch die Jury Ende 2014. Die Fördermodalitäten gelten vorbehaltlich des genehmigten Operationellen Programms EFRE 2014–2020 und der diesbezüglichen Verordnungen, Richtlinien und Leitlinien auf EU-, nationaler und Landesebene. Zuwendungen werden nach Maßgabe von § 23 und § 44 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften ohne Rechtspflicht im Rahmen der Haushaltsermächtigungen des Landes durch Bewilligungsbehörden nach pflichtgemäßem Ermessen gewährt. Die Förderung steht damit unter EU- und Haushaltsvorbehalt.<sup>3</sup> Zuwendungsempfänger können Personengemeinschaften sowie juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts sein. Die Prämierung des Regionalen Strategiekonzeptes in der ersten Phase des Wettbewerbs ist

Voraussetzung für die Förderung der weiteren Ausarbeitung zum Regionalen Entwicklungskonzept und der Projekte in der zweiten Wettbewerbsphase. Es wird beabsichtigt, jedes am Ende der zweiten Wettbewerbsphase eingereichte Regionale Entwicklungskonzept mit einer Festbetragsförderung in Höhe von 50 000 € zu unterstützen, sofern es die in der zweiten Phase gestellten Anforderungen erfüllt. Voraussetzung für die Förderung der EFRE-Leuchtturmprojekte in der sich anschließenden Umsetzungsphase ist die Prämierung des Regionalen Entwicklungskonzeptes in der zweiten Wettbewerbsphase und die Auswahl der EFRE-Leuchtturmprojekte durch die Wettbewerbsjury. Die Höhe der Förderung aus dem EFRE muss mindestens 100 000 € pro Projekt erreichen und kann max. 5 000 000 € pro Projekt betragen.

Bei Projekten, die in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft oder des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz fallen<sup>4</sup>, erfolgt die Zuwendung als Projektförderung im Wege der Anteilsfinanzierung in Form eines Zuschusses. Zuwendungsfähig sind die durch Rechnung nachgewiesenen Ausgaben ohne Umsatzsteuer. Die Zuwendung aus dem EFRE beträgt bis zu 50 % der förderfähigen Kosten. Zusätzlich ist vorgesehen, einen Zuschuss aus Landesmitteln von bis zu 20 % der förderfähigen Kosten zu gewähren. Bei beihilferechtlich relevanten Projekten muss die Vereinbarkeit mit dem EU-Beihilferecht gewährleistet werden.

## Wettbewerbsunterlagen und Bewerbungsfristen

Für jede Wettbewerbsphase sind die formalen und inhaltlichen Vorgaben für die einzureichenden Wettbewerbsbeiträge vorrangig in einem eigenen Leitfaden geregelt.<sup>5</sup> Folgende Gestaltungsvorgaben sind generell zu beachten: DIN-A4-Format, einseitig beschrieben,

1,5-zeilig, Schriftart Arial/Schriftgrad 11 oder eine Schriftart vergleichbarer Größe. Die Wettbewerbsbeiträge sind in elektronischer Form sowie in zehnfacher gedruckter Ausfertigung ausschließlich bei der von Landesseiten aus beauftragten Agentur „neuland+<sup>6</sup>, die auch als alleiniger Ansprechpartner für alle Fragen des Wettbewerbs fungiert, einzureichen. Insgesamt sind folgende Fristen zu beachten:

### ● Wettbewerbsphase 1

Abgabefrist für das Regionale Strategiekonzept: 31.10.2013, 16.00 Uhr gegen Empfangsbestätigung. Die Prämierung durch die Jury erfolgt Ende 2013.

### ● Wettbewerbsphase 2

Abgabefrist für das Regionale Entwicklungskonzept inklusive der Umsetzungsprojekte: 30.9.2014, 16.00 Uhr gegen Empfangsbestätigung. Die Prämierung durch die Jury erfolgt im Herbst 2014.

### ● Umsetzungsphase

Die formale Antragstellung für die EFRE-Förderung der prämierten Leuchtturmprojekte erfolgt anschließend bei der im Verwaltungs- und Kontrollsystem für das Operationelle Programm EFRE 2014–2020 festgelegten Stelle.

## Kommunale Erstbewertung und Ausblick

Mit der nunmehr erfolgten Wettbewerbsausschreibung nehmen die für die EFRE-Förderung in Baden-Württemberg zuständigen Ministerien Abstand vom traditionellen Verfahren der Gebietskulissen-Ausweisung auf Grundlage bestimmter sozioökonomischer Daten im Vorfeld einer Programmperiode. Gleichzeitig folgen sie damit – bundes- und EU-weit bislang nahezu einmalig – einer langjährigen gesamt kommunalen Forderung nach einer stärkeren Öffnung hin zu dezentralen Entwicklungsansätzen, die grundsätzlich besser geeignet sind, den individuellen Begebenheiten vor

Ort ausreichend Rechnung zu tragen. Ob die nunmehr gewählte Vorgehensweise aus gesamtkommunaler Sicht schlussendlich von Erfolg gekrönt sein wird, wird nicht zuletzt maßgeblich davon abhängen, inwieweit der durchaus ambitioniert gesetzte Zeitplan dem unterschiedlich stark ausgeprägten Institutionalisierungsgrad der einzelnen Raumschaften des Landes unter Einbindung der Akteure vor Ort ausreichend Rechnung trägt, um somit landesweit eine insgesamt kritische, sprich repräsentative Masse an Wettbewerbsteilnehmenden zu erreichen. Abhängig wird dies sicherlich auch davon sein, inwiefern die landesseitig angekündigte, über die EFRE-Förderung hinausgehende Beratung bzgl. identifizierter Leuchttürme und die in Aussicht gestellte Grundförderung von erfolgreichen regionalen Entwicklungskonzepten bereits als ausreichender Anreiz von potentiellen

Förderinteressierten bewertet wird. Als diesbezüglich erster Gradmesser dürfte nicht zuletzt auch die Zahl der Teilnehmenden an den Informationsveranstaltungen in den vier Regierungsbezirken im März 2013 dienen. Jene Förderinteressierten, die keine diesbezügliche Teilnahmegelegenheit hatten, finden die Veranstaltungsinhalte zwischenzeitlich komprimiert in einer entsprechenden Präsentation auch online<sup>7</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu den Beitrag in den Landkreisnachrichten 4/2012 unter [http://www.landkreistag-bw.de/aktuell/zeit/2012/mat/LKN4\\_12\\_317-324.pdf](http://www.landkreistag-bw.de/aktuell/zeit/2012/mat/LKN4_12_317-324.pdf).

<sup>2</sup> Die detaillierten Bewertungskriterien, die Grundlage für die Prämierung durch die Jury sind, sollen am 15.4.2013 auf der Homepage [www.regiowin.eu](http://www.regiowin.eu) veröffentlicht werden.

<sup>3</sup> Art und Umfang der förderfähigen Kosten sollen in dem mit dem Operationellen Programm für EFRE 2014–2020 verbundenen Verwaltungs- und Kontrollsystem näher geregelt werden.

<sup>4</sup> Projekte, die in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und

Kunst fallen, richten sich nach den dort geltenden Finanzierungsmodalitäten.

<sup>5</sup> Den Leitfaden zur ersten Wettbewerbsphase findet sich unter [http://regiowin.eu/wp-content/uploads/2013/01/Leitfaden\\_RegioWIN.pdf](http://regiowin.eu/wp-content/uploads/2013/01/Leitfaden_RegioWIN.pdf). Der Leitfaden zur zweiten Wettbewerbsphase wird bis Ende 2013 auf [www.regiowin.eu](http://www.regiowin.eu) veröffentlicht.

<sup>6</sup> Kontaktdetails: neuland+ GmbH & Co KG; Esbach 6, 88326 Aulendorf; Tel. 07525/ 910 44; Mail: [info@regiowin.eu](mailto:info@regiowin.eu); [www.regiowin.eu](http://www.regiowin.eu). Für alle Förderinteressierten sei darauf hingewiesen, dass zur Gewährleistung von Transparenz und Chancengleichheit alle an das Büro gerichteten Fragen sowie die Antworten anonymisiert auf der Wettbewerbsseite [www.regiowin.eu](http://www.regiowin.eu) im Internet unter der Rubrik FAQ veröffentlicht werden.

<sup>7</sup> Siehe unter [http://regiowin.eu/wp-content/uploads/2013/01/Power-Point-RegioWIN\\_Informationsveranstaltungen.pdf](http://regiowin.eu/wp-content/uploads/2013/01/Power-Point-RegioWIN_Informationsveranstaltungen.pdf).

Florian Domansky ist Leiter des Europa-büros der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel

## Vorbereitung auf die nachberufliche Lebensphase – ein Thema für Personalentwicklung und Unternehmenskultur

Landrat Joachim Walter: Die Gesellschaft braucht das Wissen und Engagement der „Jung-Senioren“

Von Martina Guizetti und Hansjürgen Stiller, Tübingen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden und Unternehmen, die kurz vor dem Ruhestand stehen, haben einen ganz neuen Lebensabschnitt vor sich, der viele persönliche Herausforderungen mit sich bringt. Als umso bedeutungsvoller kann deshalb eine Vorbereitung auf diese Lebensphase eingeschätzt werden. Hierbei kann der Arbeitgeber wichtige Unterstützung leisten. Im Kreis Tübingen hat der Kreissenorenrat hierzu ein Konzept erarbeitet, welches das Landratsamt im Rahmen der Personalentwicklung und -fürsorge als Teil seiner Unternehmenskultur umsetzt. Das Projekt lenkt gleichzeitig den Blick auf die Möglichkeiten im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements.

Das Jahr 2012 wurde vom Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament zum „Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Ge-

nerationen“ ausgerufen – mit dem Ziel, eine Kultur des aktiven Alterns in Europa zu fördern.

Als nationale Koordinierungsstelle hatte

das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) dazu aufgerufen, Projektvorschläge zu diesem Themenkreis einzureichen. Der Kreissenorenrat Tübingen folgte diesem Aufruf und reichte das Projekt „Vorbereitung auf die nachberufliche Lebensphase als Aufgabe betrieblicher Personalfürsorge und als Werbeplattform für das Bürgerschaftliche Engagement“ ein – mit Erfolg, denn das Projekt wurde zusammen mit 45 weiteren aus über 300 Bewerbungen ausgewählt, verbunden mit der Zusage für eine finanzielle Förderung durch das Ministerium. Landrat Joachim



Hansjürgen Stiller, Familienministerin Dr. Kristina Schröder und Landrat Joachim Walter (v. l. n. r.)

Walter war von der Projektidee begeistert und sagte die Kooperation des Landratsamts für einen Modellversuch zu. Im Herbst 2012 stellten die Projektpartner das Projekt Dr. Kristina Schröder MdB, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, vor, die extra aus diesem Anlass ins Tübinger Landratsamt gekommen war.

## Die Projektidee

Der Projektidee liegt die steigende Lebenserwartung der Menschen in Deutschland zu Grunde. Diese führt nach statistischen Vorausberechnungen dazu, dass ein heute sechzigjähriger Mann mit noch durchschnittlich 21,2 Jahren und eine heute sechzigjährige Frau mit noch durchschnittlich 25 Jahren an Lebenserwartung rechnen können. Diese wird bis zum Jahr 2030 bei Männern auf 23,5 Jahre und bei Frauen auf 27,2 Jahre steigen. Mit der gestiegenen Lebenserwartung ist die Zunahme der nachberuflichen Lebensjahre verbunden. Es macht daher Sinn, sich mit der Frage nach der Gestaltung dieser neu gewonnen Lebenszeit zu befassen.

Unternehmen und Behörden legen ihrerseits immer stärker Wert darauf, sich bei der Personalentwicklung von demographischen Aspekten leiten zu lassen. Schlagworte in diesem Zusammenhang sind altersgerechte Gestaltung der Arbeit, lebensphasenorientierte Personalpolitik und demographiesensibles Personalmanagement. Allerdings zielen damit verbundene Aktivitäten vor allem auf den Erhalt beziehungsweise die Erweiterung des Leistungspotenzials der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie auf die Sicherung der so genannten „dienstlichen Verwendbarkeit“ innerhalb des Beschäftigungszeitraums. Dies führt zu der Frage, ob nicht auch die Vorbereitung auf die nachberufliche Lebensphase im Rahmen der Personalpolitik Teil der Unternehmenskultur sein sollte. Diese Frage machte der Kreissenorenrat Tübingen zum Aufhänger seines Projekts.

## Das Projektziel

Ziel sollte ein Konzept zur Förderung eines „aktiven Alterns“ in der nachberuflichen Lebensphase im Kreis Tübingen – und darüber hinaus – sein. Dieses Kon-

zept sollte drei Elemente miteinander verbinden: die Vorbereitung auf diese Phase, die betriebliche Personalfürsorge und die Werbung für das bürgerschaftliche Engagement. Zielgruppen sollten auf der einen Seite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden sein, die in den kommenden Jahren mit der Erreichung der Altersgrenze ihre berufliche Lebensphase beenden und auf der anderen Seite die Personalabteilungen dieser Behörden.

## Die Umsetzung des Projekts – Modellversuch des Landratsamts Tübingen

Die Umsetzung des Projekts erfolgte in 3 Phasen.

Die erste Projektphase widmete sich der Einbindung in das projektrelevante gesellschaftliche und politische Umfeld. Dazu war es erforderlich, lokale und regionale Organisationen, Institutionen und einschlägige Fachbereiche zu gewinnen, die aus ihrem themenorientierten Sachverstand und ihrer gesellschaftspolitischen Einwirkungsmöglichkeiten heraus die Projektarbeit fördern und begleiten können.

So gründete sich ein aus insgesamt 16 lokalen und regionalen Institutionen, Organisationen und Fachbereichen bestehendes Projekt Netzwerk. Auf dessen Grundlage wurde ein Projektbeirat gebildet, dessen Mitglieder die Projektarbeit aktiv begleitet und sich in ihrem jeweiligen Bereich für eine Umsetzung der Projektergebnisse eingesetzt haben.

In der zweiten Projektphase startete das Landratsamt Tübingen einen Modellversuch zur praktischen Umsetzung der Projektidee. Hierzu organisierte die Personalabteilung der Behörde ein Seminar für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts im Alter von plus/minus 60 Jahren unter dem Motto „Erwerbsleben ade – Zeit für Neues!“. Parallel wurde dieses Seminar auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt- und Gemeindeverwaltungen im

Landkreis Tübingen angeboten. Die Resonanz war überwältigend; beide Seminare waren rasch ausgebucht. Beim Seminar erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, sich die eigene Lebenssituation im Zusammenhang mit dem persönlichen Stellenwert von Beruf, Familie und Freizeit zu vergegenwärtigen, sich mit eigenen Bedürfnissen auseinanderzusetzen und dadurch ein Bewusstsein für Möglichkeiten und Handlungsspielräume zu entwickeln. Weiterer Schwerpunkt war das bürgerschaftliche Engagement und insbesondere die damit verbundene Möglichkeit, dem Ruhestand Sinn und Zufriedenheit abzugewinnen, um dadurch die eigene Lebensqualität zu steigern.

Die Rückmeldungen der Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer waren durchweg positiv. Für viele ergaben sich neue Aspekte und Ideen für die Gestaltung ihrer bevorstehenden nachberuflichen Lebensphase. Einige hatten bereits im Vorfeld hierzu Ideen entwickelt und fühlten sich durch das Seminar bestätigt, diese im Ruhestand umsetzen zu wollen.

Im Feedback gaben alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer an, das Seminar hätte dazu beigetragen, dass sie sich nun besser auf den Ruhestand vorbereitet fühlen würden.

Für Landrat Joachim Walter bestätigen diese Rückmeldungen seine Überzeugung von der Projektidee: „Wir sehen es als wichtigen Teil unserer Personal-

fürsorge an, dass der Übergang unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren nachberuflichen Lebensabschnitt gelingt.“ Dabei seien insbesondere mit dem bürgerschaftlichen Engagement viele Chancen und Möglichkeiten verbunden, so Walter. „Gerade ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger bringen sich auf vielfältige Weise für die Gemeinschaft ein – weil sie nicht nur anderen, sondern auch sich selbst Gutes tun wollen.“ Das Projekt sei deshalb bestens geeignet, einerseits den betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diese Chancen und Möglichkeiten aufzuzeigen und andererseits die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in den Fokus zu rücken.

### **Fortsetzung folgt – Nachahmen erwünscht!**

In der dritten Projektphase gilt es nunmehr, die bisher gewonnenen Erfahrungen auszuwerten, weiterzugeben und die Personalverwaltungen anderer Behörden und Unternehmen – auch außerhalb des Kreises Tübingen – zum Mitmachen zu gewinnen. Kreisseniorat und Landratsamt Tübingen werben dafür, dass die Vorbereitung auf die nachberufliche Lebensphase als Teil der Unternehmenskultur in die demographische Ausrichtung der Personalentwicklung mit aufgenommen wird und hoffen, dass sich viele Landkreisverwaltungen dem Beispiel des Landkreises

Tübingen anschließen. Bislang haben unter anderem auch das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg sowie das Regierungspräsidium Tübingen das Projektthema aufgegriffen. Das Landratsamt Tübingen selbst hat das Seminar inzwischen in sein Fortbildungsprogramm aufgenommen.

#### *Kontakt und Infos*

Kreisseniorat Tübingen, Hansjürgen Stiller, Tel. 0 70 71/9 20 88 68, [www.kreisseniorat-tuebingen.de](http://www.kreisseniorat-tuebingen.de)  
Landratsamt Tübingen, Abt. Personal, Renate Fischer, Tel. 0 70 71/2 07-10 10

---

Martina Guizetti ist Pressesprecherin im Landratsamt Tübingen, Hansjürgen Stiller ist Vorsitzender des Kreisseniorats Tübingen

# Aktuelle kommunalrelevante Entwicklungen im EU-Beihilferecht

Europäisches Parlament fordert stärkere Beteiligung

Von Florian Domansky, Brüssel

Bereits seit einigen Jahren stellt das EU-Beihilferecht eines jener EU-Rechtsgebiete dar, von dem auch baden-württembergische Kommunen in zunehmendem Maße betroffen sind. Prominentes Beispiel aus jüngster Vergangenheit ist diesbezüglich die Weiterentwicklung des sog. „Monti-Kroes-Pakets“ zur sog. „Almunia-Reform“.<sup>1</sup> Während der Landkreistag Baden-Württemberg zusammen mit seinen kommunalen Schwesterverbänden auf Initiative des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen als Hilfestellung zur kommunalen Umsetzung gegenwärtig eine landesweite Seminar-Reihe durchführt, schritten die diesbezüglichen Entwicklungen auf EU-Ebene bereits weiter voran. So fand im Rahmen der Straßburger Plenarwoche Mitte Januar 2013 eine mündliche Anhörung zur künftig verbesserten Beteiligung des Europäischen Parlaments in diesem traditionell durch Kommission und Rat dominierten, aber damit nicht minder kommunalrelevanten Rechtsbereich statt. Fast durchgängig begrüßt wurde dabei von Parlamentarierseite der neue Kommissionsansatz, sich künftig vermehrt auf die tatsächlich binnenmarktrelevanten Fälle zu konzentrieren, wovon kommunale Beihilfen mit lediglich räumlich begrenzter Auswirkung profitieren können. Gleichwohl kritisieren die Abgeordneten in einer entsprechenden Resolution die bislang ungenügende parlamentarische Einbindung. Mit Blick auf die nach wie vor weitgehenden Kontroll-Kompetenzen der Kommission gegenüber (kommunalen) Behörden und ihren gewählten Vertretern, gerade im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge, prangern sie dieses Demokratiedefizit als nicht vertretbar an.

Den Anstoß hierzu lieferten im Lichte der genannten Modernisierung dieser Rechtsmaterie zwei Novellierungsvorschläge der EU-Kommission vom Dezember 2012, genauer die Überarbeitung der sog. Verfahrensverordnung zur Durchsetzung der Beihilfe-Art.107f. des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und die sog. Ermächtigungsverordnung, auf deren Basis die Kommission bestimmte Beihilfe-Arten gruppenweise von der Anwendung des Beihilferechts freistellen kann. Zur Erinnerung: Die einschlägigen primärrechtlichen Beihilfe-Artikel enthalten nur sehr rudimentäre prozedurale Vorgaben, so dass Art.109 AEUV den Rat auf Vorschlag der Kommission und nach – bislang bloßer – Anhörung des Europäischen Parlaments ermächtigt,

entsprechende Durchführungsverordnungen zu erlassen. Hiervon wurde erstmalig Ende der 1990er Jahre in Form einer sog. Verfahrensverordnung für staatliche Beihilfen (VO(EG) Nr.659/1999) Gebrauch gemacht, in der die verfahrensrechtlichen Vorschriften für die Durchsetzung des EU-Beihilferechts sekundärrechtlich kodifiziert wurden. Im Lichte einer aus Kommissionssicht vermehrten, mitgliedstaatlichen Beihilfe-Aktivität im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise und nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines jüngsten kritischen Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs zur Wirksamkeit der EU-Beihilfenkontrolle, sah sich die Kommission nunmehr in der Pflicht, im Dezember 2012 entsprechende Novellierungsvorschläge vorzulegen.

## Novellierungsvorschlag zur sog. Verfahrensverordnung für staatliche Beihilfen

Geleitet von den Rechnungshofempfehlungen beabsichtigt die Kommission mit ihrem Vorschlag<sup>2</sup> nunmehr die deutlich zügigere Bearbeitung unbegründeter Beschwerden, um mehr Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen. So soll durch ein bislang nicht bestehendes Mindestmaß an Formvorschriften, u.a. mit Hilfe eines Formulars für die Beschwerde-Einreichung, die Kommission in die Lage versetzt werden, bei deren Nichteinhaltung von der Annahme eines förmlichen Beschlusses abzusehen, wodurch unbegründete Eingaben rascher erledigt werden können. Eine verschärfte Mitwirkungspflicht sieht die Kommission neben den Beschwerdeführern selbst auch gegenüber nationalen Gerichten vor. So soll die Kommission künftig für die Ausarbeitung ihrer Stellungnahmen den betreffenden nationalen Richter ersuchen können, ihr alle zur Beurteilung der Beihilfesache notwendigen Schriftstücke zu übermitteln.

## Verschärfte Mitwirkungspflicht von Beschwerdeführern, nationalen Gerichten und sonstigen Dritten

In Fällen, in denen die eingegangenen Informationen nicht als Beschwerde eingestuft werden, weil sie die entsprechenden Voraussetzungen nicht erfüllen, werden sie dennoch als sog. Marktinformationen registriert und sollen zu einem späteren Zeitpunkt für von Amts wegen eingeleitete Untersuchungen genutzt werden können. In Ergänzung hierzu plant die

Kommission unter Verweis auf EuGH-Rechtsprechung auch im Beihilfe-Bereich sog. Markterkundungsinstrumente (MEI) einzuführen, wie sie bislang nur im Kartellrecht sowie bei der Fusionskontrolle bestehen. Damit sollen ihre Befugnisse zur Konsultation von Marktteilnehmern (z.B. die beihilfegewährende Kommune und das begünstigte Unternehmen, aber nunmehr auch z.B. dessen Kunden) – ggf. unter Umgehung der mitgliedstaatlichen Ebene – kodifiziert werden. Entsprechende Nicht- oder Falschskünfte sollen dabei mit Sanktionsmaßnahmen wie Geldbuße oder Zwangsgeld bewehrt werden.

## **Novellierungsvorschlag zur sog. Ermächtigungsverordnung für Gruppenfreistellungsverordnungen**

Ebenfalls aus Vereinfachungsgründen wurde bereits Ende der 1990er Jahre die sog. Ermächtigungsverordnung (VO (EG) Nr.994/98) geschaffen. Diese erlaubt der Kommission durch Erlass entsprechender Verordnungen bestimmte Gruppen staatlicher Beihilfen von der Anmeldepflicht freizustellen. Hierzu zählen u. a. die De-Minimis-Beihilfen<sup>3</sup>, wie auch Beihilfen zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Beschäftigungs- und Ausbildungsbeihilfen. Eine weiter vereinfachte Prüfung erhofft sich die Kommission in ihrem nunmehr vorgelegten Novellierungsvorschlag<sup>4</sup> durch die Aufnahme von zusätzlichen Gruppen.

## **Kommission stellt zusätzliche Freistellungsgruppen in kommunalrelevanten Bereichen in Aussicht**

Dies bedeutet aber weder eine unmittelbare Freistellung all dieser Gruppen noch bedeutet es, dass alle Maßnahmen einer Gruppe insgesamt für eine Gruppenfreistellung in Frage kommen. Mit dem Vorschlag soll die Kommission vielmehr

in die Lage versetzt werden, Gruppenfreistellungen Schritt für Schritt zu erlassen, sobald sie über ausreichende Erfahrungen verfügt, um eindeutige Kriterien für die Vereinbarkeit bestimmter Arten von Beihilfemaßnahmen mit dem Binnenmarkt festzulegen. Hierzu zählen aus Kommissionssicht u.a. sog. Breitbandbeihilfen<sup>5</sup>, Maßnahmen im Kulturbereich und zur Wahrung des Kulturerbes, zur Bewältigung der Folgen von Naturkatastrophen, zugunsten der Forstwirtschaft, im Bereich des Amateursports, Sozialbeihilfen im Verkehrsreich für Einwohner entlegener Gebiete sowie Beihilfen zur Koordinierung des Verkehrs oder zur Abgeltung bestimmter mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen. Bezüglich letzterer konstatiert die Kommission, dass die nach Artikel 9 der Verordnung Nr.1370/2007 (sog. ÖPNV-Verordnung<sup>6</sup>) gezahlten Ausgleichleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen beim Betrieb öffentlicher Personenverkehrsdienste oder die für die Einhaltung von in allgemeinen Vorschriften festgelegten tariflichen Verpflichtungen derzeit von der Pflicht zur vorherigen Anmeldung nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt sind. Allerdings sei es nach der mit dem Vertrag von Lissabon eingeführten neuen Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Rat und Kommission<sup>7</sup> nunmehr Aufgabe des Rates festzulegen, welche Gruppen von Beihilfen von der Pflicht zur vorherigen Anmeldung freigestellt werden können. Dahingegen sei es jetzt Aufgabe der Kommission, die genauen Voraussetzungen für derartige Freistellungen zu bestimmen. Um die Freistellung von Ausgleichleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen mit Neuerungen in Einklang zu bringen, schlägt die Kommission daher nunmehr vor, dass diese Beihilfegruppe in den Geltungsbereich der Verordnung Nr. 994/98 des Rates aufgenommen wird. Aus ihrer Sicht folgerichtig soll daher Artikel 9 der Verordnung Nr.1370/2007 sechs Monate nach Inkraft-

treten einer Verordnung der Kommission bezüglich dieser Gruppe staatlicher Beihilfen außer Kraft treten.

## **Parlamentsresolution fordert mehr Mitspracherecht aufgrund der Kommunalrelevanz des EU-Beihilferechts**

Mit Blick auf die zwei Kommissionsvorschläge und ihr Zustandekommen, bedauert das Europäische Parlament in einer am 17. Januar beschlossenen Resolution<sup>8</sup> nunmehr, dass nur seine Anhörung und nicht das Mitentscheidungsverfahren vorgesehen wurde, das seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon auch in anderen wettbewerbsrechtlichen Bereichen gilt. So erachten die Abgeordneten dieses Demokratiedefizit als nicht vertretbar, v.a. bzgl. Vorschlägen, bei denen es um die Aufsicht über Handlungen gewählter lokaler Stellen geht, insbesondere im Hinblick auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, die im Zusammenhang mit den Grundrechten stehen. Die Parlamentarier regen daher an, diesen Mangel bei etwaigen künftigen Vertragsänderungen zu beheben und fordern nachdrücklich, bis dahin parlamentarischen Änderungsvorschlägen im Rahmen des Anhörungsverfahrens weitestgehend Rechnung zu tragen.

## **Kommunale Bewertung und Ausblick**

Aus kommunaler Sicht zu begrüßen sein dürfte die von der Kommission vorgesehene, verschärfte Mitwirkungspflicht von Beschwerdeführern, z.B. im Falle von gewährten Kommunalbeihilfen, da damit gerade in Fällen von offensichtlicher Unbegründetheit einem rein strategischen Beschwerde-Aktionismus aus der Privatwirtschaft entgegengewirkt werden könnte. Mit deutlichen Zweifeln behaftet bzgl. Subsidiarität und Gewaltenteilung erscheinen hingegen die Kommissionspläne hinsichtlich der

sich abzeichnenden Auskunftspflicht von innerstaatlichen Gerichten. So wird damit in weitergehendem Maße als bislang in die mitgliedstaatliche Kompetenzordnung eingegriffen. Kommunalpolitische Brisanz könnte sich zudem ergeben, wenn Bürger als Kunden eines vermeintlich rechtswidrig lokal begünstigten Unternehmens durch die Kommission zur Auskunft verpflichtet werden können und bei einer Weigerung mit Geldbußen oder Zwangsgeld belangt werden können.

Erfreulich aus kommunaler Sicht sind wiederum die Kommissionspläne, zusätzliche Freistellungsgruppen in kommunalrelevanten Bereichen in Aussicht zu stellen. Dies betonte in der Parlamentsanhörung auch der südbadische Abgeordnete Dr. Andreas Schwab unter Verweis auf die Breitbandversorgung. Gleichzeitig mahnte er mit Blick auf ordnungspolitische Grundsatzmaximen an, dass diese neu gewonnen Freiheiten von lokalen Behörden aber nicht missbraucht werden dürfen.

Insgesamt ist der Vorstoß des Parlaments kommunalpositiv zu bewerten, gestärkt durch den Lissabon-Vertrag, auch im bislang durch Kommission und Rat dominierten Bereich des EU-Beihilferechts zunehmend mehr eigene Mitspracherechte einzufordern. Sollte die Kommission – entgegen der bisherigen Praxis<sup>9</sup> – entsprechenden Worten auch Taten

folgen lassen, könnten damit auch die kommunalen Einwirkungsmöglichkeiten über die Abgeordneten steigen, wovon die Trägerverbände des Europabüros sicherlich zeitnah Gebrauch machen werden.

Voraussetzung hierfür wird allerdings sein, dass lokale Belange – im Unterschied zur aktuellen EU-Vergaberechtsreform – dann im Parlament auch tatsächlich ausreichend Gehör finden. Ein erster Lackmus-Test für alle EU-Institutionen wird diesbezüglich sein, inwieweit die EU-Kommission sich bzgl. ihrer dargestellten Rechtsauffassung im Bereich der Verkehrsbeihilfen durch die Änderungen im Lichte des Lissabon-Vertrags durchsetzen kann. So geht sie zwar zurzeit davon aus, dass eine derartige Gruppenfreistellung inhaltlich der derzeitigen Freistellung in der ÖPNV-Verordnung entsprechen würde, allerdings nur, soweit diese nicht durch geplante Vorschläge für Rechtsvorschriften für den Schienenverkehr geändert wird. Während an dieser allerdings Europäisches Parlament und Rat – sogar noch vor dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags – gleichberechtigte Gesetzgeber waren, gilt dies für den Bereich der Freistellungsverordnungen wie dargestellt nicht und konterkariert daher die jüngsten Forderungen des Europäischen Parlaments in exemplarischer Weise.

<sup>1</sup> Vgl. zu dieser Thematik auch die umfassende Übersicht von Schenek, „Kommunale Sportförderung im Lichte der EU-Beihilfe“, BWGZ 5/2013, S.183ff.

<sup>2</sup> Online einzusehen unter [http://ec.europa.eu/competition/state\\_aid/legislation/procedural\\_regulation\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/procedural_regulation_de.pdf).

<sup>3</sup> Auch hierzu hat die EU-Kommission am 20. März 2013 einen entsprechenden Novellierungsvorschlag unter [http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013\\_de\\_minimis/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2013_de_minimis/index_en.html) veröffentlicht, bzgl. dessen noch bis zum 15. Mai 2013 entsprechende Anmerkungen eingereicht werden können.

<sup>4</sup> Online einzusehen unter [http://ec.europa.eu/competition/state\\_aid/legislation/enabling\\_regulation\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/enabling_regulation_de.pdf).

<sup>5</sup> Vgl. hierzu auch die wöchentliche Informationsschrift der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen *Brüssel Aktuell* 2/2013, die über die Trägerverbände des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen oder direkt dort angefordert werden kann.

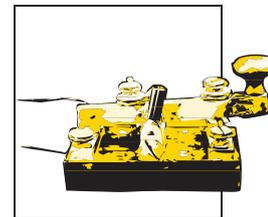
<sup>6</sup> Der diesbezüglich ebenfalls jüngst vorgelegte Novellierungsvorschlag ist einzusehen unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0028:FIN:DE:PDF>.

<sup>7</sup> Vgl. Artikel 108 Absatz 4 und Artikel 109 AEUV.

<sup>8</sup> In einer vorläufigen Version online einzusehen unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20130117+SIT+DOC+PDF+Vo//DE&language=DE>.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu auch das jüngste Schreiben der Kommunalen Landesverbände an Kommissar Almunia unter [http://europabuero-bw.de/info\\_html/2011209\\_kommissar\\_almunia.pdf](http://europabuero-bw.de/info_html/2011209_kommissar_almunia.pdf).

Florian Domansky leitet das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel



# NACHRICHTEN

## BildungsRegion Ostalb bündelt Bildungsangebote im Landkreis künftig auf einer zentralen Plattform

Mit dem Online-Start von [www.bildungsportal-ostalb.de](http://www.bildungsportal-ostalb.de) präsentiert das Bildungsbüro der Landkreisverwaltung einen weiteren Baustein aus dem Handlungskonzept der BildungsRegion. Neben der kreisweiten Bildungsberichterstattung, der Entwicklung von Sprachförderkonzepten und Überlegungen zum Übergangsmangement Schule-Beruf zählt zu den zentralen Zielen der BildungsRegion die einheitliche und übersichtliche Darstellung aller Bildungsangebote im Ostalbkreis.

Die Bildungslandschaft im Ostalbkreis zeichnet sich durch ein vielfältiges Angebot an Bildungseinrichtungen und -möglichkeiten aus. Jedoch ist es nicht immer leicht, das den eigenen Wünschen und Bedürfnissen am besten entsprechende Angebot zu finden. Oftmals erhält man bei der Internetrecherche nur einen Ausschnitt der Angebote (z. B. auf einen einzelnen Bildungsbereich, ein bestimmtes Gebiet oder einen Bildungsanbieter bezogen) oder man läuft Gefahr, dass gute Angebote leicht übersehen werden.

„Bislang fehlte eine zentrale Plattform, die einen Überblick und Informationen zu allen Bildungsangeboten im Ostalbkreis bietet“, erklärt Landrat Klaus Pavel.

„Mit dem Bildungsportal Ostalb wollen wir das facettenreiche Angebot im Landkreis künftig online bündeln und allen Interessierten detaillierte Informationen über die einzelnen Bildungseinrichtungen zur Verfügung stellen. Das Bildungsportal macht damit auch die Stärken der Städte und Gemeinden als Bildungsstandort deutlich und erhöht die Transparenz der Bildungsangebote in der BildungsRegion Ostalb.“

Auf den Seiten des Bildungsportals finden sich Informationen der Bildungsanbieter aus den Bereichen der Frühen Bildung und Kinderbetreuung, der Jugendarbeit, der Schulbildung, der Ausbildung, der Hochschulbildung, der beruflichen Qualifizierung, der Erwachsenen- und Seniorenbildung, Informationen zu musischen und kulturellen Bildungsangeboten sowie zu den vielfältigen Angeboten der Vereine in der Region. Darüber hinaus bietet das Bildungsportal einen Überblick über die Bildungsangebote in allen 42 Städten und Gemeinden des Landkreises, über die BildungsRegion Ostalb sowie über die unterschiedlichsten Beratungs- und Unterstützungsangebote. Eine einfache Suchfunktion ermöglicht zudem ein leichtes Auffinden der Angebote.

Das Portal stellt in seiner ersten Version bereits alle Angebote der Kinderbetreuung in einem hohen Detaillierungsgrad da. Im Laufe der nächsten Monate soll dann für jeden weiteren Bildungsbereich neben den Grundinformationen auch eine vertiefte Darstellung der Angebote und Profile der Einrichtungen erfolgen.



Screenshots [www.bildungsportal-ostalb.de](http://www.bildungsportal-ostalb.de)

## Bahntag Ostalb – DB-Vorstandsvorsitzender Dr. Rüdiger Grube stellt sich der Diskussion vor großem Publikum im Ostalbkreishaus

Vertreter aus Politik und Wirtschaft, aber auch viele Bürgerinnen und Bürger waren am 25. Februar 2013 ins Aalener Landratsamt geströmt, um vom Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG Dr. Rüdiger Grube persönlich zu hören, wie sich der Bahnverkehr im Ostalbkreis und dessen überregionale Anbindung in den kommenden Jahren weiterentwickeln sollen. Grube präsentierte die Überlegungen der Bahn und ging im anschließenden Dialog mit dem Publikum detailliert auf Kritik und Anregungen ein. Bereits im Vorfeld des bahnpolitischen Gesprächs im Aalener Kreishaus hatte Dr. Rüdiger Grube den Oberkochener Bahnhof besucht. Das Bahnhofsgebäude war von Franz Rank, einem Unternehmer und Liebhaber alter Gebäude, innen und außen generalsaniert und zu einem Blickfang umgebaut worden. Der Bahnchef würdigte die Zusammenarbeit mit Rank als Vorbild gebendes Beispiel. Nach einem Gang durch das Gebäude und dem Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Oberkochen bestieg der Bahnchef den Regionalexpress nach Aalen. Pünktlich um 10.50 Uhr konnte der Aalener Oberbürgermeister Martin Gerlach dann Grube und seinen Mitarbeiterstab, den Sonderbeauftragten der Bahn Georg Brunnhuber und Landrat Klaus Pavel am Aalener Bahnsteig in Empfang nehmen. Nach einer kurzen Stippvisite im Aalener DB-Kundenzentrum sorgte ein Bus der RBS für den Transfer ins Landratsamt. Im vollbesetzten Großen Sitzungssaal referierte Grube nach einführenden Worten von Landrat Klaus Pavel in einer rund dreißigminütigen Rede über die Tätigkeiten der Bahn AG, darüber, dass ein Börsengang der Bahn aus seiner Sicht „Quatsch“ wäre, und schilderte ausführlich, wie er das Bahnprojekt Stuttgart 21 im Jahr 2009 von seinem Vorgänger



Oberbürgermeister Martin Gerlach (rechts) begrüßte Dr. Rüdiger Grube in Aalen am Bahnhof.  
V. l. n. r.: Der Sonderbeauftragte der Bahn AG Georg Brunnhuber, Landrat Klaus Pavel, Dr. Rüdiger Grube und ein Zugbegleiter.

übernommen habe. Er beklagte den „behördlichen Schwergang“ und die immense Klageflut und wünschte sich einen schnelleren Baufortschritt, denn eine dreijährige Fertigstellungsverzögerung in Stuttgart koste 400 Millionen Euro mehr. Zur Frage nach neuem und modernem Wagenmaterial vor allem auf der Remsbahn, die von tausenden Auspendlern aus dem Ostalbkreis täglich genutzt wird, sicherte Grube zu, die Bahn habe eine Milliarde Euro bereitgestellt und sei auch Willens zu investieren. Jedoch würden die Nahverkehrsverträge mit dem Land erst im Jahr 2016 auslaufen. Momentan neues Wagenmaterial zu beschaffen, ohne sicher sein zu können, dass der Folgeauftrag an die Bahn gehe, sei unternehmerisch nicht zu verantworten. Deshalb warte die Bahn auf die Ausschreibung durch das Land Baden-Württemberg, ergänzte Andreas Moschinski-Wald von der Regionalleitung der DB AG Baden-Württemberg. Ab Vergabe und Bestellung neuen Wagenmaterials dauere es in der Regel bis zur Lieferung noch rund zwei bis vier Jahre, skizzierte Moschinski-Wald den zeitlichen Horizont. Grube betonte, die Bahn

sei bereit, in Infrastruktur zu investieren, wo es sich rechnet. Im Landkreis Heidenheim würde beispielsweise bis ins Jahr 2015 rund eine halbe Million Euro investiert, um bei Itzelberg ein zweites Gleis zu bauen und damit einen Engpass auf der Brenzbahn zu beseitigen. Ganz konkret kündigte Grube auch an, dass es ab dem Jahr 2017 möglich sein werde, von Aalen aus mit der Bahn in rund vier Stunden nach Berlin zu kommen. Denn dann werde der Bahnknoten Aalen Teil der Linie 61, die von Zürich über Stuttgart und Nürnberg führt. Auch der eingleisige Abschnitt Goldshöfe-Crailsheim werde dann sicherlich überplant werden können, ist Grube zuversichtlich. Viele Fragen, Wünsche und Anregungen waren bei Landrat Klaus Pavel bereits im Vorfeld des Bahntages eingegangen von Personen, die nicht persönlich zur Veranstaltung kommen konnten. Der Kreischef sicherte zu, diese gesammelt an Dr. Grube weiterzuleiten. Dieser will alle Punkte prüfen lassen. Aus den Reihen der Zuhörer kamen weitere Wünsche hinzu, wie etwa die Bitte, am Bahnhof Lorch einen zweiten Fahrscheinautomaten einzurichten oder die nochmalige Anre-

gung von Landrat Pavel, das Schild am Lorcher Bahnhof „Lorch (bei Schorndorf)“ ändern zu lassen. Der zweigleisige Ausbau der Strecke Goldshöfe-Crailsheim, die Elektrifizierung der Brenzbahn, die Reaktivierung einer schnellen Verbindung von Aalen über Nördlingen nach München oder auch die Ausstattung der Fahrkartenautomaten entsprechend den Bedürfnissen von Gehörlosen und die kostenlose Reisemöglichkeit von Behinderten mit der Bahn waren weitere Punkte. Am Ende der über zweieinhalbstündigen Veranstaltung ließ Dr. Rüdiger Grube keine Fragen offen.

Landrat Klaus Pavel zog ein positives Fazit: „Die Zusage, dass wir in vier Jahren in kürzester Zeit mit der Bahn von Aalen nach Berlin fahren können, stimmt mich zuversichtlich. Auf diese Weise wird Bahnfahren für die Bürgerinnen und Bürger unserer Region noch attraktiver. In Sachen Remsbahn habe ich aufgenommen, dass wir dringend weitere politische Gespräche wegen der Ausschreibung des Wagenmaterials führen müssen. Alle Wünsche und Anregungen aus der Bürgerschaft werden wir gesammelt an die DB AG weiterleiten. Sobald uns die Rückmeldung der Bahn vorliegt, werden wir selbstverständlich über die Ergebnisse öffentlich informieren.“

## Landkreisversammlung Deutscher Landkreistag 2013

### **Bundespräsident: Mut statt Zweifel im Umgang mit demografischen Herausforderungen**

Anlässlich der Landkreisversammlung des Deutschen Landkreistags am 11. Januar 2013 hat Bundespräsident Joachim Gauck die Bedeutung des Einsatzes von Bürgern in ihren Kommunen betont und gesagt, es brauche vor allem Mut statt Zweifel im Umgang mit den demografischen Herausforderungen. Er zitierte in seiner Ansprache den ehemaligen Bun-

despräsidenten Johannes Rau mit dem Satz: „Wenn es die Landkreise nicht gäbe, müsste man sie erfinden.“ DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré bedankte sich beim Bundespräsidenten, dass er den Landkreisen Mut zugesprochen habe und vertraue, die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. „Nur wenn es uns gelingt, die Bürger weiterhin zu überzeugen, dass sie sich an Ort und Stelle bei diesem Umbruch intensiv beteiligen, werden wir den demografischen Wandel bewältigen und gestalten.“

Der Bundespräsident stellte die Frage, ob es nicht so sei, dass sich die Landkreise vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung neu zu erfinden hätten? Er blicke zuversichtlich auf die demografischen Veränderungen, weil unsere Gesellschaft veränderungsfähig sei; die meisten der Landkreise seien wirtschaftlich und kulturell aufgeblüht. Generell müssten wir dem Mut und nicht dem Zweifel Vorrang einräumen. Dann würde der demografische Wandel gelingen.

Des Weiteren sagte er, die Kommunen dürften nicht von Bund und Ländern alleine gelassen werden, sondern es ginge um eine Gesamtverantwortung aller föderalen Ebenen für dieses Querschnittsthema. Auch spiele das gemeinsame Agieren von Kommunen eine große Rolle, um die bestehenden Herausforderungen zu bewältigen. Darin inbegriffen sei auch eine aktive kommunale Integrationspolitik, die zunehmend an Bedeutung gewinne.

Bei allem ginge es darum, die Perspektive der Bürger nicht aus dem Blick zu verlieren, wobei Raum für bürgerschaftliche Mitgestaltung bestehen müsse. Denn es ständen grundsätzliche gesellschaftliche Weichenstellungen an, weil es zukünftig schwieriger werden würde, Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort aufrechtzuerhalten. Letztlich erzeuge dies auch Verständnis für teilweise schmerzliche Notwendigkeiten. Er dankte in diesem Zusammenhang dem Deutschen Landkreistag für sein Engage-

ment, für Ideen, Initiativen und Veranstaltungen, weil dies letztlich auch auf das öffentliche Bewusstsein wirke.

In der sich an die Rede des Bundespräsidenten anschließenden Diskussionsrunde stellte DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré besonders heraus, dass zur selbstverantwortlichen Gestaltung des demografischen Wandels bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar sei. Generell müssten die Bedingungen verbessert werden, so dass sich Frauen und Männer noch stärker eingeladen fühlen, sich nicht nur kommunalpolitisch, sondern auch im sozialen und kirchlichen Bereich zu engagieren.

DLT-Vizepräsident Landrat Dr. Michael Ermrich ergänzte, die Leistungen der Kommunen müssten flexibilisiert werden. So könne beispielsweise der öffentliche Personennahverkehr im Zusammenspiel mit touristischen Angeboten gestärkt werden. Der Landkreis Harz praktiziere dies erfolgreich. Auch seien mehr Entscheidungsspielräume für die Landkreise in der Wirtschaftspolitik wichtig, z. B. in Form der Bewirtschaftung von Regionalbudgets in eigener Verantwortung, um etwa Unternehmensansiedlungen noch angepasster an die Verhältnisse vor Ort fördern zu können.

Landrat Stefan G. Reuß stellte vor diesem Hintergrund fest, dass ehrenamtliches Engagement gelebt werden müsste. Diese Erfahrung mache er in vielerlei Hinsicht im Werra-Meißner-Kreis. Allerdings dürfe dies nicht dazu führen, dass Leistungen der Kommunen auf die Bürgerschaft abgewälzt werden, weil das Ehrenamt vielmehr eine wichtige und gute Ergänzung kommunaler Angebote – z. B. in Gestalt von Bürgerbussen – sei.

Landrätin Eva Irrgang aus dem Kreis Soest ging insbesondere auf das Thema Integration ein. Sie sagte, man müsse kommunale Integrationspolitik zur Chefsache machen. Es müsse mit dem nötigen Nachdruck agiert werden, etwa bezogen auf eine aktive Willkommenskultur, mehrsprachige Lotsen in der Kreisverwaltung, angepasste Informationsange-

bote und Netzwerke mit den Migrantenorganisationen.

Abschließend sagte Duppré, man müsste vor allem jungen Menschen eine echte Zukunftsperspektive bieten. „Gerade auf die junge Generation kommt es an, auf deren Kreativität und Ideen. Denn schließlich geht es entscheidend um die Frage: Wie wollen wir in Zukunft leben?“.

## **Deutscher Landkreistag weist Kritik der BA an Hartz IV-Reformen zurück und fordert mehr kommunale Jobcenter**

Zur Forderung des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit (BA) Heinrich Alt nach einer neuerlichen Reform der Hartz IV-Organisation sagt der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Hans Jörg Duppré Anfang März: „Die Organisation von Hartz IV ist nicht glücklich. Die gemeinsamen Jobcenter von Arbeitsagenturen und Kommunen sind als ‚Zwitter-Behörden‘ schwierig zu führen. Sie sind aber der kleinste gemeinsame Nenner von Bund und Ländern in einem jahrelangen Tauziehen und zwei Vermittlungsverfahren um die optimale Organisationsform der Hartz IV-Verwaltung gewesen. Am Ende wurde sogar das Grundgesetz geändert, das die gemeinsamen Jobcenter vorsieht, sofern nicht Optionskommunen als kommunale Jobcenter Langzeitarbeitslose in alleiniger Verantwortung betreuen.“

Der Deutsche Landkreistag hat sich seit Beginn der politischen Debatte für eine Alleinzuständigkeit der Landkreise eingesetzt. „Aber wir akzeptieren die bestehenden Strukturen dem Grunde nach, da wir eine erneute Grundgesetzänderung nicht für realistisch erachten. Stattdessen sollten vielmehr auch weitere Landkreise die Möglichkeit erhalten, zu optieren. Die kommunalen Jobcenter vermeiden gerade die ansonsten zersplitterten Zuständigkeiten, weil sie als Einzige Leistungen aus einer Hand anbie-

ten. Bei ihnen muss weder der Bürger noch der Arbeitgeber zwischen verschiedenen Behörden hin- und herlaufen“, so Duppré weiter. Dies umfasse den monatlichen Regelsatz, die Mietzahlung sowie Vermittlung, Qualifizierung, sozialintegrative Angebote, Kinderbetreuung und das Bildungspaket. „Vor diesem Hintergrund müsste Herr Alt eigentlich für die Option werben, wenn er einheitliche Zuständigkeiten fordert“, so Duppré.

Die vermeintliche Kritik der BA an den Optionskommunen, diese könnten nicht überregional vermitteln, sei ein uraltes Scheinargument. Die kommunalen Jobcenter vermittelten nachweislich selbstverständlich auch überregional und bedienten sich vernetzter Jobbörsen u.ä. Zugleich spiele die überregionale Vermittlung für den Personenkreis der Langzeitarbeitslosen nur eine sehr geringe Rolle, so der DLT-Präsident abschließend.

## **Bund erleichtert Umsetzung des Bildungspaketes – Initiative des Deutschen Landkreistages aufgegriffen**

Der Deutsche Bundestag hat beschlossen, die verwaltungsmäßige Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes zu erleichtern. Damit greift er eine Initiative des Deutschen Landkreistages auf. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke sagte Mitte Februar: „Für die verantwortlichen Landkreise wird es nun einfacher, bedürftigen Kindern Zuschüsse für die Mitgliedschaft in Sportvereinen, Musikschulunterricht oder kostenloses Schulessen zu gewähren. Weitere Änderungsvorschläge des Deutschen Landkreistages bleiben hingegen auf der politischen Agenda.“

Die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes erfordere einen ganz erheblichen Verwaltungsaufwand, so Henneke. Dieser beruhe nur zum Teil darauf, dass die Leistungen als Sachleistungen gewährt würden, die per se einen höheren Verwaltungsaufwand er-

forderten als Geldleistungen. „Vielfach sind die zu komplexen Gesetzesformulierungen Ursache für den unverhältnismäßig hohen Aufwand.“

Der Deutsche Landkreistag hatte daher im vergangenen Jahr eine Liste der zehn wichtigsten Änderungsvorschläge zusammengetragen und beim Runden Tisch Bildungspaket bei Bundesministerin von der Leyen im letzten Jahr eingebracht. „Die Bundesministerin hat diese Initiative aufgegriffen und gesetzliche Regelungen zur Rechtsvereinfachung noch in dieser Legislaturperiode zugesagt“, so Henneke. Nunmehr habe der Deutsche Bundestag eine Reihe von Änderungen beschlossen, die im Wesentlichen folgende Punkte umfassen:

- Die Landkreise können für Klassenfahrten und Schulausflüge auch Geldleistungen gewähren. Dies erleichtert deutlich die Abrechnung bei kleineren Beträgen.
- Unter bestimmten Voraussetzungen können den Eltern für Zwecke des Bildungspaketes ausgelegte Mittel erstattet werden.
- Als Eigenleistung bei der Schülerbeförderung wird pauschal ein Betrag von 5 Euro monatlich festgelegt. Damit entfallen die derzeitigen Schwierigkeiten bei der Ermittlung des im Regelsatz enthaltenen Anteils für die Schülerbeförderung.
- Die 10 Euro für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft dürfen im Ausnahmefall auch für Ausrüstungsgegenstände o.ä. verwendet werden. Außerdem wirkt der Antrag auf den Beginn des aktuellen Bewilligungszeitraums zurück. Das erleichtert das Ansparen der Mittel.
- Entsprechende Änderungen werden für den Bereich der Sozialhilfe und für Kinder im Bezug von Wohngeld und Kinderzuschlag vorgenommen.

„Im Übrigen erachtet der Deutsche Landkreistag das Bildungspaket insgesamt für gut umgesetzt. Allerdings ist auch

festzustellen, dass vielerorts der Bedarf gar nicht gegeben ist. Dies zeugt davon, dass viele der im Bildungspaket vorgesehenen Leistungen bereits kostenlos erbracht werden“, erläuterte der DLT-Hauptgeschäftsführer. So sei etwa die Schülerbeförderung oft ohnehin kostenlos. Ähnlich verhalte es sich mancherorts bei den Kosten für ein warmes Mittagessen an den Schulen.

### **„Eine wirklich inspirierende Erfahrung!“ – Erzieherinnen aus sechs Ländern zu Gast im Enzkreis – EU-Projekt erforscht Kreativität in der Vorschulpädagogik**

Des Lobes voll waren die Erzieherinnen aus Finnland, Schweden, Lettland, Litauen, Italien und Spanien am Ende ihres viertägigen Besuchs im Enzkreis: „Wir nehmen eine riesige Menge an Ideen und Inspiration mit nach Hause“, sagte beispielsweise Petra Torberg aus Helsinki. Eine davon wird sie direkt zu Hause in „ihrem“ Kindergarten installieren: Ein großes Klemmbrett, an dem die Kinder mit ihrem Foto und einer Wäscheklammer anzeigen, wo sie gerade sind. „Nach den bisherigen Erfahrungen mit



Gruppenbild mit Herren: Auch in den anderen europäischen Ländern ist die Arbeit im Kindergarten (noch) vor allem Frauensache (vorn im Bild Jugendamtsleiter Wolfgang Schwaab).

CreaNet haben wir den Schwerpunkt auf Besuche in den Einrichtungen gelegt“, erklärt Gabriele Völkle, Fachberaterin im Landratsamt. Das sei für die Teilnehmerinnen, die aus dem Enzkreis an dem Projekt „CreaNet“ teilnehmen, regelmäßig der beeindruckendste Teil der Workshops und Konferenzen im Ausland gewesen. CreaNet ist ein europaweites Netzwerk, das aus dem EU-Programm Comenius gefördert wird und bei dem Fachleute aus Forschung, Lehre und Praxis ergründen, wie die Kreativität von Kindern am besten gefördert werden kann.

„In allen Räumen finden die Kinder hier Anregungen zum Thema Bauernhof“, hielten die Besucherinnen in der Kindertagesstätte Gräfenhausen fest. Ob Bücher, Bilder oder Stofftiere – „alles soll dazu einladen, der Phantasie freien Lauf zu lassen“, erläuterte Leiterin Edith Bauer. Sogar einen kleinen Stall mit echtem Stroh haben die Erzieherinnen eingerichtet, in dem sich die Kinder in Tiere „verwandeln“ können.

Nach dem „offenen Konzept“ arbeitet auch die Kita „Regenbogen“ in Königsbach: Alle Türen zu den Gruppenräumen stehen den Kindern zu jeder Zeit offen – sogar das Büro von Leiterin Ute Dreier, wie Virginija Letukiene staunend notiert. „Das will ich bei mir auch ausprobieren“, sagt die Fachfrau, die in Klaipeda (Litauen) selbst einen großen Kindergarten leitet. Dagegen sind sich die beiden Finninnen sicher, dass das Konzept bei Ihnen schnell an Grenzen stoßen würde, obwohl es ihnen sehr gut gefällt: „Bei uns müssen die Kinder ständig unter hundertprozentiger Aufsicht sein“, erklärt Anna Stoltzenberg – Kinder, die alleine in den Garten gehen, das sei undenkbar. Überhaupt zeigen sich bei den Besuchen vor Ort auch die kulturellen Unterschiede: So sind die Fachfrauen aus Italien und Spanien fast schockiert beim



Mit kritischem Blick verfolgen die Erzieherinnen aus dem europäischen Ausland, was Klemens Köberle über den Waldkindergarten von Araneus erzählt.

Besuch des Waldkindergartens von Araneus e.V. in Mühlacker. „Die Kinder sind jeden Tag draußen? Bei jedem Wetter? Auch im Winter?“ fragen sie mehr als einmal. Auch angesichts der matschverschmierten kleinen Gestalten wiegen sie bedenklich den Kopf: In den südlichen Ländern findet Vorschulpädagogik fast ausschließlich in geschlossenen Räumen statt. Was würden die Mütter dort wohl sagen, wenn sie ihr Kind in diesem „Zustand“ zurückbekämen?

Die Eltern hat auch Vineta Pole aus Liepaja vor Augen, als sie die bunten Bilder im „Rabennest“ in Mühlacker bewundert. „Wir sind in Lettland immer noch sehr darauf fixiert, dass beim Malen und Basteln das Ergebnis zählt“, sagt sie – „und zwar ein Ergebnis, das den Erwachsenen gefällt.“ Dagegen – hierin sind sich alle einig – sei für die Kreativitätsentwicklung der Prozess das Entscheidende. Pole selbst hatte am ersten Tag ein Projekt aus ihrem Kindergarten vorgestellt, das den Prozess in den Mittelpunkt gestellt und die Frage eines Kindes aufgegriffen hatte: „Warum tragen die Tiere eigentlich keine Winterkleider?“

Begonnen hatte das Treffen mit einem einführenden Referat von Dr. Edeltraud Röbe, Professorin an der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg. In drei Kreativ-Workshops konnten die Erzieherinnen unter fachkundiger Leitung selbst Neues probieren: Ute Dreier und ihre Kollegin Bettina Maurer führten in die Kunst des Schnitzens ein, bei Christine Kümmerle gab es „Theater aus dem Köfcherchen“ mit selbst gebastelten Figuren und Dekorationen, und Claudia Baumbusch und Regine Landauer stellten das Projekt „Kinder auf Museumstour“ des Schmuckmuseums vor.

Vier Erzieherinnen aus dem Enzkreis freuen sich bereits auf ihren Studienbesuch in Odense Ende Februar – und auf ein Wiedersehen mit Kolleginnen aus den anderen Ländern. Denn auch wenn das Projekt im September mit der Abschlusskonferenz in Scandiano zu Ende geht – „einige Kontakte und den Aus-

tausch werden wir sicher weiter pflegen“, ist sich Susanne Bayer-Mielich aus Kelttern sicher. Und vielleicht wird ja auch ein Anschlussprojekt von der EU-Kommission angenommen: Bei „The Mosquito Net“ soll es dann um Umweltbildung gehen – europaweit.

## „Europäische Energie- und Klimaschutzkommune“

**Landrat Röckinger erhält  
European Energy Award in Gold  
aus Händen von  
Umweltminister Untersteller**

„Europäische Energie- und Klimaschutzkommune“ – mit diesem Titel darf sich der Enzkreis als Preisträger des „European Energy Award“ (eea) in Gold seit Dienstagabend schmücken. Nachdem der Kreis bereits Ende vergangenen Jahres in Brüssel als einer der ersten Kreise in Europa mit dem „European Energy Award“ in Gold ausgezeichnet worden war, konnte Landrat Karl Röckinger diese Auszeichnung nun auch bei der baden-württembergischen Preisverleihung in Ravensburg aus den Händen von Umweltminister Franz Untersteller entgegennehmen. Als zweite Enzkreisgemeinde nach Wiernsheim wurde auch die Gemeinde Engelsbrand ausgezeichnet.

„Wir sind sehr stolz auf diese höchste Anerkennung auf europäischer Ebene, die es für Klimaschutzaktivitäten und Energiepolitik gibt, und sehen sie auch als Belohnung für unsere verstärkten Anstrengungen in den vergangenen Jahren. Insoweit kommt es also sicher nicht von ungefähr, dass wir aus dem Stand Gold erzielen konnten und den Sprung ganz nach vorne geschafft haben“, berichtet Röckinger.

Das Lenkungssteam unter Federführung von Umweltdezernent Karl-Heinz Zeller und der Klimaschutzbeauftragten Edith Marqués Berger habe in rekordverdächtiger Zeit hervorragende Arbeit geleistet.



**Stolz nimmt Landrat Karl Röckinger (rechts) aus den Händen von Umweltminister Franz Untersteller den European Energy Award in Gold entgegen.**

Ohne ein starkes, motiviertes Team sei das nicht zu machen, bedankte sich Röckinger bei der feierlichen Auszeichnungsveranstaltung im Schwörsaal des Waaghauses in Ravensburg bei seinen Mitarbeitern.

„Punkten konnten wir vor allem mit unseren zahlreichen innovativen Projekten zur Vermeidung, Verminderung und zum Ausgleich von Treibhausgasemissionen“, berichtet Edith Marqués Berger. „Wir möchten hier im Enzkreis unseren Beitrag zur Energiewende leisten und viele motivieren mitzumachen, jeder Beitrag zählt. Ein großes Vorbild für uns ist die Region Oberschwaben.“ 15 der 20 diesjährigen Preisträger kommen von dort und aus dem Allgäu, was wohl der ausgezeichneten Arbeit der dortigen Energieagentur zuzuschreiben ist. Über 40 Gemeinden haben sich dort bereits auf den Weg zur „Energie- und Klimakommune“ gemacht.

Für Umweltdezernent Zeller ist das Ende der Fahnenstange deshalb noch lange nicht erreicht. „Ob Deutschland die Energiewende schafft, ist wichtiger als die oft langatmigen Diskussionen bei internationalen Klimakonferenzen. Alle schauen

darauf, ob wir als Industrieland die Kehrtwende hinbekommen.“

Zeller sieht auch im Enzkreis noch Verbesserungspotential. An der Motivation der Enzkreis-Gemeinden, sich am eea zu beteiligen, müsse beispielsweise noch gearbeitet werden. Wiernsheim, das schon vor längerer Zeit ebenfalls mit dem Energy Award in Gold ausgezeichnet worden ist, und Engelsbrand nun als silberner Preisträger sind da Vorbilder. Auch der Bereich „Erneuerbare Energien“ ist laut Zeller im gesamten Kreis noch ausbaufähig. „Hier müssen wir uns auch regional stärker engagieren, um unseren Beitrag zu den Klimazielen des Landes leisten zu können. Die Zeit drängt, der Klimawandel ist da.“ Im Landratsamt sei etwa eine Task force eingerichtet worden, um anstehende Genehmigungsverfahren schnell und unbürokratisch abzuwickeln.

„Nach dem eea ist vor dem eea“, fasst Röckinger zusammen. Nun würden wieder die Ärmel hochgekrempt; die Anforderungen stiegen, bald gehe es in die nächste Zertifizierungsrunde. Schließlich habe sich der Enzkreis das ehrgeizige Ziel gesteckt, den Kohlendioxid-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 25 Prozent zu senken; bis 2050 möchte der Kreis sogar klimaneutral sein. „Es gibt also noch viel zu tun. Wir hoffen auf viele Mitstreiter bei den Gemeinden, Gewerbebetrieben und letztendlich in jedem Haushalt. Aber im Moment tun wir erst einmal eines: Uns ‚ausgezeichnet‘ fühlen.“

### **Kindeswohlgefährdung gemeinsam im Blick – Eine gemeinsame Verantwortung von Schule und Jugendhilfe**

Über 400 Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter, Fachkräfte aus den Erziehungshilfestationen, den Sozialen Diensten und der Jugendarbeit im Landkreis Esslingen kamen jüngst zu einer Fachveranstaltung im Treff Stadtmittelpunkt Wendlingen

zusammen, um sich mit Fragen der Kooperation bei Kindeswohlgefährdung auseinanderzusetzen. Es ging darum, Vorgehens- und Verfahrensweisen kennenzulernen, um Kindern, Jugendlichen und Familien schnelle und wirkungsvolle Hilfe im konkreten Einzelfall geben zu können.

Referent Dr. Heinz Kindler vom Deutschen Jugendinstitut München gab, basierend auf seinen gutachterlichen, juristischen und psychologischen Erfahrungen, wichtige Hinweise zum Abschätzung von Gefährdungsrisiken. Anhand konkreter Fallbeispiele zeigte der Experte auf, welche Anhaltspunkte, welche auffälligen Verhaltensweisen von Kindern und Jugendlichen auf Kindeswohlgefährdung hinweisen können. Die Veranstaltungsteilnehmer erfuhren, was der Schutzauftrag für das konkrete Handeln als Pädagoge oder Sozialarbeiter bedeutet und wie sie vom Bauchgefühl, dass hier etwas nicht stimmt, zu klaren Fakten kommen können. Die Frage, wann ein Eingreifen, eine Intervention erforderlich ist, kam ebenso zur Sprache.

Eingeladen zu der Veranstaltung hatten das Amt für Soziale Dienste und Psychologische Beratung des Landkreises, das Staatliche Schulamt und der Kreisjugendring, die in der Vergangenheit zusammen mit dem Landesjugendamt und der Landesarbeitsstelle für Kooperation ein Konzept für eine strukturierte Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe entwickelten. Demnach wurden an jeder Schule und in jeder Erziehungshilfestation bzw. Sozialem Dienst Kooperationsbeauftragte benannt. Diese organisieren gemeinsam mit Schulsozialarbeitern, Mitarbeitern aus der Jugendarbeit, Lehrkräften der Sonderpädagogischen Dienste der Schulen für Erziehungshilfe und weiteren Partnern in Vor-Ort-Teams die fallübergreifende Zusammenarbeit. Ziel ist es durch grundsätzliche Absprachen und Austausch von Informationen, im konkreten Einzelfall schnelle, gut abgestimmte Hilfen für das Kind und für seine Familie zu ermög-

lichen. Die entsprechend der Wünsche der Vor-Ort-Teams gestaltete Fachveranstaltung diente der Qualifizierung der Arbeit der Kooperationsbeauftragten.

Zu der fachlich und atmosphärisch rundum gelungenen Veranstaltung begrüßte Bürgermeister Steffen Weigel, Wendlingen, als Hausherr und betonte die Wichtigkeit des Themas auch für die Kommune als Träger von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Edmund Feth, Leiter des Amtes für Soziale Dienste und Psychologische Beratung, zeigte auf, wie wichtig es ist, dass auch die Schule ihre Kompetenzen im Umgang mit Kindeswohlgefährdung weiterentwickelt. Dabei könne sie auf die Unterstützung der Jugendhilfe zählen. Dr. Günter Klein, Leiter des Staatlichen Schulamtes Nürtingen, unterstrich die Bedeutung der Thematik und dankte den engagierten Lehrkräften für ihren Einsatz und der Jugendhilfe für das enge und konstruktive Miteinander zum Wohle der Kinder und Jugendlichen.

Der Vortrag des Referenten Dr. Heinz Kindler sowie eine Arbeitshilfe und Materialien zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe sind auf der Homepage des Landratsamtes, [www.landkreises-slingen.de](http://www.landkreises-slingen.de) (Soziales/Soziale Dienste/Information für Fachpublikum) und des Staatlichen Schulamtes, [www.schul-aemter-bw.de](http://www.schul-aemter-bw.de) (hier: Staatliches Schulamt Nürtingen/Veranstaltungen), zum Download bereitgestellt.

### **Deutsche Bodensee Tourismus GmbH gegründet**

Am deutschen Bodenseeufer gibt es jetzt eine eigenständige regionale Tourismusorganisation, die Deutsche Bodensee Tourismus GmbH. Die neue Gesellschaft wurde am 7. März 2013 in Friedrichshafen durch die notariell beurkundete Unterzeichnung des Gesellschaftervertrages aus der Taufe gehoben. Gründungsgesellschafter sind die Landkreise Bodenseekreis, Lindau, Sigmaringen sowie die



**Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile: Die Deutsche Bodensee Tourismus GmbH soll künftig die deutsche Bodenseeregion einheitlich präsentieren.**

**Gründungsgesellschafter v. l.: Bürgermeister Rainer Stolz (Stadt Stockach), Bürgermeister Matthias Weckbach (Gemeinde Bodman-Ludwigshafen), Erster Landesbeamter Rolf Vögtle (Landkreis Sigmaringen), Landrat Lothar Wölfle (Bodenseekreis), Landrat Elmar Stegmann (Landkreis Lindau), rechts: DBT-Geschäftsführer Christoph Kunz**

Stadt Stockach und die Gemeinde Bodman-Ludwigshafen aus dem Landkreis Konstanz. Die Geschäftsführung der DBT wird ab April Christoph Kunz übernehmen. Der gebürtige Freiburger war zuvor für die schweizerische Samnaun Tourismus sowie in Bad Säckingen am Hochrhein und Waldshut-Tiengen beruflich aktiv. Die neue Gesellschaft wird zunächst Büros im Hauptgebäude des Landratsamts Bodenseekreis beziehen. Der Bodenseekreis ist mit 70 Prozent der Geschäftsanteile der mit Abstand größte Gesellschafter. Der Landkreis Lindau hält 21 Prozent der Geschäftsanteile, der Landkreis Sigmaringen fünf und die Stadt Stockach und Gemeinde Bodman-Ludwigshafen gemeinsam vier Prozent. Das Stammkapital beträgt 100 000 Euro. Die Anteile am Stammkapital sowie auch die jährlichen Gesellschafterzuschüsse werden von den Übernachtungszahlen hergeleitet, wobei für die Landkreise Lindau und Sigmaringen nur die Hälfte beziehungsweise ein Drittel der jeweiligen kreisweiten Übernachtungen zugrundegelegt wird, da sich deren Gebiete

auch in andere touristische Regionen erstrecken. Es ist geplant, die Gesellschaft mit einem jährlichen Gesellschafterzuschuss von insgesamt 425 000 Euro auszustatten. Hinzu kommen geplante Einnahmen von 125 000 Euro. Die DBT soll auf deutscher Seite eine regionale Dienstleistungs- und Koordinationsstelle schaffen. Sie soll im Sinne eines Verbandes aktiv Destinationsmanagement für die deutsche Bodenseeregion betreiben und als Kommunikator zwischen den hiesigen Akteuren fungieren. Außerdem soll die DBT strategisch und operativ Marketing- und Vertriebsaufgaben übernehmen. Hierzu zählen beispielsweise Messe- und Internetauftritte, Marktforschung sowie das Einwerben von Fördermitteln. Die Notwendigkeit einer gesamtregionalen Tourismusorganisation auf der deutschen Bodenseeseite war unter anderem durch ein umfassendes Positionierungsprojekt der Internationalen Bodenseetourismus (IBT) deutlich geworden. Hier hatten Wirtschaftswissenschaftler und Tourismusexperten unter-

sucht, wie sich die Vierländerregion Bodensee künftig präsentieren und organisieren sollte, um sich auf den nationalen und internationalen Tourismusmärkten als Destination behaupten zu können. Hierzu sei es unabdingbar, dass sich auch die deutsche Bodenseeregion einheitlich vermarkte, so die Einschätzung der Touristiker. Vorbilder sind hier die regionalen Organisationen am österreichischen sowie schweizerischen Bodenseeufer. Bislang hat es auf deutscher Seite aber nur vereinzelt lokale Tourismusverbände gegeben. „Schließlich ist es einem Gast egal, in welchem Landkreis er übernachtet oder in welcher Gemeinde er touristische Angebote in Anspruch nimmt. Er möchte an den deutschen Bodensee und die hiesige Angebotsvielfalt möglichst einheitlich und übersichtlich präsentiert bekommen“, sagt Landrat Lothar Wölfle, Landrat des Bodenseekreises. „Kundenorientierung statt Kirchturmdenken ist nötig, um den Tourismus am Bodensee zu stärken“, bekräftigt dies der Lindauer Landrat Elmar Stegmann.

Der Neugründung waren intensive Gespräche auf politischer und fachlicher Ebene in den vergangenen zwei Jahren vorausgegangen. Unter Federführung der Landräte des Bodenseekreises und Lindau wurden schließlich ein Aufgabenportfolio und ein Finanzierungskonzept erarbeitet. „Es ist sehr schade, dass der Landkreis Konstanz sich bislang noch nicht dazu entschließen konnte, die DBT aktiv mitzugestalten“, so die Gründungsgesellschafter bei der Vertragsunterzeichnung. Die Tür stehe aber weiterhin und auch weit offen.

Die deutsche Bodenseeregion zählt mit jährlich rund sechs Millionen Übernachtungen zu den bekanntesten und stärksten Tourismusregionen Baden-Württembergs und Süddeutschlands. Als Teil der Vierländerregion Bodensee hat sie zudem auch eine besondere internationale Strahlkraft. Mit der DBT werde sie erstmals als Gesamtheit wahrnehmbar, so die Gründungsgesellschafter.

## EUROPoint Ostalb bewirbt sich erfolgreich

Auch zukünftig wird es bei der Landkreisverwaltung in Aalen den EUROPoint Ostalb geben, der rund um das Thema Europa informiert. Die Vertretung der Europäischen Kommission hat am Donnerstag, 20. Dezember 2012 bestätigt, dass der Ostalbkreis weiterhin Teil des Informationsnetzwerkes der EU-Kommission bleibt und damit eines von bundesweit 55 Informationszentren stellt.

Seit 2009 gehört der EUROPoint Ostalb im Landratsamt in Aalen zum Europe Direct-Netzwerk der Europäischen Kommission. In dieser Zeit hat sich das Europeaninformationszentrum als Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger in der Region Ostwürttemberg bei Fragen rund um die Europäische Union etabliert und zahlreiche Veranstaltungen initiiert. Für den Zeitraum 2013 bis 2017 wurde die Beteiligung am Informationsnetzwerk von der Europäischen Kommission neu ausgeschrieben und die Bewerbung des EUROPoint Ostalb war erfolgreich. Bei Landrat Klaus Pavel ist die Freude über die positive Entscheidung groß, die der Landkreis vom Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München, Dr. Henning Arp, erhalten hat.

Im Juli 2012 hatte die Europäische Kommission über ihre Vertretung in Deutschland die Einrichtung der Informationszentren für den Zeitraum 2013 bis 2017 neu ausgeschrieben. Wirtschaftsförderer Rainer Fünfgelder und die Leiterin des EUROPoint Ostalb, Andrea Hahn, haben daraufhin die jetzt erfolgreiche Bewerbung eingereicht. „Das Angebot des EUROPoint Ostalb wird von der Bevölkerung, von Unternehmen, Kommunen, Schulen und Vereinen sehr gut nachgefragt“, so Andrea Hahn. „Es war uns daher wichtig, Europa auch weiterhin vor Ort sichtbar zu machen und zu verankern sowie den Bürgerinnen und Bürgern im Ostalbkreis und der Region Ostwürttemberg einen leichten Zugang zu Informationen zu bieten.“

Das Angebot des EUROPoint Ostalb, der barrierefrei zugänglich im Erdgeschoss des Landratsamts in Aalen eingerichtet ist, umfasst einen kostenlosen Broschürensenservice zur EU, Beratung und Recherche zu europäischen Themen, eine Website sowie einen öffentlichen Internetzugang zu den Europaseiten und eine Präsenz in Facebook. Außerdem besteht die Möglichkeit, Bürgermeinungen direkt an die EU-Organe weiterzuleiten. Auf verschiedenen Messen ist der EUROPoint Ostalb mit einem Informationsstand präsent. Darüber hinaus werden Ausstellungen und Veranstaltungen zu aktuellen europäischen Themen organisiert, bei denen besonderer Wert darauf gelegt wird, dass sich die Bevölkerung in die Diskussion einbringen kann. So hat beispielsweise im November 2012 das 4. Klimaforum Ostalb stattgefunden. Zur Finanz- und Staatsschuldenkrise gab es ebenfalls verschiedene Veranstaltungen und das 20. Jubiläum des Europäischen Binnenmarktes wurde mit einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung gewürdigt. Zum Jahresende wurde außerdem der Europa-Kalender 2013 herausgegeben.

Für 2013, dem Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger, hat das Team

des EUROPoint Ostalb bereits viele neue Aktionen geplant. So wurde beispielsweise eine Präsentation auf der Verbrauchermesse KONTAKTA angeboten. Es gab Bürgergespräche mit EU-Abgeordneten und eine Veranstaltung zum europäischen Verbraucherschutz an Schulen. Auch der EU-Beitritt der Republik Kroatien wird thematisiert. Klima, Euro und EU-Strukturförderung bleiben auf der Agenda und für Auszubildende des Ostalbkreises und der Nachbarlandkreise Göppingen, Heidenheim und Rems-Murr-Kreis wird es ein gemeinsames EU-Planspiel geben.

Insgesamt wird das Europe Direct-Netzwerk ab 2013 in Deutschland 55 Informationszentren umfassen. Die bislang in Baden-Württemberg schon bestehenden sieben Zentren können ihre Arbeit alle fortsetzen. Der EUROPoint Ostalb befindet sich in der Trägerschaft des Landkreises und wird von der EU kofinanziert.

Zu erreichen ist der EUROPoint Ostalb im Landratsamt in Aalen unter Tel. 073 61 503-1761 oder E-Mail [info@europoint-ostalb.de](mailto:info@europoint-ostalb.de) sowie im Internet unter [www.europoint-ostalb.de](http://www.europoint-ostalb.de).



Landrat Klaus Pavel und die Leiterin des EUROPoint Ostalb, Andrea Hahn, freuen sich über die Zusage der Europäischen Kommission.

## Die Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs sprechen sich gegen vorgesehene Verschlechterungen im Beamtenbereich aus

Bei allem Verständnis für den Konsolidierungsdruck beim Landeshaushalt, sprechen sich Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag deutlich gegen die vorgesehenen Verschlechterungen im Beamtenbereich aus, die mit der Änderung des Landesbesoldungsgesetzes einhergehen sollen.

„Das gemeinsame Ziel von Land und Kommunen, nämlich die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes, darf hierbei nicht gänzlich außer Acht gelassen werden“, betonte der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Helmut M. Jahn. Bereits heute sei es für viele Städte, Gemeinden und Landkreise schwierig, geeignetes Personal zu finden. „Dies betrifft zum einen den Nachwuchsbereich, aber zum anderen auch den Führungsbereich. Die demografische Entwicklung führt zwangsläufig dazu, dass immer weniger junge Menschen für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Damit wird auch der ‚Wettlauf mit der Privatwirtschaft‘ immer schwieriger“, so der Präsident des Landkreistags.

„Damit das Land und die Kommunen weiterhin qualifiziert und zeitnah ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen können, müssen alle Maßnahmen vermieden werden, die die Attraktivität gerade des Einstiegs in den öffentlichen Dienst mindern. Deshalb lehnen wir die vorgesehene Absenkung der Eingangsbesoldung strikt ab“, erklärte der Präsident und Hauptgeschäftsführer des Gemeindetags Baden-Württemberg, Roger Kehle. Diese Vorschläge seien kontraproduktiv und hätten äußerst negative Auswirkungen. Die Abwägung von Vor- und Nachteilen dieser vorgeschlagenen Maßnahmen führe zweifelsohne zu einer ablehnenden Haltung.

„Ein Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten ist für junge Menschen, die vor der Entscheidung über ihre Berufsausbildung stehen, das falsche Signal. Die Kommunen können ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg nur mit qualifiziertem und motiviertem Personal erfüllen“, ergänzt die Präsidentin des Städtetags Baden-Württemberg, Oberbürgermeisterin Barbara Bosch. Zielführender als die jetzt geplanten Einsparungen seien die Überlegungen zu einer umfassenden Aufgabenkritik, zu möglichen Synergien innerhalb der Landesverwaltung und zur Aufgabendelegation auf die Kommunen. Darüber hinaus sollte eine Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation mit dem Ziel erfolgen, die Aufgaben effizienter erledigen zu können und vor allem mehrfache Zuständigkeiten und Doppelbefassung künftig auszuschließen.

In diesem Zusammenhang lehnen die Kommunalen Landesverbände auch eine nur teilweise bzw. verzögerte Übernahme von Tarifsteigerungen für künftige Besoldungserhöhungen der Beamtinnen und Beamten ab. Der dadurch zwangsläufig entstehende Schaden für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes sei auch vor dem Hintergrund der damit verbundenen Einsparungen nicht zu rechtfertigen.

### Neue Rundfunkbeiträge belasten auch die Landkreise in Baden-Württemberg außerordentlich stark – Jahresbeiträge der Landratsämter steigen teilweise um bis zu 400 %

**Hauptgeschäftsführer Trumpp:**  
**„Beitragsbemessung für Kommunen muss dringend überarbeitet werden!“**

Seit dem Inkrafttreten des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags bemessen sich auch die von den Landkreisen zu entrichten-

den Rundfunkbeiträge nach der Anzahl ihrer räumlich getrennten Dienststellen, der dort Beschäftigten und der Anzahl der auf die Dienststellen zugelassenen Kraftfahrzeuge.

Der Landkreistag Baden-Württemberg hat durch eine Erhebung bei den Landratsämtern festgestellt, dass die neuen Bemessungskriterien die Landkreise und Kommunen außerordentlich stark belasten.

Der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Eberhard Trumpp kritisiert dies deutlich: „Durch den Betriebsstätten-Maßstab werden Landkreise, Städte und Gemeinden für ihre dezentrale und somit bürgernahe Struktur ihrer Verwaltung bestraft!“

Auch kleine kommunale Einrichtungen, die bisher mangels Bereithalten von Empfangsgeräten nicht rundfunkgebührenpflichtig waren, fließen jetzt in die Beitragsberechnung ein. Hinzu komme, dass auch die Beitragsstaffelung nach Beschäftigtenzahlen und die Kfz-Beitragspflicht sich belastend auswirkt, so Trumpp.

Die Kommunalen Spitzenverbände haben diesen Trend für ganz Deutschland festgestellt. „In Baden-Württemberg kommt es sehr oft zu einer Verdoppelung und Verdreifachung der Beitragshöhe, teilweise steigen die Beiträge auch um 400%!“, beklagt Trumpp – in Zahlen bedeutet das beispielsweise für das betreffende Landratsamt eine Steigerung des Rundfunkbeitrags von jährlich 4100 Euro auf 20 400 Euro.

Für den Landkreistag ist dies besonders ärgerlich, denn der Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, enthält ein verbindliches Bekenntnis zur Aufkommensneutralität und Beitragsstabilität – dies auch im Verhältnis zwischen Privathaushalten, Unternehmen und der öffentlichen Hand.

Der Landkreistag Baden-Württemberg unterstützt deshalb die Forderung der Kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene, die zur Überprüfung der Aufkommensneutralität vorgesehene

Evaluierung nach zwei Jahren nicht abzuwarten, sondern unverzüglich zu handeln.

Lösungsmöglichkeiten sieht Trumpp durch eine Pauschalierung für Kommunen, die alle Dienststellen der Kernverwaltung umfasst. Von der daraus resultierenden Verwaltungsvereinfachung würden alle Beteiligten profitieren. Zugleich könnte dadurch eine Rundfunkbeitragsbelastung erreicht werden, die sich im Rahmen der bisherigen Belastungen für die Kommunen bewegt. Er appelliert auch an den SWR im Lande, sich einer solchen Regelung nicht zu verschließen.

### *Hintergrund:*

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist ab dem 1.1.2013 neu geordnet worden. An die Stelle der bisherigen Gebühren tritt ein sog. Rundfunkbeitrag. Für die Höhe des auch von den Landkreisen künftig zu zahlenden Rundfunkbeitrags maßgeblich ist die Zahl der Betriebsstätten, die Anzahl der dort Beschäftigten sowie die Zahl der Kraftfahrzeuge. Die Reform der Rundfunkfinanzierung stand unter der Prämisse, dass es nicht zu Mehrbelastungen kommen sollte. Mittlerweile zeichnen sich jedoch gerade im kommunalen Bereich teilweise sehr deutliche Beitragssteigerungen ab, die insbesondere auf die dezentrale und damit bürgernahe Struktur der Kommunalverwaltungen zurückzuführen sind. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat sich vor diesem Hintergrund in zwei Schreiben an den Vorsitzenden der Rundfunkkommission, Ministerpräsident Beck, sowie an die Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Ministerpräsidentin Lieberknecht, gewandt.

## **Kommunen sprechen sich für ein modernes und unbürokratisches Mitbestimmungsrecht für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus**

### **Landesregierung stößt mit ihren Plänen auf Widerspruch**

In der Anhörung zu den Mitte Dezember vom Innenministerium vorgelegten Eckpunkten zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes haben sich die drei Kommunalen Landesverbände sowie der Kommunale Arbeitgeberverband Baden-Württemberg für ein schlankes, zeitgemäßes und rechtssicheres Personalvertretungsrecht im öffentlichen Dienst ausgesprochen.

„Allerdings ist dies mit den Vorschlägen des Landes nicht zu erreichen. Der weit überwiegende Teil der Eckpunkte läuft vielmehr wichtigen Zielen wie der Haushaltskonsolidierung, der Entbürokratisierung und der Gewährleistung einer effektiven und effizienten öffentlichen Verwaltung zuwider“, so Prof. Stefan Gläser, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg. „Anstatt das Personalvertretungsrecht an den Erfordernissen einer modernen Verwaltung auszurichten, sollen Bürokratie und Freistellungen von Personalratsmitgliedern ausgebaut werden“, so Gläser weiter. Hauptkritikpunkte sind die Vorschläge zur Erhöhung der Anzahl der Personalratsmitglieder, zur Ausweitung der Freistellungen sowie zur Schaffung weiterer Beteiligungstatbestände und zusätzlicher Verfahren. Sollte die Landesregierung an den Eckpunkten festhalten, werden die Kommunen nach dem Prinzip „Wer bestellt bezahlt“ vom Land den Ausgleich der entstehenden Mehrkosten einfordern.

Mit der Umsetzung der Eckpunkte würde das geltende Recht zudem weiter verkompliziert, Rechtsunsicherheit und Ressourcenbindung weiter zunehmen. Damit werden die Vorschläge des Landes den Erfordernissen der Kommunalver-

waltungen nicht gerecht. „Die Kommunen sind zur Erfüllung ihrer sich dynamisch entwickelnden Aufgaben auf schnelle und unbürokratische Entscheidungsabläufe angewiesen, um ihre Funktion als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen zu können“, so der Präsident und Hauptgeschäftsführer des Gemeindetags Baden-Württemberg, Roger Kehle. „Mit der geplanten Novellierung aber werden genau diese Erfordernisse konterkariert“, so Kehle weiter.

Angesichts leerer Haushaltskassen und den von der Landesregierung immer wieder postulierten Einsparfordernissen ist nicht nachvollziehbar, warum die Anzahl der Personalratsmitglieder erhöht und die Freistellungen ausgeweitet werden sollen. Mehr Freistellungen bedeuten einen Mehrbedarf an neuen Stellen, da der Arbeitsausfall freigestellter Personalräte abgedeckt werden muss. Das Land selbst sieht die Ausweitung der Freistellungen „in krassem Widerspruch zu Haushaltskonsolidierung und Stellenabbau“. „Es ist für uns unverständlich, dass die Landesregierung auf der einen Seite solche Stellenmehrungen mit entsprechenden Mehrkosten für die öffentlichen Haushalte beschließen möchte und auf der anderen Seite jungen Berufseinsteigern in den öffentlichen Dienst aus Spargründen das Gehalt kürzt und damit der Attraktivität des öffentlichen Dienstes schadet“, so Prof. Eberhard Trumpp, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg.

„Eine Novellierung des Personalvertretungsrechts sollte den Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten reduzieren. Eine Erweiterung von Beteiligungstatbeständen und die Vergrößerung von Gremien führen auch nicht automatisch zu einer verbesserten Wahrnehmung von Beschäftigteninteressen, sondern zu einer verstärkten Beschäftigung der Verwaltungen mit sich selbst“, so der Hauptgeschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbands Baden-Württemberg, Dr. Joachim Wollensak.

## Zumeldung: Liga Stichtagserhebung ohne wirkliche Aussagekraft

Die Liga Stichtagserhebung 2012 erfasst lediglich die Hilfeangebote nach §§ 67ff. SGB XII. Damit wird nur ein Ausschnitt des vielfältigen Hilfeangebots der Stadt- und Landkreise im Bereich der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe abgebildet. Kommunale Angebote im Bereich Wohnen, innovative Schnittstellenprojekte mit der Suchthilfe oder Psychiatrie, Sozialberatungsstrukturen und weitere Kooperationsvereinbarungen mit Trägern, die nicht den Verbänden der Liga der freien Wohlfahrtspflege angehören, sind beispielsweise nicht berücksichtigt. Aufgrund dieser begrenzten Darstellung des Hilfesystems handelt es sich bei der Stichtagserhebung um keine repräsentative Erfassung und kann daher nach Überzeugung des Städtetags und des Landkreistags schon gar keine Grundlage für eine qualitative Beurteilung der Versorgungslandschaft in Baden-Württemberg sein.

Seit 2011 ist trotz der kommunalen Vorbehalte ein „Ranking“ der Hilfesysteme in den Stadt- und Landkreisen enthalten. Für den Städtetag und den Landkreistag ist dieses Vorgehen problematisch, weil nicht alle Angebote erfasst wurden und zudem mit der „prekären Wohnsituation“ nur ein Teilaspekt betrachtet wird, der pauschal und nicht transparent verschiedene Unterkunftsformen mit sehr unterschiedlichen Betreuungsinintensitäten zusammenfasst.

Erstmals werden zudem Ausführungen zur Basisversorgung in den Stadt- und Landkreisen getroffen, die nach Auffassung der Liga aus den drei Bestandteilen „Fachberatung, Aufnahmehaus und Tagesstätte“ bestehen soll. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass traditionell beispielsweise im badischen Landesteil Aufnahmehäuser unter einer anderen Bezeichnung geführt werden; zahlreiche Stadt- und Landkreise wurden deshalb zu Unrecht nicht in die Darstellung auf-

genommen. Aus Sicht des Städtetags und des Landkreistags ist für die Qualität des Hilfesystems nicht allein das Vorhandensein von bestimmten institutionellen Strukturen ausschlaggebend.

Die daraus abgeleitete erneute Forderung nach landeseinheitlichen Standards für die Wohnungslosenhilfe negiert die erfolgreichen individuellen Ansätze zur Weiterentwicklung des Hilfesystems, die die Stadt- und Landkreise gemeinsam mit den örtlichen Anbietern bereits auf den Weg gebracht haben.

Städtetag und Landkreistag bieten der Liga an, künftig über eine gemeinsam entwickelte Erhebung ein realistisches und vollständiges Bild der Situation im Land zu erhalten.

## Kommissar Günther H. Oettinger als prominenter Gast beim Spatenstich des ersten Bioenergiedorfes im Neckar-Odenwald-Kreis

Zum offiziellen Spatenstich für das erste Bioenergiedorf im Neckar-Odenwald-Kreis dürfen sich die Bürgerinnen und

Bürger aus Grobseicholzheim auf hohem Besuch aus Europa freuen. Der EU-Kommissar für Energie, Günther H. Oettinger, wird den Startschuss für das erste Bürgerprojekt seiner Art im Kreis geben. Am Rande einer Veranstaltung in Mosbach hat der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident sein Kommen für den offiziellen Beginn der Bauarbeiten (voraussichtlich im Mai 2013) fest zugesagt. Ein neues Ortsschild für das künftige Bioenergiedorf hat der Kommissar bereits mit nach Brüssel genommen; zum Spatenstich wird es einen Platz an prominenter Stelle finden.

Im Seckacher Ortsteil Grobseicholzheim soll ein Nahwärmenetz entstehen, das nach aktuellem Planungsstand über 120 Gebäude mit erneuerbarer Wärme aus der Biogasanlage in der Bannholzsiedlung versorgen wird. Das besonders nachhaltige Projekt schont die Umwelt und spart mehrere hunderttausend Liter Heizöl pro Jahr. Damit wird Grobseicholzheim (ca. 1360 Einwohner) zum ersten Bioenergiedorf im gesamten Neckar-Odenwald-Kreis und aufgrund der großen Anzahl der Anschlussnehmer auch zu einem der größten Bioenergiedörfer in ganz Deutschland. Über den



Das neue Ortsschild von Grobseicholzheim ist bereits fertig, die Arbeiten für das Bioenergiedorf können beginnen. V. l. n. r.: Peter Hauk MdL, Alois Gerig MdB, EU-Energiekommissar Günther H. Oettinger, Ortsvorsteher von Grobseicholzheim Reinhold Rapp, Seckachs Bürgermeister Thomas Ludwig, Landrat Dr. Achim Brötel und H-O-T-Geschäftsführer Sebastian Damm.

Besuch aus Brüssel freut sich Seckachs Bürgermeister Thomas Ludwig ganz besonders: „Der Spatenstich durch EU-Kommissar Oettinger ist der krönende Abschluss einer insgesamt dreijährigen Vorbereitungszeit und würdigt diese großartige, komplett ehrenamtlich erbrachte Gemeinschaftsleistung der Großeicholzheimer.“

Nach zahlreichen Informationsveranstaltungen und Exkursionen haben sich die Großeicholzheimer Bürgerinnen und Bürger im November 2011 zur „Bürger-Energie Großeicholzheim eG“ zusammengeschlossen und damit den Weg in ein neues Energiezeitalter frei gemacht. Die Genossenschaft will die Ressourcen vor Ort nutzen und gemeinsam „von den Bürgern, für die Bürger“ das Nahwärmenetz betreiben.

Auch H-O-T-Geschäftsführer Sebastian Damm ist stolz, dass der Neckar-Odenwald-Kreis in Sachen Energiewende weiter Vollgas gibt: „Das Bioenergiedorf nimmt nun Gestalt an. Mit den positiven Erfahrungen aus Großeicholzheim wollen wir vor allem Nachahmer finden und sie ermutigen, die eigene Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen.“ Die Bioenergie-Region H-O-T hat das Bürgerprojekt mitinitiiert und über den gesamten Projektverlauf begleitet. Der Besuch des EU-Parlamentariers zeigt, dass die innovativen Ansätze in der Region höchste Beachtung finden. Bereits im März 2011 hatte Oettinger die Bioenergie-Region Hohenlohe-Odenwald-Tauber besucht und das landkreisübergreifende Projekt als „vorbildlich für Deutschland und Europa“ bezeichnet. Schon damals nutzte Großeicholzheims Ortsvorsteher Reinhold Rapp die Möglichkeit, dem ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten vom vorbildlichen Engagement in seiner Gemeinde zu berichten und ihn neugierig auf einen Besuch im Bauland zu machen.

## Frauen und Männer im Spiegel der Mode des 20. Jahrhunderts:

### Landratsamt Rastatt schickt Wander-Ausstellung auf Tour

#### Gender-Projekt geht der Frage nach: „Wer hat die Hosen an?“

Unter dem Titel „Wer hat die Hosen an?“ kreierte eine kleine Arbeitsgruppe im Landratsamt Rastatt eine eigene Ausstellung, die ab 2013 auch durch das Ländle geht. Die erstmalige Eröffnung fand am 7. November 2012 durch Landrat Jürgen Bäuerle im Foyer des Rastatter Landkreisgebäudes statt. Auf 20 Tafeln können die Besucherinnen und Besucher die Geschichte der Mode und den dabei offenbaren Rollenwandel zwischen Frauen und Männern studieren. Die Projektmitglieder bringen dabei ihre Erfahrungen aus ihren Fachbereichen mit ein, so sind das Kreisarchiv, das Gesundheitsamt, die Gleichstellungsstelle sowie das Personal- und Organisationsamt vertreten.

Nach der Erfahrung aus dem eigenen Haus spricht die Ausstellung nicht

nur das weibliche junge Publikum an. Durch die historische Perspektive und die aussagekräftigen Bilder werden die unterschiedlichsten Generationen und vor allem auch das „Laufpublikum“ angeregt, die Exponate näher zu betrachten. Für ein Jahrzehnt stehen in der Regel zwei Tafeln zur Verfügung, vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zu den Tendenzen der Gegenwart. Es geht darin um die szenische Darstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Raum, ihre unterschiedliche Präsentation und die Rückschlüsse auf die jeweilige Sozialgeschichte. Dabei offenbaren sich Kühnheit und Unterwerfung, Provokation und Zurückhaltung, Verspieltheit und Überlegenheitsgesten oder ein auffallendes Gleichheitsbestreben unter den Geschlechtern je nach Epoche in unterschiedlicher Ausprägung.

Überraschenderweise wechselt je nach Zeitepoche die Vormachtstellung zwischen den Geschlechtern. Die „Hose“ als Symbol für das Kräfteverhältnis zwischen Männern und Frauen ist zunächst ausschließlich männliches Attribut, wird dann ab den 30er Jahren von den Frauen als Zeichen der Emanzipation „annek-



Die zahlreichen Mitwirkenden bei der Ausstellung, darunter die vier Projektmitglieder beim Treppenaufgang: Barbara Beu, Eva-Christiane Pantke-Ehlers, Martin Walter, Christina Herrmann, und Landrat Jürgen Bäuerle.

tiert“ und in der Neuzeit in seiner Bedeutung aufgelöst, da für die Frauen Rock und Hose jetzt austauschbar sind und ohne Wertigkeit. Ja, inzwischen trägt die weibliche Jugend sogar beides gleichzeitig, den engen Rock mit Leggings oder gar Jeans.

Barbara Beu, Leiterin des Projektteams, wollte als Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zunächst nur aufzeigen, wie beispielsweise in früheren Zeiten mit dem Korsett oder bei heutigen Erscheinungen wie High Heels die Frauen in den Modediktaten „Gefangene der eigenen Epoche“ sind: Sie sind abhängig von den vorgegebenen Strömungen, die ihre eigene Beweglichkeit und damit ihre persönliche Freiheit einschränken. Doch – als Gender-Projekt konzipiert – genügt ein Blick, um auch männliche Modeeinschränkungen zu erkennen. Der Hals einengende sogenannte „Vatermörder“ aus früheren Jahrzehnten oder der bis heute bestehende Jacketzwang bei festlichen Angelegenheiten beziehungsweise in bestimmten Berufssparten sowie auch das Knigge-Verbot von kurzen Hosen am hochsommerlichen Arbeitsplatz belehren uns, dass auch die Männerwelt unter dem Modediktat zu leiden hat. Kreisarchivar Martin Walter, „Quotenmann“ bei der vierköpfigen Projektgruppe im Landratsamt Rastatt, konnte mit historischen Aufnahmen der Iffezheimer Rennbahn zudem die Teamkolleginnen überzeugen, dass auch die Herren eitel sein können: Ausgestattet mit Knickerbockern, Karo-Strümpfen oder einem glänzend-schwarzen Frack konkurrieren sie mit der eleganten Weiblichkeit, die mit stets wechselnder Hutbeschmückung die Leichtigkeit des Seins der Grande Société der 20er Jahre zum Ausdruck bringt.

Gesellschaftliche und gesundheitsrelevante Aspekte werden von den Kolleginnen Christina Herrmann und Eva-Christiane Pantke-Ehlers vertreten. Was tun, wenn der „Schuh drückt“, wie zeigt sich die sexuelle Befreiung der Frauen nach Erfindung der Pille? Wie kann man

den Wandel darstellen, der in den 70er Jahren aus manchen Männern „Strickliesel“ macht und wo Frauen Seite an Seite mit ihnen für die Friedensbewegung kämpfen? Bei der Beschäftigung mit den gesellschaftlichen Strömungen tüftelte das Team über den Text und die bildhafte Darstellung. In dieser Situation traf es mit dem Fotostudio Beatrix Krone aus Rastatt auf eine Projektbegleitung ohne kommerzielle Ansprüche und mit Honorarverzicht: Dieses ideen- und energiebeladene Team setzte nun die Vorstellungen der Verwaltungsleute in Szene. Mit geringem Aufwand wurden effektive und aussagekräftige Gegenden aus dem Landkreis Rastatt ausgeguckt, die dem heimischen Publikum zudem regionale Assoziationen offenbaren. An nur vier aufeinander folgenden Sonntagen kamen mit dem Licht des September-Sonnenscheins 2012 alle Aufnahmen in den „Kasten“, die die 11 Jahrzehnte in gewünschter Weise präsentieren: In dem Geschmack der Mode, dem gesellschaftlichen Rollenwandel zwischen Frauen und Männern, in dem bewussten Blick- und Gestikspiel zwischen den Geschlechtern. Große Unterstützung bereitete dabei das Stylistenduo Angela Klass. Mit Wissen und professioneller Praktikabilität entstanden in Blitzesschnelle Make-up und Frisur im Stil des jeweiligen Jahrzehnts.

Wer stellt nun diese Personen auf den Fotos dar, die repräsentativ für die einstige und heutige Bevölkerung ihre Ausdrucksfähigkeit unter Beweis stellen? Ein Teil von ihnen ist ein „eingespieltes Team“ einer Theater-Laiengruppe, die unter der Leitung von Harald Hemprich über Jahre hinweg klassische und moderne Stücke auf der Rastatter Bühne zum Leben erwecken. Aber es sind auch ganz „normale“ Leute darunter sowie einige Mitarbeiterinnen aus dem Landratsamt selbst. Alle wissen: bei dieser Ausstellung geht es nicht um eine Modenschau oder darum, das schönste Kostüm zu ergattern, sondern mit der eigenen Person eine Epoche authentisch

„rüber zu bringen“. Da machen auch die Kleinen und Jugendlichen mit, die selbst in historischen Kleidern, ausgeliehen vom heimischen Südwestrundfunk, keine Probleme mit der Darstellung haben. „Und was spielen wir jetzt?“ fragt einer der Sprösslinge, der Nachwuchs aus den eigenen Reihen des Landkreispersonals, der sich mit seiner Rolle als Kind einer Großfamilie der 30er Jahre hervorragend identifizieren kann.

In einer solchen fast familiären Atmosphäre entstehen natürlich wirkende Aufnahmen, die den Textteil unterstreichen und lebendig werden lassen. Dass dies gelingen konnte, zeigt die Resonanz der Ausstellung im Landratsamt Rastatt selbst. Kaum eine Person des täglichen Publikumsstroms von mehreren hundert Menschen konnte ungesehen an den Präsentationstafeln vorbeilaufen: Sie sind ein Blickfang in der Behördenlandschaft, sie ziehen die Besuchenden an und verkürzen mögliche Wartezeiten, geben Anregungen und Erklärungen für gesellschaftliche Phänomene und Veränderungen.

Die Ausstellung kann in Teilen oder im Gesamtpaket ausgeliehen werden. Die Tafeln im Format von DIN A Null (ca. 84 mal 119 cm), vom hauseigenen Grafiker Thomas Pedemonte in Form gebracht, sind farbig auf Wachstuch gedruckt und einzeln mit einer Klemmleiste befestigt. Eine Gebühr wird nicht erhoben, Transport und Versicherung sowie die Aufhängung sind von der ausleihenden Stelle zu bewerkstelligen. Nähere Auskünfte und Reservierung per E-Mail unter [b.beu@landkreis-rastatt.de](mailto:b.beu@landkreis-rastatt.de) oder Telefon 07222/381-1193. Barbara Beu, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte beim Landratsamt Rastatt.

## Kommunales Konversions-Entwicklungskonzept kommt

Zwei Drittel der von der Bundeswehrreform in Baden-Württemberg betroffenen Standorte liegen im ländlichen

Raum. Besonders hart getroffen hat es den Kreis Sigmaringen: Die Oberschwaben-Kaserne Mengen/Hohentengen ist bereits geschlossen, die Graf-Stauffenberg-Kaserne in Sigmaringen soll im Jahr 2015 folgen. Damit gehen insgesamt nicht nur rund 2200 Dienstposten verloren, auch rund 250 zivile Beschäftigte werden die Entwicklung zu spüren bekommen. Das Stichwort „Konversion“ – also die Umnutzung militärischer Liegenschaften für den zivilen Gebrauch – ist längst ein fester Bestandteil des Vokabulars bei den Kommunalpolitikern geworden. Doch den Kopf in den Sand stecken, das will man im Landkreis Sigmaringen nicht. Unter Vorsitz von Landrat Dirk Gaerte hat sich ein Lenkungskreis gebildet, der sich die Erstellung eines Kommunalen Konversionsentwicklungskonzeptes (KEK) zum Ziel gesetzt hat.

Zunächst wurde ein gemeinsamer Konversionsraum gebildet, zu dem neben den Standorten Mengen/Hohentengen und Sigmaringen auch die sieben Gemeinden Beuron, Bingen, Inzigkofen, Krauchenwies, Scheer, Sigmaringendorf und Veringenstadt gehören. Die Bürgermeister der beteiligten Kommunen sind

Mitglied im Lenkungsausschuss, der sich schon mehrfach getroffen hat. Erst kürzlich wurde eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, die deutlich macht, dass Solidarität hier groß geschrieben wird. Und klar ist auch: Der Truppenabzug hat zwar ganz unterschiedliche Auswirkungen auf die Gemeinden, aber spürbar wird er überall sein. Um die Folgen zu mindern, fördert das Ministerium für Ländlichen Raum (MLR) die Erstellung von Entwicklungskonzepten, bei denen es keineswegs nur um Problemanalysen und theoretische Konzeptionen gehen soll. Es sollen realisierbare und umsetzbare Projekte entwickelt werden, die aus der Wirtschaft Unterstützung erfahren, aber auch die Akzeptanz in der Bevölkerung fördern sollen. Bürgerbeteiligungen sollen die Menschen auf einem Weg mitnehmen, der eine Zukunft ohne Bundeswehr als Ziel hat.

Schon in den kommenden Wochen soll ein Fachbüro beauftragt werden, das die Aufgabe hat, den KEK-Prozess zu begleiten. Eine entsprechende Ausschreibung ist auf sehr großes Echo gestoßen. Die Kreisverwaltung hat hier eine sehr große Unterstützungsleistung erbracht und auch der Koordinator für KEK wird

vom Landratsamt gestellt. „Damit machen wir deutlich, dass wir unsere Kommunen nicht im Stich lassen“, stellt Landrat Dirk Gaerte fest. Er ist in ständigem Kontakt mit den betroffenen Garnisonsbürgermeistern Thomas Schärer (Sigmaringen), Stefan Bubeck (Mengen) und Peter Rainer (Hohentengen) und den maßgeblichen Stellen im MLR in Stuttgart. Die Dauer des KEK ist auf vorerst zwei Jahre angelegt. Ausgangspunkt ist die integrierte Gesamtsicht mit einem breiten Entwicklungsansatz, der alle maßgeblichen Entwicklungsfaktoren berücksichtigen soll. Analysen, Bewertungen von Stärken und Schwächen und die Ableitung von Zielen, Leitbildern und Handlungsfeldern – das sind die Aufgaben, die in den kommenden Monaten zu bewältigen sind. Die Kosten werden vom MLR mit bis zu 80 Prozent gefördert. Die Kooperationskommunen teilen sich die nicht gedeckten Kosten entsprechend ihrer Einwohnerzahl. Vorteil: Wer beim KEK mitmacht, der kann bei Förderprogrammen des Landes mit einer Berücksichtigung bei bestimmten Förderatbeständen rechnen.



# SPEKTRUM

## Soziales

### **Einweihung des sozialen Beratungszentrums in Herrenberg – Landrat Bernhard: „Fachbereiche greifen wie Zahnräder ineinander“**

Im neuen Beratungszentrum in der Tübinger Straße in Herrenberg werden seit dem 6. März zahlreiche soziale Dienstleistungen unter einem Dach angeboten. Seit diesem Zeitpunkt wird das Zentrum durch den Sozialen Dienst und den Heilpädagogischen Fachdienst ergänzt.

Zur Psychologischen Beratungsstelle, die seit bald 40 Jahren im Gebäude zu Hause ist, gehört seit drei Jahren auch der Bereich Frühe Hilfen. Das Gesundheitsamt ist mit seiner Schwangerenkonfliktberatung und dem Kinder- und Jugendärztlichen Dienst vertreten.

Landrat Roland Bernhard freut sich über das kundenfreundliche Beratungszentrum: „Hilfesuchende Menschen aus Herrenberg und der Gäuregion finden hier eine zentrale Anlaufstelle. Die Fachbereiche greifen themenübergreifend wie ein Zahnrad ineinander.“ Familien, Kinder und Jugendliche fänden im Beratungszentrum ausgebildete Fachkräfte, die weiterhelfen. Alle Beschäftigten unterliegen einer besonderen Schweigepflicht, Hilfesuchende können sich deshalb auf die Vertraulichkeit der Gespräche verlassen.

Die Beratungsangebote sind grundsätzlich kostenfrei, wenn es um das Wohl von Kindern und Jugendlichen geht. „Der Landkreis Böblingen steht hier für seine gesetzlichen Aufgaben ein“, so der Landrat. Dank der evangelischen und katho-

lischen Kirchen sei es auch für Menschen ohne Kinder möglich, zur Lebensberatung zu kommen. Je nach Einkommen werde hierfür ein Kostenbeitrag erhoben.

Neben dem Landrat begrüßen auch Thomas Sprißler, Oberbürgermeister der Stadt Herrenberg, und Eberhard Feucht, Evangelischer Dekan in Herrenberg, das Beratungsangebot bei der Schlüsselübergabe.

Beim anschließenden Rundgang durch das Haus griff der Landrat die Historie des Hauses auf: „Es ist ein schöner Zufall, dass die Einweihungsfeier heute mit dem hundertjährigen Bestehen des Gebäudes zusammenfällt“. Im Jahr 1913 ist die baurechtliche Abnahme und die Inbetriebnahme der früheren „Oberamtskasse“ erfolgt. Das Gebäude steht unter Denkmalschutz und befindet sich im Eigentum des Landkreises Böblingen. „Hundert Jahre später ist heute ein modernes Dienstleistungszentrum inmitten von grünen Bäumen vorzufinden, indem sich motivierte Fachkräfte um das Wohl der Hilfesuchenden kümmern“, findet Bernhard.

### **„ELSA“ – Kostenlose Onlineberatung für Eltern suchtfährdeter und -abhängiger Kinder und Jugendlicher des Landkreises Esslingen**

„ELSA“ ist ein internetbasiertes Informations- und Beratungsangebot für Eltern von suchtfährdeten oder -abhängigen Kindern und Jugendlichen, zu finden im Internet unter [www.elternberatung-sucht.de](http://www.elternberatung-sucht.de). Das Beratungsangebot ist kostenlos und richtet sich an Eltern, deren heranwachsende Kinder einen proble-

matischen Alkohol- oder Drogenkonsum, ein problematisches Glücksspielverhalten oder eine übermäßige Computerspiel- oder Internetnutzung zeigen. „ELSA“ will Erziehungskompetenzen fördern, familiäre Konflikte reduzieren und die Gemeinschaft innerhalb der Familie stabilisieren.

Eltern können auf der ELSA-Internetseite wählen, ob sie eine anonyme Beratungsanfrage per Email-Formular verschicken, einen persönlichen Chat-Termin reservieren oder direkt in das mehrwöchige internetbasierte Beratungsprogramm einsteigen möchten. Eltern die eine Beratung vor Ort vorziehen, können über verlinkte Datenbanken eine nahegelegene Beratungsstelle finden. Darüber hinaus finden interessierte Eltern bei „ELSA“ Informationen zu Sucht und Abhängigkeit, darunter Hinweise zu häufig konsumierten Substanzen und substanzungebundenen Süchten, wie der Computerspielsucht oder pathologischem Glücksspiel.

„Die Internetseite [www.elternberatung-sucht.de](http://www.elternberatung-sucht.de) ist eine sehr gute Ergänzung der bestehenden Hilfsangebote für Eltern. Eltern können sich direkt und unkompliziert Hilfe holen. Zudem finden sie dort ausführliche Informationen zu Suchtgefährdung und -abhängigkeit“, erklärt Gerhard Schmid, Leiter der Jugend- und Drogenberatungsstellen des Landkreises Esslingen.

Die Beratungsstelle Jugend- und Drogenberatung im Landkreis Esslingen ist eine von elf Beratungsstellen in Deutschland, die an dem Projekt „ELSA“ beteiligt ist. Der Landkreis ist der einzige Projektteilnehmer aus Baden-Württemberg. Die Entwicklung und der technische Betrieb

von „ELSA“ werden derzeit als Modellprojekt vom Bundesministerium für Gesundheit gefördert. Die Beratung auf ELSA wird von den beteiligten Beratungsstellen gewährleistet.

**Erster Erfolg für Modellprojekt  
„Sozialer Arbeitsmarkt/  
Passiv-Aktiv-Transfer“  
im Landkreis Karlsruhe**

Dass viele Köche den Brei verderben, trifft nicht immer zu. In diesem Fall ist es sogar unerlässlich, dass der Landkreis Karlsruhe, das Jobcenter Landkreis Karlsruhe, die Beschäftigungsgesellschaft Bequa, der Internationale Bund und der Caritasverband Bruchsal gemeinsam „kochen“ – zum Wohl der Menschen, die aufgrund verschiedener Vermittlungshemmnisse schon lange Zeit arbeitslos sind und Leistungen nach dem Arbeitslosengeld II beziehen.

Möglich wird dies durch das vom Land initiierte Projekt „Sozialer Arbeitsmarkt – Passiv-Aktiv-Transfer“. Es verfolgt das Ziel, Langzeitarbeitslosen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Privatwirtschaft zu verschaffen. Von dem innovativen Projektansatz überzeugt, arbeiten Landkreis, Jobcenter, Bequa, Internationaler Bund und Caritasverband Bruchsal seit Ende letzten Jahres zusammen und werben für das Projekt bei Unternehmen. Mit Erfolg, wie das Beispiel von „viva Naturkost und Naturwaren“ in Bruchsal zeigt. „Seit Februar beschäftigen wir einen Arbeitnehmer im Rahmen des Passiv-Aktiv-Transfers als Versandhelfer. Das Arbeitsverhältnis kam auf Initiative des Caritasverbandes Bruchsal zustande, die uns das Modell Passiv-Aktiv-Transfer vorgesellt hat. Das Projekt finden wir gut, denn so können wir Menschen, die lange Zeit arbeitslos waren, eine neue Chance geben. Damit haben wir bereits gute Erfahrungen gemacht. Wir beschäftigen seit Jahren einen Mitarbeiter, dessen Arbeitsplatz auch zu Beginn vom Jobcenter gefördert wurde“, so Hans-Georg Gack von viva.

Dem Landkreis Karlsruhe stehen im Rahmen des Modellprojekts Mittel für die Einstellung von zehn weiteren langzeitarbeitslosen Menschen zu. Die Beteiligten unterstützen den Ansatz des Projekts: „Hier werden passive Leistungen, nämlich die Kosten der Unterkunft, die der Landkreis langzeitarbeitslosen Menschen zahlt, aktiviert, indem der Landkreis stattdessen den Arbeitgebern einen Zuschuss für Arbeitsplätze zahlt. Damit wird Arbeit gefördert, nicht die Arbeitslosigkeit“, so die einhellige Meinung. Das Jobcenter gewährt zudem einen individuellen Beschäftigungszuschuss und eine Betreuungskraft steht sowohl den Arbeitgebern als auch den Beschäftigten helfend und begleitend zur Verfügung. Durch dieses zweijährige Förderprogramm werden viele Anreize geschaffen, die Erfolg für eine Vermittlung auf den privaten Arbeitsmarkt versprechen.

**Erstmals Kreisintegrationspreis  
des Landkreises Karlsruhe ausgelobt**

Ist der Landkreis Karlsruhe multikulturell? Dies lässt sich eindeutig bejahen, denn etwa 20 Prozent der Menschen im Landkreis Karlsruhe haben einen Migrationshintergrund. Einigen von ihnen kann es schwerfallen, sich in Deutschland zurechtzufinden, denn es gibt Sprachbarrieren, Kulturunterschiede und abweichende Lebensgewohnheiten. Vielfältige Initiativen unterstützen Migrantinnen und Migranten dabei, ihren Alltag zu meistern und im Landkreis Karlsruhe heimisch zu werden. Diese herausragende Integrationsarbeit würdigt der Landkreis Karlsruhe mit dem in diesem Jahr erstmalig ausgelobten Kreisintegrationspreis. Mit dieser Auszeichnung sollen beispielhafte Projekte und die gute Integrationsarbeit von Einzelpersonen, Gruppen, Vereinen, Verbänden, Schulen und Unternehmen gewürdigt werden. Auch Kommunen können sich mit erfolgreichen integrativen Gesamtkonzepten bewerben. Der Preis wird von

Landrat Dr. Christoph Schnaudigel in einer öffentlichen Veranstaltung verliehen und ist für vorbildliche und originelle Projekte von Einzelpersonen, Schulen, Gruppen und Vereinen mit 3000 Euro dotiert. Verbände, Gemeinden und Unternehmen erhalten keine finanzielle Anerkennung.

**Grundkurs für Pflegeeltern  
im Bodenseekreis erfolgreich beendet**

14 Frauen und Männer aus dem Bodenseekreis haben im März erfolgreich den Grundkurs für Pflegeeltern abgeschlossen. Nun sind sie bereit, Kinder und Jugendliche aufzunehmen und zu betreuen. Derzeit gibt es im Bodenseekreis etwa 85 Familien, die Kindern und Jugendlichen auf diese Weise ein befristetes oder sogar dauerhaftes Zuhause geben. „Pflegeeltern übernehmen damit eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe für die Jugendhilfe und erhalten dafür auch ein Pflegegeld“, so Barbara Heinzelmann vom Kreisjugendamt. Um die Pflegeeltern auf diese Aufgabe vorzubereiten, bietet das Jugendamt Qualifizierungskurse an, in denen sich die Bewerber unter anderem mit erfahrenen Pflegeeltern austauschen können.

Der Grundkurs für werdende Pflegeeltern besteht aus zwei Abendterminen und einer ganztägigen Veranstaltung. Hier wurden die rechtlichen und finanziellen Aspekte einer Vollzeitpflege für Kinder beleuchtet. Auch wurden ausführliche Informationen zum Ablauf und Zustandekommen von Pflegeverhältnissen vermittelt. Ein erfahrenes Psychologenteam erklärte den 14 Teilnehmern die Bindungsformen und den Beziehungsaufbau zum Kind. Die Frauen und Männer im Alter von 28 bis 48 Jahren erhielten auch einen Einblick in mögliche Verhaltensweisen seelisch verletzter Kinder. Anhand von praktischen Übungen wurden die Aufnahme eines Kindes und eine hilfreiche Begleitung vorbereitet. Das Team Pflegefamilienarbeit vom Jugendamt stellten die umfangreichen



Die angehenden Pflegeeltern sind glücklich über erfolgreich abgeschlossenen Grundkurs.

Angebote für Pflegeeltern vor und erfahrene Pflegeeltern berichteten von ihrer Arbeit und standen den Teilnehmern für viele Fragen zur Verfügung.

Mitarbeiter des Jugendamts haben die künftigen Pflegeeltern auch zuhause besucht, um sich ein Bild von deren Lebensumständen zu machen. „Es ist wichtig, dass wir die Pflegefamilien vorher sehr gut kennenlernen. So können wir einschätzen, ob ein Kind gut in dieses Umfeld passt“, erklärt Barbara Heinzelmann. Erst dann werden die qualifizierten Pflegeeltern auf einer Liste zur Verfügung stehender Pflegeeltern aufgenommen. Wenn es dann soweit ist, dass für ein Kind kurzfristig ein neues Zuhause gebraucht wird, ruft die Behörde die passende Pflegefamilie an.

Die Gründe, die eine Vollzeitpflege notwendig machen, sind vielfältig: Überforderung, psychische Erkrankung oder Erziehungsunfähigkeiten der Eltern kommen ebenso vor wie sexueller Missbrauch oder Misshandlung. In solch einem Fall leitet das Jugendamt diese Hilfsmaßnahme ein. Die Experten der Behörde begleiten und beraten dann das Pflegekind, die Pflegefamilie und die leiblichen Eltern während des gesamten Pflegeverhältnisses.

Das Jugendamt des Bodenseekreises ist weiterhin auf der Suche nach engagierten und aufgeschlossenen Vollzeit-Pflegeeltern für Kinder und Jugendliche in Not. Für Interessenten, die sich vorstellen könnten, Pflegekinder bei sich aufzunehmen, gibt es wieder am Mittwoch, 12. Juni 2013 sowie Mittwoch, 25. September 2013 Informationsabende im Landratsamt. Die nächste Qualifizierung für Pflegeeltern soll im Oktober beginnen.

Weitere Informationen zum Thema Vollzeitpflege beim Kreisjugendamt: Barbara Heinzelmann, Tel. 0 75 41/2 04-56 46 oder Marion Jockers-Egbers, Tel. 0 75 41/

2 04-50 58 und auf [www.bodenseekreis.de](http://www.bodenseekreis.de) (Rubrik: Soziales & Gesundheit, Familie & Kinder, Pflegefamilien).

**Hohenloher Adventskalender 2012  
mit neuem Rekordergebnis –  
26 500 Euro für Ambulantes  
Kinderhospiz, Jugendliche  
im Friedenshort Öhringen und  
Altenheim St. Bernhard in Künzelsau  
sowie die Aktion Menschen in Not**

Die Fördervereine der drei Lions Clubs Hohenlohe, Hohenlohe-Künzelsau und Hohenloher Land sowie der Leo Club Hohenloher Land waren im Rahmen bürgerchaftlichen Engagements mit dem achten Hohenloher Adventskalender erfolgreich aktiv.

Mit dem Erlös werden das ambulante Kinderhospiz, Jugendliche im Friedenshort Öhringen und das Projekt „Schwerstpflegebereich“ im Altenheim St. Bernhard in Künzelsau (jeweils 8000 Euro) sowie die Aktion „Menschen in Not“ (2500 Euro) gefördert.

Landrat Helmut M. Jahn, der wieder die Schirmherrschaft übernommen hatte, war über die erreichte Rekordspende von insgesamt 26 500 Euro hoch erfreut.

Die Hohenloher Lions und Leos sind auch sehr zufrieden und bedanken sich herzlich bei allen Beteiligten, die zum erfolgreichen Gelingen beigetragen haben.



An erster Stelle bei den 112 Sponsoren, die 355 Gewinne im Gesamtwert von über 26 000 Euro kostenlos zur Verfügung gestellt haben.

Genauso wichtig für die gelungene Aktion waren auch die Käufer, die die höhere Gesamtauflage von 6000 Kalendern wieder innerhalb von nur 10 Tagen erworben haben.

Zum Erfolg beigetragen haben insbesondere die positiven Berichte in der „Hohenloher Zeitung“ und die Veröffentlichungen unter [www.stimme.de](http://www.stimme.de). Auch die Druckerei Bauer aus Pfedelbach hat durch den hochwertigen und sehr günstigen Druck der Kalender erheblich zum guten Ergebnis beigetragen. Ein Dankeschön geht ebenso an Elke Schmidt aus Kupferzell, die die tolle Internet-Präsentation mit vielen Informationen und zur täglichen Gewinnabfrage wiederum erstellt hat.

Der Erfolg mit dem „Hohenloher Adventskalender 2012“ war wieder so groß, dass bereits die Neuauflage 2013 geplant wird. Denn in diesem Jahr soll das Leitmotiv der Lions „we serve“, also die Aufforderung zum Dienen und Helfen, wieder in vorbildlicher Weise umgesetzt werden.

### **Jobcenter Main-Tauber im Jahr 2012 in vielen Bereichen an der Spitze im Land**

Der positive Trend beim Jobcenter Main-Tauber, der sich bereits im Verlauf des Jahres 2012 abgezeichnet hatte, gipfelte zum Stand 31. Dezember in einem Strauß an herausragenden Jahresergebnissen. Die Bilanz überraschte sowohl Gegner als auch Befürworter der im Jahr 2005 begonnen Sozialreform, die unter dem Stichwort „Hartz IV-Gesetze“ bekannt ist, erklären Landrat Reinhard Frank und der kommissarische Leiter der Arbeitsagentur Schwäbisch Hall-Tauberbischofsheim, Stefan Gutfreund. Dem Jobcenter Main-Tauber mit seinen Standorten in Tauberbischofsheim, Bad Mergentheim und Wertheim als gemeinsame Einrichtung der hiesigen Arbeitsagentur

und des Landratsamtes sei es mit höchst effizientem Mitteleinsatz gelungen, die großen Jobcenter in den Ballungsräumen Freiburg, Stuttgart oder Mannheim hinter sich zu lassen.

Im Jahr 2012 konnte das Jobcenter Main-Tauber 37 Prozent seiner gesamten „Hartz IV“-Kunden in eine Arbeitsstelle oder eine Ausbildung integrieren. Dies bedeutet den Spitzenplatz aller 44 Jobcenter in Baden-Württemberg und beweist nach Auffassung der Verantwortlichen, dass effizientes Arbeiten im ländlichen Raum hervorragend gelingen kann. Bei den unter 25-Jährigen konnten sogar 46,7 Prozent aller Kunden im Jahresverlauf in eine Arbeitsstelle oder eine Ausbildung vermittelt werden, was landesweit Rang eins bedeutet.

„Der Erfolg ist umso beachtlicher, als gerade im Flächenlandkreis Main-Tauber überdurchschnittlich viele Langzeitleistungsbezieher leben, bei denen vielfältige Problemlagen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erschweren“, erklärt Stefan Gutfreund. Auf diese Gruppe entfallen rund zwei Drittel der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Main-Tauber-Kreis. Auch die Gruppe der Alleinerziehenden stellt im Main-Tauber-Kreis einen großen Anteil der Arbeitslosen im Bereich Hartz IV. Die teilweise sehr großen Entfernungen zwischen Wohnort und möglicher Arbeitsstätte, unterschiedlichste Arbeitszeiten bei gleichzeitig notwendiger Kinderbetreuung – auch in der Zusammenarbeit mit den Kommunen vor Ort – fordern die Vermittlungsfachkräfte immer wieder aufs Neue. „Das Erfolgsrezept besteht darin, individuelle und maßgeschneiderte Wege aufzuzeigen, wie Betroffene für sich selbst sorgen können, um in ihrer persönlichen Situation den notwendigen Schub zum Ausstieg aus der vermeintlichen Sackgasse ‚Hartz IV‘ zu entwickeln“, erklärt Landrat Reinhard Frank.

Das Jobcenter Main-Tauber erreichte im Jahr 2012 noch weitere messbar große Erfolge wie eine Integrationsquote bei den Langzeitleistungsbeziehern von

23,7 Prozent sowie insgesamt 134 Integrationen (32,6 Prozent) bei den Alleinerziehenden, was innerhalb Baden-Württembergs mit Rang eins bzw. Rang drei gleichzusetzen ist. „Erfolge definieren sich aber nicht immer nur durch sofort messbare Größen wie erfolgte Integrationen. So sind auch die vielen kleinen, nicht messbaren Erfolge wie das Beseitigen von sogenannten ‚multiplen Vermittlungshemmnissen‘ wie Schulden, Suchtproblemen oder drohender Wohnungslosigkeit die Grundlage für eine künftig erfolgreiche Teilhabe an Arbeit und Gesellschaft sowie ein selbstbestimmtes Leben“, schließt der Geschäftsführer des Jobcenters Main-Tauber, Hubert Horning.

### **Landkreis schafft Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber – Kapazitäten innerhalb eines halben Jahres verdoppelt**

Das Landratsamt Karlsruhe hat in den letzten Monaten des Jahres 2012 große Anstrengungen unternommen, um die Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber und Flüchtlinge zu verbessern und insbesondere neue Unterbringungsplätze zu schaffen, nachdem der Zustrom stark angestiegen war. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel erinnerte in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik, dass der Kreistag bereits im Juli 4,2 Mio. EUR bewilligt hatte, um die bestehende Gemeinschaftsunterkunft im Ubstadt-Weiherer Ortsteil Zeutern mit 200 Plätzen zu erneuern und neue Gemeinschaftsunterkünfte in Ettlingen und Stutensee mit insgesamt 129 Plätzen zu schaffen. Nachdem danach die Anzahl der neu nach Deutschland kommenden Asylbewerber und Flüchtlinge sprunghaft angestiegen war, wurde die Gemeinschaftsunterkunft in Ettlingen um 22 Plätze erweitert und es wurden weitere Unterkünfte in Gondelsheim (15 Plätze) und Ettlingen-West (60 Plätze) geschaffen. 426 Plätze stehen somit aktuell im Landkreis Karlsruhe zur Ver-

fügung. Da aber auch diese Zahl nicht ausreicht, werden derzeit weitere Unterkünfte in Dettenheim und Karlsbad mit insgesamt 65 Plätzen baulich hergerichtet, die im Laufe des Januar 2013 zur Verfügung stehen. Damit würde das Landratsamt die Aufnahmekapazität von 236 Plätzen im Juli 2012 auf 491 Plätze Ende Januar 2013 mehr als verdoppelt haben. Da nicht absehbar ist, dass der Aufnahmepressure nachlässt, sucht der Landkreis weiterhin nach Unterbringungsmöglichkeiten. Derzeit befindet sich das Landratsamt in Verhandlungen mit einem Eigentümer in Bruchsal. Nach den Prognosen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ist davon auszugehen, dass aber auch mit diesen Plätzen die Kapazität nicht ausreichen wird.

#### **Landkreis Sigmaringen von Minister Daniel Bahr mit erstem Preis ausgezeichnet**

„Ich habe heimlich gehofft, dass wir es schaffen“, sagt der Sigmaringer Landrat Dirk Gaerte. „Wir“, das ist der Landkreis Sigmaringen, dessen Forum Jugend Soziales Prävention e.V. mit seinem Projekt „neue Festkultur“ beim ersten bundesweiten Wettbewerb für Projekte der Prävention bei Alkoholmissbrauch den ersten Preis geholt hat. Bei der Preisverleihung in Berlin hat nicht nur der Landrat die Daumen gedrückt. Auch Dietmar Unterricker von der Kinder- und Jugendagentur Jumax, Klaus Harter von der Suchtberatung, Martin Klawitter von der Kriminalpolizei und die Mitstreiter aus dem Kreisjugendring Sigmaringen war die Anspannung anzumerken. Die rund 150 Wettbewerbsteilnehmer hatten sich um ein Preisgeld von insgesamt 50 000 Euro beworben. Eine Jury mit Experten aus den Bereichen Suchtfragen und Prävention, Jugendkulturforschung, Literaturpädagogik und Journalistik ermittelte die Gewinner für den Hauptpreis, fünf gleichrangige weitere Preise und zwei Anerkennungspreise. Neben den acht Preisträgern entschied sie, sechs weitere



Der Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß, Klaus Harter (Suchtberatung der AGJ in Sigmaringen), Marlene Wetzel (stellvertr. Vorsitzende Kreisjugendring Sigmaringen), Christine Brückner (Bildungsreferentin Kreisjugendring), Dietmar Unterricker (Kinder- und Jugendagentur Jumax), Martin Klawitter (Kriminalpolizei), Minister Daniel Bahr, Landrat Dirk Gaerte (von links) bei der Preisverleihung in Berlin.

Projekte mit jeweils 500 Euro für ihre Arbeit zu würdigen. Die Vertreter aus dem Landkreis Sigmaringen dürfen 10 000 Euro mit nach Hause nehmen.

Dass sie schließlich die Nase vorn hatten, das ist der Beweis dafür, dass Netzwerke und gute Ideen eine ganze Menge bewegen können. Mit ihrem „Fair-Fest“-Siegel hatten die Sigmaringer vor einigen Jahren Neuland betreten und inzwischen bundesweite Nachahmer gefunden. „Neue Festkultur“ mit Fairness-Gütesiegel und Partypass gilt im Bereich der Alkoholprävention als exzellent vernetzt und nachhaltig verankert. Das Gütesiegel „Fairfest“ sorgt für faires Feiern und verbindliche Regeln, der Partypass für Jugendliche garantiert den Partyspaß. Dass dabei ohne das Ehrenamt nichts geht, das ist im Landkreis Sigmaringen klar. Viele Veranstaltungen werden von Vereinen durchgeführt und die davon zu überzeugen, dass es klare Regeln für Jugendliche im Umgang mit Alkohol braucht, das war für das Team von „Fair Fest“ eine Menge Arbeit. Doch die hat sich für alle Seiten gelohnt. Mittlerweile ist das Fair-Fest-Siegel im Kreis Sigmaringen zu einem Gütezeichen geworden. Bereits 2011 bekam man dafür den Lan-

despräventionspreis. Die neue bundesweite Auszeichnung ist für die Verantwortlichen nicht nur eine große Ehre, sondern auch Ansporn, das Netzwerk weiter zu spannen. Mit anliegenden Landkreisen arbeitet man eng zusammen und „Fair Fest“ ist mittlerweile in ganz Baden-Württemberg ein Thema. Der Bundeswettbewerb zeigt ideenreiche und neuartige Präventionsansätze und empfiehlt sie zur Nachahmung. Er wird von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und dem Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. (PKV) im Rahmen der Kampagne „Alkohol? Kenn dein Limit.“ ausgerichtet. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr, BZgA-Direktorin Prof. Dr. Elisabeth Pott und PKV-Verbandsdirektor Dr. Volker Leienbach gratulierten den Preisträgern aus dem Landkreis Sigmaringen und allen Ehrenamtlichen des Forums Jugend Soziales und Prävention zu ihren herausragenden Leistungen.

„Alkohol ist das am weitesten verbreitete Suchtmittel in Deutschland. Maßnahmen, die vor Alkoholmissbrauch warnen, sind deshalb ganz wichtig“, stellte Minister Bahr fest. Und sie müssten früh ansetzen, also schon bei Kindern und

Jugendlichen. Denn den ersten Alkohol trinken junge Menschen in Deutschland schon mit durchschnittlich 14 bis 15 Jahren. „Im Wettbewerb haben die Teilnehmer mit Einfallsreichtum gezeigt, wie Jugendliche nachhaltig durch neuartige Präventionsideen angesprochen werden können“, lobte Bahr.

Für die Auswahl der diesjährigen Preisträger war entscheidend, dass die Projekte fachlichen Anspruch und jugendgerechte Ansprache effektiv miteinander verbinden. Die ausgezeichneten Konzepte haben gezeigt, dass sie bei Jugendlichen Aufmerksamkeit und den Wunsch nach Teilhabe erzeugen können.

### **Landkreis Tuttlingen erhält Zuschlag beim Landesarbeitsmarktprogramm – Kommunales Jobcenter setzt „Passiv-Aktiv-Tausch“ um**

Im Sommer letzten Jahres hat sich der Landkreis Tuttlingen um die Teilnahme am Landesarbeitsmarktprogramm beworben und hat nun einen Zuschlag für neun Plätze erhalten. Landrat Bär: „Schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose erhalten durch dieses Landesarbeitsmarktprogramm eine neue Chance. Ziel dieses neuen Projektes ist es, Menschen, die länger als 3 Jahre arbeitslos

sind, doch noch an den Arbeitsmarkt heranzuführen.“

Das Land bezuschusst mit diesem Projekt 9 Plätze für Langzeitarbeitslose, die bevorzugt in der freien Wirtschaft eingesetzt werden. Erstmals besteht die Möglichkeit, einen sogenannten „Passiv-Aktiv-Tausch“ vorzunehmen. Dies heißt konkret, dass das Kommunale Jobcenter den Regelsatz („Hartz IV“) und die Unterkunftskosten als Lohnbestandteile ausbezahlen kann. Die Unternehmen, die einen Langzeitarbeitslosen einstellen, erhalten einen monatlichen Zuschuss vom Landratsamt und bezahlen für die neuen Kräfte einen Stundenlohn, der nicht unter 8,50 EUR liegen darf. Sozialdezernent Bernd Mager: „Dies war bisher rechtlich nicht möglich und wenn sich dieser Passiv-Aktiv-Tausch bewährt – was wir erwarten –, haben wir berechtigte Hoffnung, dass der Gesetzgeber diese Möglichkeit weiter ausbaut“.

Bereits vor einem Jahr hat die Liga der freien Wohlfahrtspflege gemeinsam mit dem Kommunalen Jobcenter ein ähnliches Modell vorgeschlagen, das in der Schweiz bereits seit Jahren erfolgreich umgesetzt wird. Auch dort fließen sogenannte Passivleistungen (Arbeitslosengeld, Unterkunftszuschuss usw.) in den ausbezahlten Lohn. Viele Schwerver-

mittelbare finden dadurch zumindest stundenweise eine Beschäftigung. Leider scheitert ein solches Projekt derzeit an den gesetzlichen Vorgaben. Mit dem Landesarbeitsmarktprogramm wird hier aber ansatzweise diese Stoßrichtung umgesetzt, wenn auch in kleinerem Maßstab.

### **Landrat Scherer, Präsident des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau, freut sich über grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Arbeitsvermittlungen im Eurodistrikt**

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen und der französische Arbeitsminister Michel Sapin eröffneten am 26. Februar in Kehl die erste deutsch-französische Arbeitsvermittlungsstelle. Danach legten sie mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Rahmenvereinbarung den Grundstein für eine noch engere Zusammenarbeit der Arbeitsvermittlungen beider Länder. Der Ortenauer Landrat und Präsident des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau Frank Scherer lobt die besonders intensive Zusammenarbeit der Arbeitsvermittlungen speziell im Eurodistrikt: „Die neue Servicestelle ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Erschließung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts. Unser Wirtschaftsraum wird davon profitieren, denn das Projekt kann etwa Jugendlichen aus dem Elsass zum Beispiel mit einer Ausbildung in Deutschland neue Perspektiven vermitteln. Im Elsass ist die Jugendarbeitslosigkeit mit rund 23 Prozent gegenüber der in der Ortenau mit rund drei Prozent vergleichsweise hoch. Gleichzeitig wirkt es dem größer werdenden Auszubildenden- und Fachkräftemangel auf der deutschen Seite entgegen. Dieses Projekt unterstreicht, dass der Eurodistrikt auf allen Ebenen lebt.“

Im Eurodistrikt gibt es schon seit 2008 eine Vereinbarung zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung. Auszubildende können seither den theoretischen Teil der Ausbildung im eigenen



Land und den praktischen Teil im Nachbarland absolvieren.

Das neue gemeinsame Büro in der Agentur für Arbeit in Kehl weist nun eine neue Qualität der Zusammenarbeit auf. Dort kümmern sich künftig zwei deutsche und zwei französische Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit und der französischen Arbeitsverwaltung gemeinsam um die grenzüberschreitende Vermittlung von Arbeits- und Lehrstellensuchenden.

**Palliative-Care-Team „Arista“  
ab Jahresbeginn in der Stadt Karlsruhe  
und im südlichen Landkreis Karlsruhe**

Viele Menschen wünschen, zuhause in vertrauter Umgebung sterben zu dürfen. Der Gesetzgeber ermöglicht dies über eine so genannte „Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung“. Patienten erhalten dann zu ihrer Grundversorgung zusätzlich in ihrer gewohnten Umgebung eine Betreuung durch besonders erfahrene Palliativärzte und -pflegekräfte. Für das Einzugsgebiet der Stadt und des südlichen Landkreises Karlsruhe übernimmt seit dem 2. Januar 2013 diese Aufgabe das neu gegründete Palliative-Care-Team „Arista“. Am 20. Dezember 2012 unterzeichneten im Beisein von Landrat Dr. Christoph Schnaudigel Vertreter der Diakonie als Trägerin gemeinsam mit Vertretern der Krankenkassen eine entsprechende Vereinbarung.

„Die frühere Einstellung, das alles, was ärztlich machbar ist, auch gemacht werden muss, gehört der Vergangenheit an“, sagte Prof. Dr. Martin Hansis, der die Stadt Karlsruhe vertrat und gleichzeitig als Geschäftsführer des städt. Klinikums Karlsruhe sprach. Heute gelte es die Grenze zu respektieren, wo ärztliche Hilfe nicht mehr greift. In diesen Fällen könne ambulant in einem Maß betreut werden, das früher undenkbar war. Möglich werde dies durch ein sehr breit gefächertes Angebot ambulanter Dienste und Hilfen. Die Krankenkassen



**Haben einen Vertrag zur Gründung eines Palliative-Care-Teams geschlossen: Joachim Müller, Verband der Ersatzkassen Baden-Württemberg, Bernhard Ibach, AOK Mittlerer Oberrhein, Gudrun Mund, Diakonie gGmbH. Dahinter stehend: Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, Teamkoordinatorin Manuela Hemmerling, Prof. Dr. Martin Hansis, Geschäftsführer des städt. Klinikums Karlsruhe (jeweils v. l. n. r.)**

fördern dies ausdrücklich, betonten Bernhard Ibach und Joachim Müller für die AOK bzw. den Verband der Ersatzkassen Baden-Württemberg; es gelte Lücken zu schließen und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu fördern. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel freute sich über das neue Angebot, das auch ein gutes Zeichen für die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Landkreis Karlsruhe sei. Gleichzeitig formulierte er das Ziel, auch im nördlichen Landkreis ein vergleichbares Angebot zu haben und bot hierfür seine Unterstützung an. Wie das neue Angebot funktioniert, erläuterten Gudrun Mund von der Diakonie und die Teamkoordinatorin Manuela Hemmerling: Die Ärzte und Fachpflegekräfte des Teams beraten und begleiten schwerkranke Patienten und deren Angehörige. Sie organisieren Unterstützungsmaßnahmen, helfen bei der Auswahl von Hilfsmitteln und vermitteln bei Bedarf weitere Dienste, wie z.B. Pflegedienste, Therapeuten, aber auch psychosoziale Beratung und ehrenamtliche sowie seelsorgerliche Begleitung. Dabei

nehmen sie regelmäßige Hausbesuche vor und sind rund um die Uhr ansprechbar. Zu erreichen ist das Palliative-Care-Team „Arista“ in der Pforzheimer Str. 33 in Ettlingen bzw. rund um die Uhr über die Rufnummer 072 43/32 46 83.

**Regionale Kooperationsvereinbarung  
unterzeichnet**

Die Jugendämter im Main-Tauber-Kreis und Neckar-Odenwald-Kreis sowie die Einrichtungsträger in den beiden Landkreisen, die Jugendhilfe Creglingen, das Kinderdorf Klinge in Seckach sowie das Erzbischöfliche Kinder- und Jugendheim St. Kilian in Walldürn, haben eine gemeinsame Kooperationsvereinbarung mit der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie der Johannes-Diakonie Mosbach geschlossen. Die Unterschriften zur Kooperationsvereinbarung wurden im Landratsamt Main-Tauber-Kreis in Tauberbischofsheim geleistet.

Die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie der Johannes-

Diakonie Mosbach in Schwarzach im Neckar-Odenwald-Kreis hat auch den Versorgungsauftrag für junge Patienten mit psychiatrischen Problemen aus dem Main-Tauber-Kreis. Seit September 2012 ist die Johannes-Diakonie Mosbach daneben auch mit einer psychiatrischen Tagesklinik für Kinder und Jugendliche sowie einer kinder- und jugendpsychiatrischen Institutsambulanz in Tauberbischofsheim präsent.

„Die Vereinbarung zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern, Jugendhilfeeinrichtungen und Kinder- und Jugendpsychiatrie verbindlich und verlässlich zu gestalten, um damit der gemeinsamen Verantwortung für Kinder und Jugendliche mit psychischen und psychiatrischen Problemen in der Region noch besser gerecht zu werden. Jugendhilfe und psychiatrische Hilfe sollen künftig besser, verlässlicher und verbindlicher abgestimmt werden und damit lückenlos ankommen“, erklärt So-

zialdezernentin Elisabeth Krug, Main-Tauber-Kreis. Die Beteiligten versprechen sich davon noch wirksamere Hilfestellungen für die jungen Menschen und ihre Familien.

Das Jugendamt Main-Tauber-Kreis hatte die aktive Gestaltung der gemeinsamen Arbeit angestoßen. Wichtige Kooperationspartner sind neben der Johannes-Diakonie Mosbach auch die stationären Jugendhilfeeinrichtungen in den beiden Landkreisen. Viele betroffene Kinder und Jugendliche und ihre Familien erhalten Hilfe durch die Jugendhilfe Creglingen, das Kinderdorf Klinge in Seckach oder das Erzbischöfliche Kinder- und Jugendheim St. Kilian in Walldürn. Einige der Kinder und Jugendlichen werden in Tagesgruppen betreut oder leben auch außerhalb ihrer Familien in Wohngruppen der Träger.

Der Jugendhilfeausschuss des Main-Tauber-Kreises hatte im Jahr 2012 grünes Licht für die Kooperationsvereinbarung

gegeben, um eine lückenlose und individuelle Hilfe zu gewährleisten, die für Kinder und Familien möglichst wie aus einer Hand angelegt sein soll.

## **11. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft beschäftigen sich mit kommunaler Pflege-, Gesundheits- und Sozialpolitik**

Auch in diesem Jahr finden die Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft wieder in den Tagungsräumen des Klosters Hegne in Allensbach/Hegne vor den Toren von Konstanz und der Insel Reichenau statt. Die Veranstaltung ist eintägig. Die Veranstalter, das Landkreisnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und der Landkreistag Baden-Württemberg, unterstützt durch das Ministerium für Arbeit und Soziales, Frauen, Familie und Senioren, greifen das Thema „gesundheitliche und pflegerische Versorgung im ländlichen Raum“ auf. Die Tagung richtet sich an Führungs- und Fachkräften in den Landkreisen, Kommunen, Verbänden und Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegewesens in Baden-Württemberg.

Drei große Trends bestimmen die gesundheitliche Lage der Bevölkerung in Deutschland: die Verlängerung des Lebens und damit einhergehend die Zunahme von Pflegebedürftigkeit, die Dominanz chronischer Erkrankungen und eine wachsende ungleiche Versorgung mit ambulanten und stationären Gesundheits- und Pflegedienstleistungen zwischen urbanen Zentren und ländlichen Regionen.

Die marktorientierte Gesundheitsversorgung schafft immer weniger die Sicherstellung einer chancengleichen Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Das grundgesetzlich verankerte Staatsziel der Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen scheint zunehmend – zumindest was die Versorgung im ländlichen Raum betrifft – gefährdet. Wenn der ländliche Raum künftig mehr sein soll als gepflegter Golfplatz oder



Im Landratsamt in Tauberbischofsheim wurde jetzt eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, die eine noch bessere Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen und psychiatrischen Problemen gewährleisten soll: sitzend von links Sozialdezernentin Elisabeth Krug (Main-Tauber-Kreis) und Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales Renate Körber (Neckar-Odenwald-Kreis), stehend von links Geschäftsführer Joachim Matthey (Jugendhilfe Creglingen), Chefarzt Dr. Karsten Rudolf (Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Johannes-Diakonie) und Direktor Günter Hauk (Erzbischöfliches Kinder- und Jugendheim St. Kilian in Walldürn). Der weitere Kooperationspartner, das Kinderdorf Klinge in Seckach, vertreten durch Geschäftsführer Georg Parstorfer, war beim Termin verhindert.

Naherholungsgebiet für städtische Bewohner, müssen Lösungen gefunden werden, wie Strukturen, Kompetenzverteilung, Steuerung und Finanzierung des Gesundheitswesens verändert werden müssen. Hierbei wird es auch um die Rolle der Kommunen gehen, die bisher in der Versorgungsplanung kaum Mitspracherecht haben.

Vernetzte und integrierte kommunale Gesundheits- und Pflegeversorgungskonzepte als Zukunftsperspektive werden Themen der Referate und Gespräche bei den diesjährigen Reichenauer Tagen zur Bürgergesellschaft sein. Dabei spielen Selbsthilfe- und Bürgernetzwerke im Kontext kommunaler Sozialplanung und als Teil einer Gesundheits- und Pflegeversorgung (künftig) ebenso eine Rolle wie Aspekte der Bürgermitwirkung und Teilhabe. Und es wird auch um die Frage der Bedeutung der neugeschaffenen kommunalen Gesundheitskonferenzen gehen.

Als Experten werden Sozial- und Gesundheitsministerin Katrin Altpeter, Dr. Carmina Brenner, Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Prof. Dr. Stefan Greß, Dekan des Fachbereichs Pflege und Gesundheit der Hochschule Fulda, Prof. Dr. habil. Thomas Klie, Leiter des Zentrums für Zivilgesellschaftliche Entwicklung in Freiburg und Professor für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft an der Evangelischen Hochschule Freiburg sowie Wolfgang Thiel, stellvertretender Geschäftsführer, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter von NAKOS in Berlin (Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Unterstützung von Selbsthilfekontaktstellen) politik- und praxisrelevante Perspektiven aufzeigen.

Die Tagung findet am Freitag, 12. Juli 2013 im Kloster Hegne in Allensbach/Hegne statt. Die Veranstalter laden hierzu herzlich ein und freuen sich auf eine spannende und lebendige Tagung.

Weitere Infos: johannes.fuchs@lrakn.de, Tel.: 0 75 31/8 00-1782

### Landrat Dr. Rainer Haas übergibt Scheck mit dem Erlös des Tags der offenen Tür an den Ambulanten Kinderhospizdienst

Einen Scheck über 700 Euro hat Landrat Dr. Rainer Haas am 20. Februar 2013 im Kreishaus Sabine Horn, Geschäftsstellenleiterin des Ambulanten Kinderhospizdienstes Ludwigsburg übergeben. Bei dem Geld, mit dem die Arbeit des Kinderhospizdienstes unterstützt wird, handelt es sich um den Erlös aus dem Verkauf von Speisen und Getränken und gebrauchten Büchern beim Tag der offenen Tür des Landratsamts im Januar. An Horn gewandt, sagte Landrat Haas: „Die Arbeit des Kinderhospizdienstes ist eine große Hilfe für die Betroffenen. Ich wünsche Ihnen und Ihren ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel Kraft für diese nicht einfache, aber sehr wichtige Aufgabe.“

Der Ambulante Kinderhospizdienst begleitet Familien, in denen ein schwerstkrankes Kind lebt. Er sucht gemeinsam mit den Familien nach Möglichkeiten der Unterstützung im Alltag und vermittelt ergänzende Hilfen. Auch Kindern und Jugendlichen, die ein Elternteil verloren haben, unterstützt der Ambulante Kin-

derhospizdienst. Als eigenständiger Bereich der Ökumenischen Hospizinitiative im Landkreis Ludwigsburg wird der im Juli 2007 gegründete Verein vom Evangelischen Kirchenbezirk Ludwigsburg, dem Katholischen Dekanat, der Caritas, der Diakonie und der Karlshöhe getragen. Mitgliedsbeiträge und Geldzuwendungen finanzieren die Arbeit des Vereins. Sabine Horn, die den Scheck in Empfang nahm, kündigte an, die Spende für den Aufbau eines ständigen Kindertrauer-Angebots zu verwenden.

### Symbol für Menschenrechte: Landrätin Dammann erhält Friedenstaube

Landrätin Marion Dammann erhielt bei einer Auftaktveranstaltung die bronzene Friedenstaube des Künstlers Richard Hillinger. Der Landshuter erschuf insgesamt 30 dieser Kunstwerke, die jeweils einen Artikel der Menschenrechtserklärung symbolisieren. Seit 2008 werden die Friedenstauben an Persönlichkeiten aus Politik und öffentlichem Leben verliehen, um an die Wichtigkeit der Menschenrechte zu erinnern. Der Empfänger selbst entscheidet, an wen er seine Taube



Auf dem Bild übergibt Landrat Dr. Rainer Haas den Scheck an Sabine Horn, Geschäftsstellenleiterin des Ambulanten Kinderhospizdienstes Ludwigsburg.



V. l.: Martina Hinrichs, Referentin der Landrätin, Marion Dammann, Landrätin, Ronny Litfid, Praktikant, Oliver Schreiber, Betreuer der HBL Hilfe für Beruf und Leben gGmbH Lörrach

weiterreicht. Landrätin Dammann würdigte in diesem Rahmen das Projekt „Ausbildung durch Praktikum“.

Dammann benannte ihre Friedenstaube nach Artikel 23 der Menschenrechtsklärung: Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen, sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit. „Dieses Recht muss gelebt, erfüllt und möglich gemacht werden“, sagte die Landrätin in ihrer Rede. Dabei könne der Landkreis es sich im Hinblick auf den demographischen Wandel nicht leisten, Jugendliche an der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf zu verlieren. „Es ist für junge Menschen nicht immer leicht zu erkennen, wo Ihre Fähigkeiten und Stärken liegen – gerade wenn im Elternhaus die nötige Unterstützung, Anleitung und Ermutigung fehlt“, betonte Dammann.

Das Projekt „Ausbildung durch Praktikum“ unterstützt Jugendliche beim Berufseinstieg. Es wurde von der Bildungsregion Lörrach in enger Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schulamt und der Agentur für Arbeit ins Leben gerufen, die das Konzept zusammen mit dem Europäischen Sozialfonds Baden-Württemberg finanziert. Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern durch Praktika unterschiedliche Arbeitsbereiche näher-

zubringen und sie damit bei der Berufswahl und der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz zu unterstützen.

Fachkräfte der BBQ Berufliche Bildung gGmbH, der Fördergesellschaft der Handwerkskammer Freiburg mbH und der HBL Hilfe für Beruf und Leben gGmbH

Lörrach suchen gemeinsam mit den Jugendlichen passende Betriebe und begleiten sie während der Praktikumsphase.

Dammann zeichnete im Rahmen der Veranstaltung die beteiligten Projekt- und Kooperationspartner, Unternehmen, Schulen und Fachkräfte aus. Jeweils vier Wochen lang wird die Friedenstaube des Landkreises Lörrach auf ihren Schreibtischen die Wichtigkeit der Menschenrechte in Erinnerung rufen.

**Das Mobilitätsprojekt  
„MOVE – Mobilität verbindet“  
geht an den Start –  
Menschen mit Behinderung  
lernen Busfahren im ÖPNV**

Im Rahmen der Teilhabeplanung im Landkreis Tübingen wurde deutlich, dass fehlende Mobilität für behinderte Menschen eine der größten Hemmnisse darstellt. Menschen mit einer Behinderung, die mobil sein wollen, sind bislang darauf



angewiesen, mit einem Kleinbus von A nach B gefahren zu werden. Dadurch ist ihnen weder eine spontane Freizeitgestaltung möglich noch das Erreichen des Arbeitsplatzes oder der Schule gewährleistet. Vor diesem Hintergrund hat der Freundeskreis Mensch e.V. das Mobilitätsprojekt „MOVE – *Mobilität verbindet*“ ins Leben gerufen – mit Fördermitteln der AKTION MENSCH, der Schirmherrschaft von Landrat Joachim Walter und der aktiven und tatkräftigen Unterstützung durch die Busunternehmen RAB und des Stadtverkehr von Tübingen – SWT.

Mit dem Mobilitätsprojekt „MOVE – *Mobilität verbindet*“ wird der Freundeskreis Mensch in den nächsten Jahren viele Menschen mit Behinderung im Landkreis Tübingen befähigen, mit Hilfe des öffentlichen Personennahverkehrs selbstständig in die Schule, zum Arbeitsplatz, zum Arztbesuch, zum Einkaufen und in die Disco zu kommen. Ziel ist es, in den folgenden Jahren möglichst vielen Menschen mit Behinderung zu mehr Mobilität zu verhelfen. Mit diesem Projekt sieht man sich auch im Einklang der UN-Konvention zum Thema Inklusion, welche auch von der Bundesregierung unterschrieben wurde.

Für die Umsetzung hat der Freundeskreis Mensch einen Maßnahmenplan erarbeitet. Mit einem individuellen Intensivtraining und einem Begleitpaten werden Interessierte an den öffentlichen Personennahverkehr herangeführt.

Für Landrat Joachim Walter ist das Mobilitätsprojekt MOVE ein „wichtiges Inklusionsprojekt, mit dem Interessierte behutsam und individuell an die eigenständige Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs herangeführt werden.“ Das Projekt diene als weiterer Baustein auf dem Weg zur Teilhabe, so Walter.

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte der beigefügten Datei „Präsentation Move-Mobilitätsprojekt 2013.pdf“, sowie „Mobilitätsprojekt Organigramm.pdf“.

Weitere Informationen zum Projekt:  
Horst Gessert – Vorstand Tel: 07072/6001-110 – E-Mail: gessert@freundeskreismensch.de  
www.freundeskreismensch.de

### **Unterricht in der Berufsvorbereitenden Einrichtung im Landkreis Tuttlingen (BVE) hat begonnen**

Nachdem das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Ende November 2012 eine Berufsvorbereitende Einrichtung im Landkreis Tuttlingen genehmigt hat, wurde jüngst der Unterricht in den Räumlichkeiten der BVE in der Rudolf-Diesel-Straße aufgenommen. Für den Landkreis Tuttlingen war dieser Schritt notwendig, um die Inklusion weiter auszubauen. „Inklusion bezieht sich nicht nur auf die Schulen, sondern muss auch in anderen Lebensbereichen wie Arbeit und Freizeit gelebt werden. Behinderte Menschen müssen die Möglichkeit haben, vollumfänglich am ‚gewöhnlichen‘ Leben teilzuhaben und -nehmen“, betonte Landrat Stefan Bär bei der Vorstellung der Einrichtung vor Pressevertretern.

Die BVE-Tuttlingen ist ein weiterführendes Bildungsangebot, das ein schulisches Gemeinschaftsangebot der Johann-Peter-Hebel-Schule (SfG) und der beiden Beruflichen Schulen, Ferdinand-von-Steinbeis-Schule und Fritz-Erler-Schule, darstellt. Das Angebot der BVE richtet sich an Absolventinnen und Absolventen der Förderschule, sowie an Schülerinnen und Schüler der Schule für Geistigbehinderte, die aufgrund ihrer Fähigkeiten und ihrer Persönlichkeitsentwicklung erfolgreich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt berufstätig sein könnten, dieses Ziel aber ohne entsprechende schulische Förderung und Begleitung nicht erreichen können. Im Vordergrund der BVE stehen daher lebens- und berufsorientierte Unterrichtsmodule, sowie eine intensive berufliche Vorbereitung im Rahmen von Orientierungspraktika. So kochen die BVE-Schüler zweimal in der Woche ihr

Mittagessen selbst, angeleitet werden sie dabei einmal in der Woche von einer Hauswirtschaftslehrerin aus der Fritz-Erler-Schule. Ebenso fällt die Reinigung der Schulräume in den lebenspraktischen ausgerichteten Unterricht, daneben stehen Unterrichtsmodule wie Bewerbungstraining, Grundkenntnisse über Ernährung und Haushalt oder der Umgang mit Finanzen auf dem Stundenplan. Am Mittwoch findet der Unterricht an der Ferdinand-von-Steinbeis-Schule statt, dort werden die Schüler gemeinsam von einem Berufsschullehrer und einem BVE-Lehrer in die Grundzüge der Holz- und Metallbearbeitung eingewiesen.

Die Maßnahme umfasst zwei Jahre und wird sowohl vom Integrationsfachdienst (IFD) als auch von der Agentur für Arbeit begleitet. Träger dieser neuen Einrichtung ist der Landkreis Tuttlingen, der mit der Berufsvorbereitenden Einrichtung die Bildungspolitische Landschaft im Landkreis Tuttlingen mit einem weiteren Baustein bereichert.

### **„Wir werden älter – wir werden weniger“ – Azubis beschäftigen sich mit den Folgen einer immer älter werdenden Gesellschaft**

Was bedeutet es für eine Gesellschaft, wenn immer weniger Kinder geboren werden und die Menschen immer älter werden? Diese Frage haben rund dreißig Azubis des Landratsamts Rems-Murr-Kreis und der Städte Schorndorf und Fellbach bei einem Workshop am vergangenen Montag im Landratsamt durchgespielt.

In einzelnen Arbeitsgruppen und mit unterschiedlichen Methoden wie einem Quiz, Webpräsentationen und einem Planspiel wurden die Azubis an die Herausforderungen und Konsequenzen, die der demografische Wandel mit sich bringt herangeführt. Dabei wurden die Auswirkungen des demografischen Wandels auf einzelne Bereiche wie Beschäftigung, Frauenerwerbstätigkeit,



Gesundheit und Pflege, Schülerzahlen und Schulen, Sport und Sportvereine herausgearbeitet und anschließend präsentiert.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass in den kommenden Jahren mehr ältere und weniger jüngere Menschen leben werden, haben die Azubis Handlungsmaßnahmen entwickelt, wie diesem Wandel begegnet werden kann. Die Teilnehmer des Workshops gaben dem Jugend-Workshop insgesamt ein sehr gutes Feedback. „Der Demografische Wandel ist überall ein Thema, nun sind mir auch die vielfältigen Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche des Alltags klar geworden“, so eine Teilnehmerin.

Die jungen Teilnehmer wurden von Landrat Johannes Fuchs und Ministerin Katrin Altpeter in das Thema eingeführt. „Der heutige Tag soll Sie sensibilisieren und Sie über den Tellerrand hinausblicken lassen“, so der Landrat. Ministerin Altpeter liegt vor allem am Herzen, dass die Generationen in einen Dialog treten. Anschließend bot die Ministerin den Azubis bei einer Diskussion die Möglichkeit, Fragen über die Generationenbeziehungen von heute und morgen sowie zur Demografie im Allgemeinen zu stellen.

### **Zweite Netzwerkkonferenz im Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald**

Das Netz an Frühen Hilfen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald wird dichter.

Das war der Tenor bei der zweiten Netzwerkkonferenz, bei der sechzig Fachleute unterschiedlicher Berufsgruppen sich trafen, um am Netzwerk Frühe Hilfen weiter zu arbeiten. Frühe Hilfen sind Unterstützungsangebote für Familien ab der Schwangerschaft bis zum 3. Lebensjahr des Kindes. Im Rahmen der Konferenz wurden drei konkrete Angebote an Frühen Hilfen vorgestellt. Das Fachteam „Baby im Blick“ der kreiseigenen Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche arbeitet seit Mai diesen Jahres mit den Geburtskliniken, niedergelassenen Ärzten und weiteren Kooperationspartnern zusammen und berät Familien rund um die Geburt. Eine erste Auswertung der Arbeit bestätigt den hohen Bedarf an Unterstützung von vielen Familien. Das Angebot „Start-Hilfe“ für junge Familien wird von den Wohlfahrtsverbänden ebenfalls im gesamten Landkreis angeboten und umgesetzt. Hierbei handelt es sich um ein Angebot des Landesprogramms Stärke plus, das Unterstützung zu Hause anbietet und mit Gruppentreffen kombiniert ist. Die Arbeit der Schwangerschaftsberatungsstellen kann auf eine langjährige und breit gefächerte Erfahrung im Arbeitsfeld zurückblicken und hat sich stetig weiterentwickelt. Die anwesenden Fachleute waren sich einig, dass der intensive Austausch an diesem Abend zu einer besseren und konstruktiveren Zusammenarbeit zum Wohle der Familien beigetragen hat. Das Netzwerk Frühe Hilfen

Breisgau-Hochschwarzwald hat damit seine Knoten verstärkt.

Das dritte Netzwerktreffen ist bereits in Planung und wird im Frühjahr 2013 stattfinden. Themenschwerpunkt ist dann das Thema „Kinderschutz“. Der Landkreis strebt zudem an, eine verbindliche Netzwerkvereinbarung mit allen Beteiligten abzuschließen. Die hierfür gebildete Arbeitsgruppe hat erste Überlegungen für die Netzwerkvereinbarung Frühe Hilfen angestellt. Geplant ist, im Laufe des Jahres 2013 mit allen Interessierten und Beteiligten die Netzwerkvereinbarung abzuschließen.

## Schulen

### **Kreisberufsschulzentrum Ellwangen (Ostalbkreis) hat Partnerschule im russischen Nishnij Tagil**

Eine Schuldelegation aus der russischen Stadt Nishnij Tagil konnte Landrat Klaus Pavel im Aalener Landratsamt begrüßen. Begleitet wurden die schulischen Leitungskräfte sowie Vertreter der Stadt Nishnij Tagil, die anlässlich des Abschlusses einer dreiwöchigen Lehrhospitation am Ellwanger Kreisberufsschulzentrum zur Unterzeichnung des Kooperationsvertrages angereist waren, von Oberstudiendirektor Peter Lehle und Vertretern des Ellwanger Lehrerkollegiums.

Seit dem Start des Technischen Gymnasiums zum Schuljahr 2004/2005 bemüht sich das Kreisberufsschulzentrum Ellwangen für die Schüler des Technischen Gymnasiums um Schulpartnerschaften. Ziel ist es, das Fremdsprachenlernen attraktiver zu gestalten, so wie es bei einigen Ausbildungsberufen schon jetzt der Fall ist. Hier wird beispielsweise bereits mit großem Erfolg eine Kooperation mit der Universität von Reading in Großbritannien für die Berufe der Technischen Assistenten gelebt.



Zu sehen ist die russische Schuldelegation beim Empfang im Aalener Landratsamt. Auf dem Bild v. l. n. r.: Susanne Dinkelacker, stv. Schulleiterin KBSZ Ellwangen, Nelli Mansurova, stv. Schulleiterin für Fremdsprachen Nishnij Tagil, Peter Lehle, Schulleiter KBSZ Ellwangen, Svetlana Sokolova, stv. Schulleiterin für Mittel- und Oberschule Nishnij Tagil, Galina Maslikova, Schulleiterin Nishnij Tagil, Valerij Groschew, Landrat Klaus Pavel, Vladimir Radaev, Vorsitzender des Schulrates von Nishnij Tagil, Kirsten Link, Aljona Sosiedkova, Annett Widmann, Anja Söhnlein.

Über das Hospitationsprogramm des Pädagogischen Austauschdienstes kam vor zwei Jahren ein Kontakt mit der „Allgemeinbildenden Schule Nr.32 mit erweitertem Fächerprofil“, einem Gymnasium in Nishnij Tagil zustande. Die Stadt mit gut 374 000 Einwohnern liegt rund 120 km nordöstlich von Jekaterinburg im Ural am Fluss Tagil. Mit Unterstützung des Austauschprogramms können Lehrkräfte aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa an einer Schule in Deutschland für die Dauer von drei Wochen hospitieren. Sie sollen auf diese Weise das deutsche Schulsystem und die hiesige Kultur kennen lernen. Untergebracht sind sie bei Lehrern der Schule, in der sie hospitieren. Das Ellwanger Kreisberufsschulzentrum nimmt regelmäßig an diesem Programm teil, und die Lehrer gewähren gerne Einblicke in die deutschen Unterrichtsformen.

Die Lehrerin Galina Romanowa, die 2010 an der ersten Hospitation teilnahm, war sehr interessiert an einer nachhaltigen Zusammenarbeit und trieb zusammen mit Nelli Mansurova, der stellvertretenden Direktorin für Fremdsprachenunterricht, die Kooperation voran. Im Oktober 2011 reiste dann eine deutsche Delegation nach Nishnij Tagil, um die Voraussetzungen für einen

regelmäßigen Schüleraustausch zu besprechen. Zum Abschluss der zweiten Lehrerhospitation, während der Aljona Sosiedkova und Valerij Groschew, beide Lehrer für Deutsch und Landeskunde in Nishnij Tagil, drei Wochen lang am Unterricht teilnahmen, reiste die Schulleitung an. Schulleiterin Galina Maslikova und Nelli Mansurova wurden begleitet von Svetlana Sokolova, der stellvertretenden Direktorin für die Mittel- und Oberstufe, sowie dem Vorsitzenden des Schulrats der Stadt Nishnij Tagil, Vladimir Radaev. Schulleiter Peter Lehle konnte mit seinen russischen Kollegen offiziell den Partnerschaftsvertrag unterzeichnen.

Darin werden u. a. regelmäßige Schüleraustausche vereinbart, die alle zwei Jahre stattfinden sollen. Voraussetzung für eine Teilnahme für die russischen Schüler ist, dass sie ab der zweiten Klasse, also ab einem Alter von acht Jahren, Deutschunterricht erhalten haben und sie beim Besuch in Deutschland mindestens 16 Jahre alt sind. Für die Ellwanger Schüler ist Voraussetzung der Russischunterricht ab Klasse 11 des Beruflichen Gymnasiums. Teilnehmen am Austausch können die Klassenstufen 11, 12 und 13. Bereits im ersten Halbjahr 2013 soll eine Gruppe aus Russland für etwa zehn Tage nach Ellwangen kommen; für die Ellwanger

Schüler ist ein Gegenbesuch in Nishnij Tagil im Herbst 2013 geplant. Die Austauschschüler sind dabei sogenannte Tandempartner, d.h. die Schüler besuchen sich und die Familien gegenseitig.

### Bundesweites Kindergartenprojekt in den Loffenauer Kindergärten im Landkreis Rastatt

„Große Themen für kleine Leute“, so heißt ein Projekt, das ein Jahr lang in den Loffenauer Kindergärten entwickelt und erprobt wird. Am 11. Dezember erlebten die Kinder live, wie Emil Wunsch aus Gausbach einen Holzstamm zu Brettern verarbeitet. Für den erfahrenen Holzverarbeiter war das Sägen ein „Kinderspiel“; hatte er doch vor Jahren den Weltrekord des „längsten Brettes“ der Welt mit 45,15 m erreicht. Die Erzieherin Anja Laubel und Försterin Katrin Dürr hatten ihn um Mithilfe gebeten. Die beiden Waldpädagoginnen erarbeiten zusammen mit den Kindern und unterstützt von den Einrichtungen und dem Kreisforstamt im Landratsamt ein Waldprojekt, das weit über die üblichen Themen der Naturpädagogik hinaus geht. Inhaltlich und qualitativ orientiert sich das Thema an den Standards der UN-Dekade. Es geht um den Auftrag zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, kurz BNE genannt. Die Kinder erfahren hier schon früh die Beziehung zwischen dem Umgang mit der Natur und ihrer „Welt“ zuhause, in Kindergarten oder Schule. Seit Herbst befassen sich die Kinder bei ihren regelmäßigen Waldtagen spielerisch mit „Häuser bauen“. Sie bauen eigene Zwerghäuschen oder ganze Städte aus Ästen, Steinen, Moos und Blättern. Verschiedene Aktionen begleiten das Jahr, wie der spannende Tag an dem im Beisein der Kinder genau jener Baum gefällt wurde, der dann am Dienstag zersägt wurde. Stolz trugen die Kinder auch selbst die fertigen Bretter der Weißtanne in den Kindergarten.

Wie die Pressestelle weiter mitteilt, bilden Anja Laubel und Katrin Dürr

eines von zwei baden-württembergischen Förster-Erzieher-Tandems, die bundesweit eine Palette verschiedenster BNE-Projekte im Wald erarbeiten. Organisiert von der Universität Freiburg und dem Bundesverband der Natur- und Waldkindergärten treffen sich Erzieher und Förster aus ganz Deutschland um für den Bildungsauftrag „Nachhaltige Entwicklung“ eine Sammlung an Bildungsangeboten zur „BNE“ zu entwickeln. Ende 2013 sollen die Ergebnisse durch Publikation und Fortbildungsseminare an andere Erzieher und Förster weiter vermittelt werden.

### **Ehrenamtliche Lernbegleiter unterstützen Schüler im Landkreis Lörrach**

Sie helfen jungen Menschen, ihren Schulabschluss zu meistern. Sie helfen ihnen auch, einen Ausbildungsplatz zu finden. „Das Engagement der ehrenamtlichen Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden“, betonte Thomas Heß von der Bildungsregion des Landkreises Lörrach bei einer Fortbildungsveranstaltung im Landratsamt Lörrach. Mehr als 20 Lern-

begleiterinnen und Lernbegleiter, die Jugendliche der Sekundarstufe an Haupt-, Werkreal- und Förderschulen im Landkreis individuell betreuen, nahmen die Einladung dankend an und lauschten dem spannenden Vortrag zum Thema „Das Lernen lernen“ von Günter Koene-  
mund, Leiter der Psychologischen Beratungsstelle des Landkreises Lörrach.

„Was ist nötig, damit Jugendliche gut und effektiv lernen?“ Um diese Frage kreiste der Vortrag von Günter Koene-  
mund, der den Lernbegleiterinnen und Lernbegleitern wertvolles Handwerkszeug wie das Vermitteln einer Lernstrategie und hilfreiche Tipps unter anderem zum Fördern der sozialen Kompetenz mit auf den Weg gab. „Was Sie hier leisten, ist nicht selbstverständlich“, betonte Thomas Heß, der sich bei den Gästen für ihren Einsatz im vergangenen Jahr bedankte und sie ermutigte, weiterhin engagiert Jugendliche zu begleiten. Mit ihrer auf einer Vertrauensbasis beruhenden Arbeit, leisteten die Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter einen wichtigen und ergänzenden Beitrag für die Erfüllung der Erziehungs- und Bildungsarbeit der Schulen und Elternhäuser.

### **Landratsamt Ludwigsburg und Schulen arbeiten gemeinsam an der Analyse und Planung von Radschulwegen – Verkehrssicherheit für Schüler soll weiter verbessert werden**

Ein neues Projekt hat der Fachbereich Vermessung, Flurneuordnung und Geoinformation des Landratsamtes Ludwigsburg auf die Beine gestellt: In Zusammenarbeit mit den Schulen und Kommunen des Landkreises erfasst er die aktuellen Radschulwege und trägt sie in ein GIS-Programm (Geoinformationssystem) ein. Anhand der Daten können diese dann analysiert und optimiert werden. Der Auftakt des Projektes fand mit Schülerinnen und Schülern von drei Schulen in Bietigheim-Bissingen statt. Landrat Dr. Haas bezeichnet das Projekt als „notwendige Ergänzung zu den bisher bestehenden Plänen, um die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler im Straßenverkehr weiter zu verbessern.“

Um das Unfallrisiko für Kinder und Jugendliche auf dem Schulweg zu verringern, gibt es bereits Schulwegpläne, die sichere Wege für Kinder und Jugendliche von und zur Schule aufzeigen. Damit dieses Angebot ausgebaut wird, hat der Fachbereich Vermessung, Flurneuordnung und Geoinformation des Landratsamtes ein neues Projekt initiiert: Die Erstellung von Radschulwegeplänen als Ergänzung zu den bisher vorhandenen „Fußschulwegeplänen“. Sie sollen nicht nur den Schulweg mit dem Fahrrad sicherer machen, sondern zugleich den Schülern das Fahrrad als umweltfreundliches Fortbewegungsmittel nahebringen. Landrat Dr. Haas liegt viel an dem Projekt: „Es ist eine Ergänzung zu den bestehenden Plänen, um die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler im Straßenverkehr weiter zu verbessern. Außerdem ist dieses Projekt Teil unseres landkreisweit angelegten, nachhaltigen Mobilitätskonzeptes.“ Er zeigte sich erfreut über die Zusammenarbeit mit den Schulen im Landkreis. An den Ellental-Gymnasien in Bietigheim-Bissingen war



bereits früher ein Radschulwegeplan erstellt worden. Nun arbeitet der betreffende Fachbereich des Landratsamtes mit drei weiteren Schulen in Bietigheim-Bissingen zusammen, nämlich mit der Realschule und der Waldschule in Bissingen sowie mit der Realschule im Aurain. Das Projekt läuft wie folgt ab: Nach einer grundsätzlichen Untersuchung des Mobilitätsverhaltens aller Schüler werden die Radfahrer gebeten, ihre aktuellen Radfahrstrecken zur Schule anzugeben. Dies erfolgt im Rahmen des Geografieunterrichtes, hier erfassen die Schülerinnen und Schüler zusammen mit Eltern und Lehrern die genutzten Wege. Landrat Dr. Haas betont, dass es darauf ankomme, von den Schülerinnen und Schülern zu erfahren, wie sie tatsächlich mit dem Fahrrad zu Schule kommen und mit welchen Problemen sie dabei konfrontiert werden. Die Daten werden dann digital in einem vom Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung bereitgestellten Programm gespeichert. Neben den Wegen können auch Angaben zu Gefahren- und Problemstellen erfasst werden, beispielsweise unübersichtliche Stellen, schlechter Fahrbahnbelag, ungünstige Ampelschaltung oder Gefahrenpunkte in Bezug auf den Autoverkehr.

Der Fachbereich Vermessung, Flurneuordnung und Geoinformation wertet anschließend die digitalen Daten aus und erstellt Karten für die weitere Analyse. Darin werden zunächst die von den Schülern heute tatsächlich genutzten Radwege mit deren Gefahrenpunkten dargestellt. Die Schulen legen dann gemeinsam mit den Kommunen fest, welche Schulwege zu den jeweiligen Schulen empfohlen werden können und welche im Gegenzug eher vermieden werden sollten. Die Ergebnisse stellt der Fachbereich Vermessung, Flurneuordnung und Geoinformation abschließend in einem Radschulwegeplan dar, der auf den Internetseiten der Schulen und Kommunen eingestellt werden kann. „Der digitale Radschulwegeplan soll den

Schülerinnen und Schülern helfen, sich für die Fahrt mit dem Rad zur Schule zu entscheiden“, erläutert Landrat Dr. Haas. „Die Kommunalverwaltungen können die Angaben der Schülerinnen und Schülern auswerten, den Handlungsbedarf bewerten und anschließend gegebenenfalls die Verbesserung der Radschulwege in Angriff nehmen. Ich würde begrüßen, wenn weitere Schulen im Landkreis solche Radschulwegepläne erarbeiten möchten und sage hier gerne unsere Unterstützung zu.“

**Neuer Studiengang beim  
Landratsamt Karlsruhe –  
Bachelor of Science Sicherheitswesen –  
Vertiefung Umwelttechnik**

Das Landratsamt Karlsruhe bietet jungen Menschen nach ihrem Schulabschluss eine Vielzahl von interessanten Ausbildungsmöglichkeiten. Ab Oktober erweitert zum ersten Mal ein Ausbildungsplatz als Bachelor of Science Sicherheitswesen mit Vertiefung Umwelttechnik das breite Ausbildungsangebot. Das Berufsbild beinhaltet eine naturwissenschaftlich-technische Ingenieurausbildung und wird in dreijährigem dualen System in Zusammenarbeit mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Karlsruhe (DHBW) vermittelt.

Die Ausbildungsstelle ist im Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz angesiedelt, das ein großes Aufgabenspektrum bewältigt: von Abfallrecht über Altlasten, Boden-, Grundwasser-, Gewässer-, Immissions- und Naturschutz bis hin zum Wasserrecht. Der Schwerpunkt der praktischen Ausbildung liegt im Bereich der Gewerbeaufsicht. Hierbei stehen Genehmigungs- und Überwachungstätigkeiten zur Einhaltung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften zum Schutz von Beschäftigten und Dritten sowie die Beachtung der Zielvorgaben für die Güte von Luft und Wasser oder für Lärmimmissionen im Vordergrund.

Während der dreijährigen Ausbildung werden vielseitige Qualifikationen ver-

mittelt, so dass im Anschluss an das Studium Beschäftigungsmöglichkeiten in Industrie, Gewerbe, Dienstleistungsunternehmen, Ingenieurbüros sowie Kommunen, Landkreisen und Fachbehörden der Länder oder des Bundes offenstehen.

**Neues Angebot am Berufsschulzentrum  
Künzelsau im Hohenlohekreis**

Gemeinsame Initiativen von Wirtschaft, insbesondere der Innovationsregion Kocher & Jagst e.V., dem Hohenlohekreis und der Gewerblichen Schule Künzelsau haben nun zu einem Erfolg geführt. Das Ministerium hat die besondere Situation im Hohenlohekreis mit dem engen Schulterschluss zwischen allen Beteiligten als beispielhaften Weg anerkannt.

Es wurde ein neues dreistufiges Modell entwickelt, welches ein 3-jähriges Technisches Gymnasium mit dem Profulfach Technik und Management an der Gewerblichen Schule Künzelsau beinhaltet. Damit können mit dem Angebot an der Gewerblichen Schule in Öhringen im Hohenlohekreis insgesamt vier unterschiedliche Profile angeboten werden. Das neue Technische Gymnasium in Künzelsau wird ergänzt durch eine neue 2-jährige gewerblich-technische Berufsfachschule Fachrichtung MINTec. Dritter Baustein ist eine Kooperation mit den Künzelsauer Real- und Werkrealschulen. Das Technische Gymnasium wird zum Schuljahresbeginn 2013/14 eingerichtet. Ziel des Unterrichts ist der Erwerb der allgemeinen Hochschulreife. Ingenieur- und wirtschaftswissenschaftliche Inhalte werden integrativ unterrichtet als Abbild des dynamischen Zusammenwirkens technischer und ökonomischer Kräfte in der Arbeitswelt. Dementsprechend werden die Inhalte und Ziele von Aufgaben und Problemen aus Technik, Wirtschaft und kaufmännischer Berufswelt abgeleitet, wodurch den Schülerinnen und Schülern das Denken in Strukturzusammenhängen vermittelt wird. Alles in allem eine interessante Ver-

bindung von Technik und Management und damit eine zusätzliche Bereicherung des Bildungsangebotes im Hohenlohekreis.

Ebenfalls zum Schuljahresbeginn 2013/14 wird die landesweit erste Berufsfachschule Fachrichtung MINTec eingerichtet. MINTec umfasst die Themengebiete Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

Die hoch entwickelte Industrie im Hohenlohekreis erfordert dringend die Heranführung von mehr Jugendlichen an die Technik. Insbesondere sollen auch Mädchen ermutigt und begeistert werden, ihre Fähigkeiten in Technik und Wirtschaft zu entdecken und auszubauen.

Mit diesem neuen Angebot wird, beginnend ab dem Kindergarten, im Rahmen der bisherigen MINT-Projekte ein durchgängiges System bis zum Abitur eröffnet. Das Ziel, mehr junge Menschen und auch verstärkt mehr Mädchen für Technik zu begeistern, kann damit deutlich gestärkt werden.

Im Rahmen des Berufsinformationstages am 2. Februar informierte die Gewerbliche Schule Künzelsau über die neuen Bildungsangebote.

### **Präventionsbausteine an Schulen übergeben – Neues Angebot zur Stärkung der schulischen Präventionsarbeit im Hohenlohekreis**

Um die Präventionsarbeit an den Schulen im Hohenlohekreis zu stärken, hat die Fachgruppe Prävention des Hohenlohekreises eine umfangreiche Mappe mit Präventionsbausteinen zusammengestellt. Das insgesamt 99-seitige Werk konnte am 22.1.2013 von Helmut M. Jahn offiziell an die Leiterin des Staatlichen Schulamts Künzelsau, Ursula Stock, übergeben werden.

Die Mappe beinhaltet Angebote zahlreicher Institutionen aus den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention, die für den Unterricht an Schulen entwickelt wurden und eng mit der persönlichen und sozialen Entwicklung



Landrat Helmut M. Jahn und die Leiterin des Staatlichen Schulamts Künzelsau, Ursula Stock (Mitte), zusammen mit den Mitgliedern der Fachgruppe Prävention

von Kindern und Jugendlichen verknüpft sind. Insbesondere geht es dabei um Durchsetzungsvermögen, Konfliktbearbeitung, Selbstbewusstsein, Erfahrungen mit Gewalt und Umgang mit Süchten.

Die Mappe mit den Präventionsbausteinen soll allen Schulen im Hohenlohekreis zur Verfügung gestellt werden. Lehrer und Schulsozialarbeiter können sich Anregungen und Unterstützung bei außerschulischen Fachleuten holen, um ihre bisherige Präventionsarbeit an den Schulen zu ergänzen und neue Impulse zu setzen.

Die Unterrichtsinhalte werden zum Beispiel von freien Pädagogen und Trainern angeboten. Weitere Ansprechpartner sind Krankenkassen, die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle, der kommunale Suchtbeauftragte, die Präventionsbeauftragten des Regierungspräsidiums und viele andere mehr.

Die Mappe hat ein Register, das die Angebote aus den Gebieten der Suchtprävention, Gewaltprävention, Medienpädagogik und Gesundheitsförderung

beinhaltet. Im Anhang findet sich eine Sammlung mit Kontaktdaten zu den Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche im Landkreis.

Die Fachgruppe Prävention gehört zum Arbeitskreis Sucht des Hohenlohekreises und wird vom Kommunalen Suchtbeauftragten Joachim Gallinat moderiert. Zu ihren Mitgliedern zählen die Psychosoziale Beratungsstelle, das Regierungspräsidium Stuttgart, die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle der Polizeidirektion Künzelsau, das Staatliche Schulamt Künzelsau, das Gesundheitsamt und das Jugendamt des Hohenlohekreises, der Lions Club Hohenlohe – Künzelsau, die Jugendreferate in der Trägerschaft des Albert-Schweitzer-Kinderdorfs, die Informations- und Kooperationsstelle gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen im Hohenlohekreis, der Kinderschutzbund Öhringen – Hohenlohekreis sowie Suchtpräventionslehrer und Schulsozialarbeiter. Die Fachgruppe bildet seit Jahren ein gut funktionierendes Netzwerk auf dem Gebiet der Prävention und Gesundheitsförderung.

Kultur

Landrat wirbt für „Sieben im Süden“

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der regionalen ländlichen Freilichtmuseen in Baden-Württemberg „Die Sieben im Süden“ begrüßte Landrat Dr. Heiko Schmid Minister Alexander Bonde am Stand der „Sieben im Süden“ auf der CMT in Stuttgart und stellte das neue Jahresprogramm der Freilichtmuseen im Land vor. „Die sieben Freilichtmuseen laden mit ihrem Jahresprogramm Familien und Interessierte in die Welt der 20er-Jahre auf dem Land ein“, warb Landrat Dr. Heiko Schmid. „Reisen Sie in die Vergangenheit und entdecken Sie auf den vielseitigen Veranstaltungen und Aktionen, wie man vor beinahe 100 Jahren auf dem Land lebte und arbeitete.“ Minister Bonde zeigte sich sehr interessiert an den geplanten Veranstaltungen und wünschte für die kommende Museums-saison viel Erfolg.

Ausstellung in der  
Galerie Bodenseekreis:

„Kurt Badt – Ein Leben für die Kunst:  
Die wahre Schönheit der Dinge“

Vom 11. April bis 21. Juli 2013 ist in der Galerie Bodenseekreis in Meersburg die Ausstellung „Kurt Badt – Ein Leben für die Kunst: Die wahre Schönheit der Dinge“ zu sehen. Sie stellt das Leben und Werk von Kurt Badt vor, der nicht nur künstlerisch und kunsthistorisch tätig war, sondern auch Gedichte schrieb und seine Zeit als kritischer Beobachter begleitete. Zu sehen sind über 40 Gemälde, Grafiken, Gedichte sowie Manuskripte von Kurt Badt selber, aber auch Briefe und Bilder befreundeter Künstler. Der Kunsthistoriker und Künstler wurde 1890 in Berlin geboren und kam aus dem jüdischen Großbürgertum. Nach dem Studium der Kunstgeschichte und Philosophie in Berlin, München und Freiburg



Landrat Dr. Heiko Schmid (li.) überreicht zusammen mit Steffi Cornelius, Leiterin des Beurener Freilichtmuseums, Minister Alexander Bonde einen Korb mit Köstlichkeiten aus allen sieben Freilichtmuseen.

ließ er sich zum ersten Mal 1924 am See in Bodman-Ludwigshafen als freischaffender Maler und Schriftsteller nieder. Er trat der Bodensee-Künstlervereinigung „Der Kreis“ bei und entdeckte die Bodenseelandschaft für seine Malerei. Sein Leben lang war er auf der Suche nach dem Wesen der Kunst und nach der wahren Schönheit der Dinge und fand hier im

südwestlichen Winkel Deutschlands ein Refugium dafür. Am Bodensee und seiner Landschaft fühlte er sich zu Hause. Mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus begann eine Zeit der Unruhe und der Agonie und Kurt Badt musste 1939 nach London ins Exil fliehen. Dort erlebte er während der Kriegszeit und intensivierte seine kunsthistorischen Studien. 1952 kehrte er an den Bodensee zurück und lebte bis zu seinem Tod 1973 in Überlingen. In dieser Zeit entstanden seine großen kunsthistorischen Werke, Bücher über Paul Cézanne und Vincent van Gogh, die ihn in seinen letzten Lebensjahren in der Welt der Kunstwissenschaft bekannt machten und ihm 1968 eine Professur an der Konstanzer Universität verschafften. Die Galerie des Bodenseekreises widmet jetzt diesem in der Region etwas in Vergessenheit geratenen Kunsthistoriker und Maler eine große Ausstellung, die ihn als vielseitig interessierten und begabten Menschen zeigt, der mit der Bodenseelandschaft innig verbunden war.

Die Ausstellung: „Kurt Badt – Ein Leben für die Kunst: Die wahre Schönheit der Dinge“ ist vom 11. April bis 21. Juli in der Galerie Bodenseekreis in Meersburg zu sehen.

„Kurt Badt – Ein Leben für die Kunst: Die wahre Schönheit der Dinge“  
Galerie Bodenseekreis  
Schlossplatz 13  
88709 Meersburg

Ausstellungsdauer: 11.4. bis 21.7.2013  
Ausstellungseröffnung: 10.4.2013  
Führungen mit Dr. Ulrike Niederhofer,  
Kuratorin: 12.5. um 11.00 Uhr und 4.7. um  
19.00 Uhr  
Katalog zur Ausstellung: 10 Euro

Öffnungszeiten: dienstags bis sonntags  
sowie an Feiertagen von 11.00 bis 17.00  
Uhr

Eintritt: Erwachsene 4 €/ermäßigt 2 €  
Freier Eintritt mit der Bodensee-Erlebnis-  
karte

Weitere Informationen unter:  
[www.galerie-bodenseekreis.de](http://www.galerie-bodenseekreis.de)  
[kulturamt@kultur-bodenseekreis.de](mailto:kulturamt@kultur-bodenseekreis.de)  
07553/91675-10

## Jugend

### **Zweijähriges Modellprojekt im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald zur Inklusion in der Jugendarbeit**

„Es wurde ein Meilenstein bei der Klärung der Frage erreicht, wie Inklusion in der Jugendarbeit gelingen kann“. Das Fazit des Kreisjugendreferenten beim Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald, Martin Geserich, war eindeutig, als die Ergebnisse des Projekts „Inklusion von Kindern und Jugendlichen in der Freizeit“ den Medien vorgestellt wurden. Daran beteiligt waren das „Inklusive Ferienprogramm der Gemeinde Bötzingen“ und als zweites Teilprojekt „All Inklusiv“, an dem das SOS-Kinderdorf Sulzburg, die Stadt Heitersheim und die Diakonische Initiative „Unbehindert miteinander leben“ beteiligt waren. Alle Projektbeteiligten waren sich in der Bewertung einig, dass wichtige Erkenntnisse für eine zukünftige inklusive Gestaltung von Kinder- und Jugendarbeit gewonnen werden konnten.

Das traditionelle Ferienprogramm in Bötzingen war in den Jahren 2001 und 2012 erstmals inklusiv und offen für alle. Daran beteiligt haben sich insgesamt

rund 1400 Kinder aus 240 Familien. Etwa dreißig Kinder mit Behinderung nahmen teil. Durch Sensibilisierungsaktionen wie einem Rollstuhlparcours wurde das Thema inhaltlichen Kern des Programms, das von Politik, Verwaltung und Vereinen gleichermaßen unterstützt wird. „Die Inklusion sollte nicht mit den Sommerferien enden und das hat funktioniert“, so Bötzingens Bürgermeister Dieter Schneckenburger.

Bei dem Teilprojekt „All Inklusiv“ treffen sich Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung einmal im Monat in den beteiligten Jugendeinrichtungen. Ausgangspunkt war eine Aktion, bei der mit einem zum Wohnzimmer umgebauten Bus verschiedene Pausenhöfe von Schulen angefahren wurden. Die Organisatoren erfragten darin die Freizeitaktivitäten der Schüler. Ergebnis war eine Freizeitgruppe aus 15 bis 20 Jugendlichen mit und ohne Behinderung. „Früher hatten wir in unserer Einrichtung keine Kinder mit einem Handicap. Durch dieses Projekt entwickelten sich viele Begegnungen und ein lebendiges Miteinander und auf den Freizeiten wurden Gemeinschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl erlebt“, unterstreicht Jana Ibscher vom Jugendreferat der Stadt Heitersheim.

Wissenschaftlich begleitet wurde das Projekt von Professor Helmut Schwalb von der Integrativen Akademie Himmelfreich. Er kam zu dem Schluss, dass die Akzeptanz für Inklusion sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Einrichtungen grundsätzlich vorhanden ist. „Es ist aber kein Selbstläufer und es bedarf viel Motivation, Koordination und Unterstützung“, so Schwalb. Förderliche Faktoren und Rahmenbedingungen zur Umsetzung inklusiver Angebote seien ausreichende und geeignete personelle Ressourcen, eine bewusst inklusive Gestaltung der Angebote und Kontakt-situationen und flankierende sozialraumorientierte Maßnahmen. Zudem sollten sich die Jugendlichen als Experten in eigener Sache verstehen und da-

nach handeln können. Inklusive Angebote würden zudem die Chance der Mitwirkung zum Beispiel beim Abbau von Berührungängsten bieten. „Inklusion in der Jugendarbeit ist eine Langzeitaufgabe, lässt sich nicht verordnen und schon gar nicht erzwingen“, bilanzierte Professor Schwalb.

Vor diesem Hintergrund wurden die Projektergebnisse im Rahmen eines Fachtags „Familienfreundlich konkret – Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit“ einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Die Sozialdezernentin des Landratsamtes Breisgau-Hochschwarzwald äußerte dabei den Wunsch, dass viele interessierte Personen und Institutionen auf die Projektpartner zugehen, um zu prüfen, wie in ihren Gemeinden und Organisationen inklusive Projekte in der Jugendarbeit durchgeführt werden könnten.

## Krankenhaus – Gesundheit

### **Ostalbkreis gründet Netzwerk zur Bekämpfung multiresistenter Erreger**

Der Geschäftsbereich Gesundheit im Landratsamt Ostalbkreis hat zusammen mit den niedergelassenen Ärzten, den Sozialstationen, Pflegeheimen und Krankenhäusern ein MRE-Netzwerk Ostalbkreis gegründet. „MRE“ steht für Multi-resistente Erreger, deren Prävention und Bekämpfung nur durch eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit unter den Partnern im Gesundheitswesen gelingen kann.

Anfang März 2013 konnte Landrat Klaus Pavel zahlreiche Vertreter von Gesundheitsinstitutionen im Ostalbkreis im Aalener Landratsamt begrüßen. In der Veranstaltung über multiresistente Keime und ihre Bekämpfung gab zunächst Gesundheitsdezernent Dr. Klaus Walter Informationen über den MRSA-Erreger – MRSA steht für Methicillin-resistenter Staphylococcus Aureus. Danach wurde der Ist-Zustand im Ostalbkreis



Zu sehen sind v. l. n. r.: Chefarzt Dr. Manfred Wiedemann, Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd; Rainer M. Gräter, Vorsitzender der Kreisärzteschaft Aalen; Hans Eberhardt, Pfleger am Klinikum Heidenheim und Dr. Klaus Walter, Gesundheitsdezernent Landratsamt Ostalbkreis.

dargestellt, für die Krankenhäuser referierte Chefarzt Dr. Manfred Wiedemann vom Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd. Die Sicht der niedergelassenen Ärzteschaft brachte Rainer M. Graeter, der Vorsitzende der Kreisärzteschaft Aalen, ein und aus der Sicht der Alten- und Pflegeheime sprach Christoph Rohlik von der Samariterstiftung. Anschließend gab es einen interessanten und anschaulichen Erfahrungsbericht aus einem bestehenden Netzwerk in der Nachbarschaft. Hans Eberhardt, Pfleger am Klinikum Heidenheim, führte kenntnisreich in die Problematik ein und zeigte Lösungswege auf. In den Vorträgen wurde deutlich, dass der Ostalbkreis von multiresistenten Erregern nicht überdurchschnittlich betroffen ist. Insgesamt stellt sich die Situation im Vergleich zu Baden-Württemberg oder Deutschland sogar eher günstiger dar. Trotzdem sind große gemeinsame Anstrengungen notwendig, um die bundesweit zu beobachtende schnelle und beunruhigende Zunahme von multiresistenten Erregern zu bekämpfen. Multiresistente Erreger verursachen nicht nur Kosten, sondern sie belasten alle Partner im Gesundheitswesen und natürlich vor allem die be-

troffenen Patienten, deren Wohl für alle Beteiligten das größte Anliegen ist. In der anschließenden lebhaften Diskussionsrunde wurden viele Facetten der Problematik multiresistenter Erreger angesprochen, so beispielsweise der in Deutschland hohe Verbrauch von Antibiotika beim Menschen, aber auch in der Tierzucht.

„Das MRE-Netzwerk wird nun unter der Koordination des Geschäftsbereichs Gesundheit seine Arbeit aufnehmen und praktische Handlungsempfehlungen für die jeweiligen Einzelbereiche erarbeiten“, so Dr. Walter. Ziel ist es, multiresistente Erreger aufzuspüren und – wenn notwendig – die Patienten einer konsequenten Sanierung zuzuführen, sei es im Krankenhaus, im Pflegeheim oder beim Hausarzt. Es bestand die einhellige Meinung, dass nur gemeinsam eine Verbesserung erreicht werden kann und dass die Gründung des MRE-Netzwerkes zum richtigen Zeitpunkt erfolge.

#### **Kreis geht strategische Partnerschaft mit der Sana Kliniken AG ein**

Der Landkreis Biberach geht eine strategische Partnerschaft mit der Sana Kli-

niken AG zum Betrieb der Kliniken in Biberach, Riedlingen und Laupheim ein. Das entschied am 14. Dezember 2012 der Biberacher Kreistag mit deutlicher Mehrheit (52 Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen, zwei Enthaltungen) in seiner Sitzung in Aßmannshardt. Künftig gehören der neuen Sana Kliniken Landkreis Biberach GmbH 74,9 Prozent der Geschäftsanteile der Sana Kliniken AG und 25,1 Prozent der Anteile dem Landkreis Biberach. „Die breite Mehrheit ist ein klares Signal für den Neubau in Biberach, die Aufrechterhaltung von dezentralen stationären Strukturen in Riedlingen und Laupheim bis mindestens 2017, den Ausschluss von Beendigungskündigungen bis 1. Januar 2016, die bestmögliche medizinische Versorgung im Landkreis Biberach in der Zukunft und gesicherte wirtschaftliche Verhältnisse bei den Kliniken und beim Landkreis.“

#### *Das Sana-Konzept*

Die Sana-Kliniken AG baut bis Ende 2017 in Biberach ein neues Krankenhaus mit 350 bis maximal 500 Betten und investiert 70 bis maximal 114 Millionen Euro. Sana will in Riedlingen und Laupheim ein Grundniveau für innere und chirurgische stationäre Leistungen mit jeweils 40 bis 60 Betten bis mindestens zur Fertigstellung des Neubaus in Biberach aufrechterhalten. Dafür leistet der Landkreis einen Zuschuss in Höhe von 10 Millionen Euro bis 2018. Außerdem bringt der Landkreis fünf Millionen Euro als Eigenkapitalerhöhung in die gemeinsame GmbH ein, die Sana Kliniken AG weitere zehn Millionen Euro.

Sana schließt betriebsbedingte Beendigungskündigungen bis zum 1. Januar 2016 aus. Es wird darüber hinaus ein Sozialfonds mit 15 Millionen Euro eingerichtet.

#### *Medizinisches Konzept*

Das medizinische Leistungsangebot von Sana sieht die Sicherstellung des gesetzlich festgelegten Versorgungsauftrages vor. Außerdem ist die notärzt-

liche Versorgung versichert. Sana strebt ebenso Zentren in Biberach beispielsweise für Onkologie, Neurologie und Altersmedizin an. Die Frauenheilkunde und Geburtshilfe soll zentral in Biberach stattfinden. Außerdem ist eine neonatologische Versorgungskompetenz (Neugeborenenmedizin) angedacht.

## *Bieterverfahren*

Diesem heutigen Beschluss voraus ging ein Bieterverfahren, das Mitte Mai dieses Jahres eingeleitet und Ende Juli mit Bewertungskriterien hinterlegt wurde. Bewertungskriterien waren insbesondere das medizinische, wirtschaftliche und organisatorische Konzept sowie das Personalkonzept. Das, so Landrat Dr. Heiko Schmid, waren die Eckpfeiler für die Ausschreibung. „Wir haben ferner gewünscht, dass uns Angebote für die Aufrechterhaltung von dezentralen stationären Strukturen für Riedlingen und Laupheim unterbreitet werden.“

Ende November 2012 haben die Helios Kliniken GmbH und die Sana AG notarielle Angebote abgegeben.

## *Hintergrund*

Verzeichnete die Kliniken Landkreis Biberach GmbH im Jahr 2009 noch einen Gewinn von rund 150 000 Euro, so war es im Jahr 2010 bereits ein Minus von 5,4 Millionen einschließlich Eigenbetrieb, im Jahr 2011 gar 11 Millionen Euro zusammen mit dem Eigenbetrieb. Und auch in diesem Jahr steuert die GmbH auf dieses geplante Minus von 11 Millionen Euro zu. Als erste Sofortmaßnahme wurde Ende 2011 die stationäre Versorgung mit 50 Betten in Ochsenhausen eingestellt. Hauptgründe für diese Entwicklungen waren das im Jahr 2005 eingeführte Fallpauschalensystem, Kostensteigerungen und vor allem Lohn-erhöhungen. Vor diesem Hintergrund und vor der Tatsache, dass es immer schwieriger wird, Ärzte und ausgebildetes Pflegepersonal zu finden, hat der Kreis im Jahr 2009 umfassende Überlegungen angestellt, wie man diesen

Entwicklungen begegnen könnte, wie man die Häuser in Biberach, Riedlingen, Laupheim und Ochsenhausen in eine gute Zukunft führen kann.

## **Zweite Gesundheitskonferenz im Dezember 2012 im Landkreis Tuttlingen – Schwerpunkte: Ärztliche Versorgung, psychische Erkrankungen und Diabetes**

### *Ärztliche Versorgung ist ein Schwerpunktthema*

Ein Schwerpunkt der 2. Gesundheitskonferenz lag bei der ärztlichen Versorgung. Gerade im ländlichen Raum zeichnen sich hier in den kommenden Jahren gravierende Veränderungen ab. Der Vorsitzende der Kreisärzteschaft, Dr. Klaus Möller, belegte dies in einem Vortrag mit eindrucksvollen Zahlen. Demnach sind im Landkreis Tuttlingen mehr als die Hälfte der Hausärzte über 55 Jahre alt. Viele dieser Ärzte gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Es zeichnet sich bereits heute ab, dass viele der Mediziner dann keinen Nachfolger für ihre Praxis finden werden. Diese Aussage wird von der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KV) bestätigt. Sie geht davon aus, dass bis in fünf Jahren jede dritte Hausarztpraxis nicht wieder besetzt werden kann. Erschwerend kommt laut KV hinzu, dass auch die Patienten immer älter werden und eher mehr medizinische Hilfe benötigen als weniger. Um diesem drohenden Versorgungsgap zu begegnen, wurde bei der Tagung eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Diese Arbeitsgruppe nahm in diesem Jahr ihre Arbeit auf. Ziel ist, maßgeschneiderte Lösungen für die Region gegen den drohenden Ärztemangel zu entwickeln und umzusetzen.

### *Präsident der Landespsychotherapeuten- kammer referiert über psychische Erkrankungen*

Ein zweiter Schwerpunkt der Gesundheitskonferenz lag auf den psychischen Erkrankungen. Mit dem Präsidenten

der Landespsychotherapeutenkammer, Dr. Dietrich Munz, war hierzu ein hochrangiger Referent nach Tuttlingen gereist. Munz belegte in seinem Vortrag eindrücklich die Bedeutung von psychischen Erkrankungen für die Betroffenen. So leiden etwa 30% der Bevölkerung mindestens einmal im Leben an einer psychischen Erkrankung. Doch nicht nur für die Betroffenen selbst sind psychische Erkrankungen stark belastend. Aufgrund der oftmals langen betrieblichen Fehlzeiten haben psychische Erkrankungen auch eine enorme volkswirtschaftliche Bedeutung. So kommt eine aktuelle Studie der Bundespsychotherapeutenkammer zu dem Ergebnis, dass aktuell 5% aller Krankschreibungen durch psychische Erkrankungen verursacht werden. Die Dauer der Krankschreibungen ist dabei mit durchschnittlich 30 Tagen überdurchschnittlich lang.

Ähnlich bedenkliche Zahlen präsentierte Dr. Albrecht Dapp, Chefarzt und Leiter der diabetologischen Tagesklinik in Spaichingen, zum Thema Diabetes. Demnach leiden alleine in Baden-Württemberg über eine halbe Million Menschen an der Zuckerkrankheit. Diese Erkrankungshäufigkeit dürfte sich im Zuge der demografischen Entwicklung mit immer mehr älteren Menschen in den nächsten Jahren noch erhöhen. Die Tagungsteilnehmer beschlossen daher, die Themen arbeitsplatzbezogene psychische Erkrankungen sowie Diabetes in diesem Jahr weiter zu bearbeiten und zu vertiefen.

### *Landrat zieht positives Fazit der Gesundheitskonferenz*

Zusammenfassend zieht Landrat Bär ein positives Fazit der zweiten Gesundheitskonferenz: „Unser Ziel, mit der Gesundheitskonferenz einen gemeinsamen runden Tisch zur Vernetzung und Kooperation der Akteure im Gesundheitsbereich aufzubauen, geht voll auf. Wir haben damit ein Forum geschaffen, um Verbesserungen im Gesundheitsbereich mit allen Handlungsträgern gemeinsam zu planen und die Maßnahmen optimal aufzu-

inander abzustimmen. Diese Zusammenarbeit wird wesentlich dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung der Kreisbevölkerung in den nächsten Jahren zu sichern und zu optimieren.“

Mit der zweiten kommunalen Gesundheitskonferenz im Landkreis Tuttlingen fand im Landratsamt bereits zum zweiten Mal im letzten Jahr ein runder Tisch zum Thema Gesundheit statt. Der Einladung von Landrat Stefan Bär waren zahlreiche Experten aus allen Bereichen des Gesundheits- und Sozialbereichs gefolgt. Der Landrat sieht darin eine Bestätigung, dass sich der Landkreis dem Gesundheitsbereich als wichtigem Zukunftsthema intensiv widmet. Dazu Bär: „Der Gesundheitsbereich gehört mittlerweile zu den wichtigsten Standort- und Wirtschaftsfaktoren einer Region. Neben dem Arbeitsplatzangebot, dem Bildungswesen sowie der Verkehrsinfrastruktur entscheidet das Gesundheitswesen ganz wesentlich über die Attraktivität einer Region. Je besser Gemeinden, Städte und Landkreise mit Ärzten, Krankenhäusern und anderen Gesundheitsdienstleistern versorgt sind, desto interessanter sind sie für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.“

## Tourismus

### **Grenzüberschreitende Tourismus-Exkursion-Touristiker aus dem Dreiländereck lernen sich näher kennen**

Zum ersten Mal trafen sich am 6. Februar Tourismusakteure aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz zu einer gemeinsamen Exkursion. Johannes Steffan, Leiter der Stabsstelle Tourismus im Landratsamt Lörrach, und Eric Lefebvre, Directeur des Office du Tourisme du Pays de Saint-Louis – Huningue, begrüßten rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Vitra Campus in Weil am Rhein.

„Das gegenseitige Kennenlernen der Akteure im trinationalen Tourismusraum steht bei der heutigen Veranstaltung im Vordergrund“, erklärt Steffan, „zudem ist es wichtig, dass auch die Angebote im Nachbarland wahrgenommen werden und bekannt sind. Schließlich hört für den Gast die Tourismusregion nicht an der Grenze auf.“

Vermieter, Gästeführer, Hoteliers und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Tourist-Informationen bildeten den Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, der sich bei kalten Temperaturen vor dem Vitra Design Museum zur Architekturführung über den Campus getroffen hat. Hierbei lernten die Teilnehmer die Gebäude und deren Besonderheiten kennen. Besonders das Feuerwehrhaus von Zaha Hadid beeindruckte die Zuhörer.

Anschließend fuhr die Expertengruppe mit dem Bus gemeinsam zur Fondation Fernet-Branca in Saint-Louis. Auf dem Programm stand hier die Kunst-Ausstellung der Stiftung Fondation des Treilles. Abschließend hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch einmal die Möglichkeit im Rahmen eines Aperos ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen.

Auf Grund der positiven Resonanz der Teilnehmenden sollen weitere Fachexkursionen zu anderen Themen folgen.

### **Hohenlohekreis legt bestes Jahresergebnis seit Beginn der Aufzeichnungen vor**

Jedes Jahr werden sie mit großem Interesse erwartet: Die amtlichen Ankunfts- und Übernachtungszahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Nun liegen sie für das zurückliegende Reisejahr vor und attestieren dem Hohenlohekreis abermals ein Spitzenjahr mit Rekordzahlen.

Wie die Touristikkommunität Hohenlohe aus dem Künzelsauer Landratsamt mitteilt, verzeichneten die Übernachtungsbetriebe im Hohenlohekreis insgesamt 173 033 Ankünfte. Dies sind über

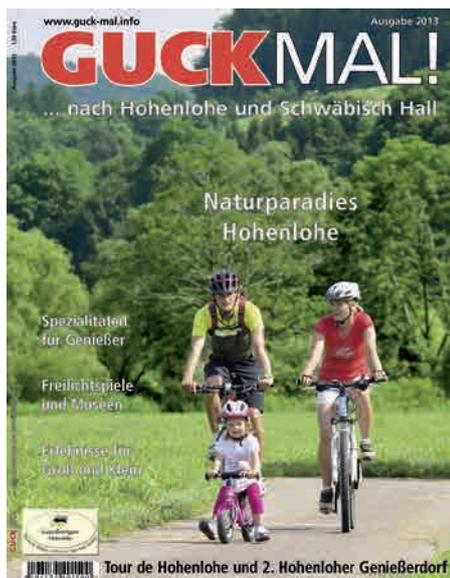
2800 Gäste mehr als im Vorjahr. Nachdem 2011 bereits die bisherige Bestmarke übertroffen wurde, bedeutet dieses Spitzenergebnis eine erneute Steigerung von 1,7 Prozent. Auch bei den Übernachtungen wurde das Vorjahresergebnis nochmals um 3,1 Prozent übertroffen. Insgesamt konnte das Beherbergungsgewerbe 373 788 Übernachtungen zum Statistischen Landesamt Baden-Württemberg weitermelden, was ein Plus von über 11 300 bedeutet.

Auch das Landesergebnis liegt mit 18,6 Millionen Ankünften (+ 4,4 %) und 47,7 Millionen Übernachtungen (+ 4,7 %) auf einem historischen Rekordwert. Seit Januar 2012 werden in der amtlichen Statistik die Beherbergungsstätten ab 10 Betten sowie Campingplätze ab 10 Stellplätzen erfasst.

Mit diesem Ergebnis befindet sich der Hohenlohekreis – gemessen an den Übernachtungen je 1000 Einwohner – innerhalb den 35 Landkreisen Baden-Württembergs auf dem 16. Rang. Aus dem Nördlichen Baden-Württemberg liegt lediglich der Main-Tauber-Kreis auf der Position 9 vor dem Hohenlohekreis. Die Landkreise Heilbronn, Neckar-Odenwald-Kreis und Schwäbisch Hall folgen auf den Plätzen 17, 19 und 20.

### **GUCK MAL!-Magazin 2013 erschienen: Hohenloher Natur aktiv erleben**

Hohenlohe ist einzigartig. Malerische Täler, blühende Wiesen und idyllische Weiher. Wo der bunt schillernde Eisvogel in die Fluten eintaucht. Wo Flussauen Störchen und Bibern eine Heimat bieten. Wo abenteuerliche Felsklingen mit Wasserfällen zu besonderen Naturerlebnissen einladen. Wo die weite, fruchtbare von tiefen Tälern durchzogene Hohenloher Ebene, begrenzt und überragt von den Waldenburger und Limpurger Bergen und der Frankenhöhe, diesen einmaligen Landstrich in Baden-Württemberg prägt. Allein die unschlagbare Vielfalt der Landschaftsformationen macht Hohenlohe zum Erlebnis. Mit Radeln, Wandern



und Genießen, einfach in diese Oase der Natur eintauchen. Hohenlohe steht für einen umweltfreundlichen und Klima schonenden Urlaub.

Die neue Ausgabe des Gäste- und Ferienmagazins „GUCK MAL! ... nach Hohenlohe und Schwäbisch Hall“ hat jede Menge Angebote, Adressen, Termine und Tipps für die Freizeitgestaltung, ob aktiv, kulinarisch, kulturell oder um die Seele einfach mal baumeln zu lassen. Ein Verzeichnis über Fabrikeinkäufe und ein Veranstaltungskalender für das ganze Jahr sind in der neuen Zeitschrift ebenfalls enthalten.

Weitere Informationen über GUCK MAL! im Internet unter [www.guck-mal.info](http://www.guck-mal.info).

Kostenlos erhältlich bei den Rathäusern im Landkreis Schwäbisch Hall und Hohenlohekreis, in vielen Gastronomiebetrieben, bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwäbisch Hall oder dem Hohenlohe + Schwäbisch Hall Tourismus e. V., Münzstraße 1, 74523 Schwäbisch Hall, Telefon 0791/755-7238/7444 und bei der Touristikkommunität Hohenlohe e.V. im Landratsamt Hohenlohekreis, Allee 17, 74653 Künzelsau, Telefon 07940/18-206.

### **Geführte Wanderritte – Jetzt auch in Hohenlohe und Schwäbisch Hall**

Geführte Wanderritte in der Region Hohenlohe ermöglichen eindrucksvolle Tage auf dem Pferderücken. Im März 2013 startete das neue Angebot für naturnahen Tourismus in Hohenlohe.

#### *Geführte Wanderritte für gestandene Reiter und Anfänger*

Ob „Höhenwege an der Jagst“, die „Überquerung der Hohenloher Ebene“ von der Jagst zum Kocher oder auch ein Wochenende „Auf dem Jakobsweg“: Die Touren verlaufen auf weiten Höhen, romantischen Bergweiden und Talgründen. Zebu- und Schafherden werden gestreift und die beeindruckende Kulturland-

schaft an Jagst und Kocher intensiv erlebt. Im Frühjahr werden Pferdefreunde bei den ersten Ritten beeindruckende „Burgen und Täler an der Jagst“ erkunden. Mit Beginn der wärmeren Tage verlaufen die nächsten Wanderritte über die „Höhenwege an der Jagst“ und tief hinab in das mittlere Jagsttal. Tagesritte wenden sich an diejenigen, die sich im Frühjahr erst einmal „warm reiten“ wollen, so Stefan Eisenreich von Wanderreiten Hohenlohe, oder eben an Wanderreit-Anfänger. Doch auch die Tagestouren sind von Reitdauer und Wegeverlauf anspruchsvoll und erfordern Reitkenntnisse in allen Gangarten.

#### *Wanderreiten als regionaler Faktor*

Alle Touren sind Tages- bzw. Mehrtageswanderritte in anspruchsvollem Gelände, auf denen erfahrene Guides kleine Gruppen führen. Übernachtet wird in regionalen Gasthöfen und Wanderreitstationen. Und nach einer langen Tagesetappe sorgt die regionale Küche für fröhliche und entspannte Abende in gemeinsamer Runde.

#### *Naturnaher Tourismus*

Wanderreiten gehört zu den naturnahen Sportarten und Aktivitäten. Die Touren erfolgen im Einklang von Naturschutzanforderungen und bieten dennoch besonders eindrucksvolle Tourenziele in Hohenlohe. Neben dem Schwäbisch Hall + Hohenlohe Tourismus e.V. unterstützt auch das Fürstenhaus Hohenlohe-Langenburg das neue Angebot, „um naturnahe Tourismusangebote in der Region aktiv zu fördern. Naturschutz und naturnaher Tourismus stehen Seite an Seite zueinander und sind die Zukunft eines ausgewogenen und nachhaltigen Umgangs mit der Ressource Natur.“

Weitere Informationen unter:  
[www.wanderreiten-hohenlohe.de](http://www.wanderreiten-hohenlohe.de)  
Wanderreiten Hohenlohe  
Stefan Eisenreich  
Tel. 079 55/47 67 27  
[kontakt@wanderreiten-hohenlohe.de](mailto:kontakt@wanderreiten-hohenlohe.de)



### **Landkreis Calw gründet Tourismus GmbH für den Nördlichen Schwarzwald**

In ihrer 20. Sitzung haben die Mitglieder des Calwer Kreistags am 18. März 2013 den Gesellschaftsvertrag der Tourismus GmbH Nördlicher Schwarzwald einstimmig beschlossen. Mit dieser Entscheidung befolgt der Kreistag die Beschlussempfehlung aus der Verwaltungsausschusssitzung vom 4. März dieses Jahres und ebnet so den Weg zur Gründung der Tourismus GmbH Nördlicher Schwarzwald.

Politiker, Touristiker und Gastronomen im Landkreis sind sich einig, dass dies ein bedeutender Schritt in Richtung einer besseren Vermarktung der Region Calw ist. Ihrer Meinung nach kann im modernen Tourismusmarketing nur in der Gemeinschaft gepunktet werden. „Der Gast nimmt die Region als ein großes Ganzes wahr. Da müssen alle Faktoren von der ersten Kontaktaufnahme, über die professionelle und freundliche Beratung, bis hin zum Gastgeber vor Ort, Wanderwege und Freizeitangebote reibungslos funktionieren, um unseren Gästen positive Urlaubserlebnisse zu bieten“, betonte der Calwer Landrat Helmut Riegger bei einer Pressekonferenz in Bad Teinach-Zavelstein anlässlich der Gründung der kreiseigenen Tourismus GmbH. Damit zukünftig noch mehr Gäste als bisher in den nördlichen Schwarzwald kommen, hatte der Landkreis Calw mit allen 25 Gemeinden aus dem Landkreis die Initiative vorbereitet. Mit der Tourismus GmbH Nördlicher Schwarzwald soll das Tourismusmarketing für die Region mit Blick über den Tellerrand hinaus gestaltet werden. Die neue Tourismus GmbH soll die Koordinierung der touristischen Akteure und ihrer Angebote übernehmen und der Tourismusregion damit ein klares und professionelles Profil geben. Einen besonderen Schwerpunkt soll die Tourismus GmbH dabei auf die Zusammenarbeit mit den Gastgebern und touristischen Leistungsträgern

der Region sowie auf die Qualität der Angebote legen. „Wir müssen aus der Sicht der Gäste denken. Die Qualität und das Erlebnis stehen hier im Mittelpunkt und wir müssen dafür sorgen, unsere sehr guten Angebote angemessen und besser zu präsentieren. Das geht nur, wenn alle an einem Strang ziehen“, betonten Landrat Riegger und der Tourismusbeauftragte des Landkreis Calw, René Skiba, bei der Pressekonferenz in Bad Teinach-Zavelstein.

Bereits in den vergangenen Jahren hatten sich die Gemeinden im Landkreis Calw gemeinsam mit dem Landkreis in der touristischen Vermarktung engagiert. Zu den Themen Wandern, Radfahren, Camping und Gärten und Parks entstanden gemeinsame Broschüren für die gesamte Region. Seit 2012 gibt es ein gemeinsames Corporate Design für alle Publikationen, Anzeigen und Auftritte der Kooperation. Gemeinsam mit Gastgebern aus der Region wurden im Januar und Februar 2013 acht touristische Messen, darunter auch in Luxemburg, Brüssel, Straßburg und Basel, besucht.

Diese Kooperation und der Auftritt als Region mit den Schwerpunktthemen AKTIV, WELLNESS UND GESUNDHEIT, KULTUR und KULINARIK scheint sich auszuzahlen. Im Jahr 2012 konnten wieder Zuwächse bei den Übernachtungszahlen in der Region verzeichnet werden. Mit 5,7 Prozent mehr Übernachtungen und 6,7 Prozent mehr Ankünften als im Jahr 2011 liegt der Landkreis Calw sogar über dem landesweiten Durchschnitt. Ungefähr zehn Prozent der Übernachtungen werden von ausländischen Gästen generiert. Das sind mit 126 960 Übernachtungen im Jahr 2012 knapp 15 Prozent mehr ausländische Übernachtungen als im Vorjahr. Dieser Aufwärtstrend soll über eine zielgruppengerechte Ansprache der Gäste und ein klares touristisches Profil auch zukünftig fortgesetzt werden. Die Gründung der Tourismus GmbH Nördlicher Schwarzwald soll bis zum Juli 2013 erfolgen und von einem breiten

Kommunikations- und Identifikationsprozess mit den touristischen Interessensgruppen (Gastgeber, Leistungsträger, Touristiker, Partner, Verwaltung und Politik) begleitet werden. Dazu wird die Strategie und die operative Ausrichtung der Tourismus GmbH Nördlicher Schwarzwald in drei Workshops mit den Touristikern und Vertretern der touristischen Leistungsträger aus der Region erarbeitet. So werden gemeinsam die Highlights und Attraktionen der Region für die touristische Vermarktung definiert, die Zielgruppen und Gästegruppen analysiert und eine Kommunikationsstrategie erarbeitet. „Am Ende dieses Prozesses steht eine fertige Strategie, wie wir unsere Region und unsere Angebote in den nächsten Jahren präsentieren wollen. Es ist höchst erfreulich, dass wir das Konzept gemeinsam erarbeitet haben und die zukünftige Richtung von den Beteiligten mitgetragen wird“, freut sich Skiba.

Die Planungen für das Touristikjahr 2013 laufen bereits auf Hochtouren. Gemeinsam präsentiert sich das Landratsamt Calw mit den Gemeinden des Landkreises mit Beiträgen und Anzeigen in regionalen und überregionalen Medien und auf Messen, so z.B. auf der „Slow Food“ im April in Stuttgart. Als Projekte planen die Touristiker eine Wanderkarte für die gesamte Region, einen Flyer zu den Winterangeboten und weitere themenbezogene Aktionen.

Bereits für den April wurden rund 40 Reiseveranstalter aus Deutschland nach Bad Wildbad eingeladen, um die Region zu erkunden. Mit einem bunten Rahmenprogramm sollen die Vertriebsprofis den Nördlichen Schwarzwald kennen lernen und Angebote der Region – zum Beispiel Geocaching, E-Biketouren, Wandern mit den Schwarzwald Guides, Mountainbike-Touren und Gesundheitsangebote – erleben können. Mit dieser Fachveranstaltung soll die Bekanntheit der Region im touristischen Vertrieb über die Kreisgrenzen hinaus erhöht werden.

## Landtagspräsident Guido Wolf besucht den Stand des Internationalen Bodenseetourismus auf der CMT

Urlaub am Bodensee – auch auf der diesjährigen CMT in Stuttgart standen Urlaubsziele am Bodensee nach wie vor ganz oben auf der Beliebtheitskala der Messebesucher. Die Bodenseeregion präsentierte sich einheitlich auf der weltgrößten Touristikmesse mit vielen frischen Ideen. Auch Landtagspräsident Guido Wolf zeigte Interesse an den Angeboten der Beratungsinsel der Internationalen Bodensee Tourismus GmbH (IBT) in Halle 6. So konnte ihn Landrat Lothar Wölfle dort am 14. Januar 2013 begrüßen. Auf dem Stand „Vier Länder – ein See“ tauschten sich die beiden Politiker mit Vertretern aus Gemeinden, Gastronomie und der Tourismusbranche aus.

Ein Gesprächsthema und wichtiges Ziel der Touristiker rund um den Bodensee ist es, die Region ganzjährig für Urlauber schmackhaft zu machen und in den Wintermonaten die Übernachtungszahlen weiter zu steigern. „Es ist sehr wichtig, den Bodensee als Ganzjahresurlaubsziel zu positionieren. Gerade in den Wintermonaten gibt es viele Touristen, die die Ruhe außerhalb der Saison genießen und einfach abschalten möchten“, sagte Wölfle. „Auch diese Personen sind unsere Zielgruppe und wir arbeiten an neuen Ideen.“ Bereits steigende Übernachtungszahlen bestätigen, dass man sich hier auf dem richtigen Weg befindet. „Ein wichtiger Meilenstein zum Ausbau in ein Ganzjahresferienziel ist auch die Saisonverlängerung der Weißen Flotte“, betont Wölfle.

Auch die bevorstehende Gründung der Deutschen Bodensee Tourismus GmbH (DBT) als Ergänzung zur IBT ist dem Landrat ein wichtiges Thema, das er vorantreiben möchte. Mitglied der noch zu gründenden Gesellschaft sind bisher neben dem Bodenseekreis die Landkreise Lindau und Sigmaringen sowie zwei Gemeinden aus dem Landkreis Konstanz. Durch die Neugründung der IBT über-



Präsidentialer Besuch auf dem Stand des Internationalen Bodenseetourismus auf der CMT 2013 (von links): Landtagspräsident Guido Wolf MdL, Berthold Porath, Direktor des Dornier Museums in Friedrichshafen, und Landrat Lothar Wölfle

nehmen die Partner zusätzlich Verantwortung im Bereich Tourismus. Um Synergieeffekte nutzen zu können, soll die neue Gesellschaft räumlich und auch personell eng mit der IBT gekoppelt werden. „Ich hoffe, dass mit dem Nein des Konstanzer Kreistages zur DBT noch nicht das letzte Wort gesprochen ist – die Türe steht weiteren Partnern offen“, so der Landrat.

## Minister Bonde am Stand des Landkreises Tübingen auf der CMT 2013

Am 14. Januar 2013 besuchte Alexander Bonde, baden-württembergischer Minister für Ländlichen Raum und

Verbraucherschutz, im Rahmen seines Messerundgangs auf der diesjährigen CMT-Messe den Stand des Landkreises Tübingen. Der Kreis Tübingen präsentiert sich auf der beliebten Publikumsmesse unter dem Dach des Verbandes Schwäbische Alb Tourismus e.V. (SAT) gemeinsam mit den Städten Tübingen, Rottenburg und Mössingen sowie Bad Sebastiansweiler und weiteren Partnern. Landrat Joachim Walter und Tourismusbeauftragte Manuela Feiler hießen den Minister gemeinsam mit anwesenden Kreisbürgermeistern herzlich willkommen und boten ihm an, sich vom anstrengenden Messerundgang auf der gemütlichen Wanderliege zu erholen, die am Gemeinschaftsstand aufgestellt ist.



Die gleiche Liege findet sich auch am ersten Premium-Wanderweg im Kreis Tübingen – dem Dreifürstensteig in Mösingen, den Ministerpräsident Winfried Kretschmann im vergangenen Sommer eröffnet hatte.

Minister Bonde nahm dieses Angebot dankbar an und nutzte die Gelegenheit, sich über die touristischen Highlights in den „tübinger umwelten“ zu informieren. Mit einem Präsentkorb voller regionaler Produkte und Broschüren zur neuen „Literatur-Tour“ des Landkreises bedankte sich Landrat Joachim Walter für den Besuch des Ministers.

### Hohenloher Wanderdreieck ist komplett

#### *Taschenführer für Jagst-, Bühler- und Kochersteig erhältlich*

Mit dem Bühlersteig, der auf den Kocher- und Jagststeig folgt, ist der neue Fernwanderweg Kocher-Jagst-Trail nun komplett. Er verläuft auf insgesamt fast 200 Kilometern durch den Landkreis Schwäbisch Hall mit Ausläufern in den Ostalb- und Hohenlohekreis und ist durchgängig beschildert. In zehn Tagesetappen kann der gesamte Kocher-Jagst-Trail erwandert werden. Wer kürzere Wanderungen bevorzugt, kann die drei Steige auch einzeln wandern. Der Jagststeig führt in vier Tagesetappen von Blaufelden nach Ellwangen (Jagst), der Bühlersteig in drei Tagesetappen von Ellwangen (Jagst) nach Schwäbisch Hall-Hessental und der Kochersteig ebenfalls in drei Tagesetappen von Schwäbisch Hall-Hessental nach Blaufelden. Jeder Steig hat am Anfang und am Ende einen Bahnhof, so dass die An- und Abreise mit der Bahn möglich ist und auch für diejenigen, die mit dem Auto anreisen, ein Zurückkommen zum Ausgangspunkt gewährleistet ist.

Der Hohenlohe + Schwäbisch Hall Tourismus e.V., Initiator des Kocher-Jagst-Trails, arbeitet derzeit zusammen mit Dr. Konrad Lechner, welcher den Wegeverlauf über Jahre erarbeitet hat, an einer Zertifizierung als „Qualitätswanderweg

Deutschland“. Auch die an der Strecke liegenden Ortsgruppen des Schwäbischen Albvereins sind beteiligt. Sie kontrollieren die Beschilderung, pflegen die Wege und sind kompetente Ansprechpartner vor Ort. „Der Kocher-Jagst-Trail verläuft derzeit zu fast einem Drittel auf naturnahen Wegen und Pfaden, es liegen zahlreiche kulturelle Schätze am Weg und Sie können seltene Pflanzen und Tiere kennen lernen“, erklärt Silke Rüdinger, Projektleiterin beim Tourismusverein. Auch in diesem Jahr wird optimiert. „Es fehlen an einigen Streckenabschnitten noch Rastplätze und wir werden weiter an einer Wegeverbesserung arbeiten“, so Rüdinger. Aber bereits jetzt ist der Weg ein „Hohenloher Wandertraum“. Die Taschenführer für alle drei Steige sowie Informationen zu Pauschalangeboten mit Gepäcktransfer sind kostenlos zu beziehen über den:

Hohenlohe + Schwäbisch Hall Tourismus e.V., Münzstraße 1, 74523 Schwäbisch Hall, Telefon 0791/755 7444, info@hs-tourismus.de, www.hs-tourismus.de, www.kocher-jagst-trail.de

### Der Zauber der Idyllischen Straße – Neue Wander- und Radkarte

Die „Idyllische Straße“ gehört mit 130 Kilometern zwar zu den kleinsten touristischen Straßen im Lande, präsentiert sich dennoch ganz groß. Schließlich führt sie durch eine der schönsten Landschaften Süddeutschlands. Der Name ist Programm: Idyllische Ortschaften, reizvolle Täler, verträumte Wälder, liebevolle Täler, romantische Klänge und Schluchten bieten ein „Entschleunigungsprogramm“ der besonderen Art abseits von Lärm und Hektik. „Das Weltkulturerbe Limes, einzigartige historische Mühlen und bedeutende Baudenkmale entlang der Strecke machen die ‚Idyllische Straße‘ zum touristischen Schwergewicht“, so der Vorsitzende der Fremdenverkehrsgemeinschaft Schwäbischer Wald, Landrat Johannes Fuchs. Sein Kollege und Vorsitzende des Hohenlohe + Schwäbisch

Hall Tourismus e.V., Landrat Gerhard Bauer, ist begeistert von der hervorragenden Zusammenarbeit der beiden Tourismusorganisationen. „Es zeigt sich wieder einmal, wie wichtig und erfolgreich die Entwicklung von touristischen Projekten im räumlichen Zusammenhang ist, auch über Landkreisgrenzen hinweg“, ergänzt er. Beide Landräte sind sich einig: Die „Idyllische Straße“ braucht den Vergleich zu anderen touristischen Straßen nicht scheuen. Beider Dank geht auch an den Naturpark Schwäbischer Fränkischer Wald und im Besonderen an dessen Geschäftsführer Bernhard Drixler für die Projektbegleitung und die bereitgestellten Fördermittel.

Dank der Zusammenarbeit der beiden Touristikorganisationen und dem Naturpark kann sich das Wanderparadies „Idyllische Straße“ 2013 mit 15 Wandertouren in 15 Kommunen des Schwäbischen Waldes präsentieren. Die Bandbreite reicht vom Spaziergang bis zur Tageswanderung.

Um echten Wanderspaß zu ermöglichen wurden die Streckenverläufe überarbeitet und optimiert. Die einzelnen Flyer sind zusammen in einem Schuber verpackt und können einzeln herausgenommen werden. Zusätzlich zum Schuber ist eine große Rad- und Wanderkarte erschienen mit einer 118 km langen großen Rundwanderung entlang der „Idyllischen Straße“ und dem 116 km langen Radrundkurs.

Beide Rundtouren wurden ebenfalls überarbeitet, der Radrundkurs neu ausgemalt. Die Markierung des Wanderweges wird voraussichtlich erst in 2014 erfolgen, da man sich der derzeit in der Entwicklung befindenden einheitlichen Wanderwegbeschilderung im Naturpark Schwäbischer Wald anschließen möchte. Pauschalangebote für beide Touren sind ab sofort ebenfalls im Programm. Für Radfahrer bietet sich eine Dreitagestour „Radeln ohne Gepäck“ an, der große Wanderrundkurs zur „Idyllischen Straße“ kann in einer 8-Tagestour erwandert werden. Beide Angebote sind über den

Hohenlohe + Schwäbisch Hall Tourismus e.V. zu buchen. Eine zusätzliche Broschüre ergänzt die Rad- und Wanderkarte und beinhaltet neben Informationen zu den Pauschalangeboten auch ein Verzeichnis mit Gastgebern, die zur Übernachtung oder Einkehr entlang der „Idyllischen Straße“ einladen.

Beteiligt an diesem Projekt sind die Kommunen Alfdorf, Althütte, Fichtenberg, Gaildorf, Großelach-Grab, Gschwend, Kaisersbach, Mainhardt, Murrhardt, Oberrot, Schwäbisch Hall, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr, Welzheim und Wüstenrot.

Weitere Informationen gibt es bei beim Hohenlohe + Schwäbisch Hall Tourismus e.V., Münzstraße 1, 74523 Schwäbisch Hall, Tel. 0791/7557444, info@hs-tourismus.de, www.hs-tourismus.de oder der Geschäftsstelle der Fremdenverkehrsgemeinschaft Schwäbischer Wald e.V. im Landratsamt, Alter Postplatz 10, 71334 Waiblingen, info@schwaebischerwald.com, www.schwaebischerwald.com

## „Liebliches Taubertal“ erneut mit fünf Sternen ausgezeichnet

*Radweg-Klassiker erhält nach 2009 erneut die Höchstwertung des ADFC*

Die Ferienlandschaft „Liebliches Taubertal“ erstreckt sich vom bayerischen Rothenburg ob der Tauber bis ins ganz im Norden von Baden-Württemberg gelegene Freudenberg am Main. Das Taubertal und das sich anschließende Maintal sind eine Traumlandschaft zum Wandern und zum Radfahren. Insbesondere der Radweg „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ hat sich zu einer bundesweiten Topmarke entwickelt. Dies bestätigt die erneute Klassifizierung des Radwegs „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ durch den Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) mit der Höchstwertung von fünf Sternen. Der Vorsitzende des Tourismusverbandes „Liebliches Taubertal“, Landrat Reinhard Frank (Main-Tauber-Kreis), konnte wäh-



**Vorsitzender Landrat Reinhard Frank (Main-Tauber-Kreis) und Geschäftsführer Jochen Müssig vom Tourismusverband „Liebliches Taubertal“ an der Tauberbrücke in Hochhausen: Der Radweg „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ wurde erneut durch den Allgemeinen Deutschen Fahrradclub mit der Höchstwertung von fünf Sternen ausgezeichnet. Das ist die höchste in Deutschland zu vergebende Qualitätsstufe und belegt, dass an der Tauber auf Qualität gesetzt wird.**

rend der Reisemesse CMT in Stuttgart die entsprechende Urkunde entgegennehmen.

Radwandern im „Lieblichen Taubertal“ ist eine Paradiesdisziplin. In der herrlichen Flusstalandschaft können mit dem Fahrrad die sehenswerten und gastfreundlichen Städte und Gemeinden erlebt werden. „Hinzu kommen die sehenswerte Kultur mit Burgen, Schlössern, Klöstern und Museen und natürlich das kulinarische Profil, welches vor allem durch den Taubertaler Wein geprägt wird“, erklärt Geschäftsführer Jochen Müssig vom Tourismusverband „Liebliches Taubertal“. Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden und dem Main-Tauber-Kreis ist es dem Tourismusverband „Liebliches Taubertal“ gelungen, das Taubertal über Jahrzehnte hinweg zu einer Radeldestination par excellence zu entwickeln. Das wird inzwischen auch bundesweit anerkannt, ebenso in europäischen Nachbarländern. Dies belegt die Gästestruktur, die nachweislich ein Besucheraufkommen aus ganz Deutschland, aus Österreich, den Beneluxländern und der Schweiz aufzeigt. „Das sind Gäste, die bewusst das ‚Liebliche Tauber-

tal‘ per Fahrrad kennen lernen möchten“, bekräftigt Vorsitzender Landrat Reinhard Frank. Daneben besuchen das Taubertal natürlich auch Kulturfreunde aus Übersee. Diese reisen dann beispielsweise auf der durch das Taubertal verlaufenden Romantischen Straße oder kommen per Schiff über den Rhein-Main-Donau-Kanal in Freudenberg oder in Wertheim an. Beim Radwanderangebot ist der Radweg „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ das Aushängeschild. Er führt von Rothenburg ob der Tauber durch das gesamte Tal nach Creglingen, Weikersheim, Bad Mergentheim, Tauberbischofsheim und nach Wertheim. Den Voraussetzungen des ADFC entsprechend, ist dieser Radweg autoverkehrsfrei und führt immer parallel zum Flusslauf der Tauber. Eingebunden sind die Städte und Gemeinden mit ihren Sehenswürdigkeiten und die auf Radgäste ausgerichtete Hotellerie und Gastronomie. Die Gästebettenanbieter haben sich auf diese besondere Art des Tourismus eingestellt und nehmen auch gerne Gäste für eine Nacht auf. „Das ist im Main-Tauber-Kreis und damit im ‚Lieblichen Taubertal‘ kein Problem“, bestätigt auch Geschäftsführer

Jochen Müssig. Ebenso ist es ein selbstverständliches Angebot, dass Radlern tagsüber auch leichtere Kost geboten wird.

Zu der Bewertung mit fünf Sternen tragen die einwandfreie Oberfläche des Radweges, auf Radler eingestellte Städte und Gemeinden, Hotellerie und Gastronomie sowie Fahrradverleihstationen, Pannenservicestellen und ein guter, den Radtourismus begleitender ÖPNV bei. Dies alles ist an der Tauber und am Main vorhanden. So können Radler nach der Ankunft an ihrem Zielort mit der Tauberbahn wieder die Rückfahrt antreten. Empfohlen wird hierzu die Strecke von Wertheim am Main bis nach Schrozberg. Von dort wird dann noch einmal rund 17 Kilometer hinüber nach Rothenburg ob der Tauber geradelt.

Da im Taubertal alle Raderfordernisse stimmig sind, hat der ADFC diesen Radweg im November 2012, wie bereits 2009, erneut mit fünf Sternen ausgezeichnet. Das ist die höchste in Deutschland zu vergebende Auszeichnung. Neben dem Taubertal-Klassiker ist nur noch der Mainradweg mit fünf Sternen klassifiziert. „Dies belegt, dass in der Ferienlandschaft ‚Liebliches Taubertal‘ beim Radfahren absolut auf Qualität gesetzt wird“, erklärt Vorsitzender Landrat Frank. Die Urkunde über die Fünf-Sterne-Bewerbung konnte Frank am 14. Januar 2013 während der Messe CMT (Caravan – Motor – Touristik) in Stuttgart entgegennehmen.

Medienkontakt:

Tourismusverband „Liebliches Taubertal“, Gartenstraße 1, 97941 Tauberbischofsheim, Telefon 09341/82-5806 und -5807, Fax 09341/82-5700, E-Mail: [tourestik@liebliches-taubertal.de](mailto:tourestik@liebliches-taubertal.de).

### **Neue Landkreisbroschüre: Landkreis Biberach – wo der Erfolg zuhause ist**

Der Landkreis Biberach hat eine neue Kreisbroschüre auf den Weg gebracht, die den Wirtschaftsstandort Landkreis



**Die Macher der Broschüre (von rechts): Bernd Schwarzendorfer, Alexander Schraut (Geschäftsführer SZ Biberach), Landrat Dr. Heiko Schmid, Raimund Haser (Agentur Inhalt!), Christine King und Vanessa Zimmermann (Verlagsleiterin Schwäbische Zeitung Biberach)**

Biberach darstellt. Die kostenlose Broschüre mit dem Titel „Landkreis Biberach – wo der Erfolg zuhause ist!“ ist ab sofort im Landratsamt in Biberach sowie in den Rathäusern der Kreisgemeinden erhältlich.

Die 65 Seiten starke Broschüre, die in einer Erstauflage von 7000 Exemplaren erscheint, stellt die wirtschaftliche und kulturelle Attraktivität des Landkreises dar. Unternehmen wie Handtmann, Kessler, Uhlmann oder Kässbohrer stellen sich vor, die Kreissparkasse Biberach und die Volks- und Raiffeisenbanken genauso wie die Hochschule Biberach oder die SRH Fernhochschule in Riedlingen. Interessante Interviews wie zum Beispiel mit dem Biberacher Unternehmer Thomas Handtmann machen das Porträt des Landkreises Biberach noch lebendiger.

„Neben der Hauptzielgruppe Unternehmer, die mit der Broschüre auch Kunden und Investoren außerhalb des Kreises auf die Vorzeigeregion aufmerksam machen sollen, war es uns für die Leser wichtig, auch die weichen Standortfaktoren, die Infrastruktur und die Lebensqualität des Landkreises Biberach herauszuarbeiten“, betont Raimund Haser, der mit

seiner Agentur „Inhalt!“ die Broschüre für den Landkreis und für den Magazinverlag von Schwäbisch.Media produziert hat. „Es war richtig, dass wir das jetzt mal gemacht haben, als Werk ist die Broschüre hervorragend gelungen“, sagt Landrat Schmid.

Für Landrat Dr. Heiko Schmid ist der Kreis Biberach „reich“, reich an weltweit erfolgreichen, soliden und verantwortungsbewusst agierenden Unternehmen, an fleißigen, gut ausgebildeten Fachkräften, an erstklassiger Infrastruktur sowie an wichtigen, gut ausgestatteten Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

Doch der Kreis Biberach ist auch reich an einer Vielzahl unterschiedlicher schöner Städte und Gemeinden, die in der Broschüre ebenfalls mit Zahlen und Fakten porträtiert werden.

Umwelt

**Der Landkreis Böblingen geht mit eigenem Landschaftserhaltungsverband voran**

Schnell ist der Landkreis Böblingen mit der Gründung eines eigenen Landschaftserhaltungsverbandes (LEV) vorangekommen. Nachdem der Kreistag im Herbst 2012 die entsprechenden Weichen gestellt hatte, fand am 21. Februar 2013 die Gründungsversammlung im Landratsamt Böblingen statt. Sehr zur Freude von Landrat Roland Bernhard mit rund 30 Gründungsmitgliedern. „Die große Zahl an Kommunen und Interessensverbänden, die sich nun gemeinsam zu einem Landschaftserhaltungsverband zusammen schließen, ist ein deutliches Signal für die Bedeutung des Ganzen“, so Bernhard.

Das Landwirtschaftsministerium fördert die Gründung solcher LEVe flächendeckend in ganz Baden-Württemberg. Erhaltung, Pflege und Sanierung der Kulturlandschaft in ihrer jeweiligen standorttypischen Ausprägung, Erhaltung reizvoller Landschaftsbilder und landschaftlicher Vielfalt sowie Erhaltung und Pflege besonderer Biotope und ökologisch wertvoller Flächen sind wesentliche Ziele der LEVe. Im Landkreis Böblingen sollen das insbesondere Pflege- und Extensivierungsmaßnahmen in Natura 2000-Gebieten sein. Aber auch Biotop- und Artenschutzmaßnahmen wie z.B. Feldlerchenfenster, Gewässerstrandstreifen und die Mitwirkung bei der Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte sollen vom LEV angegangen werden.

Dabei gehe es überwiegend um Verträge, die auf freiwilliger Basis mit den Landbewirtschaftern abgeschlossen werden. „Wir schaffen keine Doppelstrukturen“, betonte der stellvertretende Landrat und Umweltdezernent Wolf Eisenmann. „Solche Vereinbarungen wurden bisher ausschließlich von der Unteren Natur-

schutzbehörde abgeschlossen, weswegen es im Aufgabengebiet des LEV auch keine Überschneidungen gibt mit den Aufgabenbereichen anderer Einrichtungen, wie z.B. PLENUM Heckengäu oder auch mit dem Schwäbischen Streuobstparadies.“

Der neue LEV wird bei der Stabstelle Regionalentwicklung und Tourismus angegliedert. Er wird als eingetragener Verein etabliert, wobei im Vorstand eine Drittelparität zwischen Vertretern von Kommunen, Naturschutz und Landwirtschaft bestehen wird. Auch im LEV für den Landkreis Böblingen sind Partner aus Landwirtschaft, Naturschutz sowie den Kommunen vertreten. Darin sieht Landrat Bernhard eine einmalige Chance: „Es ist wichtig, dass diese verschiedenen Interessensvertreter künftig gemeinsam an einem Tisch sitzen und unter Berücksichtigung aller Belange am gemeinsamen Ziel der Erhaltung unserer schützenswerten Kulturlandschaft arbeiten.“

Der neunköpfige Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Den Vorsitz übernimmt kraft Satzung Landrat Roland Bernhard, beratendes Mitglied ist sein Stellvertreter Wolf Eisenmann. Weiter als Behördenvertreter Cornelia Kästle und Reinhard Wolf, beide Regierungspräsidium

Stuttgart, Abteilung Landwirtschaft und Abteilung Umwelt; für die Kommunen der Aidlinger Bürgermeister Ekkehard Fauth und der Herrenberger Baubürgermeister Andreas Gravert, als Vertreter für den Naturschutz Ulrich Ade vom Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (Arbeitskreis Böblingen) und Michael Suhm vom Naturschutzbund Deutschland und als Vertreter für die Landwirtschaft Andreas Kindler, Vorsitzender des Kreisbauernverbands Böblingen eV und sein Stellvertreter, Walter Holzapfel.

Finanziert wird der neue Verband überwiegend durch Zuschüsse des Landes. Die Personalkosten übernimmt, vor dem Hintergrund der Aufgabenstellung der LEVs, zu rund drei Vierteln das Land. Der Landkreis Böblingen bringt für die noch verbleibenden Personalkosten bzw. Sach- und Geschäftskosten jährlich 50 000 Euro auf. „Wir sind sehr froh darüber, dass nun auch im Landkreis Böblingen ein Landschaftserhaltungsverband seine Arbeit aufnimmt“, so der Landrat. „Die Entscheidung war richtig, dieses aus landschaftsökologischer Sicht attraktive Angebot des Landes Baden-Württemberg bei uns im Landkreis Böblingen so rasch aufzugreifen.“



**Der Vorstand des neuen Landschaftserhaltungsverbandes, v. l. n. r.: Reinhard Wolf (RP Stuttgart), Martin Thüringer (Bm Grafenau i.V. Andreas Gravert), Michael Suhm (Naturschutzbund Deutschland), Cornelia Kästle (RP Stuttgart), Andreas Kindler (Vors. Kreisbauernverband BB), Walter Holzapfel (Stv. Vorsitzender Kreisbauernverband BB), Ulrich Ade (Landesnaturschutzverband Ba-Wü), Wolf Eisenmann (stv. Landrat), Roland Bernhard (Landrat), Johannes Buchter (Bm Gäufelden i.V. Ekkehard Fauth)**

### Klimaschutz-Workshopreihe des Landkreises Göppingen

Landrat Edgar Wolff und Oberbürgermeister Guido Till haben den ersten Workshop im Rahmen des Integrierten Klimaschutzkonzeptes eingeläutet. Das Schwerpunktthema „Öffentlichkeitsarbeit und Bildung“ sahen alle Gäste als wesentlichen Erfolgsfaktor für die Wende zum „Energieautarken Landkreis“.

Am 18.2.2013 sind über 60 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien und Bildungseinrichtungen sowie interessierte Bürger zusammengetroffen, um den Klimaschutz im Landkreis Göppingen zu unterstützen. Der Landrat Edgar Wolff erklärte in seiner Begrüßungsrede in Hinblick auf die Relevanz des aktiven Klimaschutzes im Landkreis Göppingen: „Wir wenden uns einem Megathema zu, das von existenzieller Bedeutung ist. Mit dem Integrierten Klimaschutzkonzept tun wir das Richtige und wir tun das richtig“. Der Oberbürgermeister der Stadt Göppingen, Herr Guido Till, der das Integrierte Klimaschutzkonzept für den Landkreis Göppingen mitinitiiert hatte, konnte bereits von zahlreichen Klimaschutzaktivitäten in seiner Stadt und deren positiven Auswirkungen berichten.

In Impulsvorträgen wurden den Teilnehmern des Workshops zunächst die

bisherigen Ergebnisse zum Integrierten Klimaschutzkonzept und das zukünftige Klimaschutzziel „Energieautarker Landkreis“ durch Herrn Engelhardt von der Energieagentur des Landkreises Göppingen vorgestellt. Herr Jürgen Schmid präsentierte als Vertreter der Handwerkskammer neben den Vorteilen für den Klimaschutz die Chancen für die regionale Wertschöpfung. Die Bedeutung des Klimaschutzes in eine breite Öffentlichkeit zu tragen war das Hauptanliegen aller Redner, denn da waren sich alle einig: Den Wandel schaffen wir nur gemeinsam.

In den anschließenden Arbeitsgruppen zu den Themen Öffentlichkeitsarbeit, Erwachsenenbildung und Kinder-/Jugendbildung diskutierten die Workshopteilnehmer gemeinsam über mögliche Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung des Klimaschutzes im Landkreis Göppingen. Dabei haben sich die Anwesenden auch kritisch mit möglichen Hemmnissen auseinandergesetzt und Ideen zur Überwindung dieser eingebracht. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sowie weitere Klimaschutzmaßnahmen, die die Energieagentur des Landkreises Göppingen derzeit erarbeitet, werden in einem Maßnahmenkatalog festgehalten. Vorab finden jedoch noch drei weitere Workshops statt.

### Landkreis Karlsruhe geht strategische Partnerschaft für den Klimaschutz mit Städten und Gemeinden und der Energieagentur ein

Mit den heutigen Möglichkeiten und Technologien ist eine Energieversorgung im Landkreis Karlsruhe ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen machbar. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe. „Zeozweifrei“ daher der passende Name dieses Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Karlsruhe, das es seit 2011 gibt. „Sicherlich lässt sich das Konzept nicht innerhalb der nächsten 10 Jahre umsetzen, aber es zeigt, wohin es gehen kann. Der nächste Schritt auf diesem Weg ist eine strategische Partnerschaft, die der Landkreis, seine Städte und Gemeinden und die Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe eingehen will“, stellte Landrat Dr. Christoph Schnaudigel das weitere Engagement des Landkreises in einem Pressegespräch am 18. Februar vor. „Gemeinsam wollen wir das Konzept Stück für Stück in die Praxis umsetzen, zum einen durch eigene Maßnahmen. Zum anderen wollen wir die Bürgerinnen und Bürgern informieren und beraten, wie sie etwas für die eigene CO<sub>2</sub>-Bilanz machen können, indem sie z.B. erneuerbare Energien für die eigenen vier Wände nutzen oder wie sie ihren Energieverbrauch durch energetische Gebäudesanierung senken können. Konkret wollen wir kostenfreie Bürgerberatungen in den Rathäusern in den Gemeinden anbieten. Außerdem werden wir ein Bürgertelefon einrichten. Unter der Telefonnummer 0 72 52/58 37 98 33 erhalten Bürgerinnen und Bürger montags und mittwochs jeweils von 15 bis 18 Uhr eine kostenlose Erstberatung rund um die Themen Gebäudesanierung, Energieeinsparung und Förderprogramme. Die Kommunen können unter [www.zeozweifrei.de](http://www.zeozweifrei.de) eigene Klimaschutz-Projekte vorstellen, die zum Mit- oder Nachmachen animieren sollen“, so der Landrat. „Klimaschutz hat dann Erfolg, wenn jeder seinen Teil dazu



Landrat Edgar Wolff



**Geschäftsführerin Birgit Schwegle, Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe, Marion Vöröshazi, Amt für Umwelt und Arbeitsschutz, und Landrat Dr. Christoph Schnaudigel eröffnen die Ausstellung „Oberflächennahe Geothermie“, die Interessierte umfassend über Hintergründe und Chancen von Erdwärmennutzung informiert.**

beiträgt; je mehr mitmachen, desto besser“, ergänzt Birgit Schwegle, Geschäftsführerin der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe.

Die Ausstellung zur oberflächennahen Geothermie, die von 18. bis 22. Februar im Foyer des Landratsamtes Karlsruhe kostenlos zu besichtigen war, ist daher als ein Baustein von „zeozweifrei“ zu sehen. „Aufgrund seiner geographischen Lage gibt es im Landkreis Karlsruhe ein großes Potential, Energie aus oberflächennaher Geothermie zu gewinnen“, erklärte Dezernent Prof. Dr. Menzel. Im Gegensatz zur Tiefengeothermie, die Erdwärme in Tiefen zwischen 400 und 5000 Metern zur Wärme- und Stromerzeugung nutzt, greift die oberflächennahe Geothermie lediglich auf die in den obersten Erdschichten gespeicherte Erdwärme zurück. Für die effiziente Nutzung sind jedoch einige Rahmenbedingungen wie Gebäudegröße, Energiebedarf des Gebäudes und die geologischen Untergrundverhältnisse zu beachten.

Die Ausstellung informiert über Hintergründe und Möglichkeiten der Erdwärmennutzung und wurde zudem von Fachvorträgen im Landratsamt Karlsruhe begleitet. Dabei wurde über das Genehmigungsverfahren von Geothermie-Anlagen und über die technischen Möglichkeiten der oberflächennahen Geothermie informiert sowie Praxisbeispiele und Projekte vorgestellt.

An beiden Tagen stand Marion Vöröshazi vom Amt für Umwelt und Arbeitsschutz bereits ab 17.00 Uhr im Foyer des Landratsamtes Karlsruhe für Fragen und Informationen zu Erdwärmennutzung und zur Ausstellung selbst zur Verfügung. Die Umwelt- und Energieagentur wurde im Jahr 2008 von den Stadtwerken Bretten und Ettlingen, der Energie und Wasserversorgung Bruchsal, der EnBW Regional AG und dem Landkreis Karlsruhe gegründet. Nachdem sich das Land Baden-Württemberg aus der institutionellen Förderung zurückzieht, muss die finanzielle Lücke geschlossen wer-

den. Zusätzlich zur bisherigen Förderung der anderen Gesellschafter übernimmt der Landkreis Karlsruhe ab diesem Jahr eine jährliche Unterstützung von 30 000 Euro.

**Landkreis Schwäbisch Hall  
belegt Spitzenplatz –  
Beim Ausbau der Erneuerbaren  
Energien lag der Landkreis bereits 2007  
über dem Bundesdurchschnitt**

Im Landkreis Schwäbisch Hall wurden im Jahr 2011 37,92 Prozent des gesamten Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien erzeugt. Grundlage dafür sind die tatsächlichen Verbrauchswerte, die das energieZENTRUM von den Energieversorgern im Landkreis erhoben hat. Damit liegt der Haller Kreis in Baden-Württemberg ganz vorne. Für 2012 rechnen die Experten mit einem Versorgungsgrad von gut 42 %. Der Anteil der Erneuerbaren Energien überschreitet weit den Bundesdurchschnitt (19 %) und den Landesdurchschnitt (14 %).

Nach Erhebungen des energieZENTRUMs, der Energieagentur des Landkreises Schwäbisch Hall, wurden im Jahr 2011 bei einem Gesamtstromverbrauch von 1 053 063 318 kWh, 399 343 255 kWh aus Erneuerbaren Energien erzeugt. Davon entfielen 160 515 752 kWh (40,2 %) auf Biomasse (Pflanzenöl, Biomasse und Biogas), 188 412 003 kWh (47,2 %) auf die 9766 Solaranlagen, 12 132 210 kWh (3 %) auf die 83 Wasserkraftanlagen und 38 283 290 kWh (9,6 %) auf die 26 Windkraftanlagen. Im Jahr 2010 lag die Gesamtstromerzeugung aus Erneuerbaren Energien noch bei 341 579 330 kWh (31,9 %) Dies entspricht einem Zuwachs von 57 763 925 kWh (6 %) innerhalb eines Jahres. Das von der grün-roten Landesregierung aktualisierte Landesziel für das Jahr 2020, welches einen Anteil der Regenerativen an der Stromerzeugung von mindestens 38 Prozent vorsieht, wurde damit bereits jetzt erreicht. „Es gibt im Landkreis Schwäbisch Hall herausragende Projekte und Vorhaben.



Über ein Drittel des gesamten Stromverbrauchs im Landkreis Schwäbisch Hall wurde im Jahr 2011 aus Erneuerbaren Energien erzeugt. Damit liegt der Kreis im Landesvergleich ganz vorne.

Viele kleine und mittelständische Unternehmen haben sich auf die Installation von Fotovoltaik- und Solarthermieanlagen spezialisiert. Viele Bürgerinnen und Bürger investieren in Erneuerbare Energie.

„All dies trägt zu einer starken regionalen Wertschöpfung bei“, betont Landrat Gerhard Bauer und freut sich über dieses großartige Engagement im Zuge der Energiewende. Und, damit dies in Zukunft so bleibt, setzt der Landkreis weiterhin auf den Ausbau Erneuerbarer Energien. Mittlerweile können bereits fünf Städte und Gemeinden im Landkreis ihren Stromverbrauch zu über 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien decken (Bühlerzell, Ilshofen, Schrozberg, Frankenhardt und Langenburg).

Der Klimaschutz ist längst ein Schwerpunktthema der Kreispolitik. Das energieZENTRUM unterstützt dabei die Kreisverwaltung mit vielfältigen Aktivitäten. Neben der Beratung von Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Unternehmen und der Landwirtschaft bietet das energieZENTRUM auch Vorträge und Schulungen rund um das Thema Energiesparen, Nutzung umweltschonender Energien, Altbaumodernisierung und andere Themen an. Um einen nationalen und internationalen Wissensaustausch,

vor allem in der Nutzung Erneuerbarer Energien und im Bereich der Energieeinsparung zu ermöglichen, beteiligt sich das energieZENTRUM an zahlreichen Forschungsprojekten. Mit 62 Fotovoltaikanlagen nutzt die WFG selbst die Sonnenenergie und finanziert mit den Einspeiseerlösen das energieZENTRUM, das im Gegenzug seine umfangreiche Dienstleistung kostenlos anbietet. Auch der Landkreis investiert seit 2008 erheblich in den Klimaschutz. Bei kreiseigenen Gebäuden wird viel Wert auf eine energetisch sinnvolle Sanierung gelegt. Zum Austausch fällige Heizungen, die bisher mit fossilen Brennstoffen befeuert wurden, werden durch umweltfreundliche Biomasseheizungen ersetzt. Des Weiteren wurde an der Kaufmännischen Schule in Crailsheim eine komplette energetische Außensanierung durchgeführt. Energieeinsparung, Energieeffizienz und Versorgung mit nachhaltiger Energie wird eine der wichtigsten Aufgaben auf dem Weg zur 100 Prozent Region in den nächsten Jahren bleiben. Der Landkreis Schwäbisch Hall kommt seinem Ziel, so schnell als möglich 100 Prozent der benötigten Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, immer näher. Dafür spricht der trotz Wirtschaftswachstum erneut um knapp

zwei Prozent gesunkenen Strombedarf im Jahr 2011. Dass genügend Potenzial an Erneuerbaren Energien im Landkreis zur Verfügung steht, hat eine Potenzialanalyse bestätigt, die im Auftrag des energieZENTRUMs durch die Stadtwerke Crailsheim erstellt wurde. Demnach könnte mit heimischen Quellen deutlich mehr Strom erzeugt werden, als derzeit verbraucht wird. Beim Wärmeverbrauch bedarf es noch einiger Anstrengungen. Ohne Energieeffizienzmaßnahmen in Höhe von mindestens zehn Prozent, beispielsweise durch Wärmedämmung der Gebäude, kann das 100-Prozent-Ziel jedoch nicht erreicht werden. „An diesem großen Ziel müssen wir alle gemeinsam mitarbeiten und unsere Kräfte bündeln“, erklärt Landrat Gerhard Bauer mit Blick auf eine nachhaltige Zukunft.

#### **Landratsamt Schwäbisch Hall veranstaltete Treffen der Waldbesitzer und Multiplikatoren**

40 Waldbesitzer des Landkreises und Multiplikatoren im Bereich Energie und Umwelt sind auf Einladung des Forstamtes des Landratsamtes Schwäbisch Hall zu einem Infoabend mit Schwerpunkt Klimawandel und Forstwirtschaft im Energiezentrum Wolpertshausen zusammengekommen.

Als Referenten waren Dr. Christoph Hartebrodt (Leiter der Abteilung Forstökonomie) und Sandra Collin (Dipl.-Geografin) aus Freiburg von der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt ange-reist. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit der Frage: Gibt es einen Klimawandel wie ihn Politik/Wissenschaft und Medien beschreiben? Das Abstimmungsergebnis unter den Teilnehmern ergab ähnliche Ergebnisse wie eine „Spiegel“-umfrage: 59 Prozent sind der Meinung, niemand kann Genaues zum Klimawandel sagen, 31 Prozent schätzen die Aussagen realistisch ein, während zehn Prozent die Beschreibungen für übertrieben halten.

Diese Frage leitete über zur Psychologie der Wahrnehmung. Wie können Klimaveränderungen festgestellt werden? Wetterereignisse sind kurzfristig und werden direkt vom Menschen wahrgenommen, Klimabeschreibungen sind jedoch immer langfristig angelegt.

Was beweist nun die Klimaveränderung? Als Beispiel nannte Sandra Collin den Blütezeitpunkt von Apfelbäumen, der sich innerhalb von 50 Jahren um einen Monat verschoben hat. Nachweislich verändert hat sich sowohl die Temperaturkurve (Halbierung der Eistage und Verdopplung der Sommertage) als auch die Intensität von Sturmereignissen.

Dr. Christoph Hartebrodt widmete sich schließlich dem Thema Risikobewertung im Wald und mit welchen Strategien das Risiko gestreut und abgemildert werden kann. Als besonders wichtig kristallisierten sich die Punkte Mischung der Baumarten und frühzeitige Waldverjüngung heraus. Auch eine rechtzeitige Durchforstung stabilisiert die Waldbestände gegenüber Klimaveränderungen. Schließlich mahnte Christoph Hartebrodt angepasste Wildbestände an, um durch eine reichliche Naturverjüngung auf ein breit aufgestelltes Baumartenspektrum zurückgreifen zu können. Dr. Andreas Wickel, Leiter des Forstamtes im Landratsamt Schwäbisch Hall dankte den Referenten und schloss mit den Worten: „Mit der im Landkreis praktizierten naturnahen Waldbewirtschaftung sind wir auf dem richtigen Weg. Nun gilt es durch rechtzeitige Pflege in Kulturen und Jungbeständen die Weichen zu stellen für eine in der Zukunft geeignete Baumartenmischung!“

**Abschlussveranstaltung der Aktion  
„Schwäbisches Afterbergen“  
im Landkreis Böblingen –  
Ehrenamtliche Gruppen sammeln  
nicht abgeerntetes Streuobst**

Durch den frühen Wintereinbruch Ende Oktober fand, um eine Woche verschoben, Anfang November in Herren-

berg-Haslach die Obstsammelaktion „Afterbergen im Schwäbischen Streuobstparadies“ statt. Das sogenannte Afterbergen – hochdeutsch etwa „Nachernnten“ – war früher der Brauch, ab einem bestimmten Datum die übriggebliebenen Feldfrüchte zu ernten. Vor allem arme, bedürftige Menschen bestritten damit einen Teil ihres Lebensunterhalts. Heute soll die Aktion „Schwäbisches Afterbergen“ helfen, die vielen ungeernteten Streuobstwiesen wieder zu nutzen. Im letzten Jahr machte sich der Obst- und Gartenbauverein Haslach zusammen mit einer Schulklasse der Grundschule Haslach an die Arbeit. Sie suchten Grundstücke mit liegengeliebenem Obst und holten bei den Besitzern die notwendige Erlaubnis ein, um dort den Ertrag zu ernten. Andere Obst- und Gartenbauvereine haben ähnliche Aktionen durchgeführt.

„Unsere Streuobstwiesen zu nutzen und zu pflegen ist ein Beitrag zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft“, so Umweltsachverständiger Wolf Eisenmann bei der Übergabe des dabei entstandenen Apfelsaftes. „Umso mehr freut es mich, wenn junge Menschen sich ehrenamtlich einsetzen“. Viele Schüler der Grundschule Haslach haben Anfang November mehr als eine Tonne Äpfel für frischen Apfelsaft eingesammelt. Das Obst wurde danach zum Selbstkostenpreis bei der Mosterei Lohrer in Herrenberg-Haslach gepresst und in Bag-in-Box-Behälter abgefüllt. Auch der Landkreis Böblingen beteiligte sich an den Verarbeitungskosten. Der gewonnene Saft geht nun zur Hälfte an die Schule und zur anderen Hälfte an verschiedene gemeinnützige Einrichtungen, wie den Altenklub Haslach, den örtlichen Kindergarten und den Schulförderverein.

Zukünftig sollen die Aktionen noch weiter auf den gesamten Landkreis ausgeweitet werden. „Das Obst ist viel zu wertvoll, um es einfach unter dem Baum verfaulen zu lassen“, so Wolf Eisenmann. Die Aktion „Schwäbisches Afterbergen“ ist Teil der Kooperation Schwäbisches

Streuobstparadies! Dazu haben sich die Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Reutlingen, Tübingen und der Zollernalbkreis zusammengeschlossen. Über alle Landkreise hinweg sollen dauerhaft Kooperationen zwischen Obst- und Gartenbauvereinen, Schulen, Mostereien und sozialen Einrichtungen entstehen, die liegen gebliebenes Obst auf nicht mehr bewirtschafteten Streuobstwiesen auflesen. Dazu werden vorher die Eigentümer der Grundstücke um Erlaubnis gebeten. Zu diesem Zweck war im Landkreis Böblingen auch im Internet eine Tauschbörse erfolgreich im Einsatz. Damit solle auch dem Trend entgegen gewirkt werden, dass es in vielen Gemeinden Streuobstwiesen gibt, die nicht mehr gepflegt werden und auf denen das Obst nicht mehr abgeerntet wird. „Letztendlich wünschen wir uns, dass die Bürgerinnen und Bürger, die regelmäßig das Obst der Bäume ernten, sich langfristig auch zur Pflege der Bäume bereit erklären“, so Eisenmann.

Der Landkreis Böblingen engagiert sich auch in anderen Bereichen für die Streuobstlandschaft. So fanden in diesem Frühjahr bereits zum fünften Mal Streuobstpflügetage statt, an denen das fachgerechte Schneiden möglichst vieler, längere Zeit nicht gepflegter Streuobstbäume, aber auch der Rückschnitt jüngerer Bestände im Mittelpunkt stand. Der Landkreis fördert seit letztem Jahr mit dem Maßnahmenpaket Streuobst die Neu- oder Nachpflanzung von Streuobst-Bäumen mit starkwachsender Krone. Außerdem bildet der Landkreis neben Fachwarten auch Streuobstpädagogen aus, die an Schulen Wissen zum Thema Streuobstlandschaft vermitteln.

## Verkehr

### Landkreis Göppingen holt durch den VVS beim ÖPNV auf

Kein Jahr soll es mehr dauern. Vorausichtlich bereits ab kommenden Herbst können Studierende von der geplanten Teilintegration in den VVS profitieren. Der Göppinger Kreistag hat am 30. November 2012 einen weitreichenden Grundsatzbeschluss gefasst, der den Landkreis ab 2014 besser in das öffentliche Verkehrssystem der Region Stuttgart integrieren soll. Mit dem StudiTicket des VVS soll es schon zum Wintersemester 2013/14 losgehen. „Damit stellen wir uns im Gefüge der Region wesentlich besser auf als bisher und bringen den Landkreis als attraktiven Wohn-, Wirtschafts- und Bildungsstandort voran“, begründet Landrat Edgar Wolff den wichtigen verkehrspolitischen Schritt. In der Vergangenheit wurde vielfach kritisiert, dass der Landkreis Göppingen zwar Teil der Region Stuttgart, aber nicht in deren Tarifsystem des ÖPNV eingebunden ist.

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Wolfgang Schuster, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart, bezeichnete es als „Geburtsfehler“, dass der VVS seinerzeit ohne den Landkreis Göppingen gegründet wurde. Er lobt den abschließenden Erfolg der intensiven Verhandlungen, die in den zurückliegenden Monaten und Jahren zwischen dem Landkreis und den Gesellschaftern des VVS geführt wurden: „Mir war es sehr wichtig, den Landkreis Göppingen näher an den VVS und damit in den gemeinsamen Verkehrsraum der Region zu führen. Hierbei sind wir jetzt einen Schritt weiter. Dass dies noch zum Ende meiner Amtszeit gelingt, freut mich sehr“. Landrat und OB unterzeichneten im Rahmen eines Pressegesprächs jetzt einen Letter of Intent, der das gemeinsame Bemühen, die Teilintegration in

den VVS zum 1. Januar 2014 Wirklichkeit werden zu lassen, jetzt auch schriftlich fixiert. Danach umfasst die Teilintegration in erster Linie die Einbeziehung der Schienenstrecke im Landkreis Göppingen bis Geislingen/Steige in das VVS-Verbundgebiet. Ergänzend sollen das VVS-Tagesticket (Netz) und das VVS-StudiTicket auch in allen weiteren Verkehrsmitteln des Filmland-Mobilitätsverbundes gelten. Nach dem Willen des Kreistags werden die Verträge jetzt zeitnah unterschriftsreif ausgehandelt, damit dem Start in 2013/14 nichts mehr entgegensteht. Das Land hatte seine finanzielle Unterstützung der Tarifintegration bereits im Rahmen einer Fördervereinbarung über den Filmland Mobilitätsverbund (2010) zugesagt. OB Dr. Schuster und Landrat Wolff appellierten an das Land, die vertraglich vereinbarten Zuschüsse zu leisten, damit man wie geplant starten könne.

Beim VVS wurde in den zurückliegenden Monaten fleißig gerechnet. „Wir haben das bereits 2009 erarbeitete Gutachten auf die aktuelle Datenlage angepasst und können garantieren, dass die vom Kreistag beschlossene Obergrenze von 1,1 Mio. € an fälligen Zuschüssen seitens des Landkreises gehalten werden kann“, freut sich Geschäftsführer Horst Stammeler, der im Rahmen des Pressetermins gemeinsam mit seinem Aufsichtsratsvorsitzenden Landrat Wolff das frisch fertig gestellte Gutachten offiziell überreichte.

Der Landkreis Göppingen und der VVS sehen die geplante Teilintegration als ersten Schritt zum Abbau von Hemmnissen bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel an. Ziel müsse sein, ein einheitliches, leistungsfähiges Verkehrs- und Tarifsystem in der gesamten Region Stuttgart unter Einbeziehung des Landkreises Göppingen zu erreichen. Für Landrat Edgar Wolff sind auch die Verkehrsbeziehungen in Richtung DING-Verbund Ulm von hoher Relevanz. „Der Kreistag hat daher parallel die Einbeziehung Geislingens in den DING-Verbund

beschlossen“, unterstreicht der Kreischef die Bemühungen des Landkreises, sein ÖPNV-Angebot zukunftsorientiert neu aufzustellen. Diese soll, so der Verwaltungsauftrag, bereits zum 1. September 2013 Wirklichkeit werden.

### Landrat Fuchs für fünf weitere Jahre zum Vorsitzenden des Zweckverbands Wieslaufalbahn gewählt

Das Wiesel guckt munter in die Zukunft: Die Zweckverbandsversammlung der Wieslaufalbahn hat am Donnerstag wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Die Mitglieder beschlossen, soweit die Gremien von Landkreis und beteiligten Kommunen zustimmen, die Neuananschaffung von Fahrzeugen konkret anzugehen. Dafür soll das Verkehrswissenschaftliche Institut Stuttgart sein Gutachten über den künftigen Fahrzeugeinsatz fertigstellen. Hierbei sollen die Experten eine mögliche Elektrifizierung der Wieslaufalbahn bis Rudersberg-Oberndorf näher prüfen und die Option der Anschaffung von Elektro-Fahrzeugen (statt bisher Diesel) berücksichtigen. Klar wurde dabei, dass sich das Wiesel bis auf weiteres auf die bisherige Strecke beschränkt. Überlegungen, das Angebot bis nach Welzheim oder Schwäbisch Gmünd auszudehnen, verfolgt der Zweckverband nicht weiter.

Landrat Johannes Fuchs, der als Vorsitzender für weitere fünf Jahre gewählt wurde, erklärte nach der Sitzung: „Bei unserer Kalkulation mussten wir feststellen, dass zwischen Welzheim und Schorndorf millionenschwere Mehrkosten zur Ertüchtigung der Strecke und Anschaffung zusätzlicher Fahrzeuge unrealistisch wären“, so Fuchs. „Dies gilt vor allem mit Blick auf eine mögliche Elektrifizierung der Strecke, die im Remstal aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht interessant ist. Zu beachten ist auch, dass ein Zug nach Welzheim aufgrund der deutlich längeren Fahrtzeiten immer in Konkurrenz mit dem Direktbus stehen würde.“

Wirtschaftlich läuft die Wieslaufalbahn weiter in der Spur. Nach dem von der Versammlung beschlossenen Wirtschaftsplan der Württembergischen Eisenbahngesellschaft (WEG) kommt der Betrieb 2013 mit einem um zwei Prozent geringeren Zuschussbedarf als 2012 aus. Er beläuft sich dann auf 3,1 Millionen Euro. Die Träger des Zweckverbandes Wieslaufalbahn – der Rems-Murr-Kreis und die Kommunen Schorndorf und Rudersberg – müssen insgesamt 1 436 000 Euro Kosten für Betrieb und Strecke per Umlage finanzieren. Der Kreis trägt hiervon rund 755 000 Euro, die restlichen Kosten von rund 681 000 Euro müssen je zur Hälfte die beiden Kommunen tragen.

### **Wunsch nach einheitlicher Radwegebeschilderung – Radverkehrskonzept im Landkreis Sigmaringen kommt voran**

Jetzt fand die bereits zweite Sitzung der Projektgruppe zur landkreisweiten Radverkehrskonzeption im Hofgarten in Sigmaringen statt. Günter Bendias von der beauftragten Ingenieurgesellschaft Dr. Brenner aus Aalen informierte über den aktuellen Stand der Bearbeitung. Im Oktober des vergangenen Jahres gab es bereits eine Auftaktveranstaltung zur neuen Radwegekonzeption des Landkreises Sigmaringen (wir berichteten). Im Nachgang dazu wurden sowohl wichtige Informationen, wie zum Beispiel Strukturdaten und zukünftige Planungen, als auch Wünsche und Anregungen zum Konzept bei den Beteiligten abgefragt. Die eingegangenen Rückmeldungen der Behörden, Verbände und Institutionen machten deutlich, dass vor allem der Wunsch nach einer sinnvollen und eindeutigen Beschilderung vorhanden ist. Darüber hinaus gab es auch diverse Anmerkungen zur Netzgestaltung bzw. Verknüpfung der Radrouten und der Qualität der Radverkehrsinfrastruktur. Zahlreiche Vertreter vom Regierungspräsidium Tübingen, den benachbarten



Das angestrebte neue Radwegkonzept wird intensiv diskutiert.

Landkreisen, der Gemeinden des Landkreises, der Regionalverbände und weiterer Verbände, Institutionen und Behörden verfolgten in der Sitzung die Präsentation und brachten Ihre Anregungen zum vorgestellten, vorläufigen Radverkehrsnetz ein. Dabei zeigte sich, dass es durchaus verschiedene Interessenslagen bei den vorgeschlagenen Radrouten gibt.

Den beteiligten Behörden, Verbänden und Institutionen wird nun erneut die Möglichkeit eröffnet ihre Ansichten zum vorgestellten Radverkehrsnetz mitzuteilen. Das Ingenieurbüro wird die eingehenden Stellungnahmen abermals in enger Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Straßenbau der Kreisverwaltung prüfen und die vorgebrachten Belange abwägen. Daraus wird dann ein vorläufiges Netz entwickelt, das im Anschluss abgefahren und genau begutachtet werden soll.

Im Herbst sollen schließlich die Ergebnisse der Befahrung und der Mängelanalyse in einem Maßnahmenkonzept münden, welches in einer weiteren Sitzung der Projektgruppe vorgestellt wird. Bis dahin hoffen die Bearbeiter auf viele Anregungen und für die Befahrung angenehmes Radfahrerwetter.

### **4. ÖPNV-Tag des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis**

Am 21. Oktober 2012 fand rund um den Bahnhof in Wertheim der vierte Informationstag im Main-Tauber-Kreis zum Thema Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) statt. Mit dieser Veranstaltung machten das Landratsamt Main-Tauber-Kreis und die Stadtverwaltung Wertheim als gemeinsame Veranstalter sowie als Partner die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH (Drei-Löwen-Takt), die Westfrankenbahn, die Verkehrsgesellschaft Main-Tauber mbH (VGMT), der Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) sowie der Tourismusverband „Liebliches Taubertal“ auf die attraktiven Angebote des ÖPNV aufmerksam, um noch mehr Menschen für Bus und Bahn zu begeistern.

Landrat Reinhard Frank als Schirmherr eröffnete die Veranstaltung. Oberbürgermeister Stefan Mikulicz (Wertheim) und Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann sprachen anschließend zu den Festgästen und Besuchern. Zum Feiern gab es gleich zwei Anlässe: Im Oktober 1912 hat man die Bahnstrecke zwischen dem bayerischen Stadtprozelten und dem badischen Wertheim fertig



Der Geschäftsführer der WestfrankenBahn Gerd Hutterer, Wertheims Oberbürgermeister Stefan Mikulicz, Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann und Landrat Reinhard Frank (von links) bei der Zugtaufe.

gestellt und damit eine Lücke im Schienennetz geschlossen. Somit konnte auf das 100-jährige Bestehen der Maintalbahn zurückgeblickt werden. Gleichzeitig wurde im Rahmen des ÖPNV-Tages der von der WestfrankenBahn GmbH als Betreiber der Bahnstrecke modernisierte Wertheimer Bahnhof eingeweiht.

Selbstverständlich gab es zahlreiche besondere Bus- und Bahnangebote. Hauptattraktion war ein Dampfzug der Bauart 50 3552-2 der Hanauer Museumseisenbahn. Die VGMT bot kostenlose Buszubringer aus den Wertheimer Stadtteilen und Stadtrundfahrten mit einem historischen Bus an.

Der Informationstag begann vormittags mit einem ökumenischen Gottesdienst, mit dem sich gleichzeitig die neue Beauftragung für Tourismus der Landeskirche für den Main-Tauber-Kreis, Pfarrerin Heike Kuhn, vorstellte. Landrat Reinhard Frank, Oberbürgermeister Stefan Mikulicz und Verkehrsminister Winfried Hermann taufte gemeinsam einen Zug der modernen Baureihe „VT 642“ auf den Namen „Wertheim“.

Die Besucher erwartete ein umfangreiches Informations- und Unterhal-

tungsprogramm. VRN und VGMT, der Fahrgastverband PRO BAHN, das Landratsamt mit dem Tourismusverband, die WestfrankenBahn, die Stadt Wertheim, die Tourismus Wertheim GmbH, die Wertheimer Zeitung, der Seniorenbeirat und die Verkehrswacht stellten sich mit Informationsständen vor. Die VGMT informierte nicht nur über das umfangreiche Fahrscheinsortiment, sondern bot auch ein Gewinnspiel an. Als Hauptpreis gab es eine „Karte ab 60“ im Wert von 410 Euro zu gewinnen, außerdem wurde zehnmal ein „Ticket 24 Plus“ verlost. Der Eisenbahnclub und die Velo-Freunde präsentierten in der Main-Tauber-Halle eine große Modelleisenbahn. Die VGMT stellte ihre moderne Busflotte vor. Eine Ausstellung des Kreisarchivs Bronnbach informierte über die Geschichte der Bahnstrecke Wertheim–Stadtprozelten. Die großen Besucher konnten ihre Kräfte beim „Buspulling“ messen. Dabei mussten Gruppen mit jeweils fünf Teilnehmern einen zwölf Tonnen schweren Linienbus ziehen. Vereine und Institutionen aus Wertheim sorgten für Imbiss und Getränke.

### Teilintegration VVS finanziell gesichert – Minister Hermann sichert dem Landkreis Göppingen die Förderung zu

„Wir können Entwarnung geben. Ich bin sehr froh, dass die Finanzierung für die VVS-Teilintegration ab 2014 jetzt steht.“ So fasst Landrat Edgar Wolff das Ergebnis eines Gesprächs zusammen, das am 21. Januar im Stuttgarter Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) stattfand. Im Vorfeld hatte ein Schreiben aus dem Haus von Minister Winfried Hermann für Aufregung gesorgt.

Demzufolge wäre die zeitnahe Förderung durch das Land mit einem deutlichen Fragezeichen versehen gewesen. Im Landratsamt wurde man umgehend aktiv, um Klarheit über diese für den Landkreis wichtige Voraussetzung für die verkehrliche Teilintegration zu erhalten. Zwischen Stuttgart und Göppingen liefen daraufhin die Drähte in der Folge heiß.

Das Land hatte in der Vereinbarung über die Finanzierung des Filisland-Mobilitätsverbundes vom Oktober 2010 bereits einen Passus berücksichtigt, der die hälftige Förderung der Teilintegration des Landkreises Göppingen in den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) vorsieht, wenn diese bis spätestens 2014 umgesetzt wird. Wie bei allen Verbundverträgen im Land steht auch diese unter einem generellen Haushaltsvorbehalt. Im Raum stehen jährliche Kosten für das Land in Höhe von rd. 700 000 €. Diese Zuschüsse möchte der Landkreis ab 2014 abrufen, nachdem der Kreistag Ende November 2012 die dafür notwendigen Grundsatzbeschlüsse gefasst hat. „Das Land steht zu seiner vertraglichen Verpflichtung. Minister Hermann hat die Förderung der VVS-Teilintegration für 2014 zugesagt“, berichtet der Landrat über den Erfolg seiner Verhandlungen mit dem MVI.

Die tarifliche Kooperation mit dem VVS sieht eine grundsätzliche Ausweitung des VVS-Verbundtarifs auf der Schiene bis Geislingen vor. Die VVS-Tageskarte

und das StudiTicket gelten künftig neben dem VVS-Verbundraum auch im Landkreis Göppingen in allen Bussen und Bahnen. Auch für Pendler soll im Abo-Verfahren ein durchgängiges Ticket zu allen Zielen im Landkreis angeboten werden. Landrat Wolff sieht darin neben der beabsichtigten späteren S-Bahn-Anbindung einen ersten wichtigen Schritt zur verstärkten Einbindung in das Gesamtverkehrssystem der Region Stuttgart. „Ich bin froh, dass der Kreistag den Weg dafür frei gemacht hat. Die Teilintegration in den VVS ist ein wichtiger Baustein, um den Landkreis in der Region voranzubringen und besser zu verankern. Sie stärkt auf Dauer unsere Position als Wohn-, Wirtschafts- und Freizeitstandort“.

Wie das Landratsamt mitteilt, muss der Landkreis selbst ab 2014 jährlich insgesamt rd. 1 Mio. € für die Teilintegration in den VVS aufwenden. Hierin sind Ausgleichszahlungen für die Grundlastenbeteiligung enthalten. Für die Anzoning Geislingens an den Ulmer DING-Verbund fallen weitere 100 000 € an. Das StudiTicket soll bereits ab dem Wintersemester 2013/14 im Landkreis gültig sein.

## **Überdurchschnittliche Steigerung der ÖPNV-Nachfrage im Landkreis Esslingen**

Die Nachfrage nach Angeboten des ÖPNV ist im Landkreis Esslingen deutlich gestiegen. Dies belegen die veröffentlichten Ergebnisse von Verkehrsstromerhebungen des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart GmbH (VVS) im Kreisgebiet. Der VVS führte die Verkehrsstromerhebungen in den Jahren 2010 und 2011 durch. Dabei wurde von den Fahrgästen die Wegstrecke zwischen der Start- und Zielhaltestelle, der dabei benutzte Fahrausweis sowie der Zweck der Fahrt erfragt. Einbezogen wurden sowohl der Schienen- als auch der Busverkehr im Landkreis.

Seit der letzten Verkehrsstromerhebung im Jahr hat die Nachfrage nach Angeboten des ÖPNV im Landkreis um knapp

11 % zugenommen. Diese Steigerung liegt deutlich über der allgemeinen Entwicklung im gesamten VVS-Gebiet, bei der lediglich ein Plus von 8 % zu verzeichnen war. Die überdurchschnittliche Steigerung im Landkreis ist insbesondere auf die Inbetriebnahme der S-Bahnverlängerung von Plochingen nach Kirchheim/Teck zum 12.12.2009 zurückzuführen. Aber auch die Nachfrage der Tälesbahn zwischen Nürtingen und Neuffen und der Stadtbahn nach Ostfildern hat sich insgesamt sehr positiv entwickelt. Im Busbereich konnten insgesamt 7 % mehr Fahrgäste verzeichnet werden. Mit dem Bus werden im Landkreis Esslingen die meisten Fahrgäste (105 000 Personen pro Werktag) befördert. Zum Vergleich: Mit der S-Bahn werden durchschnittlich 60 000 Personen pro Tag befördert, rund 42 000 Personen nutzen täglich die Regionalzüge und 19 000 Personen steigen täglich in eine Stadtbahn.

„Das große finanzielle Engagement des Landkreises im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein zentraler Faktor für die sehr erfreuliche Entwicklung der Nachfrage“, kommentiert Landrat Heinz Eininger die Ergebnisse der Erhebung. „Der Landkreis hält auch weitere Investitionen in den ÖPNV für notwendig und unerlässlich, um im hochverdichteten Neckarraum weiterhin die Mobilität der Bevölkerung durch einen attraktiven ÖPNV zu gewährleisten.“ Die meisten Mittel werden in den nächsten Jahren in die Beteiligung des Landkreises an der Verlängerung der Stadtbahn bis

zur Messe/Flughafen und die daran anschließende Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen nach Neuhausen a.d.F. fließen.

## **Kreisräte im Rems-Murr-Kreis diskutieren über aktuelle ÖPNV-Themen – Landrat und Kreisräte im Gespräch mit der SSB AG und dem VVS**

Landrat Johannes Fuchs und 20 Kreisrätinnen und Kreisräte haben sich am 22. März 2013 Zeit genommen, um mit der Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) und dem Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) in den Räumen der SSB aktuelle Themen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu diskutieren. Auf dem Programm standen außerdem die Besichtigung der SSB-Hauptwerkstatt und die Vorstellung neuer Antriebstechnik in Bussen.

Landrat Johannes Fuchs war es dabei ein besonderes Anliegen, bei der Veranstaltung auch über die Kreisgrenzen hinaus zu blicken. „Mit rund 26 Millionen Euro jährlich sind die Ausgaben für den öffentlichen Personennahverkehr ein großer Posten im Etat des Landkreises. Der Rems-Murr-Kreis ist im Verbundgebiet Stuttgart Teil eines großen Ganzen. Ein enger Austausch mit den anderen Verbundpartnern trägt dazu bei, dass die vielfältigen Interessen im ÖPNV ausgewogen berücksichtigt werden und wir einen ÖPNV aus einem Guss haben“, betont Fuchs.



Der Großraum Stuttgart ist einer der wirtschaftsstärksten Standorte in Europa. In diesem hoch verdichteten Raum kommt einem gut ausgebauten und funktionierenden Netz an Bussen, Bahnen und Ruftaxis eine ganz besondere Bedeutung zu. Er ist eine der zentralen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge und trägt nicht nur einem nach wie vor wachsenden Mobilitätsbedürfnis Rechnung, sondern ist auch ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz. Deshalb haben die Kreisvertreter gezielt das Gespräch mit zwei der wichtigsten Akteure im Verbundgebiet Stuttgart gesucht, der SSB und dem VVS.

„Es hat mich gefreut, dass die Veranstaltung auf dem Werksgelände der SSB stattfinden konnte. Die Kreisräte und Kreisrätinnen des Rems-Murr-Kreises hatten so die Möglichkeit, einen Blick hinter die Kulissen eines auch bundesweit führenden Verkehrsunternehmens zu werfen und bereits auf dem Weg zur SSB in einem Hybridbus modernste Technik im wahrsten Sinne des Wortes zu „erfahren“, so der Landrat.

Reinhold Bauer, Vorstandssprecher der SSB AG und sein technischer Vorstandskollege Wolfgang Arnold sorgten bei der Besichtigung der SSB-Werkstatt und mit ihrem Vortrag über moderne Antriebstechniken in Bussen noch für das notwendige Hintergrundwissen. Eindrucksvoll sei es, wie sich die SSB AG dem Ziel verschrieben habe, Elektromobilität in Stuttgart im öffentlichen Personennahverkehr praxistauglich zu machen, resümierte Fuchs nach dem Vortrag und besonders erfreulich, dass der Rems-Murr-Kreis ganz unmittelbar vom Engagement der SSB AG profitiere, da diese schon bald einen Brennstoffzellenbus in Fellbach einsetzen möchte. Jörn Meier-Berberich, kaufmännischer Vorstand der SSB AG, komplettierte mit seiner Präsentation zur Mobilitätsregion Stuttgart und dem Großprojekt „Stuttgart Services“ das Bild der SSB als moderner ÖPNV-Dienstleister.

Horst Stammeler, Geschäftsführer des VVS stellte den Kreisräten die aktuellsten Entwicklungen in Sachen Tarif im Verbundgebiet vor und konnte nicht nur mit der geplanten Ausweitung der netzweiten Gültigkeit des Scool-Abo einen wichtigen Fortschritt präsentieren. Besonders erfreulich sei, dass auch der VVS Lösungen für eine Tarifkooperation mit dem Ostalbkreis gefunden habe und dass noch in diesem Jahr die Tarifrücke zwischen Alfdorf und Lorch geschlossen werden könne, so Fuchs.

Mit Blick auf den Rems-Murr-Kreis wurden die Kreisräte und Kreisrätinnen über die aktuellen Entwicklungen im Nachtverkehr informiert. Auch eine Vereinfachung der im Verbundgebiet komplizierten ÖPNV-Finanzierung wurde diskutiert. Verkehrsdezernent Richard Sigel präsentierte das gemeinsame Konzept der Landeshauptstadt Stuttgart und der Verbundlandkreise zur Verschlinkung dieser komplexen Finanzierung. Hauptziel sei es, die Zuständigkeit für die Organisation und Bestellung des Busverkehrs und dessen Finanzierung in einer Hand zusammenzuführen, ohne die bestehenden Aufgabenträgerschaften zu verändern. Das soll heißen, dass der Kreis

weiterhin für die Organisation und das Angebot der Busverkehre und der Ruftaxis zuständig bleiben soll, um vor Ort bedarfsgerecht planen zu können. Zudem sollen die bisher hochkomplexen Zahlungsströme einfacher und transparenter gemacht werden. Entsprechende Lösungsvorschläge für einen rechtssicheren und zukunftsfähigen ÖPNV wurden dem Verkehrsministerium von der Landeshauptstadt Stuttgart und den Verbundlandkreisen bereits unterbreitet.

## Verschiedenes

### 40 Jahre Landkreis Karlsruhe

Eine Ausstellung über die Geschichte und Entwicklung des Landkreises Karlsruhe der letzten vier Jahrzehnte eröffnete Landrat Dr. Christoph Schnaudigel am 25. Februar im Foyer des Landratsamtes unter Beisein vieler aktiver und ehemaliger Vertreter aus Politik und Verwaltung. „Das 40jährige Bestehen des neuen Landkreises Karlsruhe ist kein Jubiläum, das übertriebene Feierlichkeiten rechtfertigt, bietet aber dennoch



Viel zu entdecken gibt es bei der Ausstellung über 40 Jahre Landkreis Karlsruhe. Über die Vitrine beugen sich Landtagsabgeordneter Heribert Rech, Oberbürgermeister a. D. Bernd Doll, Bürgermeister a. D. Eberhard Roth und Landrat Dr. Christoph Schnaudigel (v. l. n. r.).

Anlass, auf die Entwicklung zurückzublicken, die sehr erfolgreich verlaufen ist“, sagte Landrat Dr. Christoph Schnaudigel bei seiner Begrüßung. Auf 40 großformatigen und reich bebilderten Tafeln könne man die Geschichte von den turbulenten Gründertagen bis in die Gegenwart aus jeweils ganz unterschiedlichen Blickwinkeln heraus nachvollziehen. Interessante Fundstücke aus dem Kreisarchiv komplettieren die Schau.

Der frühere Sulzfelder Bürgermeister Eberhard Roth, der dem Kreistag von 1973 bis heute ununterbrochen angehört, führt die gute Entwicklung auf drei Hauptgründe zurück: zum einen habe man von Beginn an ein Schwerpunkt auf die Bildung gelegt und für vorbildliche Lehr- und Lernbedingungen an den Beruflichen sowie Sonderschulen gesorgt. Zum zweiten habe man sich nicht auf die Kreisgrenzen fokussiert, sondern beispielsweise eng mit der Stadt Karlsruhe zusammengearbeitet und bedeutende regionale Projekte wie die neue Messe oder den Baden Airpark gemeinsam realisiert. Und zum Dritten habe man ein öffentliches Personennahverkehrsnetz verwirklicht, das weltweit Beachtung findet und dem Landkreis einen entscheidenden Standortvorteil bringt. Dies könne nicht hoch genug eingeschätzt werden, weil eine positive Entwicklung nur auf einer stabilen wirtschaftlichen Grundlage stattfinden könne. Kreisarchivar Bernd Breitkopf, der die Ausstellung konzipiert hatte, führte danach in die Ausstellung ein und zeigte anhand einer Lichtbilderschau beispielhaft auf, wie stark sich der Landkreis in den vierzig Jahren entwickelt hat.

### **Erneute Auszeichnung der Kreisverwaltung Tuttlingen als mittelstandsfreundliche Behörde**

„Dass wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen, zeigt die erneute Auszeichnung mit dem RAL-Gütezeichen als mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“, freute sich Landrat Stefan Bär im

Zusammenhang mit der erfolgreich absolvierten TÜV-Überprüfung der 14 Gütekriterien über die gute Schulnote 1,8, die die mittelständischen Unternehmen aus dem Kreis Tuttlingen der Kreisverwaltung bei der Kundenzufriedenheitsanalyse gegeben haben. Der TÜV hat der Kreisverwaltung eine gute und schnelle Arbeit bescheinigt.

Der Kreis Tuttlingen ist seit 2008 Mitglied der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung und wurde vor zwei Jahren erstmals nach den Kriterien des RAL-Gütezeichens als erster Landkreis in Baden-Württemberg zertifiziert. Die RAL-Gütezeichen kennzeichnen Produkte und Dienstleistungen, die nach hohen festgelegten Qualitätskriterien hergestellt oder angeboten werden. Zur Verleihung des RAL-Gütezeichens „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ müssen 14 Gütekriterien verbindlich eingehalten werden. Dazu gehören zum Beispiel die Vorgabe einer 15-tägigen Frist bei der Zahlung von Rechnungen an mittelständische Unternehmen oder einer dreitägigen Bearbeitungs- und Informationsfrist bei Eingaben und Beschwerden von Firmen.

Ganz klare Anforderungen werden an die Kreisverwaltung auch bei Anfragen oder Anträgen von Unternehmen gestellt, wie beispielsweise bei einem Bauantrag: Rückruf nach einem Arbeitstag, Eingangsbestätigung unter Nennung eines zuständigen Ansprechpartners nach drei Arbeitstagen und Entscheidung über gewerbliche Bauvorhaben nach spätestens 40 Arbeitstagen.

Alle Ämter der Kreisverwaltung müssen durch organisatorische Maßnahmen sicherstellen, dass die Gütekriterien eingehalten werden. Beim Landratsamt Tuttlingen dokumentieren das Ordnungsamt, das Baurechts- und Umweltamt, das Straßenverkehrsamt und das Nahverkehrsamt die Einhaltung der Gütekriterien.

Gefordert wird aber auch die Schaffung von Verwaltungswegweisern und Lotsen

für Existenzgründer, wie es sie bei der Kreisverwaltung Tuttlingen schon seit mehreren Jahren gibt.

„Das RAL-Gütezeichen ‚Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung‘ soll nach außen sichtbar machen, dass wir die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen für unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen nachhaltig verbessern. Die Qualität der Verwaltungsdienstleistung wird gesteigert und gesichert, das trägt zum Bürokratieabbau bei und ist zu einem wichtigen Standortfaktor geworden“, bilanziert Wirtschaftsdezernent Michael Guse.

Alle zwei Jahre muss die Einhaltung dieser Güte- und Prüfkriterien durch einen externen Gutachter geprüft werden, bei der Kreisverwaltung Tuttlingen hat dies die TÜV NORD CERT GmbH in Essen übernommen. Ergänzt werden muss diese Überprüfung durch eine Umfrage bei den mittelständischen Unternehmen. Bei dieser Kundenzufriedenheitsanalyse wurde mit der durchschnittlichen Schulnote von 1,8 das gute Ergebnis von 2010 (1,9) noch einmal geringfügig verbessert. Die Freundlichkeit der Mitarbeiter, Termineinhaltungen, das Engagement der Ansprechpartner wurden dabei ebenso bewertet wie die Verständlichkeit von Formularen oder die Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen. „Dieses gute Ergebnis der Umfrage hat uns gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, erklärt Landrat Bär und verspricht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung auch in Zukunft mit großem Engagement an weiteren Verbesserungen arbeiten werden.

### **Europaminister besucht Landrat des Landkreises Rastatt**

Der baden-württembergische Europaminister Peter Friedrich will die Anstrengungen der Region um eine weitere Rheinüberquerung insbesondere für Radfahrer unterstützen. Das versicherte er Landrat Jürgen Bäuerle bei seinem



Das Bild zeigt Minister Peter Friedrich (2. v. l.) mit Landrat Jürgen Bäuerle, Jonas Weber und Renate Schwarz.

Besuch im Landratsamt Rastatt. Eine Zusage bekam der Landkreischef auch für die Teilnahme des Landesministers beim Einbürgerungsfest 2014. Wie die Pressestelle weiter mitteilt, standen im Mittelpunkt des Gesprächs, das von den SPD-Kreisräten Renate Schwarz und Jonas Weber initiiert wurde, grenzüberschreitende Verkehrsprobleme und die Umsetzung der mit EU-Mitteln geförderten Leader-Projekten im Landkreis. Thematisiert wurden auch die Möglichkeiten der kommunalen Ebene, den europäischen Einigungsprozess durch Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Voraussetzung hierfür sei eine gute Informationsarbeit über die Geschehnisse in Brüssel.

### „Eine preisverdächtige dritte Runde“ – 288 Bachelorabsolventen der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Kehl verabschiedet

Die 288 Kehler Bachelorabsolventen hatten Grund zum Feiern. Mit dem Abschluss haben sie nicht nur das dreieinhalbjährige Studium beendet. Ihre Berufsaussichten sind verglichen mit anderen Studiengängen sehr gut. „68 Prozent von Ihnen arbeiten künftig als Beamte im gehobenen Dienst der baden-württembergischen Verwaltungen“, gratulierte Rektor Professor

Paul Witt und wünschte den Bachelorn im Rahmen der Bachelorfeier in der Kehler Stadthalle alles Gute für die Zukunft. Doch alleine mit dem Bachelorabschluss ist es noch nicht getan, um in der Arbeitspraxis erfolgreich zu sein. „Effizienz + Ethik = modernes Verwalten“, auf diese Formel schwört der Landtagspräsident des Landtags Baden-Württemberg Guido Wolf MdL und legte diese auch den Studierenden nahe. Er ermunterte die

künftigen Verwaltungsexperten als Träger des Modernisierungsprozesses zu Bürgernähe und Transparenz. Die Ausbildung ist für die Absolventen die Grundlage für eine gute berufliche Zukunft. Doch ein Ganzes werde es erst dann, wenn jeder einzelne die praktische, menschliche und soziale Kompetenz in Verbindung bringe, so der Landtagspräsident.

Ausschließlich Absolventinnen dieses dritten Abschlussjahrgangs belegten dieses Mal die ersten zehn Plätze. Professor Stefan Gläser, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, überreichte der besten Absolventin Ute Klukas den Preis des Städtetags.

Abräumerin des Tages war jedoch Carina Schlachter. „Alles Gute auf der Welt geschieht nur, wenn einer mehr tut, als er tun muss“, zitierte Bürgermeister Robert Wiedemann, Vizepräsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, den Gründer der SOS-Kinderdörfer Hermann Gmeiner. Vizepräsident Wiedemann überreichte der engagierten Absolventin den Ehrenamtspreis des Gemeindetags für ihr außerordentliches Engagement.



Rektor Professor Paul Witt verabschiedete mit Prof. Stefan Gläser 288 Bachelorabsolventen.



Landtagspräsident Guido Wolf MdL hielt die Festansprache der diesjährigen Bachelorfeier in der Kehler Stadthalle.

Carina Schlachter setzte sich unter anderem für ihre Mitstudenten ein, war bei der Organisation von Veranstaltungen aktiv und engagierte sich in verschiedenen Gremien der Hochschule. Als ehemalige Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses (Asta) erhielt sie zudem eine kleine Anerkennung seitens der Hochschule. Neben so viel Einsatz vernachlässigte sie ihr Studium nicht und schloss dieses als Neuntbeste ab.

Zu den zehn besten Absolventinnen gehörte zudem Sonja Hillenbrand, die als Zweitbeste abschloss. Jessica Désirée Dotzauer erreichte den drittbesten Abschluss. Die weiteren Plätze belegten Kristina Gasparovic, Isabelle Schmidt, Simone Jung, Katrin Wilhelm, Julia Kneißl und Christina Eckert.

Eine erstmals verliehene Prämierung erhielten Christian Klöppel, Desirée Lehr und Jasmin Uhl. Die Chefredakteurin des Staatsanzeiger Verlags Baden-Württemberg Breda Nußbaum überreichte den Dreien den Staatsanzeiger-Preis für die besten Bachelorarbeiten im Bereich Personal.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses Timo Schäfer verab-

schiedete sich mit einer viel beklatschten Rede von seinen Mitstudenten. Studentenparties und das Büffeln in der Bibliothek liegen nun hinter ihnen. Neue Wege gehen und für Ideale einzustehen, gab Schäfer den Absolventen mit.

Einen klangvollen Rahmen schaffte das Hochschulorchester. Die Erstsemester, die erst vor zwei Wochen ihr Studium in Kehl begonnen, hatten damit bereits nach kurzer Probezeit ihren ersten Auftritt.

### **Kooperation des Landkreises Sigmaringen mit dem Balkanland Kosovo soll ausgebaut werden**

Beim Neujahrsempfang der 10. Panzerdivision und des Landkreises Sigmaringen am 22. Januar in Sigmaringendorf waren mehrere hochrangige Vertreter der Republik Kosovo zu Gast: Botschafter Skender Xhakaliu, Konsul Faket Kajtazi und der Bürgermeister der Stadt Skenderaj, Sami Lushtaku. Grund war der enge Kontakt, den die 10. Panzerdivision durch ihren Einsatz in dem Balkanland schon seit längeren aufgebaut hat und auch pflegt. Auch der Rotary-Club Sigmaringen hat Verbindungen in das Kosovo und bietet Unterstützung.

Landrat Gaerte hatte in seiner Neujahresrede dazu aufgerufen, Spenden für ein Hilfsprojekt in der Stadt Skenderaj zu sammeln. Die Bitte verhallte nicht ungehört. Auszubildende des Landratsamtes und Soldaten standen am Hallenaussgang und nahmen die Spenden entgegen. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: 1500 Euro kamen zusammen.

Divisionskommandeur Erhard Bühler und Landrat Dirk Gaerte übergaben im Beisein von Professor Dr. Markus Lehmann (Hochschule Albstadt-Sigmaringen), Bürgermeister Henne (Sigmaringendorf), Bürgermeister Holger Jerg (Gammertingen, Präsident des Rotary-Clubs Sigmaringen) und Klinikgeschäftsführer Willi Römpp im Landratsamt einen symbolischen Scheck über den gesammelten Betrag an den Botschafter der Republik Kosovo, Skender Xhakaliu. Dieser bedankte sich für die großzügige Unterstützung, die einem Kinderheim in Skenderaj zu Gute kommen soll. „Ich fühle mich hier wirklich unter Freunden“, betonte der Botschafter. Ins Gästebuch des Landkreises schrieb er: „Die Republik Kosovo bedankt sich für die großzügige Unterstützung.“ Im Anschluss wurden Gespräche geführt, auf welchen Ebenen durch den



Professor Markus Lehmann, Bürgermeister Alois Henne, Botschafter Skender Xhakaliu, Klinikgeschäftsführer Willi Römpp, Landrat Dirk Gaerte und General Erhard Bühler bei der Scheckübergabe

Austausch von Fachkräften ein Wissenstransfer zwischen dem Landkreis Sigmaringen und dem Kosovo umgesetzt werden kann. Der Botschafter betonte, dass der Kosovo zwar ein Balkanland mit Aufholbedarf sei, allerdings sei es kein krisengeschütteltes Land mehr. Insbesondere mit Fachwissen und Experten könne es gelingen, die Kommunen im Kosovo zur Selbsthilfe zu animieren. Bei der bereits bestehenden Kooperation zwischen Hochschule Albstadt-Sigmaringen soll die Zusammenarbeit jetzt intensiviert werden.

**Landkreis Göppingen stärkt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Familienforschung und Landratsamt Göppingen unterzeichnen Zielvereinbarung**

Seit einem Jahr arbeiten die Familienforschung Baden-Württemberg (FaFo) im Statistischen Landesamt und das Landratsamt Göppingen im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eng zusammen. Das Landratsamt ist Modellstandort im „Programm familienbewusst & demografieorientiert“.

Mit diesem neuen Angebot unterstützt die Familienforschung Arbeitgeber dabei, ihre Personalpolitik zukunftsfähig zu gestalten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Eine wichtige Stufe im Rahmen des Programms wurde am vergangenen Montag mit der offiziellen Unterzeichnung der Zielvereinbarung von Landrat Edgar Wolff und dem Leiter der Familienforschung Erich Stutzer abgeschlossen. Damit startet die Umsetzungsphase der für 2013 vereinbarten Maßnahmen. Dass sich der Landkreis auf dem richtigen Weg befindet, zeigt der gestrige Familiengipfel von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Bundesregierung in Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel setzte sich dabei für familienfreundlichere Arbeitsbedingungen ein.

Das Landratsamt will attraktiver Arbeitgeber sein und eine Vorbildfunktion übernehmen für eine familienbewusste und demografieorientierte Personalpolitik. „In Zeiten des demografischen Wandels gewinnt die Familienfreundlichkeit, gewinnt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zunehmend an Bedeutung. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist,

auf Basis einer breiten Beteiligung und mit großem Konsens die Zielvereinbarung für einen attraktiven und familienfreundlichen Arbeitgeber Landkreis Göppingen abzuschließen“, sagte Landrat Edgar Wolff.

Im Rahmen mehrerer Workshops haben Mitglieder des Verwaltungsausschusses, Führungskräfte und Beschäftigte neue Ideen für das Landratsamt entwickelt.

Ein Projektteam bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterschiedlicher Dezernate, des Personalrats sowie der Beauftragten für Chancengleichheit hat daraus die Zielvereinbarung erarbeitet. Die Expertinnen des Kompetenzzentrums Beruf & Familie Baden-Württemberg der Familienforschung haben alle Schritte begleitet und moderiert. Insgesamt 12 übergeordnete Ziele und 17 Einzelmaßnahmen umfasst die Zielvereinbarung. Bis Anfang 2014 setzt das Landratsamt die vereinbarten Maßnahmen um.

Ministerialdirigent Günter Mächtle als Vertreter des Sozialministeriums Baden-Württemberg lobt den erfolgreichen Programmverlauf in Göppingen und erwartet weitere Arbeitgeber, die das Programm nutzen möchten: „Ich bin mir sicher, dass die Zielvereinbarung des Landratsamtes Göppingen eine Signalwirkung für andere Arbeitgeber haben wird. Die Frage der Zukunft: Wie soll die Balance zwischen beruflicher Arbeit und Sorgearbeit gelingen? beschäftigt bereits heute die meisten Arbeitgeber im Land. Im Landratsamt Göppingen wurde eine Antwort gefunden, die die Beschäftigten selbst erarbeitet haben.“

**Neue Wege bei der Korruptionsvorbeugung in der Landratsamtsverwaltung Karlsruhe**

Korruption verursacht erhebliche volkswirtschaftliche Schäden und untergräbt das Vertrauen in die Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit von öffentlicher Verwaltung, Politik und Wirtschaft. Um möglicher Korruption innerhalb der



Die Zielvereinbarung ist unterzeichnet. V. l. n. r.: Lucill Simak, Kompetenzzentrum Beruf & Familie; Erich Stutzer, Leiter der Familienforschung; Landrat Edgar Wolff; Markus Malcher, Abteilungsleiter Personal und Ausbildung; Iris Fahle, Beauftragte für Chancengleichheit.



Landrat Dr. Christoph Schnaudigel begrüßte Rechtsanwalt Dr. Werner Finger als Vertrauensanwalt.

Landratsamtsverwaltung vorzubeugen bzw. sie im konkreten Fall besser bekämpfen zu können, wurde bereits im vergangenen Jahr ein amtsinterner Anti-Korruptionsbeauftragter bestellt. „Da rund die Hälfte aller Korruptionsfälle durch Hinweise von Insidern aufgedeckt werden, viele Hinweisgeber aber anonym bleiben wollen, arbeiten wir künftig zusätzlich noch mit einem externen Vertrauensanwalt zusammen“, informiert Landrat Dr. Christoph Schnaudigel bei der Vorstellung von Dr. Werner Finger. Der Fachanwalt für Verwaltungsrecht ist in der in Karlsruhe ansässigen Anwaltskanzlei Deubner & Kirchberg tätig und verfügt über umfangreiche Erfahrungen in disziplinarrechtlichen Angelegenheiten und Dienstvergehen im Amt. Er steht sowohl Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch allen Kunden des Landratsamtes einschließlich des Abfallwirtschaftsbetriebes als neutraler Ansprechpartner zur Verfügung. Auf Wunsch des Mitteilenden darf der Vertrauensanwalt Verschwiegenheit zusichern, wobei er als selbständiger und unabhängiger Rechtsanwalt tätig wird und keinen Weisungen des Landratsamtes unterliegt, wie der Landrat betonte.

### **50 Jahre Élysée-Vertrag – Präsident des Eurodistrikts und Landrat Frank Scherer betrachtet Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau als wesentliche Auswirkung des deutsch-französischen Freund- schaftsvertrags in der Grenzregion**

Vor 50 Jahren, am 22. Januar 1963, schlossen Deutschland und Frankreich den Élysée-Vertrag und besiegelten damit weniger als 20 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg ihren Versöhnungswillen. Durch diesen Vertrag stellten der damalige Präsident der Französischen Republik, Charles de Gaulle, und der damalige Bundeskanzler, Konrad Adenauer, die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf eine vertragliche Grundlage und läuteten eine neue Ära der deutsch-französischen Zusammenarbeit ein.

„Nach 50 Jahren lässt sich eine äußerst erfolgreiche Bilanz ziehen“, sagt der Präsident des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau und Landrat des Ortenaukreises Frank Scherer. Denn auf allen Ebenen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben sich vielfältige und enge Beziehungen entwickelt. So gibt es inzwischen unzählige Partnerschaften zwischen Städten links und rechts des Rheins. Das

Deutsch-Französische Jugendwerk hat seit seiner Gründung 1963 Millionen von Jugendlichen zusammengebracht, und die deutsche und französische Regierung treffen bei den sogenannten „deutsch-französischen Gipfeln“ zweimal im Jahr zusammen, um über wichtige politische Themen zu beraten.

„In unserer Grenzregion spielen die Auswirkungen des Freundschaftsvertrags von 1963 eine ganz besondere Rolle. Die Regionen an der Nahtstelle zwischen beiden Ländern sind Vorreiter der deutsch-französischen Beziehungen und geradezu prädestiniert, als Keimzelle der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu fungieren“, so Scherer weiter. Der Eurodistrikt solle über alle bürokratischen Hürden hinweg zu einer Institution werden, die als Dienstleister seiner Einwohner agiere und auch so wahrgenommen werde. Der Eurodistrikt müsse Erleichterungen für Grenzgänger im Alltag bringen und den Mehrwert für die in der Grenzregion lebenden Menschen und ansässigen Unternehmen optimal nutzbar machen.

Vor allem sollen sich die Menschen in der Region einander einfacher begegnen können. Dazu wird laut Scherer in diesem Jahr eine Studie zur Verbesserung des ÖPNV im Eurodistrikt Optimierungsvorschläge machen. Ebenfalls wird eine Gesundheitsstudie erste Handlungsempfehlungen für einen verbesserten grenzüberschreitenden Zugang zu Gesundheitsleistungen abgeben. Weitere Themen sind die Schaffung eines gemeinsamen Kulturraums und die Förderung der Zweisprachigkeit.

Darüber hinaus betont der Präsident, „wie wichtig es ist, die Menschen in die Entwicklung der grenzüberschreitenden Region einzubinden“. Deshalb wird der Eurodistrikt im Frühjahr einen Bürgerkonvent organisieren. Dieser soll einen direkten Austausch zwischen den Eurodistriktsmitgliedern, den Bürgermeistern der Region und der Bevölkerung des Eurodistrikts ermöglichen. Die Zivilgesellschaft wird so die Möglichkeit be-

kommen ihre Wünsche und Projektideen zu äußern und mit der Politik zu diskutieren.

Eine eigene Webseite ([www.elysee50.de](http://www.elysee50.de)) bietet umfassende Informationen zu den deutsch-französischen Beziehungen und einen Überblick über die Jubiläumsveranstaltungen in beiden Ländern.

**PLENUM sagt Tschüss –  
mit einem Abschlussfest und  
einem regionalen Markt in Bad Urach  
am 10. März 2013**

PLENUM sagt Tschüss – und zwar mit einem großen Abschlussfest mit regionalem Markt und buntem Programm in Bad Urach am 10. März 2013. Zwölf Jahre lang haben der Landkreis Reutlingen und in den letzten fünf Jahren auch Teile der Landkreise Esslingen und Alb-Donau von diesem „Programm des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt“ profitiert: Mehr als 360 große und kleine Projekte wurden von Menschen aus der Region umgesetzt, die einen wirtschaftlichen Nutzen mit einem nachhaltigen Vorteil für Natur und Umwelt verbunden – etwa in den Bereichen Tourismus, Landwirtschaft, Umweltbildung oder Streuobst. Insgesamt wurden 2,8 Millionen Euro Zuschuss ausgezahlt, die wiederum Investitionen von 6,8 Millionen Euro auslösten.

**Seminarreihe „Unsere Stadt/ unser Kreis  
braucht Frauen“ von Stadt und  
Landkreis Ludwigsburg startete am  
16. Januar im Ludwigsburger Rathaus**

Die Seminarreihe „Unsere Stadt/ unser Kreis braucht Frauen“ startete am 16. Januar im Tony-Schumacher-Keller des Ludwigsburger Rathauses in der Wilhelmstraße 11. Veranstalterinnen sind die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Ludwigsburg und die Gleichstellungsbeauftragte des Landratsamts Ludwigsburg in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung, dem Landfrauenverband Württemberg-Ba-

den e.V., der Volkshochschule Ludwigsburg und der Schiller-Volkshochschule des Landkreises Ludwigsburg.

„Unsere Stadt/ unser Kreis braucht Frauen“ ist ein mehrteiliges Seminar, das sich an Frauen aller Altersgruppen und an Mädchen wendet, die sich für kommunalpolitische Zusammenhänge interessieren. Es vermittelt Grundinformationen über Kommunalpolitik und die Möglichkeiten, politisch Einfluss zu nehmen. „Politik vor der Haustüre, so wurde Kommunalpolitik einmal beschrieben – und genau darum geht es: nicht ärgern, sondern einmischen, die Möglichkeiten der Mitgestaltung nutzen“, so die Erwachsenenbildnerin und Kursbegleiterin Gisela Ewald-Scheunert.

Das von der Landeszentrale für politische Bildung entwickelte und seit vielen Jahren erprobte Seminarkonzept sieht vor, dass zwei Kursbegleiterinnen eine Gruppe von zwölf bis maximal 20 Teilnehmerinnen bei den einzelnen Seminarterminen begleiten und als Ansprechpartnerinnen zur Verfügung stehen.

In der Seminarreihe erfahren die Teilnehmerinnen neben dem Einmaleins der Kommunalpolitik unter anderem, was die Stadt Ludwigsburg mit dem Geld ihrer Bürgerinnen und Bürger tut, und sie bekommen Einblicke in den Kreishaushalt. Spielregeln der Macht und wie unser eigenes Denken unser „macht-

volles“ Handeln bestimmt, verrät Annett Machts, Experte für Verhaltenstraining und Coaching, während eines ganztägigen Workshops an einem Samstag. Die Gelegenheit, Kreisrätinnen und Gemeinderätinnen über ihren Weg in die Politik zu befragen, der Besuch einer Kreistags- bzw. Gemeinderatssitzung sowie ein Abend, bei dem es um die Bedeutung von Frauennetzwerken geht, gehören ebenfalls zum Programm der Seminarreihe.

**GIS des Landratsamtes Sigmaringen  
erobert die Welt**

In der Regel tritt die Informationstechnologie des Landratsamtes kaum nach außen in Erscheinung. Doch jetzt wurde das Geo-Informationssystem um Franco Di Bari, Leiter der GIS-Abteilung, weltweit bekannt. „Wir sind da in der Gesellschaft von ‚Krisen in Syrien‘, ‚dem olympischen Fackellauf‘ oder ‚Roverlandungen auf dem Mars‘“, schmunzelt der 44-Jährige, als er weitere GIS-Projekte aufzählt. Und ausgerechnet das Thema „Kunst“ hat dafür gesorgt, dass Interessierte auf nahezu dem ganzen Erdball feststellen können, dass in Sigmaringen echte Spitzenleistung erbracht wird.

Die Environmental Systems Research Institute (Esri) Inc. mit Sitz in Redlands, Kalifornien (USA), ist die weltweit erfolgreichste Firmengruppe auf dem Gebiet



Franco Di Bari präsentiert seine Darstellung von „Kunst am Fluss“.

der Geografischen-Informationssysteme und in mehr als 90 Ländern der Erde tätig. Seit über 30 Jahren auf dem Markt, wird die GIS-Technik von Esri heute von über einer Million Anwendern branchenübergreifend bei Behörden, Unternehmen, Universitäten und Verbänden eingesetzt – und natürlich auch vom Landratsamt Sigmaringen, das damit auch als Dienstleister für die Kommunen auftritt. Das nahezu unbegrenzte Anwendungsspektrum reicht von vergleichsweise einfachen Auskunftssystemen im Internet bis zu komplexen raumbezogenen Spezialanwendungen im Simulationsbereich. „GIS sind Systeme zur Erfassung, Bearbeitung, Organisation, Analyse und Präsentation geografischer Daten. Sie werden z.B. in Umweltfragen, Marktanalysen, Standortbestimmungen und Präsentationen eingesetzt, um geographisch relevante Aufgaben zu lösen“, erklärt Di Bari. Eine solche Aufgabe war das Projekt „Kunst am Fluss – Bildnerische Positionen entlang der Oberen Donau“ so auf der Homepage der Kreisverwaltung darzustellen, dass der Betrachter auch einen ganz praktischen Nutzen davon hat und die Ästhetik erhalten bleibt. Das Ziel, alles schlicht zu halten, die Kunstwerke in den Vordergrund zu rücken und nicht die GIS-Technik, das hat Di Bari offensichtlich so perfekt erreicht, dass seine Arbeit von Australien über Afrika bis nach Amerika Beachtung gefunden hat. Esri Deutschland hat das Projekt „Kunst am Fluss“ zu den ausgewählten Karten für Deutschland aufgenommen und Esri USA nahm das Projekt „Art on the Upper Danube“ auf die Internetstartseite in den USA. Bereits innerhalb der ersten Stunden haben 34 verschiedene Nationen mit über 45000 Zugriffen das Projekt „Kunst am Fluss“ betrachtet und so weltweit den Landkreis Sigmaringen „besucht“.

Es ist nicht das erste Mal, dass Know-how aus der Landkreisverwaltung im In- und Ausland gefragt ist. Neben zahlreichen Fachvorträgen in Deutschland war der

Diplom-Ingenieur 2008 für 11 Wochen in Belgrad, um im Auftrag des Ministeriums und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit sein Wissen beim Aufbau eines Geo-Information-Systems in der Hauptstadt von Serbien einzubringen.

Kultur und GIS – ein wirklich schöner Erfolg, der auch deutlich macht: Kunst und moderne Informationstechnologie müssen sich nicht ausschließen. Wer sich davon überzeugen will, der kann dies im Internet tun. Auf [www.kreis-sigmaringen.de](http://www.kreis-sigmaringen.de) ist in der Rubrik „Kunst und Kultur“ Di Baris Präsentation zu sehen.

### **Landrat Gaerte macht im Landkreis Sigmaringen die Straßen frei**

Die Vorliebe von Landrat Dirk Gaerte für große Fahrzeuge und Maschinen ist längst kein Geheimnis mehr. Doch sie war nicht der Grund für einen ungewöhnlichen Nachteinsatz des Kreischefs. Vielmehr ging es um sein Versprechen, einmal beim Winterdienst der Straßenmeisterei dabei zu sein. Kürzlich war es soweit: Zusammen mit Fahrer Tobias Spöcker von der Straßenmeisterei in Bad Saulgau ging es morgens um 3.35 Uhr

von der Kurstadt quer durch die Göge. Bei der Ankunft auf dem Betriebshof um 6.15 Uhr hatten Spöcker und sein prominenter Beifahrer mit einem Unimog 62,9 Kilometer Straße frei geräumt. Insgesamt wurden in dieser Nacht allein im Bereich der Straßenmeisterei Bad Saulgau rund 400 km Straße geräumt. Der Landrat war beeindruckt: „Die Räumdienste unserer Straßenmeistereien in Bad Saulgau, Sigmaringen und Meßkirch haben besonders in diesem schneereichen Winter wieder hervorragend gearbeitet und hohen Einsatz geleistet.“ Für die Bürger sei es selbstverständlich, dass die Straßen am Morgen geräumt sind. Welche Arbeit aber in der Nacht dazu notwendig ist, das sei sicher nur wenigen bewusst, so Gaerte. Zudem seien die Arbeitszeiten im Winterdienst kaum planbar, denn das Wetter bestimme den Dienstplan. Gaerte: „Bei Nacht und Nebel unterwegs zu sein und eine Strecke teilweise mehrfach fahren zu müssen, das ist eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe.“

Der Landrat dankte allen Mitarbeitern der Straßenmeistereien des Kreises für ihre wichtige und verantwortungsvolle Arbeit.



V. l. n. r.: Fahrer Tobias Spöcker, Landrat Dirk Gaerte und Winterdienstseinsatzleiter Armin Hauser

### Zuspruch für die Hagelabwehr im Rems-Murr-Kreis steigt weiter – neue Finanzpartner

Wissenschaftliche Untersuchung zur Wirksamkeit der Hagelabwehr wird verteilt – Landrat Johannes Fuchs bittet die Bürgerinnen und Bürger um Unterstützung bei der Meldung von Hagelereignissen.

Bereits 2012 konnten die Winzergenossenschaften Felsengartenkellerei Besigheim eG und die Bottwartaler Winzer eG sowie weitere 32 Weingüter als neue Finanzpartner für die Hagelabwehr gewonnen werden. 2013 haben die Münchner und Magdeburger Agrarversicherung AG zugesagt, das Hagelabwehrprojekt in der Region Stuttgart zu unterstützen. Landrat Fuchs zeigte sich über diese Entwicklung bei der Sitzung des Hagelbeirats am vergangenen Mittwoch im Waiblinger Landratsamt erfreut: „Die Hagelabwehr steht auf einer immer breiteren Basis. Die Beteiligung immer neuer Finanzpartner zeigt, dass das Vertrauen in den Hagelflieger wächst.“

Die wachsende Zahl an Finanzpartnern in der Hagelabwehr steigert auch die Erwartungen in den Erfolg der Hagelabwehr. Ein Grund mehr, um die Geschäftsführung und Vernetzung der Hagelabwehr auszubauen. So wurde eine personelle Verstärkung der Geschäftsstelle Hagelabwehr um eine 0,25-Stelle beschlossen, wodurch der steigende Organisationsaufwand bewältigt werden soll. Vereinbart wurde auch eine wissenschaftliche Untersuchung, mit der die Wirkung der Hagelabwehr analysiert werden soll. Der Meteorologe Dr. Hermann Gysi von der Radar Info Karlsruhe stellte dazu ein Projekt vor, mit dem die Wirkung des Silberjodids innerhalb einer Gewitterwolke untersucht werden soll. Dies wird durch die Einrichtung eines neuen Radars aus dem Karlsruher Wetterinstitut ermöglicht. Dieses Radar, das bis zur Jahresmitte einsatzbereit sein soll, sendet Radarwellen sowohl in vertikaler als auch in horizontaler Richtung

aus. Aus den eingehenden Informationen kann dann darauf geschlossen werden, ob das Wasser innerhalb der Gewitterwolke zu Regen oder Hagel wird.

Für die Analyse entscheidend ist die Unterscheidung zwischen Graupel und Hagel. Graupel entsteht in erster Linie, wenn Wasser in Schauerzellen beim Durchgang von Kaltfronten gefriert. Im Gegensatz hierzu entsteht Hagel, wenn bei warmen Temperaturen diese Graupel in höhere Luftschichten transportiert werden und sich dort unterkühltes Wasser anlagert und gefriert. Graupel erreichen in der Regel nur eine Größe von bis zu fünf Millimetern, größere Körner werden als Hagel bezeichnet. Um den Hagel erfolgreich bekämpfen zu können, muss das Silberjodid in die Gewitterwolken transportiert werden. Die ist nur mit Aufwinden möglich, die bei Lufttemperaturen ab 18 °C oder mehr entstehen. Der Hagelbeirat stimmte einstimmig für die Durchführung der wissenschaftlichen Untersuchung und eine personelle Verstärkung der Geschäftsstelle. Die Finanzierung erfolgt aus dem Budget der Hagelabwehr.

Der Hagelbeirat verabschiedete das Budget 2013 mit einem Volumen von rund 255 000 Euro. Landrat Fuchs dankt den beiden Flugunternehmern Frank Kasperek und Rainer Schopf für ihren störungsfreien Einsatz im Jahr 2012 und allen Beteiligten für dieses erfolgreiche Gemeinschaftsprojekt. Insgesamt waren die beiden Hagelflieger an 13 Tagen bei 27 Einsatzflügen 34 Stunden und 8 Minuten in der Luft und haben dazu beigetragen, dass in der Hagelabwehrregion Stuttgart nur wenige Hagelschäden zu beklagen waren. Die neue Hagelabwehrsaison beginnt wie jedes Jahr im April 2013.

Um die Wirksamkeit der Hagelabwehr überprüfen zu können, bittet das Landratsamt Rems-Murr-Kreis die Bürgerinnen und Bürger um Mithilfe bei der Erfassung von Hagelereignissen. Jede Information darüber, in welcher Größe und Menge Hagel niedergegangen ist, bringt

uns bei der Auswertung von hagelträchtigen Witterungsereignissen weiter. Hierzu können alle beitragen, die zufällig Zeugen von Hagelereignissen waren – sei es unterwegs, zu Hause oder am Arbeitsplatz. Beobachtungen können per Telefon an den Geschäftsbereich Landwirtschaft unter 07191-8954233 gemeldet werden. Es steht auch ein Meldebogen auf der Homepage des Landratsamtes unter [www.rems-murr-kreis.de](http://www.rems-murr-kreis.de) in der Rubrik Service und Verwaltung zum Download bereit.

### Ländlicher Raum – Forst

#### Die Zukunft der ländlichen Räume: Ideale Bedingungen im Landkreis Tuttlingen

Am 14. Dezember 2012 hat Prof. Dr. Ing. Stefan Siedentop vom Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung Stuttgart seine Studie „Der Beitrag der ländlichen Räume Baden-Württembergs zu wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion-Positionsbestimmung und Zukunftsszenarien“ im Landratsamt Tuttlingen Kreisräten, Bürgermeistern und dem Kreisseniorrat vorgestellt. Auch Hartmut Alker vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg hat aktuelle Herausforderungen und Handlungsfelder ländlicher Strukturpolitik aufgezeigt.

Ziel der Veranstaltung war es, das Bewusstsein für demographische Veränderungen zu schärfen, auch wenn die Rahmenbedingungen im Landkreis Tuttlingen derzeit im Bundesvergleich noch ideal sind. Die Studie von Prof. Siedentop zeigt, dass es nicht nur Baden-Württemberg gut geht, sondern vor allem auch dem ländlichen Raum. Der ländliche Raum in Baden-Württemberg unterscheidet sich von anderen Bundesländern. Insbesondere die Gemeinden im Landkreis Tuttlingen sind atypisch.

Obwohl es 11 Gemeinden unter 1000 Einwohner, 22 Gemeinden unter 3000 Einwohner und 29 Gemeinden unter 5000 Einwohner gibt, ist die Wirtschaftskraft des Kreises extrem. In jeder Kreisgemeinde gibt es Betriebe, die Arbeitsplätze vorhalten. Qualität und Zukunftsfähigkeit der Gemeinden ist deshalb unabhängig von ihrer Größe. Und dennoch muss in Teilen des ländlichen Raumes mit Bevölkerungsverlusten von 10 % und mehr bis 2030 gerechnet werden. Vor allem innerhalb der verschiedenen Altersgruppen wird es große Verschiebungen geben. „Während auf der einen Seite die Jungen weniger werden, findet parallel ein Alterungsprozess statt“, erläuterte Prof. Siedentop die Entwicklung. Nach den Prognosen des Statistischen Landesamtes wird der Anteil der 20–60-Jährigen, also der Erwerbstätigen im Landkreis bis 2030 um ca. 15 Prozent zurückgehen.

Für die Kommunen wird es darum gehen, ihre Handlungsmöglichkeiten und Leitprinzipien zu identifizieren. Die kommunale Daseinsvorsorge, ein attraktiver Lebensraum für alle Lebenslagen, der Übergang vom Wachstums- zum Bestandsmanagement und bürgerschaftliches Engagement sind nur einige der Themen, die Landkreis und Gemeinden zukünftig beschäftigen werden. „Der demographische Wandel ist irreversibel, aber gestaltbar“, stellte Ministerialdirigent Hartmut Alker heraus. Der Landkreis will mit Blick auf die Kommunen zukünftig eine moderierende Rolle als Angebot für diejenigen wahrnehmen, die den Veränderungsprozess vor Ort thematisieren wollen. Landrat Stefan Bär kündigte zudem die Einsetzung eines „Kernteams Demographie“ innerhalb der Kreisverwaltung an. „Wir wollen uns auf unserem Erfolg nicht ausruhen und uns frühzeitig Gedanken machen. Dazu gehört es Kernhandlungsfelder zu definieren und uns nicht zu verzetteln“, so Landrat Stefan Bär abschließend.

## Technische Verwaltung

### Gemeinsame Dienststelle Flurneuordnung in Ehingen eingeweiht

Die neue Gemeinsame Dienststelle der Landkreise Alb-Donau und Biberach wurde am 19. März offiziell in Betrieb genommen. Sie hat ihren Sitz mitten im Stadtzentrum von Ehingen.

Die Einweihung nahmen die beiden Landräte Heinz Seiffert (Alb-Donau-Kreis) und Dr. Heiko Schmid (Biberach) vor. Das Land Baden-Württemberg war vertreten durch Ministerialdirigent Hartmut Alker vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Auch der Landtagsabgeordnete Karl Traub (Ehingen) nahm an der Veranstaltung teil.

„Mit 89 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist in Ehingen die größte untere Flurneuordnungsbehörde des Landes Baden-Württemberg eingerichtet worden“, sagte Landrat Heinz Seiffert. „Damit schlagen wir ein weiteres Kapitel kreisübergreifender Zusammenarbeit mit dem Landkreis Biberach auf“, betonte der Landrat weiter.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden aus den Dienststellen Ehingen, Riedlingen und Ulm in Ehingen zusammengefasst. Dazu Landrat Dr. Heiko

Schmid: „Aus allen drei ehemaligen Standorten kommen erfahrene, kollegiale Mitarbeiter, die gerne die täglichen Aufgaben angehen. Viel zu oft bauen Menschen Mauern anstatt Brücken. Ich habe gelernt, dass Flurneuordner vor allem Brückenbauer sind.“

Insgesamt werden bei der gemeinsamen Dienststelle Flurneuordnung 34 Flurneuordnungsverfahren mit fast 4900 Teilnehmern und einer Fläche von über 20000 Hektar bearbeitet. Neben den Verfahren im Alb-Donau-Kreis (15) und im Landkreis Biberach (13) sind dies auch noch sechs Verfahren im Landkreis Reutlingen, die von den bisherigen Flurneuordnungs-Poolteams aus Ehingen und Riedlingen bearbeitet wurden.

### Hang des Schlossbergs im Rems-Murr-Kreis für den Weinbau zurückerobert

Am Schlossberg kommt eines der letzten Rebverfahren im Rems-Murr-Kreis zu seinem Ende. Eine Broschüre zeigt Ablauf und Nutzen des Verfahrens. In der abschließenden Sitzung wurde der Vorstand der Flurneuordnung Winnenden-Baach/Bürg jetzt informiert, dass nach Zusammenlegung, Modellierung, Erschließung und Neuvermessung der Flurstücke die Grundbücher und das Liegenschaftskataster berichtigt sind und





Die Broschüre zum Rebverfahren am Schlossberg präsentieren (von links): Leitender Fachbeamter Gerd Holzwarth, Winnendens Oberbürgermeister Hartmut Holzwarth, Vorsitzender Eugen Pfeleiderer, Ausführender Ingenieur Heinz Mühleis sowie Leitender Ingenieur Christoph Weyer.

die Schlussfeststellung erfolgt. „Alle formalen Voraussetzungen sind erfüllt, die Schlussfeststellung als letzter Verwaltungsakt in der Flurbereinigung kann noch dieses Jahr erlassen werden“, erläuterte Gerd Holzwarth. Er ist seit Anfang Dezember der neue Leitende Fachbeamter für Flurneuordnung im Geschäftsbereich Vermessung und Flurneuordnung des Landratsamts Rems-Murr-Kreis. Damit sind seit den 1960er Jahren fast im gesamten Remstal die Weinberge neu geordnet worden.

Das Verfahren war angeordnet worden, um den Schlossberg, der nach und nach verwildert war, wieder für Landwirtschaft beziehungsweise Weinbau nutzbar zu machen. Das Anpassen der Geländesteigung und das Anlegen von Wegen schufen die Voraussetzungen, den Schlossberg maschinell bewirtschaften zu können im Direktzug von Weg zu Weg. Der Vorstandsvorsitzende der Flurneuordnung Winnendens-Baach/Bürg, Eugen Pfeleiderer, spannte in einem kurzen Rückblick den Bogen von der Anordnung im Dezember 1996 bis zum technischen Abschluss im Dezember 2012. Er hob den reibungslosen Ablauf des Verfahrens und die gute Zusammenarbeit mit dem Landratsamt und der Stadt Winnenden sowie Notar Rolf Helber und den weiteren Beteiligten hervor. Der Winnender Oberbürgermeister Hartmut Holzwarth dankte den Vorstandsmitgliedern und den Flurneuord-

nungsingenieuren für die rasche und zielgerichtete Bearbeitung. „Das Rebverfahren zeigt, wie wichtig Flurneuordnung ist, um agrarstrukturelle und ökologische Maßnahmen im ländlichen Raum zu verwirklichen“, so OB Holzwarth.

Eine Informationsbroschüre, die das Flurbereinigungsverfahren anschaulich beschreibt, stellte der Leitende Ingenieur vom Fachbereich Flurneuordnung, Christoph Weyer, in der Sitzung vor. Bei einem virtuellen Rundgang durch den neu geordneten Rebhang werden in fünf Stationen die wichtigsten Elemente aufgezeigt: nämlich die Landschaftspflege, der Natur- und Hochwasserschutz,

die Agrarstrukturverbesserung, Trockenmauern und eine Chronik des Verfahrens. Mit vielen Bildern sowie interessanten Aspekten und Details zur Flurbereinigung lädt die Broschüre zu einem realen Spaziergang unterhalb der Burg ein. Wer an der Broschüre interessiert ist, kann sich ein kostenfreies Exemplar im Rathaus Winnenden und im Landratsamt Rems-Murr-Kreis, Stuttgarter Straße 110, Waiblingen, abholen.

**Neue Kooperation stärkt Ausbildung der Vermessungstechniker – Der Geschäftsbereich Vermessung und Flurneuordnung des Landratsamts unterzeichnet Vereinbarung mit Vermessungsbüro – Präsentation an Messestand auf „Fokus Beruf 13“**

Ob bei der Gestaltung und Erhaltung einer vielfältigen Landschaft durch die Flurneuordnung, bei Baulandumlegungen oder auch bei Vermessungen von Straßen und Gewässern: Die Aufgaben eines Vermessungstechnikers sind umfangreich und gefragt. Mit einer neuen Kooperation stärkt der Geschäftsbereich Vermessung und Flurneuordnung des Landratsamts Rems-Murr-Kreis die Ausbildung. Vor einem Jahr hatte die



Ulrike Dreher-Kock vom Landratsamt Rems-Murr-Kreis und Günter Littau vom Ingenieurbüro Heinrich (Waiblingen) unterzeichnen die Kooperationsvereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung in der Ausbildung der Vermessungstechniker.

Region Stuttgart bereits einen Ausbildungsverbund mit benachbarten Landratsämtern geschlossen. Nun wurde im Rems-Murr-Kreis mit dem Ingenieurbüro Heinrich aus Waiblingen eine zusätzliche Ausbildungskooperation ins Leben gerufen.

Die Berufsneulinge der Behörde sollen dabei das Tätigkeitsfeld eines Vermessungsingenieurs, vor allem im Straßenbau, aus erster Hand kennen lernen. „Im Gegenzug zeigen wir den Auszubildenden des Ingenieurbüros, wie das Liegenschaftskataster aufgebaut ist und die behördlich geleitete Flurbereinigung funktioniert“, erklärt Ulrike Dreher-Kock, die Ausbildungsbeauftragte des Geschäftsbereichs Vermessung und Flurneuordnung. In ihrem Bereich bildet das Landratsamt derzeit fünf Männer und eine Frau zu Vermessungstechnikern aus. Sie erhalten in den Fachbereichen Vermessung und Flurneuordnung fachpraktischen Unterricht, begleiten ihre Ausbilder in den Außendienst und gehen blockweise in Stuttgart in die Steinbeischule zum Unterricht. Jedes Jahr werden Ausbildungsplätze ausgeschrieben. Den Beruf und die Ausbildung stellten Vertreter des Geschäftsbereichs bei der kreisweiten Ausbildungsmesse „Fokus Beruf 13“ am 1./2. März in Schorndorf, am Stand der Vermessung und Flurneuordnung vor. Informationen zu der Ausbildungsmesse gibt es im Internet unter [www.fokus-beruf.de](http://www.fokus-beruf.de).

Auskunft zur Ausbildung als Vermessungstechniker beziehungsweise -technikerin gibt Ulrike Dreher-Kock auch unter Tel. 07151/501-2130 und [u.dreher-kock@remm-murr-kreis.de](mailto:u.dreher-kock@remm-murr-kreis.de).

### **Schlussakt des Flurbereinigungsverfahrens Schlossberg vollzogen – Im Rems-Murr-Kreis könnten künftig in erster Linie ökologisch orientierte Streuobstwiesenverfahren folgen**

Die Tradition bleibt nur durch den Wandel beständig. Den hat der Weinbau, der die Kulturlandschaft der Region seit



**Auf die Zukunft des Weinbaus stießen am neugeordneten Schlossberg an (von links): der Ausführende Ingenieur Heinz Mühleis, Landrat Johannes Fuchs, Fachbereichsleiter Gerd Holzwarth, OB Hartmut Holzwarth sowie von der Teilnehmergeinschaft Eugen Pfeleiderer und Konrad Häuser.**

Jahrhunderten prägt, durchlebt. Um den Wengertern die moderne maschinelle Bewirtschaftung im Direktzug zwischen den Wegen zu ermöglichen, war vielerorts eine Weinbergumlegung notwendig. Mit der Zusammenlegung, Modellierung, Erschließung und Neuvermessung der Flurstücke am Winnenden Schlossberg hat der Geschäftsbereich Vermessung und Flurneuordnung des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis jetzt das Ende einer Ära eingeläutet. Der einst verwilderte Hang ist wieder für den Weinbau und Streuobstwiesen nutzbar gemacht worden. Den abschließenden Akt der Übergabe der Schlussfeststellung an dieser Landmarke durch Landrat Johannes Fuchs erlebte der Winnender Oberbürgermeister Hartmut Holzwarth als Zäsur: „Eines der letzten Rebverfahren im Rems-Murr-Kreis ist damit beendet“, stellte der OB heraus. Über mehr als 60 Jahre sind im heutigen Rems-Murr-Kreis über 1000 Hektar Rebhänge neu geordnet worden und so die Arbeits- und Produktionsbedingungen in den Weinbergen deutlich verbessert worden.

Dem Vorsitzenden der Teilnehmergeinschaft Eugen Pfeleiderer sagte Landrat Fuchs beim Gedenkstein im Rebhang unterhalb von Winnenden-Bürg: „Nach über 3000 Tagen bin ich an diesen Ort wieder zurückgekehrt und bedanke mich bei allen Akteuren für die gute und enge Zusammenarbeit.“ An dieser Stelle hatte Fuchs mit dem damaligen OB Bernhard Fritz und dem Weinbaupräsidenten Herman Hohl je einen Rebstock gepflanzt. „Diese Rebstöcke müssen nun aber auch geschnitten werden“, betonte Pfeleiderer und begleitete die Anwesenden zu einem „Schnittkurs“ en miniature unter Leitung seines Stellvertreters Konrad Häuser. Damit wird jedoch der Fachbereich Flurneuordnung keineswegs arbeitslos. Der Leitende Fachbeamte Gerd Holzwarth erklärte: „Ein Ende der Flurbereinigung im Kreis ist jedoch noch lange nicht in Sicht. Unser von Streuobstwiesen geprägter Kreis bietet viel Potenzial für neue Flurbereinigungsverfahren mit einer ökologischen Zielsetzung. Ein erstes Verfahren bearbeiten wir zurzeit in Kernstetten.“

## Startschuss für Digitalfunk der Feuerwehren im Landkreis Böblingen

Am 21. Januar gaben der Erste Landesbeamte des Landkreises Böblingen Wolf Eisenmann, Landesbranddirektor Hermann Schröder und der Gesamtprojektverantwortliche BOS-Digitalfunk in Baden-Württemberg Reiner Möller, den Startschuss für einen Digitalfunktest bei den Feuerwehren im Landkreis Böblingen. Im Rahmen des Digitalfunktests kommen rund 60 Funkgeräte bei allen Feuerwehren im Kreis zum Einsatz.

„Wir läuten mit diesem Test ein neues Zeitalter für die Funktechnik bei den Feuerwehren im Landkreis Böblingen ein“, sagt Vize-Landrat Wolf Eisenmann beim Start des Probebetriebs im Landratsamt. „Die bisherige analoge Funktechnik ist in die Jahre gekommen, wir freuen uns jetzt auf die Erneuerung.“ Die Infrastruktur sei bei den Feuerwehren im Kreis zum Teil aus den 1990er Jahren und habe deshalb inzwischen „ihre Macken“. Es kommt zu Störungen und Ausfällen, die die Betriebssicherheit gefährden. „Deshalb sind alle Beteiligten froh, dass der Digitalfunk kommt“, so Eisenmann. Mit den 60 Funkgeräten können für den Test alle Feuerwehren im Kreis abgedeckt werden. Bei allen Feuerwehren werden ein Führungsfahrzeug und das Feuerwehrhaus ausgestattet. „Die Städte und Gemeinden haben die Vorbereitungen für den Einbau getroffen“, erläutert Eisenmann. Zum Einsatz kommen Geräte von zwei unterschiedlichen Herstellern, um Unterschiede in der Handhabung und Nutzung zu testen.

„Die Feuerwehren sollen das Handling testen: Wie ist der Umgang mit den Geräten? Wie die Verbindung untereinander und zur Leitstelle? Passt die Theorie zur Praxis?“, beschreibt Landesbrand-



Vize-Landrat Wolf Eisenmann, Landesbranddirektor Hermann Schröder, der Branddirektor im Regierungspräsidium Stuttgart Frieder Lieb und Kreisbrandmeister Guido Plischek starten den Digitalfunktest im Kreis Böblingen.

direktor Hermann Schröder die Ziele des Tests. Finanziert wird der Test vom Innenministerium Baden-Württemberg, dem Landkreis Böblingen und den Kommunen im Kreis.

Die Integrierte Leitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst im Landkreis wird ebenfalls an das Digitalfunknetz angebunden. Zunächst erfolgt die Anbindung „über die Luft“: In der Leitstelle wurden dazu vier Digitalfunkgeräte eingebaut, die wie die anderen Geräte auch über die Luft in das Netz eingebunden sind. In den letzten 18 Monaten hat der Landkreis seine Leitstelle dafür vorbereitet und dabei rund 250 000 Euro in die Modernisierung gesteckt. In einem weiteren Schritt soll die Leitstelle über eine Datenleitung in das Digitalfunknetz integriert werden. Die Arbeiten dafür beginnen im Frühjahr. Die Luftschnittstelle wird dann noch als Backup-Lösung zur Verfügung stehen.

„Die Testphase wird rund sechs Monate dauern“, sagt Schröder zum Zeitplan. Dann soll mit der kompletten Umstel-

lung auf Digitalfunk im Kreis begonnen werden. Bis Ende 2014 soll das abgeschlossen sein. Der Digitalfunk wird bei den Feuerwehren den Fahrzeugfunk ersetzen, der Einsatzstellenfunk mit Handfunksprechgeräten bleibt aber analog.

„Die derzeit bestehenden analogen Funknetze haben ihre Wurzeln in den 50er-Jahren und sind technisch veraltet und störanfällig“, erklärte der Gesamtprojektverantwortliche BOS-Digitalfunk in Baden-Württemberg Reiner Möller. „Sie können die wachsenden Anforderungen der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdiensts nicht mehr erfüllen und stoßen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit.“ Die heutigen technischen Möglichkeiten der mobilen Kommunikation sowie der Datenübertragung können mit dem Analogfunksystem nicht mehr umgesetzt werden. Darüber hinaus ließen die Hersteller die Produktion und Entwicklung von Analogfunktechnik auslaufen, ihre Instandhaltung werde somit immer schwieriger und teurer.

--	--

# LÖRRACH



**Regierungsbezirk Freiburg**  
**Einwohnerzahl: 224 382 (Stand 30.9.2012)**  
**Fläche in km²: 806,77 (Stand 31.12.2011)**  
**Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 35**  
**davon Große Kreisstädte: 3**

**Hausanschrift:**  
Landratsamt Lörrach  
Palmstraße 3  
79539 Lörrach

**Postanschrift:**  
Landratsamt Lörrach  
Postfach 18 60  
79537 Lörrach

**Zentrale:**  
Telefon: 0 76 21 / 4 10-0  
Telefax: 0 76 21 / 4 10-12 99  
E-Mail: mail@loerrach-landkreis.de

**Pressestelle:**  
Telefon: 0 76 21 / 4 10-82 00  
Telefax: 0 76 21 / 4 10-9 82 00  
E-Mail: pressestelle@loerrach-landkreis.de

**Wirtschaftsförderung:**  
Telefon: 0 76 21 / 55 00-150  
Telefax: 0 76 21 / 55 00-155  
E-Mail: info@wsw.eu

**Tourismus:**  
Telefon: 0 76 21 / 4 10-30 20  
Telefax: 0 76 21 / 4 10-30 99  
E-Mail: johannes.steffan@loerrach-landkreis.de



**Landrätin:**  
Marion  
Dammann,  
seit 1.3.2012

**Mandatsverteilung:**

Gesamt 59 Sitze, davon	
CDU:	19
SPD:	15
Freie Wähler-vereinigung:	12
Bündnis 90/Grüne:	7
FDP:	4
Unabhängig:	2

**Geografische Lage:**

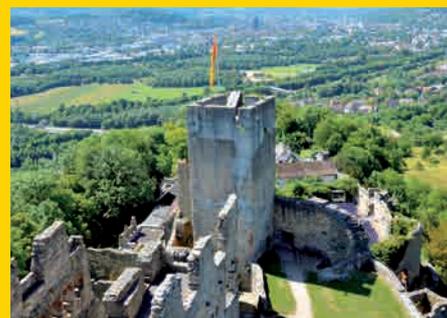


**Mehr Infos:**  
[www.loerrach-landkreis.de](http://www.loerrach-landkreis.de)

**Wissenswertes**

**Gemeinsam Zukunft gestalten**  
Es sind nicht nur das südliche Klima, der Markgräfler Wein, die urige Schwarzwald-Atmosphäre, das Wintersportgebiet am Feldberg oder seine Stärke als trinationaler Wirtschaftsstandort, die den Landkreis Lörrach schon auf den ersten Blick zu einem außergewöhnlichen Lebensraum machen. Die besondere Lage im Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Schweiz sorgt durchweg für große wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Buntheit. Damit garantiert der Landkreis im äußersten Südwesten der Bundesrepublik ein Höchstmaß an Lebensqualität. Im Dreiland zwischen Freiburg, Colmar und Basel begegnen sich knapp eine Million Menschen in einem gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum. Die enge Verbundenheit des Landkreises mit den jenseits des Rheines gelegenen Nachbarländern ist greifbar.

**Vom Schwarzwald bis in die Rheinebene**  
Auch landschaftlich ist der Landkreis außergewöhnlich abwechslungsreich: Er erstreckt sich vom Feldberg im Südschwarzwald, der höchsten Erhebung deutscher Mittelgebirge, über die malerischen Weinberge im Markgräflerland bis in die Rheinebene. Die Weite und Offenheit der Landschaft mit ihrem Wechsel zwischen Wald, Wiesen und Reben sowie Bergen und Flachland und die Gastfreundschaft der Menschen sind markante Merkmale des Erholungsgebietes. In den landschaftlich äußerst reizvollen Tal- und Hochlagen des südlichen Schwarzwaldes mit geringer Bevölkerungsdichte prägen Landwirtschaft, Tourismus und Kleingewerbe das Bild. Das Markgräflerland am Fuße des Mittelgebirges ist für seine idyllischen Dörfer sowie den Obst- und Weinbau bekannt. Dagegen sind das dicht besiedelte Wiesental und das Hochrheintal deutlich stärker industrialisiert und bilden einen gefestigten Wirtschaftsstandort, der vom soliden Handwerk bis zum modernen Weltmarktführer die unterschiedlichsten Unternehmen beheimatet.



**Blick auf Lörrach von der Burg Rötteln**